Anatomie der Staatssicherheit
Geschichte, Struktur und Methoden

— MfS-Handbuch —

Vorbemerkung

Das Handbuchprojekt »Anatomie der Staatssicherheit« ist eines der ältesten Vorhaben des Forschungsbereiches der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU). Es wurde bereits im Jahr 1993 begonnen – wenige Monate nach der Gründung der Abteilung »Bildung und Forschung« und stellt dem wissenschaftlichen Fachpublikum wie auch anderen interessierten Nutzern von Stasi-Akten in kontinuierlich erscheinenden Teillieferungen umfassendes Grundwissen zum MfS zur Verfügung: die Entwicklung der Gesamtinstitution MfS in ihrem historischen Kontext, die Geschichte seiner wichtigsten Arbeitsbereiche, grundlegende Darlegungen zu den hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern sowie verschiedene Übersichten und Materialien zur Struktur des MfS und ihrer Entwicklung, Kurzbiographien des Leitungspersonals und eine Edition der wichtigsten Grundsatzdokumente. Das »MfS-Handbuch« folgt der Verpflichtung der BStU zur »Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes« (§ 37 Abs. 1 Nr. 5 Stasi-Unterlagen-Gesetz) und ist ein wichtiger Baustein und zugleich ein unerlässliches Hilfsmittel für die MfS-Forschung.

Inzwischen sind 19 Teillieferungen publiziert, das Projekt tritt damit in seine Endphase, und es ist an der Zeit, die Struktur des Vorhabens im Hinblick auf die Fertigstellung einer Neujustierung zu unterziehen. Das Projekt hat den Forschungsbereich der BStU wesentlich länger beschäftigt als ursprünglich gedacht, was insbesondere einer unvermutet schwierigen Quellen- und Erschließungslage geschuldet ist. Das Konzept aus dem Jahr 1993 erwies sich im Laufe der Zeit an mehreren Stellen als überholungsbedürftig. Daher wurden Veränderungen an der Gliederung des Gesamtwerkes vorgenommen, die sich in der neu gefassten Übersicht über das Gesamtwerk widerspiegeln. Einige Kapitel, die in ihrem wesentlichen Inhalt durch andere Handbuchteile oder Publikationen abgedeckt sind, wurden gestrichen. Das betraf vor allem den ursprünglichen Baustein II »Arbeits- und Strukturprinzipien«, der zum größeren Teil im Kapitel »Geschichte der Staatssicherheit« aufgeht. Es betraf auch einige nicht oder überwiegend nicht operative Diensteinheiten (AGM, Abt. XII, HA KuSch), die sich als insgesamt weniger bedeutsam erwiesen haben als zunächst angenommen und bei denen einige wesentliche Aspekte ihrer Tätigkeit von anderen, bereits erschienenen BStU-Publikationen beleuchtet werden. Die »auftragnehmenden« Diensteinheiten (HA III, HA VIII, Abt. M, Abt. 26) werden dagegen nicht in einem zusammenfassenden Kapitel, sondern – ausführlicher als in der ursprünglichen Planung – in einzelnen Handbuchteilen behandelt. Hierdurch haben sich die inhaltlichen Schwerpunkte geringfügig zugunsten von Darlegungen zur »operativen« Tätigkeit verschoben.

Die Handbuchteile erscheinen jeweils unmittelbar nach ihrer Fertigstellung als Broschüre und als Pdf-Datei im Internet. Kostenlose Downloads werden bereitgestellt auf der Website www.bstu.bund.de. Nach der kompletten Fertigstellung des Gesamtwerks ist geplant, den Teil »Geschichte der Staatssicherheit von den Vorläufern bis zur Auflösung« und andere zentrale Beiträge auch als Buch zu publizieren, dem eine CD/DVD mit allen Handbuchteilen beigelegt werden soll.

Berlin, Januar 2008

Ü B E R S I C H T Ü B E R D A S G E S A M T W E R K

ANATOMIE DER STAATSSICHERHEIT
– MfS-Handbuch –

Überblick

Geschichte der Staatssicherheit von den Vorläufern bis zur Auflösung

Wichtige Dienstbereiche

- Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen
- Hauptabteilung II: Spionageabwehr

Hauptabteilung III: Funkaufklärung und -abwehr

- Hauptabteilung VI: Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr

Hauptabteilung VII: Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei
Hauptabteilung VIII: Beobachtung, Ermittlung
Hauptabteilung IX: Untersuchungsorgan

- Abteilung XIV: Haftvollzug
- Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft
- **Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, »politischer Untergrund«**
- Hauptabteilung XXII: »Terrorabwehr«

Hauptverwaltung A (HV A): Auslandsaufklärung

- Zentrale Koordinierungsgruppe: Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung
- Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung
- Abteilung M: Postkontrolle
- Abteilung 26: Telefonkontrolle, Abhörmaßnahmen und Videoüberwachung

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG)

- Rechtsstelle des MfS
- Die Juristische Hochschule des MfS
- Parteiorganisation der SED im MfS
- Objektdienststellen des MfS

Mitarbeiter

- Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit

Die inoffiziellen Mitarbeiter

Anhang

- Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989

Organisationsstruktur der territorialen Diensteinheiten (BV, KD) 1989
Übersicht zur Entwicklung der Diensteinheiten 1950–1989

- Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit
- Grundsatzdokumente des MfS

Die mit • versehenen Bände sind bereits erschienen. Der vorliegende Band ist in der Gliederung **fett** hervorgehoben.

Thomas Auerbach, Matthias Braun, Bernd Eisenfeld,
Gesine von Prittwitz, Clemens Vollnhals

Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, »politischer Untergrund«

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Schutzgebühr für diese Lieferung: 5,00 €

Berlin 2008

ISBN 978-3-942130-13-4

urn:nbn:de:0292-97839421301343

INHALT

1 Die Hauptabteilung XX im Überblick

Von Matthias Braun

1.1 Einleitung

Die Hauptabteilung XX bildete den Kernbereich des Systems der politischen Repression und Überwachung des Ministeriums für Staatssicherheit. In Struktur und Tätigkeit passte sich die Abteilung mehrfach an die sich wandelnden Bedingungen der Herrschaftssicherung an. Die Diensteinheit ging 1964 durch Umbenennung aus der Hauptabteilung V hervor, die ihrerseits in den Abteilungen V und VI (1950 bis 1953) ihre Vorläufer hatte. Die Hauptabteilung und die ihr »fachlich« nachgeordneten Abteilungen XX in den Bezirksverwaltungen (»Linie XX«) sowie entsprechende Arbeitsbereiche in den Kreisdienststellen überwachten wichtige Teile des Staatsapparates (u. a. Justiz und Gesundheitswesen), die Blockparteien, den Kulturbereich, die Medien und die Kirchen. Federführend war die Hauptabteilung auch bei der Bekämpfung des »politischen Untergrundes«, also der Opposition.

Ab der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre und verstärkt seit dem Beginn der Entspannungspolitik der siebziger Jahre fühlte sich das SED-Regime zunehmend durch die sogenannte politisch-ideologische Diversion (PiD) bedroht. Die Schwächung der »Arbeiter-und-Bauern-Macht« durch »ideologische Aufweichung und Zersetzung« galt als Hauptinstrument des Westens bei der Unterminierung der DDR. Auch bei der Bekämpfung der PiD hatte die HA XX innerhalb des MfS die Federführung.

Das Erstarken der Bürgerrechtsbewegung (Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen) in der DDR führte in den achtziger Jahren zu einem weiteren Bedeutungszuwachs der Linie XX. In der Dienstanweisung 2/85 bestätigte Mielke dementsprechend die Federführung der Hauptabteilung XX bei der »Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit«.

Im Verlauf der fast vierzigjährigen Entwicklung der Diensteinheit veränderte sich ihre Struktur mehrfach. In der Endphase verfügte die Hauptabteilung XX über neun operative Abteilungen und vier Funktionalorgane der Leitung (Sekretariat, Arbeitsgruppe der Leitung, Koordinierungsgruppe des Leiters, Auswertungs- und Kontrollgruppe).

Die Hauptabteilung V lag ab 1953 zunächst im unmittelbaren Anleitungsbereich von Erich Mielke (Jg. 1907) in seiner Eigenschaft als 1. Stellvertreter des Staatssicherheitschefs Wilhelm Zaisser. Ab 1955 war der stellvertretende Minister Bruno Beater (Jg. 1914) und von 1964 bis 1974 der stellvertretende Minister Fritz Schröder (Jg. 1919) auf der Ebene der MfS-Leitung für die Hauptabteilung zuständig. Beide sind zuvor (Beater von 1953 bis 1955, Schröder von 1955 bis 1963) selbst Leiter der Hauptabteilung V gewesen. Seit 1975 gehörte die Hauptabteilung XX zum Verantwortungsbereich von Mielkes Stellvertreter Rudi Mittig (Jg. 1925). Von 1964 bis zur Auflösung des MfS leitete Paul Kienberg (Jg. 1926) die Hauptabteilung XX. Ihm standen seit 1965 zwei Stellvertreter zur Seite.

1954 waren in der Hauptabteilung V insgesamt 139 Mitarbeiter beschäftigt, das heißt rund 5 Prozent des fast 3 000 Mitarbeiter umfassenden Gesamtpersonalbestandes der Berliner Zentrale. Im Herbst 1989 gehörten von den insgesamt 36 421 Mitarbeitern des Ministeriums in Berlin nur noch rund 1,2 Prozent bzw. 461 Mitarbeiter der Hauptabteilung XX an. Mehr als 200 von ihnen (44 %) waren als »IM-führende Mitarbeiter« eingesetzt, ein im Vergleich zu anderen Diensteinheiten sehr hoher Prozentsatz.

In den 15 Bezirksverwaltungen waren auf der »Linie XX« im Oktober 1989 insgesamt knapp 1 000 Kader und damit auf der gesamten »Linie XX« fast 1 500 hauptamtliche Mitarbeiter im Einsatz. Gleichzeitig konnte die Hauptabteilung XX mit knapp 2 000 Inoffi-

ziellen Mitarbeitern sämtlicher Kategorien auf einen überdurchschnittlich hohen Bestand an inoffiziellen Kräften zurückgreifen.[1]

Mit 1,3 Millionen Mark der DDR und rund 200 000 DM verfügte die Hauptabteilung XX Mitte der siebziger Jahre über eine beträchtliche Summe für ihre IM-Arbeit und der damit im Zusammenhang stehenden Spitzeltätigkeit. Danach schrumpften trotz umfangreicher Aufgaben-, Struktur- und Personalerweiterungen (einschließlich der Erhöhung des IM-Bestandes) die zur Verfügung stehenden Operativgeldmittel auf rund 0,86 Millionen Mark (1984). Gegen Ende der achtziger Jahre wies dieser Fonds mit 1,1 Millionen Mark der DDR (1988) wieder ein steigendes Niveau auf, während die DM-Zuwendungen mit knapp 122 000 DM weiter gesenkt wurden.

Ihrem Aufgabenprofil entsprechend spiegelt sich nicht zuletzt in der Entwicklung der Hauptabteilung XX auch die Geschichte von Opposition, Widerstand und politischer Dissidenz in der DDR. Im Herbst 1989 wurden von der Diensteinheit 31 Operative Vorgänge (10 % aller »OV« im Berliner Ministeriumsbereich) und 59 Operative Personenkontrollen (8,7 %) bearbeitet. Das Gros der »operativen Vorgangsarbeit« wurde jedoch von den Abteilungen XX in den Bezirksverwaltungen bzw. den entsprechenden Referaten in den Kreisdienststellen erledigt.

1.2 Die Hauptabteilung in den späten achtziger Jahren

1.2.1 Aufgaben und Struktur

Bis zuletzt stand die »Zurückdrängung« von oppositionellen und anderen politisch unerwünschten Handlungen im Zentrum des Aufgabenspektrums der HA XX. Im Originalton der Akten hieß dies »Aufsplitterung, Begrenzung und Einschränkung des Potenzials innerer feindlicher Kräfte der politischen Untergrundtätigkeit, reaktionärer kirchlicher Amtsträger sowie von Antragstellern auf ständige Ausreise«.[2] Daneben überwachten die Struktureinheiten der Linie XX wichtige Bereiche des Staatsapparates, etwa die Justiz und das Gesundheitswesen, sowie die Medien, den Kulturbetrieb und die Blockparteien. Die Diensteinheit hatte zudem in Kooperation mit der Hauptabteilung II[3] auch Spionageabwehraufgaben, besonders bezüglich des Reisekaderbestandes, in ihrem Verantwortungsbereich[4] und erhielt regelmäßig die Federführung bei der Absicherung von Großveranstaltungen (Parteitage, Jugendfestivals, Sportveranstaltungen usw.).[5]

---

1 HA XII: Statistischer Jahresbericht 1988 v. 13.1.1989; BStU, MfS, HA XII 4195.

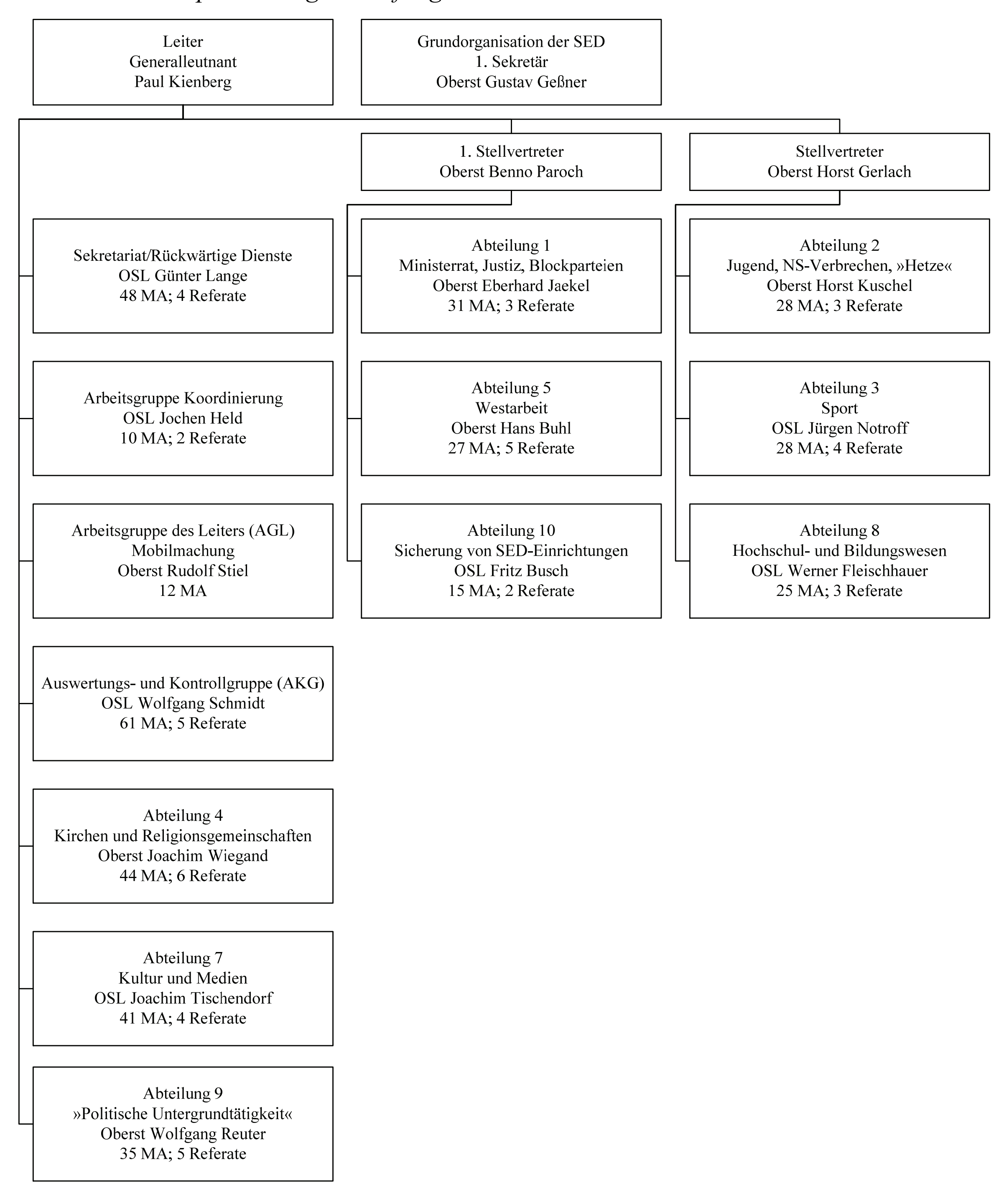
2 HA XX: Arbeitsplan für das Jahr 1989 v. 23.1.1989, S. 2; BStU, MfS, HA XX Bündel 12.

3 Labrenz-Weiß, Hanna: Die Hauptabteilung II: Spionageabwehr. Hg. BStU. Berlin 1998, S. 10.

4 Arbeitsplan 1989 (Anm. 2), S. 2.

5 Ebenda.

Struktur der Hauptabteilung XX Anfang 1989[6]



6 Planstellenbesetzungsnachweis der HA XX, o. D. (1989); BStU, MfS, HA KuSch Bündel 44; Telefonverzeichnis der HA XX v. 1989; BStU, MfS, HA XX Bündel 36.

Die Struktureinheiten der HA XX im Einzelnen (1989)

Leitung

Leiter	Generalleutnant Paul Kienberg (Jg. 1926)
1. Stellvertreter	Oberst Benno Paroch (Jg. 1932)
Stellvertreter	Oberst Horst Gerlach (Jg. 1929)
SED-Grundorganisation:	
Sekretär	Oberst Gustav Geßner (Jg. 1935)
Stellv. Sekretär	Oberstleutnant Alfred Fuchs (Jg. 1940)

13 Mitarbeiter (Leitung und hauptamtlicher Apparat der GO)

Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG)

Erarbeitung von Analysen und Informationen; Führung von Speichern; Planung der operativen Arbeit; Öffentlichkeitsarbeit sowie Anleitung und Kontrolle der operativen Arbeit auf der Linie XX

Leiter	Oberstleutnant Wolfgang Schmidt (Jg. 1939)
61 Mitarbeiter	
Arbeitsbereich I	Analyse und Information
Arbeitsbereich II	Manuelle Speicherung
Arbeitsbereich III	Elektronische Datenverarbeitung
Arbeitsbereich IV	NSW-Reisekader
Arbeitsbereich V	Spezifische Auswertungs- und Informationsaufgaben für Operationsgebiete und »Bruderorgane«
Lagegruppe	Lageeinschätzungen auf der Linie XX
Arbeitsgruppe	Informationskoordinierung

Sekretariat/Rückwärtige Dienste

Materiell-technische, Kfz-technische sowie organisatorische und finanzielle Sicherstellung der Lösung operativer Aufgaben der Hauptabteilung

Leiter	Oberstleutnant Günter Lange (Jg. 1929)
48 Mitarbeiter	
Referat I	Post- und VS-Stelle; finanzielle Sicherstellung; Wohnungs- und Ferienwesen
Referat II	Handwerker
Referat III	Kraftfahrer
Referat IV	Objekte und Konspirative Wohnungen

Koordinierungsgruppe des Leiters (KdL)

Vorbereitung, Durchführung und Koordinierung operativer Sicherungsmaßnahmen zu zentralen Aktionen und Einsätzen entsprechend Dienstanweisung 1/85[7]

Leiter	Oberstleutnant Jochen Held (Jg. 1935)
10 Mitarbeiter	
Referat I	Stabsmäßige Planung und personelle sowie materielle Sicherstellung von Aktionen und Einsätzen
Referat II	Operative Sicherung pressepolitischer Aktivitäten bei gesellschaftlichen Höhepunkten und Protokollveranstaltungen

---

7 DA 1/85 des Ministers v. 25.2.1985 zur politisch-operativen Sicherung von Veranstaltungen; BStU, MfS, BdL/Dok. 007569.

Arbeitsgruppe des Leiters (AGL)
Planung operativer Maßnahmen, personelle und materielle Planung sowie Sicherstellung der Einsatzbereitschaft und des »Diensthabenden-Systems« der Hauptabteilung

Leiter	Oberst Rudolf Stiel (Jg. 1930)
12 Mitarbeiter	
ODH[8]-Gruppe	Planung, Koordinierung und militärische Ausbildung

Abteilung 1
Operative Sicherung von Objekten und Einrichtungen des Ministerrates, zentraler Einrichtungen der Justiz und des Gesundheitswesens sowie der Führungsgremien der Blockparteien und Massenorganisationen

Leiter	Oberst Eberhard Jaekel (Jg. 1937)
31 Mitarbeiter	
Referat I	Objekte des Ministerrats; Ministerium der Justiz und zentrale Einrichtungen der Justiz
Referat II	Ministerium für Gesundheitswesen und zentrale medizinisch-wissenschaftliche Einrichtungen
Referat III	Führungsgremien der Blockparteien und Massenorganisationen

Abteilung 2
Sicherung zentraler Objekte der FDJ und Durchsetzung der Jugendpolitik; Aufklärung und Bearbeitung »staatsfeindlicher Hetze« und Aufklärung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der Zeit des Nationalsozialismus

Leiter	Oberst Horst Kuschel (Jg. 1936)
28 Mitarbeiter	
Referat I	»Staatsfeindliche Hetze«; Schriftenfahndung und Klassifizierung; Bearbeitung anonymer und pseudonymer Anrufe
Referat II	Sicherung zentraler Objekte der FDJ; »Bekämpfung feindlicher Angriffe gegen die Jugend«
Referat III	Aufklärung und Bearbeitung von NS-Kriegsverbrechen

Abteilung 3
Sicherung zentraler Sporteinrichtungen und Sportverbände; (SV) Dynamo; Gesellschaft für Sport und Technik (GST)

Leiter	Oberstleutnant Jürgen Notroff (Jg. 1944)
28 Mitarbeiter	
Referat I	Zentrale Sporteinrichtungen und Sportverbände, wie Deutscher Turn- und Sportbund (DTSB)
Referat II	Sportvereinigung (SV) Dynamo
Referat III	Gesellschaft für Sport und Technik (GST)
Referat IV	Reisekaderaufklärung; Sport-, GST- und Flugkader; Sicherung von sportlichen Großveranstaltungen

---

8 Offiziere des Hauses, die im Auftrag des Leiters einer Diensteinheit Befugnisse außerhalb der regulären Dienstzeit besaßen. Vgl. Abkürzungsverzeichnis. Hg. BStU. Berlin 2007, S. 57.

Abteilung 4
Unterbindung des feindlichen Missbrauchs der Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR; Erscheinungen der politischen Untergrundtätigkeit

Leiter	Oberst Joachim Wiegand (Jg. 1932)
44 Mitarbeiter	
Referat I	Evangelische Linie
Referat II	Katholische Linie
Referat III	Religionsgemeinschaften/Sekten
Referat IV	Operationsgebiet
Referat V	Operative Vorgänge und Schwerpunkte (»PUT«)
Referat VI	Information und Auswertung

Abteilung 5
Vorgangs- und personenbezogene Arbeit nach dem Operationsgebiet; Bearbeitung von Inspiratoren und Organisatoren der politischen Untergrundtätigkeit unter ehemaligen DDR-Bürgern in der Bundesrepublik und Westberlin sowie unter Anhängern alternativer Gruppierungen und Organisationen

Leiter	Oberst Hans Buhl (Jg. 1933)
27 Mitarbeiter	
Referat I	Westliche Friedensbewegungen mit »Blockübergreifenden Ansätzen«
Referat II	»Feindtätigkeit« ehemaliger DDR Bürger von der Bundesrepublik und Westberlin aus
Referat III	Anhänger alternativer Gruppierungen und Organisationen der Friedensbewegung im Operationsgebiet (»Grüne« und »Alternative Liste«)
Referat IV	Ehemalige prominente DDR-Bürger (»Exponenten der Feindtätigkeit«)
Referat V	Verbindungswesen
Arbeitsgruppe	Informations- und Auswertungstätigkeit

[Abteilung 6]
[Post- und Fernmeldewesen. 1986 als Abteilung 4 in die HA XIX eingegliedert.]

Abteilung 7
Sicherung des Ministeriums für Kultur, der Staatlichen Komitees für Rundfunk und für Fernsehen sowie operative Bearbeitung von zentralen Einrichtungen, Institutionen und Organisationen der Kultur, Kunst und Literatur

Leiter	Oberstleutnant Joachim Tischendorf (Jg. 1940)
41 Mitarbeiter	
Referat I	Rundfunk, Fernsehen, Film einschließlich ihrer technischen Bereiche
Referat II	Zentrale, anleitende kulturelle Institutionen, einschließlich Ministerium für Kultur mit seinen nachgeordneten Einrichtungen; Künstlerverbände, Akademie der Künste und Kulturbund der DDR
Referat III	Pressewesen/ADN; Verband der Journalisten der DDR

Referat IV	Zentraler Schriftstellerverband in Berlin, Verlagswesen; Vorgangsarbeit in den bereichen Kultur und Kunst
Arbeitsgruppe	Information und Auswertung; Dokumentation

Abteilung 8

Sicherung des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen (MHF), des Ministeriums für Volksbildung (MfV) sowie ausgewählter nachgeordneter Einrichtungen beider Ministerien; Sicherung und Überwachung ausländischer Studenten in der DDR

Leiter	Oberstleutnant Werner Fleischhauer (Jg. 1936)
25 Mitarbeiter	
Referat I	MHF und nachgeordnete zentrale Einrichtungen
Referat II	MfV und nachgeordnete zentrale Einrichtungen
Referat III	Operative Bearbeitung ausländischer Studenten in der DDR

Abteilung 9

Aufklärung und Bekämpfung »politischer Untergrundtätigkeit« entsprechend Dienstanweisung 2/85[9]

Leiter	Oberst Wolfgang Reuter (Jg. 1936)
35 Mitarbeiter	
Referat I	Schwerpunktvorgänge: Einzelne Vertreter »PUT«
Referat II	Schwerpunktvorgänge: »Initiative Frieden und Menschenrechte«, »Frauen für den Frieden«
Referat III	Schwerpunktvorgänge: Einzelne Vertreter der »PUT«
Referat IV	»Radio Glasnost« (Westberlin), homosexuelle Gruppierungen
Referat V	Alternative Kultur Ostberlin, Untergrundzeitschriften
Arbeitsgruppe	Auswertung und Information

Abteilung 10

Sicherung von SED-Sonderobjekten und Parteibetrieben sowie nachgeordneter Einrichtungen; Kaderüberprüfungen zentraler Partei- und Staatsorgane

Leiter	Oberstleutnant Fritz Busch (Jg. 1932)
15 Mitarbeiter	
Referat I	Redaktion, Verlag und Druckerei des Neuen Deutschlands, mit Teilbereichen Redaktion DBZ (Deutsche Bauernzeitung), der ZENTRAG und des Ingenieurbüros ZENTRAG
Referat II	Sonderobjekte der SED und Kaderüberprüfungen für zentrale Partei- und Staatsorgane

Die Abteilungen XX der 15 Bezirksverwaltungen verfügten zumeist nur über sieben Referate. Bis auf den Bereich »Sicherung von SED-Sonderobjekten« (HA XX/10) waren hier alle Aufgabenbereiche der Zentrale vertreten. Für die Leitungsbereiche der Abteilungen XX in den Bezirksverwaltungen standen analog zur Hauptabteilung jeweils eine Leiter- und zwei Stellvertreterplanstellen zur Verfügung.[10] Betrachtet man die gesamte »Linie XX«, so »bearbeitete« die Hauptabteilung im MfS Berlin lediglich 10 Prozent der Opera-

---

9 DA 2/85 des Ministers v. 20.2.1985 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit; BStU, MfS, BdL/Dok. 005083.

10 HA XX/AKG: Leiter der Abteilungen XX der BV 1989; BStU, MfS, HA XX, AKG 788, Bl. 27 f.

tiven Vorgänge (OV) bzw. 8,7 Prozent der Operativen Personenkontrollen (OPK);[11] den Hauptteil der Vorgangsarbeit übernahmen Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen.

Die Planvorgabe für das letzte volle Haushaltsjahr 1988 wies für die Hauptabteilung XX ein Operativgeld-Budget von 936 700 Mark der DDR und 122 000 DM aus. Für ihre operativen Aufgaben in Osteuropa und Asien stand der Hauptabteilung zusätzlich eine Summe von 89 000 DDR-Mark zum Umtausch in die entsprechenden Währungen sozialistischer Staaten zur Verfügung. Die tatsächlichen Ausgaben fielen bei der Position DDR-Mark jedoch um rund 200 000 Mark höher aus. 1989 war der DDR-Mark-Anteil am Operativgeld-Budget der Hauptabteilung bereits im September verbraucht.[12]

1.2.2 Kader-/IM-Bestand der Hauptabteilung XX

Im Oktober 1989 hatte die Hauptabteilung XX insgesamt 460 hauptamtliche Mitarbeiter (davon 79 weibliche).[13] 202 waren als IM-führende Mitarbeiter tätig, die wiederum rund 1 500 Inoffizielle Mitarbeiter unterschiedlichster Kategorien anleiteten. Im Einzelnen setzte sich der Kaderbestand der hauptamtlichen Mitarbeiter aus 413 Berufsoffizieren (BO), Berufsunteroffizieren (BU) und Fähnrichen, 35 Offizieren im besonderen Einsatz (OibE) sowie 13 hauptamtlichen Inoffiziellen Mitarbeitern (HIM) zusammen.[14] Knapp zwei Drittel aller BU, BO und Fähnriche sowie der gesamte OibE- und HIM-Bestand der Hauptabteilung wurden in den neun operativen Abteilungen der Diensteinheit eingesetzt.

Etwa die Hälfte aller Kader, die 1989 in der Hauptabteilung XX tätig waren, wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg geboren. Damit hatten zwei Drittel aller Mitarbeiter ihre Primärsozialisation unter sozialistischen Verhältnissen und nur noch ein Drittel während der NS-Zeit erfahren. Letztere waren jedoch überwiegend in Leitungspositionen eingesetzt und prägten somit nach wie vor den Geist der Diensteinheit.

Altersstruktur der hauptamtlichen Mitarbeiter der HA XX 1989[15]

Alter	Mitarbeiter
18–20	8
21–25	63
26–30	62
31–35	51
36–40	68
41–45	46
46–50	59
51–55	55
56–60	42
61–65	4

Nach gegenwärtigem Erkenntnisstand betrug der IM-Bestand der Hauptabteilung Ende 1988 mindestens 2 192 Personen sämtlicher IM-Kategorien.[16]

In den Abteilungen XX der 15 Bezirksverwaltungen waren im Herbst 1989 insgesamt rund 1 000 Berufsoffiziere/Berufsunteroffiziere, einschließlich OibE und HIM, beschäf-

[11] Angaben beruhen auf einer Auszählung von 1992 aus der F 77.
[12] HA XX: Haushaltsüberwachungskarten für 1989, o. D.; BStU, MfS, HA XX 16860, S. 8.
[13] HA KuSch: Kaderbestandsmeldung v. 31.10.1989; BStU, MfS, HA KuSch Plg 9 (3).
[14] Ebenda.
[15] HA KuSch: Kaderbestand und Struktur der HA XX am 21.8.1989; BStU, MfS, HA KuSch Plg 9 (3).
[16] HA XII: Statistischer Jahresbericht 1988 v. 13.1.1989; BStU, MfS, HA XII 4195.

tigt.[17] Damit verfügte die Linie XX im engeren Sinn über fast 1 500 hauptamtliche Mitarbeiter. Hinzu kommen noch die ganz oder überwiegend im Aufgabenbereich der Linie XX arbeitenden Mitarbeiter der Kreisdienststellen, die schwer zu quantifizieren sind, weil auf der untersten territorialen Ebene die Linienstruktur nicht mehr eindeutig war.

1.3 Entwicklung 1950 bis 1990

1.3.1 Vorläufer

Von der Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit 1950 bis zur großen Umstrukturierung im Herbst 1953 wurden die später in der Hauptabteilung V (1964 unbenannt in XX) angesiedelten Aufgaben von den Abteilungen V (Bekämpfung des politischen »Untergrundes«, Überwachung der Kirchen und Blockparteien) und VI (Sicherung des Regierungs- und Parteiapparates, der Justiz und der Massenorganisationen) wahrgenommen. Gemäß dem auch schon damals geltenden Linienprinzip[18] bestanden in den fünf Länderverwaltungen der Staatssicherheit ebenfalls Abteilungen V und VI. Die Abteilung V des MfS Berlin war seit September 1952 in fünf Referate (A–E) untergliedert, die sich wiederum aus Hauptsachgebieten und Sachgebieten zusammensetzten.[19]

1.3.1.1 Die Abteilung V

Folgende Aufgaben waren der Abteilung V zugeordnet:

– »Untergrundbewegungen«: Ostbüros der SPD und des Deutschen Gewerkschaftsbundes; Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU); Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen (UfJ),[20]
– politische Gruppierungen in der DDR, vor allem marxistisch-leninistische Abweichler (»Trotzkisten«, »Titoisten«),
– ehemalige Mitglieder der NSDAP,
– Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie die »Ost-CDU« einschließlich Ostbüro der »West-CDU« (ab September 1952),
– LDP/LDPD einschließlich Ostbüro der FDP (ab September 1952).[21]

Die Bearbeitung der »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit«, die in den Jahren 1951/52 zu militanten Aktionsformen einschließlich kleineren Sprengstoff- und Brandanschlägen überging, erlangte bald besondere Bedeutung. Der erste Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, stufte in seinem Befehl 60/52[22] die Bekämpfung der KgU als »eine der

---

17 HA KuSch: Kaderbestandsmeldung (Anm. 13).

18 Linienprinzip: Grundsatz des Organisationsaufbaus des MfS, wonach operative Diensteinheiten auf zentraler und bezirklicher Ebene die spezielle Verantwortung für die Sicherung bestimmter gesellschaftlicher Bereiche, für die Bekämpfung bestimmter Angriffsrichtungen des Feindes bzw. für die Realisierung spezifischer operativer Arbeitsprozesse (z. B. Untersuchung, Beobachtung) haben. Zit. nach: Suckut, Siegfried (Hg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur »politisch-operativen Arbeit«. BStU. Berlin 1996, S. 234.

19 DA 17/52/V/C des Staatssekretärs Mielke v. 26.9.1952, S. 1; BStU, MfS, BdL/Dok. 002072.

20 Zum UfJ vgl. Mampel, Siegfried: Der Untergrundkampf des MfS gegen den Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen in Berlin (West). Berlin 1994, sowie Hagemann, Frank: Der Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen 1949–1969. Frankfurt/M. 1994.

21 DA 6/52 V/E und DA 17/52/V/C; BStU, MfS, BdL/Dok. 002071.

22 Befehl 60/52 des Ministers v. 24.4.1952; BStU, MfS, BdL/Dok. 000062.

wichtigsten Aufgaben aller Organe des Ministeriums für Staatssicherheit« ein. Der Abteilung V wurde mit dem genannten Befehl hierzu die »Federführung« übertragen.[23]

Die Abteilung V wurde von 1950 bis 1953 von Bruno Beater (Jg. 1914) geleitet. Beater, der aus einer Arbeiterfamilie stammte und gelernter Zimmermann war, diente in der Besatzungszeit in leitender Stellung bei der Kriminalpolizei (Hennigsdorf und Nauen). 1949 war er am Aufbau des Staatssicherheitsvorläufers »Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft« im Land Brandenburg beteiligt. Im April 1950 wurde er zum Leiter der Abteilung V der Verwaltung Groß-Berlin des MfS und schon vier Monate später in die gleiche Funktion auf Ministeriumsebene berufen. Beaters Kaderakte vermerkt, ihn habe »seine unerschütterliche Treue zur Partei gepaart mit seinem überdurchschnittlichen Wissen befähigt [...], die Abteilung V und später die Hauptabteilung V durch seine aufopferungsvolle und unermüdliche Arbeit von Erfolg zu Erfolg zu führen«.[24] Schon nach knapp zweijähriger Leitung der Hauptabteilung stieg Beater 1955 zu einem der stellvertretenden Leiter der Staatssicherheit auf.

1.3.1.2 Die Abteilung VI

Die Abteilung VI leitete von 1950 bis 1953 der gelernte Tischler Richard Reuscher (Jg. 1915).[25] Die Aufgabenschwerpunkte der Abteilung VI lagen in der Überwachung und Sicherung zentraler staatlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen, des Regierungsapparates und der Verwaltungen, der Massenorganisationen, der SED und ihrer Einrichtungen sowie der Kirchen, der CDU und LDP (bis September 1952, danach in der Abt. V).

Spätestens im ersten Halbjahr 1951 wurde aus der Abteilung VI ein Sonderbereich mit der Bezeichnung VI a ausgegliedert, der mit der konspirativen Überwachung des Postverkehrs befasst war (die spätere Abteilung M). Im Mai 1951 erhielt diese Abteilung VI a zudem ein Referat Information, welches die Aufgabe hatte, aus der geöffneten Post Stimmungsberichte zusammenzustellen. Dazu wurden über Erfassungsstellen Postsendungen von Absendern der unterschiedlichsten sozialen Schichten gesammelt und ausgewertet.[26] Sie erfüllten eine Funktion, die in veränderter Form von den im Sommer 1953 gebildeten Informationsgruppen übernommen wurde. Die Abteilungen VI a des Ministeriums und der Landesverwaltungen wurden ab 1952 (und bis 1989) unter der Bezeichnung M weitergeführt.[27]

Im Jahre 1953 bestand die Abteilung VI aus fünf Referaten. Im Einzelnen waren für die Abschirmung und Überwachung innerhalb der oben genannten Arbeitsgebiete zuständig:[28]

Referat 1
Zentrale staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen

Referat 2
Regierungsapparat und Justiz

---

23 Ebenda, S. 1 f. Ausführlicher bei Thomas Auerbach: HA XX/5. Außerdem Engelmann, Roger: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tuchel Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Weimar 1999, S. 183–192.

24 Kaderakte Bruno Beater; BStU, MfS, KS I 10/84, Bl. 57.

25 Kaderakte Richard Reuscher; BStU, MfS, KS 78/75, Bl. 125.

26 Schreiben des General-Inspekteurs Walter an die Verwaltung des Landes Brandenburg zur Verbesserung der Arbeit der Abteilung VIa v. 25.5.1951; BStU, MfS, BdL/Dok. 003464.

27 Vgl. Labrenz-Weiß, Hanna: Abteilung M. Hg. BStU. Berlin 2005.

28 Vgl. Schreiben des Sondersekretariats des Ministers an Leiter der HA [sic!] VI v. 3.6.1953; BStU, MfS, AS 226/56, Bl. 110.

Referat 3
FDGB und andere Massenorganisationen sowie DGB-Ostbüro

Referat 4
Kulturelle und schulische Einrichtungen

Referat 5
Universitäten

Mitarbeiterzahlen der Abteilungen V und VI im Jahr 1953[29]

Struktureinheiten	Abt. V	Abt. VI	gesamt
BV Rostock	4	6	10
BV Schwerin	9	5	14
BV Neubrandenburg	5	6	11
BV Potsdam	12	11	23
BV Frankfurt/O.	5	5	10
BV Cottbus	7	7	14
BV Magdeburg	12	8	20
BV Halle	10	14	24
BV Erfurt	14	11	25
BV Gera	9	7	16
BV Suhl	6	6	12
BV Dresden	14	12	26
BV Leipzig	15	14	29
BV Chemnitz	12	11	23
Verw. Groß-Berlin	19	14	33
Verw. Wismut	7	–	7
BV/V gesamt	160	137	297
Zentrale	44	45	89
Linie gesamt	204	182	386
Anteil Zentrale in %	21,6	24,7	23,1

Hervorzuheben ist die Rolle der Abteilungen VI (Referat 2) bei Überwachung und Säuberung der Justiz, was insbesondere die Staatsanwälte der politischen Abteilungen I und die Richter der politischen Ersten Senate betraf (später IA), weil die Staatssicherheit hier ein formelles Kaderbestätigungsrecht besaß.[30]

Die Abteilungen V und VI waren von Anfang an auch in der »Westarbeit« tätig. Beispielsweise wurden von der Abteilung V/C (anfangs wurden die Referate in den Abteilungen mit Buchstaben gekennzeichnet) Universitäten und Hochschulen in Westberlin und

[29] Befehl 97/53 des Ministers; BStU, MfS, HA KuSch 1358, Bl. 105, 113 f. u. 176 f. Hinzu kam noch die unter der Leitung von Erich Jamin stehende Abteilung VI b mit sechs Mitarbeitern, die für Sicherheitsüberprüfungen im Personalbestand des MfS Berlin und des Außenpolitischen Nachrichtendienstes verantwortlich war.

[30] HA V: Bericht über die Überprüfung der Gerichte und Staatsanwaltschaften, Abteilung I, gem. Beschluss der Parteileitung v. 11.12.1951; BStU, MfS, AS 24/55. Vgl. auch Engelmann, Roger: Staatssicherheitsjustiz. Zur Entwicklung geheimpolizeilicher und justitieller Strukturen im System der politischen Strafverfolgung der DDR 1950–1963. In: Ders.; Vollnhals, Clemens (Hg.): Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR. BStU. Berlin 1999, S. 133–164.

von der Abteilung V/E das Ost-Büro der »West-CDU« in Westberlin sowie in der Abteilung VI/1 die Westabteilung der FDJ bearbeitet. Des Weiteren gehörte es zu den Aufgaben der Abteilung VI der Berliner Zentrale, Reaktionen der westdeutschen Öffentlichkeit auf in der DDR durchgeführte politische Prozesse zu sammeln und auszuwerten.[31]

Über die Personalstärke der Abteilungen V und VI in der Berliner Zentrale und den Bezirksverwaltungen und Verwaltungen geben die Attestierungslisten vom Frühjahr 1953 Auskunft.

1.3.2 Aufgaben- und Strukturentwicklung

1.3.2.1 Die Hauptabteilung V unter der Leitung von Bruno Beater und Fritz Schröder 1954 bis 1963

Nach dem 17. Juni 1953 und dem Sturz Wilhelm Zaissers als Minister für Staatssicherheit kam es zu einer Umstrukturierung des gesamten Dienstes, der unter dem neuen Chef Ernst Wollweber von Juli 1953 bis November 1955 nur den Status eines Staatssekretariates im Ministerium des Innern hatte (Staatssekretariat für Staatssicherheit – SfS).[32] In diesem Zusammenhang wurden im November 1953 auch die Aufgaben der Abteilungen V und VI in der neu gegründeten Hauptabteilung V zusammengeführt.[33] In einer Aufgabenzuweisung des SED-Politbüros an das SfS vom September 1953 verbirgt sich das Tätigkeitsfeld der Hauptabteilung V im Wesentlichen hinter der Formulierung »Durchführung der Agenturarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik innerhalb der bürgerlichen politischen Parteien, der gesellschaftspolitischen Massenorganisationen und der kirchlichen Organisationen, in den Kreisen der Intelligenz und der Jugend zwecks Aufdeckung von illegalen antidemokratischen Organisationen und Gruppen und der Beseitigung ihrer Zersetzungstätigkeit«.[34]

Die Staatssicherheit entwickelte unter der Anleitung der SED-Führung und der sowjetischen Berater 1953 eine neue Strategie und Taktik, die im Wesentlichen darin bestand, Massenverhaftungen von Oppositionellen und Informanten westlicher Geheimdienste systematisch mit dem geheimpolizeilichen Angriff auf die entsprechenden Institutionen und Organisationen außerhalb der DDR zu kombinieren.[35] In diese Strategie der »konzentrierten Schläge gegen die Feinde«[36] war die Linie V intensiv eingebunden.

Der Organisationsbefehl 371/53 vom 25. November 1953 legte fest, dass die Hauptabteilung V gemeinsam mit den Hauptabteilungen III (Wirtschaft), IX (Untersuchungsorgan), S (Entwicklung, Herstellung und Einsatz operativer technischer Geräte) und der Abteilung XIV (Untersuchungshaftanstalten) zum Verantwortungsbereich des stellvertreten-

---

31 Schreiben Mielkes an die MfS-Verwaltung Thüringen v. 9.6.1952; BStU, MfS, BdL/Dok. 002640.

32 Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros am 18.7.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/307, Bl. 2. Zur Absetzung Zaissers, der Umwandlung des Ministeriums in ein Staatssekretariat für Staatssicherheit und der Ernennung Wollwebers siehe ausführlich Schumann, Silke: Parteierziehung in der Geheimpolizei: Zur Rolle der SED im MfS der 50er Jahren. Hg. BStU. Berlin 1997.

33 ZAIG: Papier zu den Ergebnissen der zentralen Dienstkonferenz v. 11.–12.11.1953, S. 358; BStU, MfS, ZAIG 26998, Teil 2 v. 2; Kaderakte Rudolf Stange; BStU, MfS, KS I 05/85, Bl. 50.

34 Beschluss des Politbüros der SED v. 23.9.1953; SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/62, o. Pag. Dokumentiert in: Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956. Hg. BStU. Berlin 1998, S. 249–254.

35 Ebenda, S. 37.

36 Referat von Ernst Wollweber auf der zentralen Dienstkonferenz am 11./12.11.1953; BStU, MfS, BdL/Dok. 006111.

den Staatssekretärs Mielke gehören sollte. Leiter der Hauptabteilung wurde Bruno Beater.[37] Gleichzeitig wurden vier der fünf Abteilungsleiter berufen.[38]

Für die Phase von November 1953 bis Dezember 1954 lassen sich in der Hauptabteilung V folgende Leitungspositionen und Zuständigkeiten festhalten:[39]

Abteilung 1
Oberst Erich Jamin
Ostbüro der SPD und des DGB, Sicherung des FDGB

Abteilung 2
N.N.
»Trotzkismus« und »Titoismus«

Abteilung 3
Major Kurt Schumann
»Bürgerliche Parteien« (LDPD, CDU), Ostbüros der CDU und FDP, Kirchen, Umsiedler

Abteilung 4
Major Werner Muth (kommissarisch ab November 1953)
Hauptmann Heinz Bischof (ab August 1954)
Staatsapparat und Massenorganisationen

Abteilung 5
Oberstleutnant Otto Knye
»Terror«, »Fälschungen« (KgU und UfJ)

Anfang des Jahres 1955 kam es zu einer größeren Umstrukturierung der Hauptabteilung V. Der entsprechende Strukturplan vom 3. Januar 1955[40] zeigt eine Erweiterung um die Aufgabenfelder Post- und Fernmeldewesen bzw. Sicherung der SED und ihrer Objekte. Die Hauptabteilung verfügte nunmehr über sieben Abteilungen mit jeweils drei bis vier Referaten, die ihrerseits in drei bis vier Hauptsachgebiete untergliedert waren.

Von den über 200 bewilligten Planstellen der Hauptabteilung V wurden 1955 nur rund 140 besetzt.[41] Im Unterschied zur Hauptabteilungsebene erhielten die Abteilungen V in den 16 Bezirksverwaltungen[42] des MfS, die seit der Verwaltungsreform vom Juli 1952 existierten, nur fünf Referate. Die in der Hauptabteilung neu geschaffenen Struktureinhei-

---

[37] Befehl 371/53 des Staatssekretärs v. 25.11.1953 über Löschung von Disziplinarstrafen, Beförderungen, Ernennungen und Veränderungen im Bereich des Staatssekretärs für Staatssicherheit, S. 3 u. 5; BStU, MfS, BdL/Dok. 000194.

[38] Ebenda, S. 5.

[39] Vgl. ZAIG: Ergebnisse der zentralen Dienstkonferenz v. 11.–12.11.1953, S. 361; BStU, MfS, ZAIG 26998, Teil 2 v. 2.

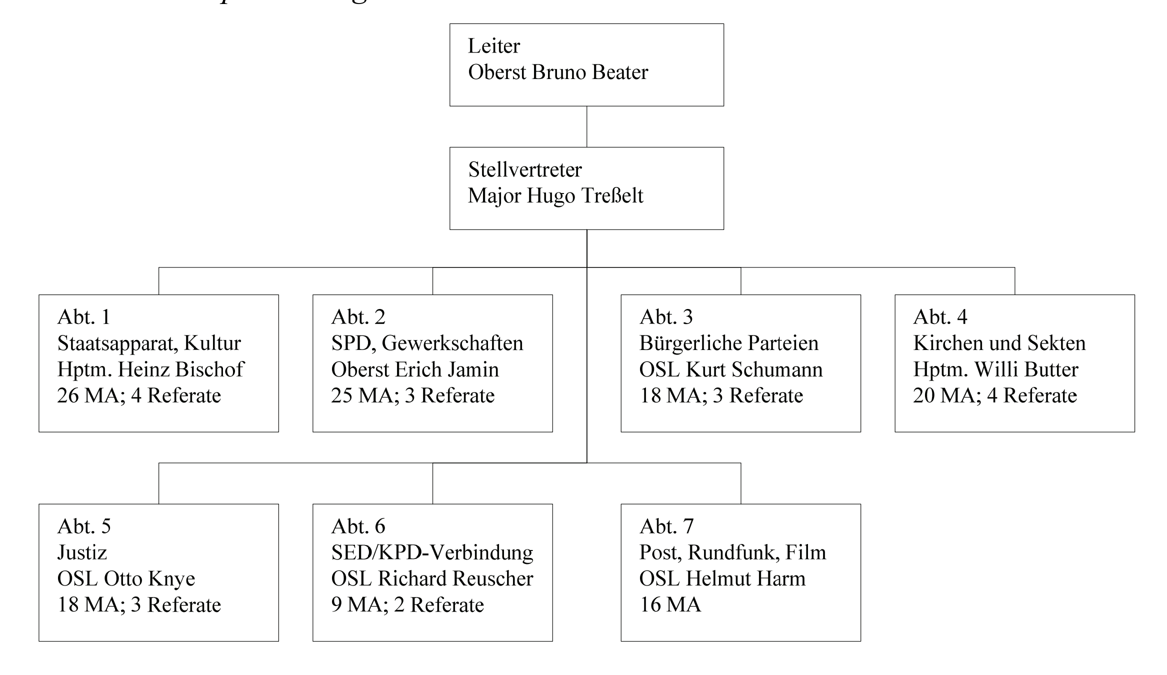
[40] Anlage zum Schreiben des Leiters der HA V, Beater, an die Abt. V der BV v. 3.1.1955: Strukturplan der HA V; BStU, MfS, BdL/Dok. 003784.

[41] Die in der Strukturübersicht angegebenen Mitarbeiterzahlen geben den Ist-Bestand wieder. Da von der HA V/1 keine Soll-Zahlen vorliegen, konnte der geplante Gesamtmitarbeiterbestand nicht exakt ermittelt werden.

[42] Die Verwaltung »W« in der SAG Wismut (Uranbergbau) hatte seit 1951 den Status einer Länder- und ab 1952 den einer Bezirksverwaltung, sodass es bis zur Auflösung der Verwaltung »W« im Jahre 1982 insgesamt 16 Bezirksverwaltungen gab. Vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft. Hg. BStU. Berlin 1997, S. 13.

ten V/6 und V/7 waren auf der Bezirksebene in die Referate V/2 bzw. V/1 integriert.[43] Für die 16 Abteilungen V in den Bezirksverwaltungen waren zunächst 389 Planstellen vorgesehen.[44]

Struktur der Hauptabteilung V 1955[45]



Aufgabenverteilung innerhalb der Abteilungen V in den Bezirksverwaltungen[46]

Referat 1
Ministerien

Referat 2
Ostbüro der SPD

Referat 3
»Bürgerliche Parteien« (CDU und LDPD)

Referat 4
Kirchen und Sekten

Referat 5
»Terror/Untergrund«

Priorität in der Arbeit der Hauptabteilung V hatte der Kampf gegen die »Untergrundbewegungen«, was zu diesem Zeitpunkt eine intensive Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes im »Westen« einschloss. Beispielsweise lag die Durchführung der Großaktion »Blitz« gegen die sogenannten Untergrundorganisationen KgU, UfJ und die Ostbüros um die Jah-

---

43 Schreiben des Leiters der HA V, Beater, an die Abteilungen V der Bezirksverwaltungen v. 3.1.1955; BStU, MfS, MfS, BdL/Dok. 003784.

44 Ebenda.

45 Ebenda.

46 Strukturplan 1955 (Anm. 40).

reswende 1954/55 in den Händen der Hauptabteilung V.[47] Hier standen Massenfestnahmen und Entführungsaktionen auf dem Plan, denen offiziellen Angaben zufolge 521 Personen zum Opfer fielen.[48]

Auch zu anderen Maßnahmen, wie der »Bearbeitung« des im Juli 1954 in Westberlin stattfindenden SPD-Parteitages, wurde vom Staatssekretariat für Staatssicherheit ein Sonderstab gebildet. Ihm gehörten neben Oberst Hentschke von der Hauptabteilung XV (Aufklärung) und Generalmajor Fruck von der Verwaltung Groß-Berlin auch Oberst Jamin von der Hauptabteilung V/2 (Aufgabengebiet: SPD) an.[49] Einen typischen »komplexen Sicherungsauftrag« erhielt die Hauptabteilung 1955 bei der Aktion »Bumerang« (2. Jahrestag des 17. Juni). Alle sieben Abteilungen der Hauptabteilung V waren in einen Plan einbezogen, der den Einsatz von 60 inoffiziellen Kräften unterschiedlicher Kategorien in Westberlin (Aufklärung von Agentenzentralen und Untergrundorganisationen) und von 113 inoffiziellen Mitarbeitern unterschiedlicher Kategorien in Ostberlin (Sicherung von Ministerien, Verwaltungen und Hochschulen) vorsah.[50]

Seit Herbst 1955 stand die Diensteinheit unter der Leitung von Fritz Schröder. Der 1915 in Ostpreußen geborene Schröder hatte nach dem Besuch der Mittelschule eine Fleischerlehre absolviert. 1939 wurde er zur Wehrmacht eingezogen und geriet 1942 in sowjetische Gefangenschaft. Dort besuchte er einen sechsmonatigen Antifa-Lehrgang und war anschließend Frontbeauftragter des Nationalkomitees Freies Deutschland. Im Juli 1945 trat Schröder in den Polizeidienst und brachte es 1948 zum Leiter des Kreispolizeiamtes Teltow. Nachdem er schon im September 1949 in die MfS-Vorläuferinstitution Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft eingestellt worden war, leitete er ab 1950 die Abteilung V der Länderverwaltung Brandenburg und von 1952 bis 1955 die Bezirksverwaltung Cottbus des MfS. Die Hauptabteilung V führte er bis Ende 1963.[51] Als stellvertretender Abteilungsleiter wurde im Dezember 1955 Erich Jamin eingesetzt.[52]

1956 schrumpfte die HA V von 204 auf 182 Mitarbeiter (-10,8 %) und im folgenden Jahr weiter auf 132 (-27,5 %).[53] Zwar nahm die Zahl der MfS-Mitarbeiter in diesen beiden Jahren – aufgrund von entsprechenden Vorgaben des damaligen Staatssicherheitsministers Wollweber – auch insgesamt ab, die allgemeine Reduktion erreichte aber mit -4,1 Prozent (1956) und -1,1 Prozent (1957)[54] längst nicht diese Dimensionen. Die starke Verkleinerung der HA V (wie auch anderer operativer Diensteinheiten der Zentrale) ist wohl auf mehrere, sich in dieser Zeit überlagernde Faktoren zurückzuführen: die stärkere Orientierung des MfS auf Aufklärungsaufgaben ab 1955, das politische »Tauwetter« des Jahres

---

47 Vgl. DA 54/54 v. 16.11.1954 zur Aktion »Blitz« des Leiters der HA V, Beater; BStU, MfS, BdL/Dok. 003093.

48 Ausführlicher bei Fricke; Engelmann: »Konzentrierte Schläge« (Anm. 34), S. 52–62.

49 In dem Protokoll der Kollegiumssitzung v. 19.7.1954 heißt es: »Dem Stab obliegt die Aufgabe, alle Möglichkeiten und Verbindungen, wie vorhandene Agenturen sowie auch Personen, die die Möglichkeit haben Verbindungen zu schaffen, für die operative Arbeit auszunutzen, bestimmte Personen anzusprechen und neue Verbindungen zu suchen.« BStU, MfS, SdM 1549, Bl. 8.

50 Vgl. Einsatzplan der Hauptabteilung V zur Aktion »Bumerang« v. 14.6.1955; BStU, MfS, AS 160/56, Bl. 40–61. Zum Kontext vgl. Eisenfeld, Bernd; Kowalczuk, Ilko-Sascha; Neubert, Ehrhart: Die Verdrängte Revolution. Der Platz des 17.6.1953 in der deutschen Geschichte. Hg. BStU. Bremen 2004, S. 178–185.

51 Laut Beschluss des Nationalen Verteidigungsrates wurde Schröder am 1.1.1964 zum Stellvertreter des Ministers ernannt. Im Februar 1975 wurde er aus gesundheitlichen Gründen von dieser Position entbunden und schied zugleich aus dem MfS aus. Vgl. Kaderkarteikarte Fritz Schröder; BStU, MfS.

52 Kaderakte Erich Jamin; BStU, MfS, KS I 2/84, Bl. 7.

53 Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Hg. BStU. Berlin 1996, Faltblatt.

54 Ebenda, S. 41.

1956 und damit verbundene Sparmaßnahmen[55] sowie die personelle Stärkung der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen zulasten der Zentrale im Jahre 1957.

In diesem Zusammenhang steht auch die Überlegung des MfS-Kollegiums vom 3. Oktober 1956, »in weiteren Kreisdienststellen Mitarbeiter für die Bearbeitung der Linie II (Spionageabwehr) und V« einzusetzen.[56] Wenig später stimmte die Leitung des MfS dem Vorschlag des stellvertretenden Ministers Beater zu, in den Hauptabteilungen II und V jeweils die Voraussetzungen für eine 2. Stellvertreterposition zu schaffen.[57]

Als die politische Großwetterlage nach dem blutigen Budapester Aufstand im Herbst 1956 wieder frostig wurde, geriet die Linie V wegen mangelnder Wachsamkeit im Zusammenhang mit dem »Fall Harich« in die Kritik. Nach entsprechenden Vorwürfen Ulbrichts hielt Wollweber den Mitarbeitern der Diensteinheit auf einer Besprechung vor, die Informationen über Harichs »feindliche Tätigkeit« seien nicht von ihnen als den eigentlich Zuständigen gekommen, sondern von im Westen eingesetzten »Informatoren«.[58]

Schon auf dem 29. Plenum des ZK der SED am 12. November 1956 wurde deutlich, dass Ulbricht eine grundsätzliche Richtungsänderung in der Arbeit der Staatssicherheit anstrebte. Die Niederschlagung der ungarischen Revolution durch sowjetische Truppen hatte den 1. Sekretär des ZK der SED in die Offensive gebracht. Unverholen kündigte er eine neuerliche Verschärfung der politischen Repression an: Nach dem XX. Parteitag der KPdSU seien »manche Genossen der Staatssicherheit so vorsichtig« geworden, »dass sie nicht mehr die Kraft« gehabt hätten, gegen bestimmte Feinde des Staates energisch vorzugehen. Es komme jetzt darauf an, die Genossen zu ermuntern, ihre Pflicht zu erfüllen »und unter den veränderten Bedingungen auch manches in ihrer Arbeitsmethode [zu] verbessern«.[59] Auf einer Dienstkonferenz am 26. April 1957 präzisierte Ulbricht seine Kritik an der Leitung des MfS und forderte auf der Basis einer exemplarischen Überprüfung der Bezirksverwaltungen Magdeburg und Potsdam eine grundlegende Veränderung der Arbeitsweise des Staatssicherheitsdienstes. Dazu gehörten: ein größeres ideologisches Wissen, Standfestigkeit und allgemeine Bildung, eine bessere Verbindung von Informationstätigkeit und operativer Tätigkeit, eine stärkere Präsenz in Großbetrieben und Verwaltungen, die Steigerung der Eigenverantwortung der territorialen Gliederungen des Apparates und nicht zuletzt die Stärkung der Parteiorganisation im MfS.[60] Als unmittelbare Folge dieser Kritik entstanden die Dienstanweisungen 16/57 und 17/57.[61] Beide führten in der Hauptabteilung V zu Veränderungen der operativen Arbeit. Mit der Dienstanweisung 16/57 startete das MfS auf breiter Front den Versuch, die geheimdienstliche Tätigkeit vor

---

55 Zum Kontext vgl. Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Hg. BStU. Berlin 2000, S. 172–177.

56 Protokoll der Kollegiumssitzung am 3.10.1956; BStU, MfS, SdM 1551, Bl. 76.

57 Protokoll der Kollegiumssitzung am 9.10.1956; ebenda, Bl. 89.

58 Mielke auf der Dienstbesprechung mit den Abt. V/1 und V/6 am 24.1.1957; BStU, MfS, SdM 1920, Bl. 94.

59 Stenographisches Protokoll des 29. Plenums des ZK (12.–14.11.1956), zit. nach: Engelmann, Roger; Schumann, Silke: Kurs auf die entwickelte Diktatur: Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57. Hg. BStU. Berlin 1995, S. 29 f.

60 Ebenda, S. 20 f.

61 DA 16/57 des Ministers v. 30.5.1957 über Maßnahmen zur Verbesserung der operativen Arbeit in den Betrieben, Ministerien und Hauptverwaltungen, Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten sowie in den Objekten der Landwirtschaft, S. 1–19; BStU, MfS, BdL/Dok. 002152; DA 17/57 des Ministers v. 18.6.1957 über die Erhöhung der Verantwortung und die Erweiterung der Vollmachten der Chefs der Bezirksverwaltungen und der Kreisdienststellenleiter, S. 1–9; BStU, MfS, BdL/Dok. 002142. Zur zentralen Bedeutung beider DA vgl. Engelmann; Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur (Anm. 59), S. 21–23.

allem in den Betrieben und Ministerien sowie in den Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten zu intensivieren und eine unmittelbare Abstimmung zwischen den betrieblichen Parteileitungen und den neu geschaffenen betrieblichen Operativgruppen und Objektdienststellen des MfS zu gewährleisten. Mit der Dienstanweisung 17/57 wurde zudem die Position der Leiter der Bezirks- und Kreisdienststellen gestärkt, und Anleitungsbefugnisse der Ersten Sekretäre der entsprechenden Parteileitungen ihnen gegenüber wurden verankert.[62] Die Position der Hauptabteilungen der MfS-Zentrale wurde dementsprechend geschwächt.

Im November 1956 wurde der Aufgabenbereich Universitäten/Hochschulen[63] aus der HA V/1 in eine eigenständige Abteilung 8 unter der Leitung von Heinz Bischof verlagert.[64] Bereits im Frühjahr 1957 fungierte Bischof mit dem gleichen Aufgabenbereich als Leiter der HA V/6.[65]

Auf den Sturz Wollwebers im Oktober 1957 folgten weitere Veränderungen im MfS-Apparat. Das MfS unter der Leitung seines neuen Chefs Erich Mielke fasste am 22. November 1957 den Beschluss, die Arbeitsweise einiger Linien zu verändern. Dies betraf besonders die Arbeit der Aufklärung (Auslandsspionage), der Spionageabwehr und der Linie V im »Operationsgebiet« (Westberlin und Bundesrepublik).[66] Ab sofort war der Leiter der Hauptabteilung V persönlich für die Auswertung und Kontrolle aller Maßnahmen mit inoffiziellen Kräften der Linie V zuständig, die in der Bundesrepublik oder Westberlin wohnten bzw. dort eingesetzt wurden.[67] Mit dieser Maßnahme sollte im Bereich der Westarbeit ein besserer Informationsfluss zwischen den Bezirksverwaltungen und der Berliner Zentrale gewährleistet werden.

Trotz Ulbrichts Fundamentalkritik an der angeblich einseitigen Ausrichtung der MfS-Tätigkeit auf den Westen durch Ernst Wollweber in den Jahren 1955/56 behielt die »politisch-operative Arbeit« in und nach Westdeutschland/Westberlin in der Hauptabteilung V auch nach der Kehrtwende von 1957 ihre Bedeutung. Insbesondere dem »Kampf« gegen die SPD und ihr Ostbüro galt die unverminderte Aufmerksamkeit der »Linie V«.[68] In einem seltsamen Kontrast zum realen Bedeutungsrückgang der Ostbüros wurde im Apparat der Staatssicherheit diesbezüglich gerade in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ein regelrechter Mythos gepflegt. Das »Ostbüro« diente als Chiffre für die allgegenwärtigen Gefahren der »Zersetzung«, die der DDR nach Auffassung der Stalinisten durch den »Sozialdemokratismus« drohten.[69]

Wie schnell sich strukturelle Aufgabenzuordnungen zuweilen änderten, lässt sich an der operativen Zuständigkeit für den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zeigen. Seit Anfang 1954 war die Hauptabteilung V/1, ab Januar 1955 die Hauptabteilung V/2, später die Hauptabteilung V/6 zuständig. Im Januar 1957 wanderte der Verantwortungsbereich DGB zur Abteilung 6 der für die Volkswirtschaft zuständigen Hauptabteilung III,[70] um im Oktober 1958 in die Abteilung II der Hauptverwaltung Aufklärung überzugehen.

---

62 DA 17/57 (Anm. 61), S. 2–7.

63 Vgl. Gesine von Prittwitz und Matthias Braun: HA XX/7.

64 Arbeitsrichtlinie 1/56 des Stellvertreters des Ministers, Beater, v. 3.11.1956, S. 1; BStU, MfS, BdL/Dok. 002379; Kaderakte Heinz Bischof; BStU, MfS, KS II 155/78, Bl. 79.

65 Vgl. Gesine von Prittwitz und Matthias Braun: HA XX/7.

66 Protokoll der Kollegiumssitzung v. 21./22.11.1957; BStU, MfS, SdM 1553, Bl. 223 f.

67 Schreiben des Stellvertreters des Ministers, Beater, an den Leiter der BV Frankfurt/O. v. 6.12.1957, S. 1 f.; BStU, MfS, BdL/Dok. 003858.

68 Protokoll der Kollegiumssitzung am 28.1.1958; BStU, MfS, SdM 1554, Bl. 18.

69 Fricke; Engelmann: »Konzentrierte Schläge« (Anm. 34), S. 80.

70 Befehl 19/57 des Ministers v. 14.1.1957; BStU, MfS, BdL/Dok. 000388.

1958 wurde die Verantwortung für den »Sicherungsbereich zentrale Justizorgane« von der Hauptabteilung V/5 an die für die zentralen Staatsorgane zuständige Hauptabteilung V/1 übertragen.[71] Angesichts der mittlerweile erreichten personellen und ideologischen Konsolidierung des DDR-Justizwesens im Sinne der SED entfiel der operative Zusammenhang zwischen Bekämpfung des UfJ und der Überwachung der Justizkader endgültig. Der »Sicherungsbereich Post- und Fernmeldewesen« wurde 1959 von der Hauptabteilung V/7 ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich der Hauptabteilung V/1 verlagert.[72] Gleichzeitig wurde die Bearbeitung der Objekte des Post- und Fernmeldewesens erstmals detailliert geregelt.[73]

Im gleichen Jahr erfolgte im Zusammenhang mit der Auflösung der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, die die Staatssicherheit in früheren Zeiten mit ihren Aktionen beträchtlich in Atem gehalten hatte, eine weitere Reduktion der Linie V/5. Mielke löste auch die Referate dieser Abteilungen in den Bezirksverwaltungen auf; die verbleibenden Aufgaben der Bekämpfung westlicher »Feindorganisationen« wurden fortan direkt von der Hauptabteilung V/5 wahrgenommen.[74]

Durch den Mauerbau am 13. August 1961 wurde die Massenflucht aus der DDR, die zuletzt systemgefährdende Ausmaße erreicht hatte, gestoppt. Im Westen entstanden jedoch Fluchthilfeorganisationen, deren Bekämpfung jetzt von der Hauptabteilung V/5 übernommen wurde.[75] Diese Organisationen verübten nach Einschätzung des MfS »auf die unterschiedlichste Art schwere Verbrechen gegen die Staatsgrenze und die Souveränität der DDR«.[76] Die Bearbeitung von »Grenzprovokationen und Menschenhandel« erfolgte in Zusammenarbeit mit den Hauptabteilungen I (Nationale Volksarmee, Grenztruppen) und IX (Untersuchungsorgan) sowie der Arbeitsgruppe Passkontrolle und Fahndung.[77] In den wieder eingerichteten Abteilungen V/5 der Bezirksverwaltungen wurden hierfür zusätzliche Mitarbeiter eingesetzt.

Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Hauptabteilung V war die Herausbildung des geheimpolizeilichen Schlüsselbegriffs der »politisch-ideologischen Diversion«, zu dem sich Ulbrichts Diagnose »neuer Feindmethoden« der ideologischen »Aufweichung und Zersetzung« in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre verfestigte.[78] Das MfS entwickelte sich in dieser Phase in Richtung »Ideologiepolizei« (Mampel)[79] und die Linie V bildete zweifellos den »ideologiepolizeilichen« Kern dieses neu ausgerichteten Staatssicherheitsapparats. Die vom Kollegium des MfS im Februar 1958 niedergelegte Definition: »Die ideologische Diversion ist die Methode des Feindes zur Zersetzung der Partei, um ihre führende Rolle beim Aufbau des Sozialismus zu beseitigen, zur Aufweichung der DDR und des ganzen sozialistischen Lagers«,[80] lässt erkennen, dass das mit diesem Begriff verbundene

---

[71] Vorschlag zur Prämierung Roschers v. 18.1.1958; KS 4461/90, Bl. 37.

[72] Schreiben des Stellvertreters des Ministers, Beater, an die Leiter der BV/Verwaltungen des MfS v. 22.6.1959: Arbeitsrichtlinie für die Bearbeitung der Objekte des Post- und Fernmeldewesens auf der Linie V/1, S. 1–19; BStU, MfS, BdL/Dok. 002392.

[73] Arbeitsrichtlinie für das Post- und Fernmeldewesen; ebenda, S. 19.

[74] Befehl 396/59 des Ministers v. 12.10.1959; BStU, MfS, BdL/Dok. 000522.

[75] Vgl. Thomas Auerbach: HA XX/5.

[76] HA XX: Traditionskabinett; BStU, MfS, HA XX/4 2288, Bl. 36.

[77] Befehl 506/62 des Ministers v. 27.8.1962; BStU, MfS, BdL/Dok. 000776.

[78] Vgl. Engelmann; Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur (Anm. 59), S. 6–8, 13 f. u. 26 f.; Fricke; Engelmann: »Konzentrierte Schläge« (Anm. 34), S. 241 f.

[79] Begriffprägung bei Mampel, Siegfried: Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Ideologiepolizei. Zur Bedeutung einer Heilslehre als Mittel zum Griff auf das Bewusstsein für das Totalitarismusmodell. Berlin 1996.

[80] Protokoll der Kollegiumssitzung am 20.2.1958; BStU, MfS, SdM 1554, Bl. 63.

politisch-operative Konzept ursprünglich auf die Abschirmung der SED von »zersetzenden« Einflüssen zielte. Dies kommt auch in der im Februar 1960 erlassenen einschlägigen Grundsatzdirektive zum Ausdruck, die als Erscheinungsformen der politisch-ideologischen Diversion »Sozialdemokratismus, Opportunismus, Revisionismus« nennt.[81] Auch geringfügig von der Parteilinie abweichendes Denken und Handeln konnte auf dieser Basis in den Kontext »imperialistischer Feindtätigkeit« eingeordnet werden. Selbst subjektiv loyale Funktionäre gerieten in den Verdacht, Einfallstore der »politisch-ideologischen Diversion« zu sein, deren Ursprung vor allem beim Ostbüro der SPD lokalisiert und dessen Rolle insbesondere in dieser Phase völlig überbewertet wurde. Die für die Abwehr sozialdemokratischer und anderer »parteifeindlicher« Einflüsse zuständige Abteilung 2 (HA V/2) wurde so zum Zentrum schier paranoid anmutender Aktivitäten, bei denen Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre große Energien in die Überwachung ehemaliger als auch amtierender Staats- und Parteifunktionäre investiert wurden.[82] Diese Maßnahmen gipfelten 1961/62 in der Entführung und Verurteilung des ehemaligen Agitationssekretärs der Berliner Parteileitung Heinz Brandt. Brandt, der nach dem 17. Juni 1953 in Ungnade gefallen und 1958 in den Westen geflohen war, wurde verdächtigt, Drahtzieher weitverzweigter »parteifeindlicher« Aktivitäten zu sein.[83]

In diese Zeit fallen Anstrengungen zur Intensivierung und Systematisierung der Bekämpfung politisch abweichenden Verhaltens. Im Februar 1960 erließ der stellvertretende Minister Bruno Beater die »Direktive zur Verbesserung der Abwehrarbeit gegen die politisch-ideologische Diversion und Untergrundtätigkeit«, die ein entsprechendes Melde- und Berichtssystem einführte, das in der HA V zusammenlief.[84] Neun Monate später wurde dieses System durch die Einführung von Kerblochkarteien und die Bildung einer in der Hauptabteilung angebundenen zentralen Auswertungsgruppe perfektioniert.[85]

Im Januar 1963 beschloss der VI. Parteitag der SED eine veränderte Wirtschaftspolitik, das »Neue Ökonomische System der Planung und Leitung« (NÖSPL). Effizienzgesichtspunkte und »Wissenschaftlichkeit« sollten nunmehr auch in der »politisch-operativen« Arbeit des MfS eine größere Rolle spielen. Im Zuge des VI. Parteitags forderte der Minister für Staatssicherheit auf der Dienstkonferenz am 19. März 1963 »eine neue Einschätzung aller Probleme und die Veränderung der politisch-operativen Arbeit des MfS«.[86] In Zukunft sollten die Leiter der einzelnen Diensteinheiten selbst operativ und »wissenschaftlich« arbeiten.[87]

Im Zusammenhang mit der neuen wirtschaftspolitischen Ausrichtung wurde von der Leitung des MfS eine Fusion der Linie V mit den Linien III (Wirtschaft) und XIII (Verkehrswesen) erwogen,[88] womit »das koordinierte Zusammenwirken aller Linien und die komplexe Sicherung der Objekte (Arbeit nach dem Produktionsprinzip)« ermöglicht wer-

---

81 Bruno Beater an die Leiter der Bezirksverwaltungen v. 21.11.1960; BStU, MfS, BdL/Dok. 002626.

82 Vgl. Thomas Auerbach: HA XX/3.

83 HA V/2: 87 Auskunftsberichte über belastete Personen v. November 1961; BStU, MfS, HA XX Bündel 177.

84 Direktive zur Verbesserung der Abwehrarbeit gegen die politisch-ideologische Diversion und Untergrundtätigkeit v. 3.2.1960. Dokumentiert in: Engelmann, Roger; Joestel, Frank (Bearb.): Grundsatzdokumente des MfS. Hg. BStU. Berlin 2004, S. 126–128.

85 Rundschreiben Beaters an die BV/V v. 21.11.1960: Verbesserung der Leitungstätigkeit zur Abwehr der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit (einschl. Anlagen); BStU, MfS, BdL/Dok. 002626.

86 Protokoll der Dienstkonferenz am 19.3.1963; BStU, MfS, SdM 1561, Bl. 21.

87 Geschichte. Studienmaterial. Teil V. Hg. v. d. Juristischen Hochschule des MfS 1980, S. 79–81; BStU, MfS, JHS 135/80.

88 Ebenda.

den sollte.[89] Im Oktober 1963 war nur noch von einer Fusion der Hauptabteilungen III und V die Rede. Eine entsprechende Grundsatzdirektive, ein Struktur- und Stellenplan sowie ein Befehlsentwurf zur Umbildung beider Diensteinheiten wurden noch vorbereitet, und die MfS-Führung berief für Anfang Dezember 1963 eine Dienstkonferenz der Leiter der operativen Haupt- und selbstständigen Abteilungen sowie der Bezirksverwaltungen und Verwaltungen ein, auf der die Leitungskader »in die neue Aufgabenstellung aufgrund der Veränderung der Struktur der Linien III und V« eingewiesen werden sollten.[90] Der weitgediehene Fusionsplan wurde allerdings wenig später sang- und klanglos fallen gelassen.[91]

1.3.2.2 Die Hauptabteilung XX unter der Leitung von Paul Kienberg 1964 bis 1989

Die anstehenden Reorganisationsfragen wurden erst auf der Kollegiumssitzung am 31. Januar 1964 abschließend geregelt und im Beschluss 2/64 festgehalten. Die Hauptabteilung V führte fortan die Bezeichnung XX, während die Hauptabteilung III in XVIII und die Hauptabteilung XIII in XIX umbenannt wurden.[92] Von den einstigen Fusionsabsichten blieb im März 1964 lediglich die Gründung gemeinsamer Arbeitsgruppen »Auswertung« (13 Planstellen) und »E« (operative Technik, 3 Planstellen) bei dem für die »Linien« XVIII, XIX und XX zuständigen stellvertretenden Minister übrig.[93] Mit dem Befehl 211/64 vom 9. März 1964 wurde der Beschluss umgesetzt.

Am 1. Januar 1964 war der Leiter der Hauptabteilung V, Fritz Schröder, zum Stellvertreter des Ministers mit diesem Anleitungsbereich (XVIII, XIX und XX) ernannt worden. Die Stelle des Leiters der Hauptabteilung XX blieb zunächst unbesetzt.[94] Kommissarisch übernahm sie jedoch der bisherige Stellvertreter Schröders, Paul Kienberg. Kienberg wurde 1926 in Mühlberg/Elbe geboren und wuchs in einer Arbeiterfamilie auf. Wegen der jüdischen Herkunft seines Vaters konnte er 1944 die begonnene Schlosserlehre nicht abschließen. Die letzten beiden Kriegsjahre verbrachte er in einem Thüringer Arbeitslager. Im September 1945 trat Kienberg der KPD bei. 1949 ging er zur Volkspolizei und wechselte 1950 zum MfS. Ab 1953 arbeitete er in der Hauptabteilung V, 1956 wurde er Leiter der Abteilung V/1 und 1959 stellvertretender Hauptabteilungsleiter. Am 1. Juli 1965 übertrug man Kienberg dann endgültig die Funktion des Hauptabteilungsleiters.[95] Er übte sie als einer der dienstältesten Hauptabteilungsleiter bis zur Auflösung des MfS aus.[96]

Ab Januar 1965 standen ihm mit Heinz Volpert und Rudolf Stange zwei Stellvertreter[97] zur Seite, die wie Kienberg der zweiten Generation von MfS-Mitarbeitern angehörten und nun in höhere Leitungspositionen aufstiegen. Dieser Vorgang war symptomatisch für einen breit angelegten Kaderwechsel im MfS-Apparat, der sich Mitte der sechziger Jahre im

---

89 Gemäß dem Produktionsprinzip wurde die Volkswirtschaft so organisiert und geleitet, dass Betriebe und Einrichtungen des Handels und der Dienstleistungen nach der Gleichartigkeit der Erzeugnisse, der zu verarbeitenden Rohstoffe oder der Herstellungsverfahren zusammengefasst wurden. Wichtige Ausdrucksformen des Produktionsprinzips auf der Industrieebene waren z. B. die Industrieministerien, die branchenbezogenen Hauptabteilungen der Staatlichen Plankommission und die für Wirtschaftsfragen zuständigen Ausschüsse der Volkskammer. Vgl. DDR-Handbuch. Bd. 2, Köln 1985, S. 1049.

90 Protokoll der Kollegiumssitzung am 29.10.1963; BStU, MfS, SdM 1561, Bl. 58–64, hier 64.

91 Zur gescheiterten Fusion vgl. auch Haendcke-Hoppe-Arndt: HA XVIII (Anm. 42), S. 30 f.

92 Protokoll der Sitzung des Kollegiums am 31.1.1964; BStU, MfS, SdM, Bl. 1–9, hier 4.

93 Befehl 240/64 des Ministers v. 19.3.1964; BStU, MfS, BdL/Dok. 000878 und Befehl 211/64 des Ministers v. 9.3.1964; BStU, MfS, BdL/Dok. 000875.

94 Protokoll der Sitzung des Kollegiums am 31.1.1964 (Anm. 92), Bl. 2 u. 6.

95 Kaderbefehl 9/65 v. 8.2.1965; BStU, MfS, KS 28566/90, Bl. 5.

96 Kaderakte Paul Kienberg; ebenda.

97 Kaderakte Rudolf Stange; BStU, MfS, KS I 5/85 Bl. 69.

Zuge des NÖSPL-Kampagne nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in anderen Bereichen vollzog.[98] Dieser Prozess führte zum Einrücken von formal besser qualifizierten Angehörigen der sogenannten HJ-Generation in Leitungsfunktionen und damit einhergehend zu einer »begrenzten Modernisierung« des Apparats.[99]

Typischer Vertreter dieser Generation war der 1932 geborene Heinz Volpert, der bereits 1964 zum stellvertretenden Hauptabteilungsleiter ernannt wurde. Er stammte aus einer Arbeiterfamilie und erlernte nach dem Zweiten Weltkrieg den Beruf eines Landwirts. Nach einer kurzen Zwischenstation bei der Volkspolizei trat Volpert 1951 in das MfS ein und sammelte erste Erfahrungen auf der »Linie V/5« in der Bezirksverwaltung Gera. Seit 1954 war er auf der gleichen Linie als stellvertretender Abteilungsleiter bzw. ab 1956 als Abteilungsleiter in der Berliner Zentrale tätig. 1969 wurde Volpert zunächst in das Büro der Leitung und 1971 in das Sekretariat des Ministers versetzt.[100] Dort war er viele Jahre maßgeblich für den Bereich Devisenbeschaffung und Häftlingsfreikauf zuständig. Der zweite stellvertretende Hauptabteilungsleiter Rudolf Stange (Jg. 1921) war gelernter Kaufmann und übte nach der Entlassung aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft (1948) zunächst verschiedene Tätigkeiten aus. 1950 wurde er in der MfS-Kreisdienststelle Hettstedt eingestellt. Seit 1959 war er Leiter der Abteilung 1 in der Hauptabteilung V. Stange blieb bis zu seiner Entlassung wegen Dienstuntauglichkeit im Jahre 1979 in der Hauptabteilung XX stellvertretender Hauptabteilungsleiter.[101]

Aufgabenverteilung in den Abteilungen der HA XX, Stand November 1965[102]

Leiter: Oberst Paul Kienberg
Stellvertreter: OSL Heinz Volpert
OSL Rudolf Stange

Abteilung 1
Leiter: Hptm. Benno Paroch
Referat I: Ministerrat, Volkskammer, MfAA, MdJ
Referat II: Ministerium für Kultur, AdK, Verlage, DEFA
Referat III: Rundfunk und Fernsehen, Presseamt
Referat IV: Gesundheitswesen

Abteilung 2
Leiter: OSL Werner Schröder
Referat I: Schriftenfahndung (staatsfeindliche Hetze)
Referat II: Untergrundtätigkeit
Referat III: NS- u. Kriegsverbrechen
Referat IV: FDJ

---

[98] DA 6/65 des Ministers v. 17.5.1965 zur Erarbeitung von Kaderprogrammen im MfS; BStU, MfS, BdL/Dok. 002452. Vgl. auch den Beschluss des Sekretariats des ZK der SED v. 17.2.1965 zu Grundsätzen über die planmäßige Entwicklung, Ausbildung und Verteilung der Kader in den Partei-, Staats- und Wirtschaftsorganen sowie den Massenorganisationen und auf dem Gebiet der Kultur und Volksbildung. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. X, Berlin 1967, S. 300–312.

[99] Vgl. Gieseke: Hauptamtliche Mitarbeiter der Staatssicherheit (Anm. 55), S. 261–266.

[100] Kaderakte Heinz Volpert; BStU, MfS, KS I 6/87, Bd. 1, Bl. 5 u. 160–162.

[101] Kaderakte Rudolf Stange; BStU, MfS, KS I 5/85, Bl. 2–5.

[102] Vgl. HA XX: Übersicht über die bearbeiteten bzw. abgesicherten Objekte v. 10.11.1965; BStU, BF-Dok. 12 und KK der Hauptamtlichen Mitarbeiter der HA XX.

Abteilung 3
Leiter: Hptm. Paul Voigt
Referat I: Sportverbände, Staatliches Komitee für Körperkultur, GST
Referat II: Blockparteien, Nationale Front, DSF, DFD
Referat III: Volksbildung, Hochschul- und Fachschulwesen

Abteilung 4
Leiter: OSL Hans Ludwig
Referat I: Evangelische Kirche
Referat II: Katholische Kirche
Referat III: »Sekten« (freikirchliche Gemeinschaften)
Referat IV: Kirchliche Einrichtungen im Westen

Abteilung 5
Leiter: Major Artur Willmann
Referat I: UfJ, Ostbüros von SPD und CDU, andere politische »Feindorganisationen« im Westen
Referat II: Fluchthelfer (innerdeutsche Grenze)
Referat III: Studentenorganisationen Westberlin, Bundeszentrale für politische Bildung u. a.
Referat IV: Flucht und Fluchthilfe über das sozialistische Ausland

Abteilung 6
Leiter: Major Werner Müller
(Referatsstruktur unbekannt)
Post- und Fernmeldewesen, Zentralamt für Datenverarbeitung

AG 1
Leiter: Hptm. Wilhelm Nistler
SED-Einrichtungen (Institute, Parteihochschule, ND, Verlage, Druckereien, DEWAG)

Nachdem die innerdeutsche und die Berliner Grenze spätestens Mitte der sechziger Jahre nahezu unüberwindbar geworden war, suchte sich die Fluchtbewegung neue Wege. DDR-Bürger versuchten nun zunehmend über die ČSSR, Ungarn und Bulgarien in den Westen zu fliehen.[103] Gleichzeitig wurden Prag, Budapest oder auch die bulgarische Schwarzmeerküste beliebte Urlaubsorte und boten Gelegenheit für schwer zu überwachende deutsch-deutsche Verwandten- und Freundestreffen. Um die Fluchtbewegung über Drittländer verhindern und den DDR-Auslandstourismus besser kontrollieren zu können, wurden mit den Sicherheitsdiensten der »Bruderländer« Absprachen getroffen, welche das MfS in die Lage versetzte, direkt vor Ort tätig zu werden. Die inzwischen primär für die Bekämpfung der Fluchthilfe zuständige Hauptabteilung XX/5 wurde mit dem Befehl 373/64 vom 6. Mai 1964 auch für die »Unterbindung von Menschenhandel und Personenschleusungen über das sozialistische Ausland« verantwortlich.[104] Noch im gleichen Jahr installierte die Hauptabteilung V/5 eine Operativgruppe zur Überwachung von DDR-Bürgern an der bulgarischen Schwarzmeerküste. Ein Jahr später wurden solche Operativ-

---

[103] Vgl. Tantzscher, Monika: Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer Pakt-Staaten bei der Verhinderung von »Republikflucht«. Hg. BStU. Berlin 1998.

[104] Befehl 373/64 des Ministers v. 6.5.1964 zur Unterbindung von Menschenhandel und Personenschleusungen über das sozialistische Ausland, S. 1–3; BStU, MfS, BdL/Dok. 000887.

gruppen auch in Ungarn und der ČSSR tätig.[105] Die Hauptabteilung XX/5 arbeitete in diesem Aufgabengebiet mit der selbstständigen Arbeitsgruppe Sicherung des Reiseverkehrs (ASR) eng zusammen. Deren Nachfolgediensteinheit, die 1970 gegründete Hauptabteilung VI (Grenzkontrolle, Reise- und Touristenverkehr), übernahm in den siebziger Jahren von der Hauptabteilung XX die Operativgruppen in Ungarn, Bulgarien und der ČSSR.[106]

Im Kontext des KSZE-Prozesses wurde die geheimdienstliche Koordination mit anderen sozialistischen Staaten auch und gerade auf der Linie XX immer wichtiger. Die erste internationale Geheimdienstkonferenz der »Bruderorgane« zum Thema »ideologische Diversion« fand 1974 in Havanna statt.[107] In deren Folge fanden seit 1975 verstärkt Konsultationen zwischen der V. Verwaltung des KGB und der Hauptabteilung XX des MfS statt. 1978 wurde zum ersten Mal ein gemeinsamer Plan zur langfristigen Zusammenarbeit mit der V. Verwaltung des KGB für den Zeitraum 1978 bis 1980 in Moskau unterzeichnet.[108] Weitere vertragliche Vereinbarungen schloss die Hauptabteilung XX mit der X. Verwaltung des Korps für Nationale Sicherheit des Föderativen Ministeriums des Innern der ČSSR und der VI. Verwaltung des Ministeriums des Innern der VR Bulgarien ab. Darüber hinaus bestand mit dem II. und IV. Departement des Ministeriums des Innern der Volksrepublik Polen und der II. Verwaltung des Ministeriums des Innern der Ungarischen Volksrepublik eine enge Zusammenarbeit. Weitere Kontakte wurden zum Ministerium des Innern der Sozialistischen Republik Vietnam und im Rahmen der XI. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1978 auch zum Ministerium des Innern Kubas gepflegt.[109]

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre verstärkte Ulbricht, unter anderem als Reaktion auf die im November 1966 gebildete Große Koalition in Bonn, seine Abschottungspolitik gegenüber der Bundesrepublik. Der VII. SED-Parteitag im April 1967 war deutlich von dieser Kursänderung geprägt. Hier stellte der 1. Sekretär des ZK der SED die »staatliche Souveränität« der DDR heraus und konstatierte zugleich eine »Zunahme der Kriegsgefahr«.[110] Dem MfS als Schild und Schwert der Partei wurde als »Hauptaufgabe die Sicherung der DDR im Sinne einer weitreichenden Durchdringung der Gesellschaft zugewiesen«.[111] Mielke hob in seinem Parteitagsreferat hervor, dass es seit dem Mauerbau zur »Neuorientierung des gesamten feindlichen Vorgehens« gekommen sei. Zunehmend seien »Provokationen« an der Staatsgrenze, »Menschenhandel«, »Kontaktpolitik« und wachsende »politisch-ideologische Diversion« zu beobachten.[112] Diese Situation erfordere eine »Erhöhung der Massenwachsamkeit«, was im Klartext den Ausbau der IM-Basis bedeutete. Die

---

[105] Vgl. Thomas Auerbach: HA XX/5.

[106] HA VI: Protokoll einer Dienstberatung am 11.12.1985; BStU, MfS, HA X Bündel 61.

[107] Zur internationalen Zusammenarbeit der Bruderorgane in dieser Zeit vgl. Wegmann, Bodo; Tantzscher. Monika: SOUD. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems. Hg. BStU. Berlin 1996, S. 10–15.

[108] Vgl. Zusammenfassung über die Beratungen einer Delegation des MfS unter der Leitung des 1. Stellvertreters des Ministers Beater mit Vertretern des KfS der UdSSR in Moskau v. 22.5.1978; BStU, MfS, ZAIG 5160, Bl. 15–24; HA XX: Traditionskabinett; BStU, MfS, HA XX/4 1424, Bl. 73.

[109] Ebenda. Zur allgemeinen Entwicklung der geheimdienstlichen Kooperation des MfS vgl. Tantzscher, Monika: Die Stasi und ihre geheimen Brüder. In: Timmermann, Heiner (Hg.): Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert – der Fall DDR. Berlin 1996, S. 595–621.

[110] Ulbricht, Walter: Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus, in: Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der SED. 17.–22.4.1967 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. Berlin 1967, Bd. I, S. 25–287.

[111] Müller-Enbergs, Helmut (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen. Berlin 1996, S. 47.

[112] Mielke, Erich: Diskussionsbeitrag, in: Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der SED. 17.–22.4.1967 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. Berlin 1967, Bd. III, S. 415–417 u. 420.

Einführung der neuen Informantenkategorie des »Gesellschaftlichen Mitarbeiters für Sicherheit« mit geringeren konspirativen Anforderungen durch die IM-Richtlinie 1/68 ist in diesem Zusammenhang zu sehen.[113]

Beschlüsse der Parteiführung wurden vom MfS unmittelbar in operative Tätigkeit umgesetzt. So reagierte die Staatssicherheit auf den am 11. Oktober 1966 gefassten Beschluss zu »Fragen der Jugendarbeit und dem Auftreten von Rowdygruppen« mit dem Befehl 11/66 zur »Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen«.[114] Dieser Befehl legte zugleich die Federführung der Hauptabteilung XX/2 auf diesem Sektor fest. Grundsätzlichere Regelungen enthielt die Dienstanweisung 4/66 vom 15. Mai 1966,[115] die auf die zentralen jugendpolitischen Beschlüsse und Gesetze der Jahre 1963 bis 1965 Bezug nahm.[116] Im Kern ging es dem MfS hierbei um eine umfassende Überwachung jugendlicher Personenkreise, insbesondere dort, wo sich an westlichen Vorbildern orientierte »subkulturelle Abweichungen« zeigten. Es handelte sich dabei zwar um eine Gesamtaufgabe des MfS, bei der auch andere operative Linien eine Rolle spielten, gleichwohl war die Linie XX auf diesem Feld aufgrund ihrer Zuständigkeit für FDJ, Sportverbände, Volksbildung, Hochschulen und Kirchen dominant.

Die Überwachung und Sicherung der Blockparteien, ein klassisches Aufgabengebiet der Linie XX, hatte in Abhängigkeit vom Gewicht, das die SED ihren »befreundeten Organisationen« zuwies, eine wechselvolle Bedeutung. Zuständig für den »Sicherungsbereich Blockparteien und Massenorganisationen« war damals das Referat II der Hauptabteilung XX/3. Bis weit in die sechziger Jahre hinein hatten die Blockparteien an Mitgliedern und gesellschaftspolitischer Bedeutung verloren,[117] und entsprechend ging der operative Stellenwert dieses »Sicherungsbereiches« zurück. Erst im Zuge der von Ulbricht auf dem VII. Parteitag der SED postulierten »sozialistischen Menschengemeinschaft« fiel den »befreundeten Parteien« kurzfristig wieder verstärkt die Aufgabe zu, »den politisch-ideologischen Erziehungsprozess spezifischer Bevölkerungskreise« (d. h. ihrer eigenen Klientel) im Sinne der SED-Politik vorantreiben zu helfen. Aus dieser Vorgabe leitete das zuständige MfS-Referat für seine weitere Arbeit eine »bedeutungsvolle Perspektive« ab.[118] Im Ganzen hielt sich sowohl das gesellschaftliche Gewicht als auch das Ausmaß politisch abweichenden Verhaltens in den Blockparteien in Grenzen, sodass der operativ zuständige Bereich auch längerfristig klein blieb.

Andere, eher profane Arbeitsbereiche der HA XX hatten dagegen einen beachtlichen Bedeutungszuwachs, so etwa der »Sicherungsbereich Post, Fernmelde- und Funkwesen«, der 1967 die Aufwertung zur eigenen Abteilung erfuhr. Aus der Sicht des MfS barg die rasante internationale Entwicklung auf dem Gebiet der Kommunikations- und Übertragungstechnik neue Sicherheitsrisiken in sich. Sie bestanden für diesen Bereich zum einen in dem ständig wachsenden Kontroll- und Überwachungsaufwand im Inneren und zum

---

[113] Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter (Anm. 111), S. 65–67.

[114] Dokumentiert in Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 84), S. 153–156.

[115] Ebenda, S. 157–173.

[116] Es handelte sich um das Jugendkommuniqué des Politbüros v. 25.9.1963, das Jugendgesetz v. 4.5.1964, das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem v. 25.2.1965 und den Beschluss des Ministerrates über die Erhöhung der Wirksamkeit der staatlichen Jugendpolitik und Maßnahmen zur Veränderung der Leitung der staatlichen Jugendpolitik v. 15.7.1965.

[117] Vgl. etwa die Zahlen zur LDPD bei Dähn, Horst: Die LDPD – Schein und Wirklichkeit einer Partei in den 60er Jahren. Empirische Befunde zur Mitgliederstruktur und zu parteiinternen Konflikten. In: Schönhoven, Klaus; Staritz, Dietrich (Hg.): Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag. Köln 1993, S. 436–450.

[118] HA XX/3/II: Perspektivprogramm v. 1.11.1967; BStU, MfS, HA XX 7611, S. 78.

anderen aus der Furcht vor verstärkten westlichen Spionageanstrengungen. Um beide Aspekte »politisch-operativ« besser in den Griff zu bekommen, wurde der sensible »Sicherungsbereich Post-, Funk- und Fernmeldewesen« mit dem Befehl 36/67 aus der HA XX/1 ausgegliedert und als eigenständiger Sicherheitsbereich in der neugegründeten HA XX/6 weitergeführt.[119] Die neue Abteilung war zuständig für die Aufklärungs- und Abwehrarbeit im gesamten Post-, Funk- und Fernmeldewesen auf dem Territorium der DDR und die Koordinierung entsprechender Abwehrmaßnahmen mit der Arbeitsgruppe des Ministers, den Linien II (Spionageabwehr), VII (Ministerium des Innern/Deutsche Volkspolizei), M (Postkontrolle), Postzollfahndung, N (Abteilung Nachrichtenwesen), F (Funkabwehr) und 26 (konspirativer Einsatz technischer Mittel und Methoden). Der Befehl 36/67 legte ferner fest, dass in den Abteilungen XX der Bezirksverwaltungen und Verwaltungen Referate zur Bearbeitung des Post-, Funk- und Fernmeldewesens in der »Stärke von drei bis acht Mitarbeitern zu bilden« seien, deren Struktur vom jeweiligen Leiter der Bezirksverwaltung selbstständig bestimmt werden konnte. Es bestand darüber hinaus die Möglichkeit, auch in den Kreisdienststellen Ansprechpartner für den Bereich Post-, Funk- und Fernmeldewesen zu benennen.[120] Mit der Inbetriebnahme des Berliner Fernsehturms (1969) entstand schließlich nicht nur ein weiteres Prestigeobjekt in der »Hauptstadt«, sondern zugleich ein neuer »zentraler Nachrichtenübermittlungsknoten mit modernster Richtfunk- sowie Hör- und Fernsehrundfunk-Sendetechnik«.[121] Zur Absicherung dieses Objektes wurde in der Hauptabteilung XX/6 eine zusätzliche Operativgruppe mit acht Mitarbeitern gebildet.[122]

Als Folge der Proteste gegen die Intervention am 21. August 1968 in der Tschechoslowakei wurde im Juli 1969 eine »nichtstrukturelle Arbeitsgruppe« gebildet, die die Federführung im Kampf gegen die »staatsfeindliche Hetze« übernahm. Vonseiten der Hauptabteilung XX gehörten dieser Gruppe die Arbeitsbereiche »Fahndung und Jugend«, »Hochschulwesen und Volksbildung« und »Kultur und Massenkommunikationsmittel« an. Letztgenannter Bereich hatte im Rahmen der HA XX/1 an Bedeutung gewonnen, nachdem auf dem berüchtigten 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965 ein »Kulturkahlschlag« in Gang gesetzt worden war.[123] Ausschlaggebend für die strukturelle Verfestigung des »Sicherungsbereichs Kultur und Massenkommunikationsmittel« waren letztendlich die Auswirkungen des »Prager Frühlings«. Wie ein Bericht der Hauptabteilung XX ausführt, hätten die staatlichen Organe das kulturelle Leben mangelhaft angeleitet, sodass angesichts der festgestellten Erscheinungsformen der »politisch-ideologischen Diversion« stärkere Kontrollen durch die Staatssicherheit notwendig seien.[124] Mit der Errichtung der eigens für »Kultur und Massenkommunikationsmittel« zuständigen Hauptabteilung XX/7 durch den Befehl 20/69 vom 18. Juni 1969 zog das MfS die entsprechende organisatorische Konsequenz. In den Bezirksverwaltungen entstanden analog Referate 7 der jeweiligen Abteilungen XX. Aufgabe der »Linie XX/7« war es vor allem, das kulturelle Leben der DDR mit allen seinen Einrichtun-

---

[119] Befehl 36/67 des Ministers v. 7.12.1967, S. 1–4; BStU, MfS, BdL/Dok. 001247.

[120] Ebenda.

[121] Befehl 6/69 des Ministers v. 17.2.1969, S. 1–3; BStU, MfS, BdL/Dok. 001517.

[122] Ebenda.

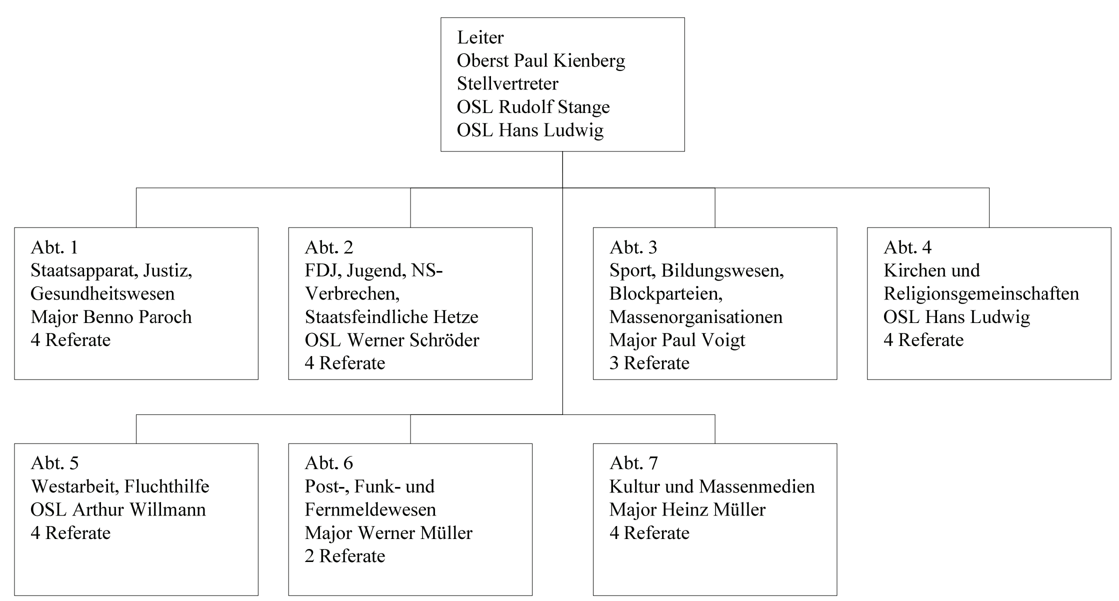
[123] Vgl. Agde, Günter (Hg.): Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente. Berlin 2000; spezieller: Walther, Joachim: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik. Hg. BStU. Berlin 1996, S. 73 u. 153–155.

[124] HA XX: Bericht über die politisch-operative Lage in den Bereichen der Kultur und Massenmedien in den Bezirken der DDR, in: Jahresanalyse der HA XX für 1968 v. 24.1.1969; BStU, MfS, HA XX/AKG 804, Bl. 149–204.

gen zu kontrollieren und für die reibungslose Durchsetzung der Kulturpolitik der SED zu sorgen.[125] Für die Hauptabteilung XX/7 waren zunächst 27 Planstellen vorgesehen.[126]

Daneben gehörten Ende der sechziger Jahre zu den wichtigsten Aufgaben der Hauptabteilung XX die Federführung bei der Bekämpfung von »Menschenhandel, Schleusungen und Grenzprovokationen«, die Kontrolle zentraler Einrichtungen des Staatsapparates (Ministerien für Justiz, Volksbildung, Hochschul- und Gesundheitswesen) und der Führungsgremien der Blockparteien und Massenorganisationen, die Überwachung jugendlicher Subkulturen, des Sports sowie der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Ferner war die HA XX für die Bekämpfung der sogenannten »Zentren der politisch-ideologischen Diversion« in der Bundesrepublik Deutschland und damit einen wichtigen Zweig der »Westarbeit« des MfS zuständig.

Grobstruktur der operativen Abteilungen der Hauptabteilung XX 1969



In den siebziger Jahren verstärkte die Linie XX die geheimpolizeiliche Bearbeitung von Einzelpersonen und Gruppierungen, deren Aktivitäten als »politische Untergrundtätigkeit« betrachtet wurden. Durchgreifende strukturelle Veränderungen waren damit zunächst nicht verbunden. Zu den wenigen organisatorischen Ergänzungen dieses Jahrzehnts gehörte die Gründung der Arbeitsgruppen Reiseverkehr (1971), Ausländer (1974) sowie die 1976 aus der Hauptabteilung XX/7 hervorgegangene Operativgruppe.[127]

Arbeitsschwerpunkte der siebziger Jahre

Im Juni 1971 zeichnete sich eine Veränderung in der operativen Arbeit der Hauptabteilung XX ab. Mit der Dienstanweisung 2/71 wurde ihr die Federführung bei der »politisch-operativen Bekämpfung der staatsfeindlichen Hetze«[128] übertragen. Die vielfältigen Erscheinungsformen der »staatsfeindlichen Hetze« klassifizierte das MfS als eine spezielle

---

[125] Befehl 20/69 des Ministers v. 18.6.1969, S. 1–3; BStU, MfS, BdL/Dok. 001347. Zur Gründung der Abteilung vgl. auch Walther: Sicherungsbereich Literatur (Anm. 123), S. 157–159.

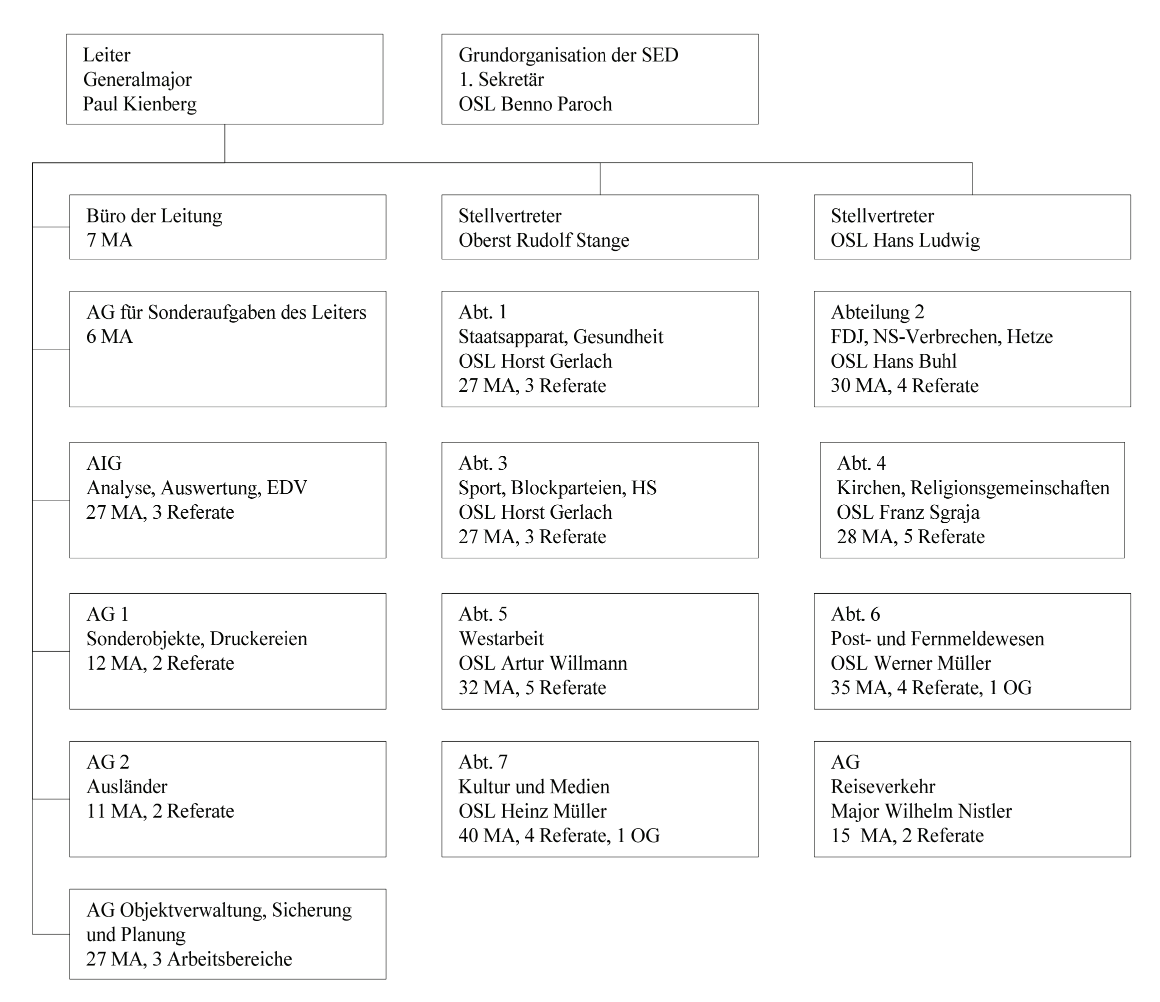
[126] Befehl 20/69 (Anm. 125).

[127] Vgl. Bernd Eisenfeld: HA XX/9.

[128] DA 2/71 des Ministers für Staatssicherheit zur Leitung und Organisierung der politisch-operativen Bekämpfung der staatsfeindlichen Hetze v. 26.6.1971. Dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 84), S. 218–237.

Form der »politischen Untergrundtätigkeit«.[129] Um diese Aufgabe organisatorisch, methodisch und inhaltlich realisieren zu können, wurde in der Hauptabteilung XX/2 ein Stab (»Führungsgruppe«) gebildet. Besondere Bedeutung hatte hierbei die enge Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspolizei, die über die Linien VII (MdI – allgemeine VP), XIX (Verkehr – Transportpolizei) und IX (Untersuchung – AR II der Kripo) lief.

Strukturplan der HA XX im Jahre 1975[130]



Obwohl der »Eiserne Vorhang« für fluchtwillige DDR-Bürger immer unüberwindbarer wurde, blieb die Bekämpfung der Fluchthilfe, in der MfS-Terminologie »staatsfeindlicher Menschenhandel« genannt, weiterhin eine Schwerpunktaufgabe der Hauptabteilung XX. Einem Bericht der Abteilung ist zu entnehmen, dass diese im Zeitraum von 1972 bis 1974 »ca. 140 Personen wegen Vorbereitung und Durchführung«[131] sogenannter Ausschleusungen verhaftet hatte.[132] Das im Dezember 1971 mit der Bundesrepublik Deutschland

[129] Ausführlich zur »PUT« siehe Bernd Eisenfeld: HA XX/9.

[130] Anleitungsbereiche der Stellvertreter unklar: HA XX: Struktur- und Stellenplan v. 21.7.1975; BStU, MfS, HA XX 1641, S. 79–99. Der ursprüngliche Plan, eine achte Abteilung (siehe ebenda) für den Bereich Reiseverkehr zu gründen, kam über erste Überlegungen nicht hinaus. Bis 1981 blieb dieser Arbeitsbereich als Arbeitsgruppe bestehen. Er wurde in den 80er Jahren in die Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) integriert. Vgl. Kaderakte Wilhelm Nistler; BStU, MfS, KS II 218/88, Bl. 2 u. 90.

[131] HA XX: Traditionskabinett; BStU, MfS, HA XX/4 1424, Bl. 51.

[132] Vgl. Eisenfeld, Bernd: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung. Hg. BStU. Berlin 1996, S. 49.

(als deutsch-deutsche Ergänzung zum Vier-Mächte-Abkommen über Berlin) geschlossene Transit-Abkommen stellte das MfS nach eigener Einschätzung vor eine »außerordentliche Bewährungsprobe«.[133] Auf die sich abzeichnenden neuen Probleme reagierte die Hauptabteilung XX mit der Gründung einer eigenen Arbeitsgruppe »Reiseverkehr« unter der Leitung von Wilhelm Nistler (Jg. 1931).[134] Kurzzeitig wurde sogar erwogen, der AG den Status einer Abteilung zu verleihen.[135]

Der Personentransitverkehr zwischen dem Bundesgebiet und Westberlin wuchs von 1971 bis 1975 nahezu auf das Doppelte an.[136] Erheblichere Auswirkungen hatte das 1971 unterzeichnete Vier-Mächte-Abkommen und die damit im Zusammenhang stehenden deutsch-deutschen Folgeabkommen, wie das Postprotokoll, das Transitabkommen und eine »Besucherregelung«, die Westberlinern seit 1966 erstmals wieder den Besuch des Ostteils der Stadt, einschließlich der DDR, ermöglichte. 1972 folgten weitere innerdeutsche Verträge (Verkehrs- und Grundlagenvertrag) die zusätzliche innerdeutsche Reiseerleichterungen mit sich brachten. In deren Folge verfünffachte sich die Anzahl der Reisen von Westdeutschen und Westberlinern in die DDR von 1971 bis 1975.[137] Die größere Durchlässigkeit der innerdeutschen Grenze von West nach Ost schuf theoretisch vermehrte Möglichkeiten für fluchtwillige DDR-Bürger, ihrem Staat den Rücken zuzukehren – ein signifikantes Anwachsen der Flüchtlingszahlen ist in der ersten Hälfte der siebziger Jahre allerdings nicht zu verzeichnen.[138] Dennoch verstärkte das MfS seine Aktivitäten zur Bekämpfung der »Republikfluchten«. Mit dem Befehl 1/75 unterstrich Mielke, dass die »zielgerichtete Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels« eine Aufgabe aller Diensteinheiten sei.[139] Gleichzeitig verlor die Hauptabteilung XX/5 die operative Federführung auf diesem Feld an eine neue Diensteinheit, die Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG).[140]

Zudem führte die Öffnung gegenüber dem Westen zu einer noch intensiveren Überwachung im Innern. Der Minister für Staatssicherheit mahnte schon 1972, die »Abwehrarbeit im Inneren der DDR sei entscheidend zu verstärken und zu qualifizieren«.[141] Nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki (Sommer 1975) erschien es dem MfS wichtiger denn je, die eigene Bevölkerung gegen »feindliche« Einflüsse abzuschirmen. So wurden von der Hauptabteilung XX/4 zur vorbeugenden Bekämpfung der »politisch-ideologischen Diversion« allein im Jahre 1975 2 000 Personen aus medizinischen, päda-

---

[133] Referat Mielkes auf der Dienstkonferenz am 10.3.1972, S. 1; BStU, MfS, BdL/Dok. 005695.

[134] Bereits im Januar 1970 war die HA VI (Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr) durch Befehl 4/70 v. 15.1.1970 (BStU, MfS, BdL/Dok. 001519) gegründet worden.

[135] Vgl. Struktur- und Stellenplan 1975 (Anm. 130).

[136] Von 7 633 000 (1971) auf 14 794 000 (1975). Zahlen nach: Bender, Peter: Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag. München 1986, S. 281.

[137] Von 1,267 (1971) auf 6,318 Mio. (1975). Zahlen nach: ebenda, S. 279.

[138] Flüchtlingszahlen: 5 843 (1971), 5 537 (1972), 6 522 (1973), 5 324 (1974), 6 011(1975), lt. DDR-Handbuch (Anm. 89), S. 419.

[139] Befehl 1/75 des Ministers v. 15.12.1975 zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels, S. 1–29; BStU, MfS, BdL/Dok. 004806.

[140] Zur Arbeit der ZKG vgl. Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe (Anm. 132).

[141] Referatsentwurf Mielkes für die Dienstkonferenz am 10.3.1972, S. 386; BStU, MfS, BdL/Dok. 005695.

gogischen und künstlerischen Berufen, die sich in der Kirche engagierten, namentlich erfasst.[142]

In der neuen Phase des »Klassenkampfes«, die angeblich durch verstärkte »politisch-ideologische Diversion« und eine vermeintlich systematische »gegnerische Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit« gekennzeichnet war, galten »Angehörige der medizinischen, wissenschaftlich-technischen und pädagogischen Intelligenz, Künstler, Schriftsteller und andere Kulturschaffende, Jugendliche und Studenten«,[143] also die operativen Zielgruppen der HA XX, als besonders »gefährdet«.

Am 15. Januar 1976 wurde eine Operativgruppe (OG) aus dem für die »Bearbeitung von Schwerpunktvorgängen« zuständigen Referat IV der Hauptabteilung XX/7 mit der Aufgabenbeschreibung »politisch-operative Bearbeitung und Bekämpfung des politischen Untergrundes und der politisch-ideologischen Diversion« gebildet. De facto bestand die Zuständigkeit der Operativgruppe in der Überwachung und konspirativen Bekämpfung der vom MfS als Hauptprotagonisten des »politischen Untergrundes« angesehenen Wolf Biermann, Robert Havemann, Stefan Heym und Rudolf Bahro einschließlich ihres Umfelds. Leiter der Operativgruppe, die von Anfang an faktisch den Status einer operativen Abteilung besaß, wurde Heinz Müller (Jg. 1928), der sich zuvor für ihre Gründung stark gemacht hatte.[144] Im Unterschied zur herkömmlichen Arbeitsweise der HA XX, die sich auf funktional definierte »Sicherungsbereiche« (Justiz, Gesundheitswesen, Kultur, Hochschulen und Volksbildung) bezog, bedeutete diese Konzentration auf die »politische Untergrundtätigkeit« eine ausschließlich personenbezogene Ausrichtung. In ähnlicher Weise entwickelte sich nach der Biermann-Ausbürgerung im Herbst 1976 zunehmend die Hauptabteilung XX/5, die im Rahmen der Hauptabteilung überwiegend für die »Westarbeit« zuständig war.

Auch in der Hauptabteilung XX/4 (»Sicherungsbereich Kirche«) wurde zur gezielten Bearbeitung der »Inspiratoren des politischen Untergrundes« 1977 eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Im Gegensatz zum Kulturbereich gab aber »aufs Ganze gesehen die kirchenpolitische Lage in den siebziger Jahren, trotz erster Anzeichen oppositioneller Basisaktivitäten, kaum Anlass zu sonderlicher Beunruhigung«.[145]

Die Normalisierung der internationalen Beziehungen der DDR führten zu einem Anstieg der Reisetätigkeit von DDR-Repräsentanten aus allen gesellschaftlichen Bereichen ins westliche Ausland. Hauptsächlich Wissenschaftler, Sportfunktionäre, Künstler und Kirchenvertreter waren von nun an in zahlreichen internationalen Vereinigungen präsent. Damit stieg die Anzahl der Sicherheits- und Reisekaderüberprüfungen in der Hauptabteilung erheblich an. Nicht zuletzt wegen der vielfältigen operativen Aufgaben der »Reisekader-IM« erhielt die geheimpolizeiliche Tätigkeit der Diensteinheit eine zusätzliche internationale Dimension.[146]

Der Internationalisierung der operativen Arbeit der Hauptabteilung XX lieferte auch der gewaltsame Sturz der Regierung Salvador Allende im Jahre 1973 in Chile weiteren

---

[142] HA XX: Rapport über die Erfüllung der Kampfprogramme zum 25. Jahrestag der DDR, zum 25. Jahrestag der Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit, zum 30. Jahrestag der Befreiung und in Vorbereitung des IX. Parteitages der SED v. 22.10.1975; BStU, MfS, HA XX/4, Ablage Org. 53 (2), Bl. 306.

[143] Mielke: Zentrale Planvorgabe für 1976 und den Perspektivplanzeitraum bis 1980 v. Dezember 1975, S. 65; BStU, MfS, BdL/Dok. 005927.

[144] Vgl. Bernd Eisenfeld: HA XX/9.

[145] Vollnhals, Clemens: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit. In: Ders. (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz. BStU. Berlin 1996, S. 93.

[146] Weitere Informationen in den Kapiteln zu den Sicherungsbereichen Kirchen (HA XX/4), Kultur (HA XX/7) und Hochschulen (HA XX/8).

Vorschub. Viele Vertreter des Volksfrontbündnisses »Unidad Popular« mussten damals ihr Land verlassen. Eine größere Gruppe von ihnen erhielt in der DDR politisches Asyl. In diesem Zusammenhang wurde 1974 beim Leiter der Hauptabteilung eine Arbeitsgruppe Ausländer (AGA) für die »politisch-operative Sicherung und den Schutz chilenischer Staatsbürger sowie politischer Emigranten lateinamerikanischer Länder aus Chile und ausländischer Studierender in der DDR« eingerichtet.[147] Die AGA war ab Juli 1975 voll arbeitsfähig. Zu diesem Zeitpunkt waren für diese Arbeitsgruppe bereits mindestens 60 IM im Einsatz.[148] Im August 1975 wurde Harry Otto (Jg. 1928) Leiter der AGA, dem später die Leitung der Hauptabteilung XX/8 übertragen wurde.[149]

Im März 1980 wurde die Auswertungs- und Informationsgruppe (AIG) der Hauptabteilung zu einer Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) umgebildet.[150] Diese organisatorische Maßnahme ging auf einen zentralen Befehl Mielkes vom 3. April 1978 zur Qualifizierung und Vereinheitlichung der Auswertungs-, Informations- und Kontrollarbeit in den Bezirksverwaltungen und den Hauptabteilungen sowie selbstständigen Abteilungen des Ministeriums zurück.[151] Wie in den anderen Diensteinheiten wurde die AKG der HA XX zum Funktionalorgan der Leitung, die ihre Aufgaben im direkten Auftrag und unter unmittelbarer Anleitung des Hauptabteilungsleiters zu realisieren hatte. Der Leiter der AKG, Hans Buhl (Jg. 1933), war den Leitern der Abteilungen und Arbeitsgruppen der Hauptabteilung gegenüber berechtigt, Aufträge zu erteilen sowie operatives Material und andere Unterlagen anzufordern bzw. einzusehen.[152]

Zu den wichtigsten Aufgaben der AKG gehörte die Überprüfung und Kontrolle der operativen Schwerpunktaufgaben der Hauptabteilung »insbesondere im Zusammenhang mit neuen Erscheinungsformen und Entwicklungstendenzen der Feindtätigkeit«, die Auswertung der operativen Arbeit aller Abteilungen der Hauptabteilung und die Weiterleitung bedeutsamer Erkenntnisse an die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS. Des Weiteren hatte die neue Struktureinheit die Planvorgaben und Orientierungen des Leiters der Hauptabteilung auszuarbeiten sowie für die zentrale Planvorgabe und Grundsatzdokumente des MfS Zuarbeit zu leisten.[153] Der Personalbestand der AKG rekrutierte sich zunächst aus dem 21-köpfigen Kaderbestand der aufgelösten Auswertungs- und Informationsgruppe (AIG) der Hauptabteilung. Bis Ende 1989 verdoppelte sich der Mitarbeiterbestand der AKG.[154]

Eine Effektivierung der Auswertungs- und Informationstätigkeit des MfS erfolgte durch die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung. Die Dienstanweisung 1/80 »über Grundsätze der Aufbereitung, Erfassung und Speicherung operativ bedeutsamer Informationen« schuf dabei die entsprechenden arbeitsorganisatorischen Voraussetzungen

---

[147] HA XX: Operative Ausgaben 1974, o. D.; Schreiben HA XX/AGA an HA XX/Sekretariat v. 10.6.1974; BStU, MfS, HA XX 305, S. 58–60.

[148] HA XX: Operative Ausgaben 1975, o. D.; BStU, MfS, HA XX 306, S. 31–33.

[149] Zur AG Ausländer der HA II siehe Labrenz-Weiß: Hauptabteilung II (Anm. 3), S. 13 f. Die später speziell für die Überwachung der ausländischen Studenten zuständige AGA der HA XX ist nicht zu verwechseln mit der 1976 im Stellvertreterbereich Beater gegründeten AG Ausländer, welche 1980 in die Hauptabteilung II (Spionageabwehr) eingegliedert wurde.

[150] Schreiben des Leiters der HA XX an Leiter des Sekretariats der HA XX v. 17.3.1980; BStU, MfS, HA XX 15706, S. 68.

[151] Befehl 6/78 des Ministers v. 3.4.1978; BStU, MfS, BdL/Dok. 005554.

[152] Aufgaben und Struktur der Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) der HA XX v. 9.11.1979; BStU, MfS , ZAIG 8607, Bl. 26–28.

[153] Ebenda, Bl. 27–29.

[154] Vgl. HA XX: Struktur- und Aufgabenplan im Jahre 1989 im Kapitel 1.2.1.

für den MfS-Apparat insgesamt.[155] Die Dienstanweisung 11/80 setzte das neue System für die HA XX um. Dabei ging es um die »Erfassung der im eigenen Verantwortungsbereich gewonnenen oder in ihre Zuständigkeit fallenden und überprüften Informationen zu Personen und Sachverhalten« und ihrer Aufbereitung und Weiterleitung an die EDV-gestützte Zentrale Personendatenbank (ZPDB) des Ministeriums für Staatssicherheit.[156]

1981 erhielt die 1976 aus der Hauptabteilung XX/7 ausgegründete Operativgruppe den Status einer Abteilung. Die als HA XX/9 firmierende und 19 Mitarbeiter starke Diensteinheit stand unter der Leitung von Wolfgang Reuter (Jg.1936).[157] Hintergrund dürften die für das MfS beunruhigenden Entwicklungen im Nachbarland Polen gewesen sein. Als politisch-ideologisch besonders gefährdet galten »die geistig-kulturellen Bereiche«, zu denen hauptsächlich Angehörige »der wissenschaftlichen, medizinischen und künstlerischen Intelligenz« sowie »religiös gebundene, jugendliche und studentische Personenkreise« gezählt wurden. So sah das MfS in den Veranstaltungen und Zusammenkünften, die von systemkritischen Künstlern und Intellektuellen initiiert wurden, »die Gefahr einer sich früher oder später organisierenden Untergrundbewegung in der DDR«.[158]

Außerdem wuchs die Bedeutung der Sicherungsbereiche Sport und Bildungswesen. Letzterer wurde 1981 aus der HA XX/3 ausgegliedert und kam in die Zuständigkeit einer eigenen, neu gegründeten Abteilung (HA XX/8).[159] Der ebenfalls bis dahin in der HA XX/3 angesiedelte Sicherungsbereich »Blockparteien und Massenorganisationen« (Referat II) wurde der HA XX/1 als neues Referat III zugeordnet. In der HA XX/3 verblieb ausschließlich die operative Zuständigkeit für den Sicherungsbereich Sport.

Ebenfalls im Jahre 1981 wurde die Hauptabteilung XX/10 zur Sicherung von SED-Sonderobjekten und Parteibetrieben (Kombinat »Neues Deutschland«, Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung) sowie deren nachgeordneten Einrichtungen gegründet. Die Sicherung solcher Objekte gehörte bereits in den fünfziger Jahren zu den Aufgaben der Hauptabteilung V und wurde in den sechziger Jahren in der Arbeitsgruppe 1 der Hauptabteilung XX fortgesetzt.[160] Dass dieser »Sicherungsbereich« jetzt eine eigene Abteilung erhielt, lässt sich mit dem immer stärker ausufernden Sicherheitsdenken erklären, das dem Parteiapparat als Kern der politischen Macht eine besondere Bedeutung zumaß.

Mit mittlerweile zehn operativen Abteilungen hatte die Hauptabteilung im Herbst 1981 ihre stärkste Ausdifferenzierung erreicht, was ein beträchtliches Anwachsen der Personalstärke nach sich zog. In diese Zeit fiel auch die Neubesetzung der beiden stellvertretenden Hauptabteilungsleiterstellen. Bereits Ende 1979 trat der 47-jährige Benno Paroch an die Stelle des aus gesundheitlichen Gründen freigestellten Rudolf Stange und wurde mit der Funktion eines stellvertretenden Hauptabteilungsleiters betraut. 1982 wurde gleichfalls aus gesundheitlichen Gründen der seit 1969 amtierende stellvertretende Hauptabteilungsleiter Hans Ludwig durch den gleichaltrigen Horst Gerlach (Jg. 1929) ersetzt.

---

[155] DA 1/80 des Ministers v. 20.5.1980 über Grundsätze der Aufbereitung, Erfassung und Speicherung operativ bedeutsamer Informationen durch die operativen Diensteinheiten des MfS. Dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 84), S. 328–343.

[156] DA 11/80 der HA XX v. 2.1.1981 zur Organisierung der Bereitstellung, Aufbereitung, Erfassung, Indexierung, Speicherung und Aktualisierung operativ bedeutsamer Informationen zu Personen, Sachverhalten, Hinweisen und Merkmalen für die Zentrale Personendatenbank (ZPDB) und die Informationsspeicher der operativen Diensteinheiten der Hauptabteilung XX (Primärorganisation der Hauptabteilung XX), S. 5; BStU, MfS, HA XX Bündel 206.

[157] Vgl. Bernd Eisenfeld: HA XX/9.

[158] HA XX/9: Jahresanalyse v. 30.9.1981; BStU, MfS, HA XX/9 1016, Bl. 79.

[159] Vgl. Matthias Braun: HA XX/8.

[160] Vgl. Organigramm der Hauptabteilung V von 1955 bzw. HA XX: Übersicht über bearbeitete bzw. abgesicherte Objekte v. 22.3.1968; BStU, BF-Dok. 12.

Die Personalbestands- und Aufgabenerweiterung der Hauptabteilung stand im krassen Widerspruch zu den immer knapper werdenden materiellen, finanziellen und personellen Ressourcen aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise in der DDR.[161] Mit einiger Verzögerung führte schließlich die ökonomische Stagnation auch in der Hauptabteilung XX zu einer Verringerung des Operativgeld-Budgets, die hinsichtlich Westdevisen sogar recht drastisch ausfiel.[162]

Am 20. Februar 1985 erließ der Minister die Dienstanweisung 2/85 »zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit«,[163] die der Hauptabteilung XX jetzt formell »die Federführung bei der Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit« übertrug. Sie war nunmehr für die »Gewährleistung eines einheitlichen politisch-operativen Handelns aller operativen Diensteinheiten auf der Grundlage einer langfristigen Strategie und Taktik der Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit« verantwortlich.[164] Die Federführung bei der Bekämpfung der »PUT«-Kräfte wahrzunehmen, hieß für die Hauptabteilung XX in erster Linie: die Anlage zentraler Operativvorgänge (ZOV) zu koordinieren, andere Diensteinheiten durch gezielte Informationen anzuleiten und Abstimmungen mit den zentralen Partei-, Staats- und Wirtschaftsorganen sowie gesellschaftlichen Kräften vorzubereiten. Hinzu kam eine linienspezifische Anleitung der entsprechenden Diensteinheiten der Linie XX in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen durch die AKG der Hauptabteilung.[165]

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre gewann die Hauptabteilung XX durch die zunehmende Politisierung der Oppositionsbewegung an Bedeutung. Sie erhielt den Auftrag, »antisozialistische und oppositionelle Elemente unwirksam zu machen und am Handeln zu hindern, ehe sie zu einer Gefährdung der politischen Machtverhältnisse werden können, ehe sie eine Massenbasis und Masseneinfluss erreicht haben«.[166]

Nach eigener Darstellung war allein die Hauptabteilung XX Mitte der achtziger Jahre für die »politisch-operative Sicherung« folgender Schwerpunktbereiche verantwortlich:[167]

Kunst/Kultur	45 Objekte
Massenmedien und Verlage	33 Objekte
Gesundheitswesen	29 Objekte
Sport	26 Objekte
Befreundete Parteien, Massenorganisationen	24 Objekte
Post- und Fernmeldewesen	16 Objekte
Zentraler Staatsapparat	15 Objekte
Bildungswesen	13 Objekte
gesamt	201 Objekte

Hinzu kam eine Reihe kirchlicher Einrichtungen, die im Zuständigkeitsbereich der Hauptabteilung XX/4 lagen. Allein die Masse der Objekte mit einer schätzungsweise in die Zehntausende gehenden Gesamtzahl von Beschäftigten macht die Dimension des Überwachungsauf-

---

[161] Vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt: HA XVIII (Anm. 42), S. 74–79 u. 94–99.

[162] Vgl. Ausgaben der HA XX in Mark der DDR und DM-Ausgaben (Operativgelder) der HA XX im Anhang. Zu den allgemeinen Auswirkungen des Sparzwanges im MfS vgl. Gieseke: Hauptamtliche Mitarbeiter der Staatssicherheit (Anm. 55), S. 387–397.

[163] DA 2/85 (Anm. 84), S. 432–455.

[164] Ebenda, S. 441–444.

[165] Vgl. Bernd Eisenfeld: HA XX/9.

[166] Rudi Mittig: Referat zu den weiteren Aufgaben zur Durchsetzung der DA 2/85 auf der Dienstkonferenz am 20.3.1985, S. 4; BStU, MfS, BdL/Dok. 005082.

[167] HA XX: Traditionskabinett; BStU, MfS, HA XX/4 1424, Bl. 80 f.

trages deutlich. Dieser Umstand verweist aber auch auf die Grenzen, die dem hauptamtlichen MfS-Apparat aus arbeitsökonomischen Gründen gesetzt waren. Dem sollte durch das »Schwerpunktprinzip«, das eine gezielte Einflussnahme auf ausgemachte Unruheherde vorsah, begegnet werden. So wurde beispielsweise von der Hauptabteilung XX/4 das »breite Feld der Diakonie und zahlreiche andere kirchliche Einrichtungen [...] überwiegend nur in Materialsammlungen erfasst«.[168]

Strukturell gab es in der Hauptabteilung XX im Jahr 1985 die letzte größere Veränderung, als der »Sicherungsbereich Post-, Funk- und Fernmeldewesen« (Hauptabteilung XX/6) der Hauptabteilung XIX (Verkehr, Post, Nachrichtenwesen) übertragen wurde. Spätere arbeitsorganisatorische Maßnahmen, wie etwa die 1988 getroffene Entscheidung zur weiteren Bündelung der operativen Vorgänge und Materialien auf dem Gebiet der »PUT« in den Händen einer Abteilung, führten lediglich zu einer Aufgaben- und Personalreduzierung in der Hauptabteilung XX/2 zugunsten der Hauptabteilung XX/9.[169]

Die Struktur der Abteilungen XX in den Bezirksverwaltungen umfasste in der Regel sieben Referate. Deckungsgleich mit der Struktur der Hauptabteilung waren in allen Bezirksverwaltungen lediglich die Referate 1 (Staatsapparat, Gesundheitswesen), 4 (Kirchen), 6 (Post- und Fernmeldewesen) und 7 (Kultur, Massenkommunikationsmittel). Dagegen wurde etwa in Abweichung von der Hauptabteilungsstruktur in den Bezirksverwaltungen Schwerin und Rostock der Arbeitsbereich Medizin im Referat 8 bearbeitet. Bemerkenswerter ist der Umstand, dass die eigens für die Bekämpfung der »PUT« gegründete Hauptabteilung XX/9 nur in wenigen Bezirksverwaltungen durch eigene Referate vertreten war. Dieses Aufgabengebiet erlangte in den Bezirken häufig keine ausreichende eigenständige Bedeutung.[170]

1.3.3 Entwicklung des Kaderbestandes

Die Hauptabteilung XX und ihre Linie gelten aufgrund ihres Aufgabenfeldes gemeinhin als geheimpolizeilicher Kern der Staatssicherheit. Ihre Bedeutung muss allerdings auch im Lichte ihres quantitativen Gewichtes im MfS-Apparat betrachtet werden. Sowohl der Anteil der HA XX bzw. der Linie XX am Personalbestand des Gesamtapparates als auch deren Zuwachsraten in der Phase der starken Expansion des MfS 1968 bis 1982 nehmen sich erstaunlich bescheiden aus. Hervorgehoben werden muss, dass die Linie XX – im Unterschied zu anderen operativen Linien wie etwa der Linie II – eher »basislastig« war. Das heißt, die zentrale Hauptabteilung war vergleichsweise schwach personell besetzt, während die Masse der Mitarbeiter der Linie XX in den Bezirksverwaltungen tätig war.

---

[168] Vollnhals: Die kirchenpolitische Abteilung (Anm. 145), S.105.

[169] Vgl. Thomas Auerbach: HA XX/2 und Bernd Eisenfeld: HA XX/9.

[170] Dabei handelte es sich um die BV Leipzig, Rostock und Gera. Vgl. Bernd Eisenfeld: HA XX/9.

Kaderbestand der HA V bzw. XX (Berufsoffiziere, Fähnriche, Berufsunteroffiziere, Zivilbeschäftigten sowie seit 1977 mit OiBE und ab 1986 mit HIM) Stichtag 31. Dezember eines jeden Jahres[171]

Jahr	Mitarbeiter (Soll/Ist)
1954	191/135[172]
1955	239/207
1956	219/182
1957	156/132
1958	–/147
1959	174/142
1960	179/163
1961	167/169
1962	167/172
1963	168/173
1964	166/168
1965	166/167
1966	192/178
1967	197/194
1968	230/204
1969	266/220
1970	265/217
1971	274/219

Jahr	Mitarbeiter (Soll/Ist)	davon OibE (Ist)	davon HIM (Ist)
1972	274/231	–	–
1973	274/231	–	–
1974	274/254	–	–
1975	274/258	–	–
1976	290/286	–	–
1977	290/321	28	–
1978	304/340	33	–
1979	315/346	37	–
1980	319/351	38	–
1981	323/385	38	–
1982	361/400	39	–
1983	362/419	44	–
1984	404/427	47	–
1985	364/415	37	–
1986	387/443	36	18
1987	387/444	35	18
1988	470/454	35	14
1989	470/460	35	13

[171] HA KuSch: Kaderbestandsmeldungen; BStU, MfS, HA KuSch Plg 15 (3).
[172] Stichtag 30.11.

Kaderbestand der Linie XX in der MfS-Zentrale und den Bezirksverwaltungen von 1972 bis 1989 (Ist-Bestand einschließlich OiBE und Zivilbeschäftigte, ab 1986 auch einschließlich HIM) Stichtag 31. Dezember eines jeden Jahres[173]

	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989[174]
Rostock	49	50	56	58	56	56	56	54	57	59	67	77	79	83	79	78	75	77
Schwerin	32	34	35	36	35	36	36	41	40	36	39	39	41	40	40	42	41	43
Neubrandenbg.	37	39	35	39	45	46	44	37	38	41	40	40	42	39	38	40	40	40
Potsdam	43	44	46	45	48	50	50	48	50	50	55	58	60	57	53	52	60	65
Frankfurt/O.	38	37	34	38	38	40	40	39	39	42	44	43	47	43	42	42	42	42
Cottbus	42	45	43	48	46	48	44	43	43	47	46	47	49	43	44	47	46	46
Magdeburg	47	49	50	56	56	60	59	54	56	61	59	59	55	58	57	58	57	57
Halle	57	56	58	63	66	61	67	67	69	68	67	66	68	68	73	72	75	75
Erfurt	47	47	49	47	45	44	44	45	49	47	48	47	47	47	54	49	48	47
Gera	33	34	36	34	39	35	38	38	37	35	39	36	42	39	39	42	42	45
Suhl	30	29	32	37	32	32	37	37	34	33	38	39	39	35	40	42	40	42
Dresden	62	63	59	48	52	51	57	55	58	56	62	60	65	65	71	67	68	68
Leipzig	61	63	63	65	66	64	67	66	72	67	70	73	77	77	82	82	87	87
K.-M.-Stadt	55	58	53	62	63	57	62	61	57	64	76	83	86	82	84	89	87	81
BV Berlin	70	72	73	74	72	81	85	89	90	91	99	111	112	115	112	119	128	128
OV Wismut[175]	16	15	15	17	18	18	18	20	19	29	–	–	–	–	–	–	–	–
BV gesamt	719	735	737	767	777	779	804	794	808	826	849	878	909	891	908	921	936	943
MfS Berlin	231	231	254	258	286	331	340	346	351	385	400	419	427	415	443	444	454	460
Linie gesamt	950	966	991	1 025	1 063	1 110	1 144	1 140	1 159	1 211	1 249	1 297	1 336	1 306	1 351	1 365	1 390	1 403

[173] Ebenda.

[174] Stichtag 31.10.

[175] Im März 1982 wurde die »Objektverwaltung W« aufgelöst. Vgl. hierzu Haendcke-Hoppe-Arndt: HA XVIII (Anm. 42), S. 14 u. 87–89.

In den Kreisdienststellen, die nicht nach dem Linienprinzip organisiert waren,[176] gleichwohl aber eine ausdifferenzierte Aufgabenstruktur hatten, waren Tätigkeitsfelder, die der Linie XX zuzuordnen sind, mehr oder weniger stark ausgeprägt. Eine schwer zu quantifizierende zusätzliche Anzahl von Mitarbeitern (die aber im mittleren dreistelligen Bereich liegen dürfte) erfüllten auf der Ebene der Kreisdienststellen solche Aufgaben. Es ist festzuhalten, dass die Linie XX in den Bezirken personell stärker besetzt war als in der Zentrale.

Jahr	Anteil der Zentrale (ohne Wachregiment) am MfS-Gesamtapparat in %	Anteil der HA XX an der Linie XX in %
1953	22,6	23,1
1972	35,2	24,6
1989	40,0	32,8

Für die eher bescheidenen Zuwachsraten der Hauptabteilung und der Linie XX war auch die Auslagerung ganzer Aufgabenfelder im Zuge der zunehmenden MfS-internen Arbeitsteilung verantwortlich. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang 1975 die Gründung der Abteilung XXII »Terrorabwehr« und im Folgejahr der Zentralen Koordinierungsgruppe, deren Aufgabe zunächst vor allem die (koordinierende) Bekämpfung von Flucht und Fluchthilfe war[177] – ursprünglich klassische Tätigkeitsfelder der Linie XX.

Im Großen und Ganzen folgte die Personalentwicklung der Linie XX (mit unterdurchschnittlichen Zuwachsraten) den allgemeinen Tendenzen im MfS.[178] Auffällig ist jedoch der überproportionale Stellenabbau in den Jahren 1956 und 1957. Mit einem Minus von 10,8 Prozent bei den Mitarbeiterzahlen im Jahr 1956 und sogar von 27,5 Prozent im Jahr 1957 war der Schrumpfungsprozess der HA XX in dieser Zeit im Vergleich mit den anderen operativen Diensteinheiten der Zentrale besonders groß. Mehrere Faktoren waren hierfür vermutlich verantwortlich:[179]

- eine verstärkte Ausrichtung des MfS-Apparats auf die Westarbeit seit 1955, die mit einem Ausbau der »Aufklärung« zulasten der »Abwehr« einherging;[180]
- eine 1956 durch die Auswirkungen des XX. Parteitages der KPdSU bedingte vorübergehende Rücknahme der Repressionsmaßnahmen im Inneren, die den »klassischen« Repressionsbereich der HA XX überproportional traf;
- allgemeine Sparmaßnahmen im Staatsapparat, die Wollweber im Spätherbst 1956 veranlassten, auch in seinem Ministerium einen einschneidenden Stellenabbau in Gang zu setzen;[181]
- eine Reduktion der Personalstärke der Diensteinheiten der Zentrale zugunsten der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen, die vom Kollegium des MfS im Frühsommer 1957 beschlossen wurde.[182]

---

[176] Die Linien im eigentlichen Sinn umfassten nur die HA und die entsprechenden Abteilungen der BV.

[177] Siehe Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe (Anm. 132).

[178] Vgl. Gieseke: Hauptamtliche Mitarbeiter der Staatssicherheit (Anm. 55), S. 319 f.

[179] Vgl. auch die Deutung von Gieseke: ebenda, 172–177.

[180] Vgl. Fricke; Engelmann: »Konzentrierte Schläge« (Anm. 34), S. 222–225. Charakteristisch hierfür ist die im August 1956 erfolgte Versetzung des Leiters der HA V/5, Otto Knye, zur HV A, wo er Chef der für Spionage in der Bundeswehr zuständigen HA II/2 wurde (siehe BStU, MfS, Kaderkarteikarte Otto Knye).

[181] Seine Pläne sahen im Ministerium und den Bezirksverwaltungen einen Abbau des Personals um 5 % im Zeitraum 1.1.–31.3.1957 und um weitere 5 % im Zeitraum 1.4.–30.6.1957 vor. HV A und Kreisdienststellen sollten von diesen Maßnahmen zunächst ausgenommen sein. Die Pläne waren offensichtlich wirtschaftlich motiviert, da gleichzeitig auch Einsparungen von Sachmitteln und Gehaltszusatzleistungen diskutiert wurden; Protokolle der Kollegiumssitzungen am 20.11. und 11.12.1956; BStU, MfS, SdM 1551, Bl. 119 u. 128–131.

Nach der Beendigung des politischen »Tauwetters« und der Berufung Mielkes zum Staatssicherheitschef wurden die Soll- und phasenverschoben auch die Ist-Zahlen der Planstellen wieder deutlich erhöht – ein Trend, der in der zweiten politischen Tauwetterphase 1962 bis 1965 wiederum durch eine Stagnationsphase in der Personalentwicklung abgelöst wurde.[183] Ab 1966 verstetigt sich das Wachstum der Hauptabteilung. In den Jahren 1968/69, im Zuge der Aufgaben- und Strukturerweiterungen der Hauptabteilung, wurden der Diensteinheit 35 neue Planstellen bewilligt. Sie waren hauptsächlich zur Verstärkung bei der Bearbeitung der »Chinesischen Wühl- und Störtätigkeit« (Führungsanspruch der Maoisten in der kommunistischen Weltbewegung) durch die Hauptabteilung XX/2 (12 Stellen) und für die erweiterten Aufgaben des »Sicherungsbereiches Post- und Fernmeldewesens« durch die neue Hauptabteilung XX/6 (18 Stellen) gedacht. Auch die Gründung der Hauptabteilung XX/7 (Kultur/Massenmedien) im Sommer 1969 mit 27 Planstellen,[184] erzeugte erneut einen zusätzlichen Bedarf an Mitarbeitern mit operativer Erfahrung.[185]

In den siebziger Jahren, also in der Phase, in der das MfS insgesamt am stärksten wuchs, erreichte der tatsächliche Kaderbestand der HA XX die hohen Vorgaben nur mit Verzögerung; erst in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts schloss sich die Schere zwischen Soll- und Ist-Werten. Diese zeitverzögerte Lösung des Nachwuchsproblems lag an der schwierigen Ausbildungssituation. Der ständig steigende Bedarf an Hochschulabsolventen, etwa aus den Bereichen der Gesellschafts- und Rechtswissenschaften bzw. Kriminalistik sowie der Elektrotechnik/Elektronik und Fernmelde- und Hochfrequenztechnik, konnte nur allmählich und häufig auch nicht in dem von den Fachabteilungen gewünschtem Umfang befriedigt werden. Zu betonen ist in diesem Zusammenhang, dass die tschekistische »Fachausbildung«, wie sie vom MfS gefordert wurde, bezogen auf den bearbeiteten Sicherungsbereich mit wirklichem fachlichen Wissen häufig wenig zu tun hatte. So waren etwa literarische Kenntnisse auf der »Linie Literatur« der HA XX/7 durchweg nur in äußerst rudimentärer Form vorhanden.[186] Aber auch gemessen an den internen Normen verfügten immer zu wenig Mitarbeiter über die notwendigen »Funktions- und Qualifikationsmerkmale«. Das galt insbesondere für Leitungsfunktionen. 1975 blieben allein fünf stellvertretende Abteilungsleiter- und drei Referatsleiterposten der Hauptabteilung unbesetzt.[187] Ein hohes Dienstalter, häufig mit erheblichen gesundheitlichen Problemen der Mitarbeiter verbunden, schränkte die Arbeitsfähigkeit der operativen Diensteinheit weiter ein.[188]

Weil Anfang der achtziger Jahre neue operative Abteilungen hinzukamen und der Leitungsbereich der Hauptabteilung XX personell expandierte, erhöhte sich der Gesamtper-

---

182 Protokolle der Kollegiumssitzungen am 14.5.1957; BStU, MfS, SdM 1552, Bl. 144–153, hier 152, am 4.6.1957; ebenda, Bl. 166–174, hier 169 f. sowie am 27.6.1957; ebenda, Bl. 201–207, hier 206 f.

183 Zum Gesamtkontext und den Binnendifferenzierungen des MfS-Wachstums vgl. Gieseke: Hauptamtliche Mitarbeiter der Staatssicherheit (Anm. 55), S. 231–242. Zur relativen innenpolitischen Befriedung in der ersten Hälfte der 60er Jahre vgl. Suckut, Siegfried: Generalkontrollbeauftragter der SED oder gewöhnliches Staatsorgan? Probleme der Funktionsbestimmung des MfS in den 60er Jahren. In: Ders.; Süß, Walter (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von MfS und SED. BStU. Berlin 1997, S. 151–167, hier vor allem 152–155.

184 Befehl 20/69 (Anm. 125), S. 2.

185 Das Anforderungsprofil lautete: Mindestens eine dreijährige Erfahrung in der Vorgangsbearbeitung und in der Führung von IM, analytische Fähigkeiten sowie ein Alter zwischen 25 bis 35 Jahren; HA KuSch: Schreiben an die BV v. 11.7.1969; BStU, MfS, HA XX 17686, S. 28 f.

186 Vgl. Walther: Sicherungsbereich Literatur (Anm. 123), S. 197–252; vgl. Gesine von Prittwitz und Matthias Braun: HA XX/7.

187 HA XX: Ausarbeitung zum Struktur- und Stellenplan, o. D. (1975); BStU, MfS, HA XX 1641, S. 103–110.

188 HA XX: Einschätzung zur Kaderarbeit 1977 v. 12.12.1977; BStU, MfS, HA XX 17690, S. 12.

sonalbestand innerhalb von drei Jahren (1980–1983) um 60 auf 375 Mitarbeiter. Ab 1985 machte sich schließlich bei den Planvorgaben der von Mielke im Februar 1983 erlassene Personalstopp bemerkbar, mit dem sich auch das MfS bedingt dem allgemeinen Sparzwang unterwarf.[189] Doch trotz stark reduzierter Sollwerte, die in erster Linie durch die Ausgliederung der Hauptabteilung XX/6 zustande kamen, blieben die realen Zuwachsraten bei der HA XX unbeirrt hoch. Offenbar ließen sich in dieser Phase, in der zunehmend mutigere Initiativen der politischen Opposition, eine eigensinniger agierende Amtskirche und eine anschwellende Ausreisebewegung die Herrschaftsstabilität der DDR immer stärker beeinträchtigten, die beabsichtigten Personalkürzungen gerade in der HA XX (und der Linie XX) nicht durchsetzen. Tatsächlich wurde das anhaltende Anwachsen des Kaderbestandes auch mit der Federführung der AKG der HA XX bei der Analyse der »PUT« und der weiteren Konzentration bei der »vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit« in den Abteilungen 2, 4, 5, 7 und 9 – wie sie sich aus der Dienstanweisung 2/85 ergibt – begründet.[190] Ab 1988 spiegelten die Kaderplanvorgaben diese gestiegenen Anforderungen wider.

Für die Abteilungen XX der Bezirksverwaltungen liegt, mit Ausnahme des Jahres 1955, verlässliches Zahlenmaterial erst von 1972 an vor. Im Jahr 1955 waren für alle Abteilungen V in den 15 Bezirksverwaltungen, einschließlich der »Objektverwaltung W«, insgesamt 389 Planstellen vorgesehen.[191] Im Ganzen ist bei der Linie XX im Vergleich zu den anderen operativen Linien des MfS ein eher bescheidenes Wachstum zu konstatieren. In den siebziger Jahren liegen etwa die Zuwachsraten der Linie VII (Volkspolizei) und XVIII (Volkswirtschaft), in den achtziger Jahren die der ZKG/BKG (Flucht/Übersiedlung) und in beiden Jahrzehnten vor allem die der Linie II (Spionageabwehr) deutlich höher.[192]

[189] Vgl. Gieseke: Hauptamtliche Mitarbeiter der Staatssicherheit (Anm. 55), S. 387–391.

[190] Vgl. HA: Zuarbeit zur Erarbeitung der Kadernormative v. 28.8.1987; BStU, MfS, HA XX/AGL 24, S. 2.

[191] Schreiben des Leiters der HA V, Beater, an die Abt. V der BV v. 3.1.1955, S. 2; BStU, MfS, BdL/Dok. 003784.

[192] Vgl. Gieseke: Hauptamtliche Mitarbeiter der Staatssicherheit (Anm. 55), S. 319 u. 396.

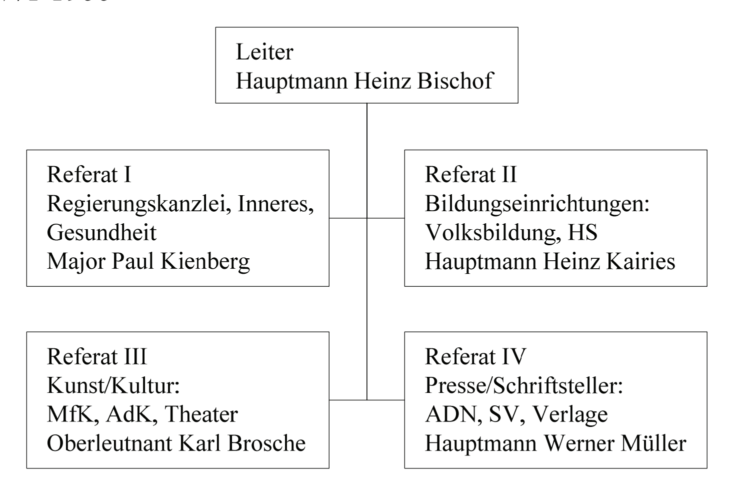
2 Abteilung 1: Staatsapparat, Justiz, Gesundheitswesen, Blockparteien (ab 1981)

Von Matthias Braun und Bernd Eisenfeld

2.1 Die Hauptabteilung V/1 1950 bis 1963

Nach der Gründung der Hauptabteilung V am 25. November 1953 stand die HA V/1 zunächst unter der Leitung von Erich Jamin und war bis Ende 1954 für die SPD und die Gewerkschaften zuständig. Eigentlicher Vorgänger der späteren HA V/1 war zu dieser Zeit die HA V/4, die im Wesentlichen die Zuständigkeiten der alten Abteilung VI übernahm: Sicherung der zentralen Bereiche des Staatsapparates.[1] Im Januar 1955 kam es zur schon erwähnten ersten Umstrukturierung mit der Zuordnung des Aufgabengebietes SPD/Gewerkschaften zur HA V/2 und des Verantwortungsbereiches Staatsapparat zur HA V/1.[2]

Struktur der HA V/1 1955



Die Abteilung 1 war für die Sicherung des Regierungsapparates und zentraler Verwaltungen einschließlich ausgewählter Einrichtungen aus den Bereichen Medien, Kunst und Kultur verantwortlich. In dem von ihr zu kontrollierenden und zu überwachenden Bereichen waren insgesamt 21 000 Personen beschäftigt.[3] Im Herbst 1955 kamen die Aufgabengebiete Rundfunk/Fernsehen und Film/Deutsche Filmaktiengesellschaft (DEFA) hinzu.[4]

1958 wurde der HA V/1 zusätzlich die Überwachung der zentralen Justizorgane übertragen, die zuvor die HA V/5 wahrgenommen hatte. Dazu zählten das Ministerium der Justiz (MdJ), die Generalstaatsanwaltschaft, das Oberste Gericht und die ihnen untergeordneten Dienststellen.[5] Entsprechende Zuständigkeiten auf Bezirksebene besaßen die Abteilungen V/1 der Bezirksverwaltungen. Die Sicherungsbereiche Hochschulen und Bildungswesen indes wurde 1956/57 aus der Abteilung 1 ausgegliedert.[6]

---

1 Befehl 371/53 des Staatssekretärs v. 25.11.1953 über Löschung von Disziplinarstrafen, Beförderungen, Ernennungen und Veränderungen im Bereich des Staatssekretärs für Staatssicherheit, S. 5; BStU, MfS, BdL/Dok. 000194.

2 Strukturplan der HA V v. 3.1.1955; BStU, MfS, BdL/Dok Nr. 003784.

3 Ebenda.

4 Vgl. Gesine von Prittwitz und Matthias Braun: HA XX/7.

5 Kaderakte Eberhard Roscher; BStU, MfS, KS 4461/90, Bl. 37.

6 Vgl. Matthias Braun: HA XX/8.

Im November 1953 setzte Ernst Wollweber zunächst Werner Muth als kommissarischen Leiter des Bereichs ein, der zu diesem Zeitpunkt noch als HA V/4 firmierte.[7] Im August 1954 folgte Heinz Bischof (Jg. 1919) als ordentlicher Leiter.[8] Im März 1956 übernahm Paul Kienberg (Jg. 1926) die Leitung der Hauptabteilung V/1. Er wurde im Februar 1959 von Rudolf Stange (Jg. 1921) abgelöst. In der Amtszeit von Kienberg und Stange umfasste die Zuständigkeit der HA V/1 die Bereiche Ministerrat, Justiz und Gesundheitswesen.

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahren entwickelten sich sowohl der Kulturbereich als auch das Gesundheitswesen in den Augen der Machthaber zu neuralgischen Bereichen. Besonderen Anstoß erregten 1956 die als »konterrevolutionär« eingestuften Diskussionen im Berliner Aufbau-Verlag und die Treffen des sogenannten »Donnerstagskreises« im Klub des Kulturbundes; sie zogen eine verstärkte geheimpolizeiliche Überwachung der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz nach sich, die als revisionismusanfällig eingestuft wurde.[9] Das Gesundheitswesen dagegen galt in erster Linie wegen der zahlreichen Westfluchten von Angehörigen des medizinischen Personals als gefährdet. In der Dienstanweisung 4/59 heißt es: »Die Feinde wollen durch Schwächung des medizinischen Dienstes eine Auswirkung auf die Planerfüllung, die Steigerung der Arbeitsproduktivität und den Aufbau des Sozialismus erreichen.«[10] Ab Juli 1959 wurden daher in den Bezirksverwaltungen jeweils ein bis zwei Mitarbeiter der Linie V/1, die »zur Nomenklatur des Ministeriums in Berlin« gehörten, ausschließlich für den »Sicherungsbereich Gesundheitswesen« eingesetzt.[11]

In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre bemühte sich die HA V/1 ihren Einfluss auf die Justiz, insbesondere auf personalpolitischem Gebiet, auszuweiten. Vor dem Hintergrund von Ulbrichts Kritik an den »liberalistischen Tendenzen« in der Justiz, die sich nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 gezeigt hätten, beklagte das MfS eine unzureichende kaderpolitische Zusammenarbeit der Justizorgane mit der Hauptabteilung V/1.[12] Dass die Staatssicherheit in den zentralen Justizorganen bisher teilweise einen schweren Stand hatte, lag aber keineswegs am »Liberalismus« der dort tätigen Funktionäre. Vielmehr dominierten hier die Hardliner, jedoch verfügten die hohen Justizfunktionäre über ein großes fachliches und politisches Gewicht, das sie gegen das MfS ausspielen konnten. Vor allem Justizministerin Hilde Benjamin behinderte systematisch die Versuche des MfS, Einfluss auf ihren Apparat zu nehmen.[13]

Ebenfalls relativ schwach ausgebildet war damals die Überwachung der Gerichtsorgane in den Bezirken und Kreisen. Eine »exakte Bearbeitung«, so hieß es, sei lediglich in den Bezirken Erfurt, Neubrandenburg und Leipzig zu registrieren.[14] Die Kreisgerichte lagen nahezu völlig außerhalb des MfS-Blickfelds: »Eine Bearbeitung der Kreisgerichte durch die Kreisdienststellen erfolgt – mit wenigen Ausnahmen – grundsätzlich nicht, oft besteht

---

7 Befehl 371/53 (Anm. 1).

8 Kaderakte Heinz Bischof; BStU, MfS, KS II 155/78, Bl. 3.

9 Analyse der Feindtätigkeit innerhalb der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz, o. Verf., o. D. (1958), S. 1–88; BStU, MfS, BdL/Dok. 005154.

10 DA 4/59 v. 15.7.1959, S. 1; BStU, MfS, BdL/Dok. 002253.

11 Ebenda, S. 2.

12 HA V/1/I: Bericht v. 18.2.1958 über die Zusammenarbeit der Leitungen der Justizorgane und des Sektors Justiz beim ZK der SED mit dem MfS, S. 1; BStU, MfS, HA XX Bündel 1010. Vgl. auch Engelmann, Roger: Staatssicherheitsjustiz. Zur Entwicklung geheimpolizeilicher und justitieller Strukturen im System der politischen Strafverfolgung der DDR 1950–1963. In: Ders.; Vollnhals, Clemens (Hg.): Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR. BStU. Berlin 1999, S. 142.

13 Vgl. ebenda und S. 155 f.

14 HA V/1/I: Analyse über das Ministerium der Justiz v. 20.7.1960, S. 9; BStU, MfS, HA XX Bündel 1010.

nicht einmal eine offizielle Verbindung zum Kreisgerichtsdirektor, und alle Gerichtsmaterialien werden über die Kreisstaatsanwaltschaft beschafft.«[15]

Was über die offiziellen Wege nicht zu erlangen war, versuchte das für die Justiz zuständige Referat I der Hauptabteilung V/1 über eine Durchdringung mit inoffiziellen Mitarbeitern zu erreichen. Im Jahre 1960 wurden in der Obersten Staatsanwaltschaft fünf Staatsanwälte und fünf nicht-juristische Angestellte als IM platziert, die »einen guten Überblick über das gesamte Objekt« gewährleisteten.[16] Im Ministerium der Justiz waren zu dieser Zeit neun IM für das MfS tätig, darunter einige »in Schlüsselpositionen«.[17] Für das Oberste Gericht standen der Hauptabteilung V/1/I vier Spitzel zur Verfügung, die »einen guten, aber nicht ausreichenden Überblick« gewährleisteten.[18] Noch bis mindestens Mitte der sechziger Jahre verlief bei der offiziellen Zusammenarbeit im Justizbereich nicht alles nach den Vorstellungen des MfS. So wurde noch 1966 moniert, dass es die Oberste Staatsanwaltschaft »bis heute kategorisch ablehnt«, die »Kaderakten von Mitarbeitern [...] zur Einsichtnahme zur Verfügung zu stellen« und Informationen über die Reisetätigkeit von Staatsanwälten in den Westen zu liefern.[19]

Exkurs zum Sicherungsbereich Hochschul- und Bildungswesen bis 1963

Bereits in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) versuchte die SED die bestehenden Bildungseinrichtungen ideologisch gleichzuschalten und sie auf die gegenwärtigen ökonomischen Erfordernisse auszurichten. Weil das SED-Regime der Entfaltung von Individualität prinzipiell misstraute, wurden sämtliche Erziehungs- und Ausbildungsinstitutionen vom Kindergarten über die Schule bis hin zu den Universitäten auf politisch-ideologische Konformität ausgerichtet.[20] Doch damit sie ihrem Auftrag gerecht werden konnten, mussten diese Institutionen ihrerseits kontrolliert werden, wobei neben der Partei und den staatlichen Kontrollorganen auch die Staatssicherheit eine Rolle spielte.

Das bis 1952 von Paul Wandel geleitete Ministerium für Volksbildung (MfV)[21] war zunächst auch für den Bereich Hoch- und Fachschulwesen zuständig, der in einer eigenen Hauptabteilung mitverwaltet wurde. Analog zur staatlichen Verwaltungsstruktur ordnete das MfS in seiner Gründungsphase die beiden »Sicherungsbereiche Hochschulwesen und Volksbildung« gemeinsam der Abteilung VI zu. Nach der Gründung des Staatssekretariats für Hochschulwesen (SfH) im Februar 1951 wurden offenbar auch im MfS-Apparat die Bereiche »Hochschulwesen« und »Volksbildung« in getrennten Referaten der Abteilung VI bearbeitet.[22] Für die Hochschulen in Westberlin und Westdeutschland war dagegen ein Referat in der Abteilung V verantwortlich.[23]

---

15 Ebenda, S. 18.

16 HA V/1/I: Analyse über die Oberste Staatsanwaltschaft der DDR v. 20.7.1960, S. 12: BStU, MfS, HA XX Bündel 1010.

17 HA V/1/I: Analyse über das Ministerium der Justiz v. 20.7.1960, S. 17; ebenda.

18 HA V/1/I: Analyse über das Oberste Gericht v. 22.7.1960, S. 9; ebenda.

19 HA XX: Hinweise zur Lage in den wichtigsten Organen der Justiz v. 29.9.1966, S. 5; ebenda.

20 Vgl. Anweiler, Oskar u. a (Hg.): Bildungspolitik in Deutschland 1945–1990. Bonn 1992, S. 14–16.

21 Paul Wandel leitete v. 1949–1952 das Ministerium für Volksbildung. Ihm folgte im Amt des Ministers für Volksbildung v. 1953–1954 die Ehefrau des ersten Ministers für Staatssicherheit, Else Zaisser. Die weiteren Minister waren Joachim Laabs (1954), Fritz Lange (1954–1958), Alfred Lemnitz (1958–1963) und Margot Honecker (1963–1989).

22 Vgl. Sondersekretariat des Ministers an Leiter der Abteilung VI v. 3.6.1953; BStU, MfS, AS 226/56, Bl. 110.

23 In der DA 10/51V/C geht es um die Bearbeitung von DDR-Bürgern, die an Universitäten und Hochschulen in Westberlin und Westdeutschland studieren. Sie trägt eine Tagebuchnummer der Abteilung V/C. Vgl. DA 10/51/V/C des Ministers v. 31.5.1951; BStU, MfS, BdL/Dok. 002014.

Schon in der SBZ wurde die Freiheit von Forschung und Lehre im Hochschulbereich durch Verhaftungen, Verbote und andere Repressionsmaßnahmen eingeschränkt sowie die studentische Selbstverwaltung ausgehöhlt.[24] Bis zur Durchführung der II. Hochschulreform im Jahre 1951 ermöglichte aber immerhin die offiziell zugelassenen, von den nichtkommunistischen Parteien LDP und CDU dominierten Fakultäts- und Studentenräte, eine – wenn auch in sehr begrenztem Rahmen – SED-unabhängige Selbstverwaltung der Universitäten. Allerdings waren oppositionelle LDP- und CDU-Studenten schon zu diesem Zeitpunkt harten Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt; es kam zu Verhaftungen, in einigen Fällen sogar zu Todesurteilen durch Sowjetische Militärtribunale.[25] Mit Inkrafttreten der II. Hochschulreform[26] sicherte sich dann die SED auch an den Universitäten der DDR die uneingeschränkte Herrschaft. Lehrkörper und Studentenschaft unterlagen einer fundamentalen Umstrukturierung. Die verbliebenen Kompetenzen der studentischen Selbstverwaltung wurden den Hochschulgruppen der Freien Deutschen Jugend (FDJ) übertragen und 1952 wurden die letzten Studentenräte aufgelöst. Damit einher gingen Kampagnen gegen die evangelischen und katholischen Studentengemeinden. Als im Herbst 1952 die geheimdienstliche Bearbeitung der beiden »bürgerlichen« Parteien LDPD und CDU von der Abteilung VI an die Abteilung V des MfS übertragen wurde, übernahm die letztgenannte Diensteinheit auch die Sachgebiete »Hochschulgruppen in der Studentengemeinschaft«, »Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen« und die beiden Sachgebiete »Evangelische und Katholische Studentengemeinden«.[27]

Von Juli bis November 1952 wurden an den Universitäten der DDR insgesamt 1 065 Studenten aus politischen Gründen exmatrikuliert. Das MfS spielte bei diesen Säuberungsvorgängen jedoch eine untergeordnete Rolle, weil es die Studentenschaft in dieser Zeit noch nicht ausreichend im Blick hatte.[28]

Im Herbst 1953 wurden die Sicherungsbereiche Staatssekretariat für Hochschulwesen und Ministerium für Volksbildung der neu gegründeten Hauptabteilung V und dort zunächst der Abteilung 4 zugeordnet. Durch die Neustrukturierung der HA V im Januar 1955 kamen die beiden Arbeitsbereiche zum Referat II der Abteilung 1. Geleitet wurde das Referat von Rudi Lanatowitz (Jg. 1930),[29] es war in vier Hauptsachgebiete mit folgenden Zuständigkeiten untergliedert:

– zentrale Verwaltungsbereiche des Ministeriums für Volksbildung,
– Staatssekretariat für Hochschulwesen und die Berliner Humboldt-Universität,
– Deutsche Akademie der Wissenschaften,

---

[24] Vgl. Ammer, Thomas: Die Gedanken sind frei. Widerstand an den Universitäten 1945 bis 1961 In: Poppe, Ulrike; Eckert, Rainer; Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin 1995, S. 142–162.

[25] Vgl. Fricke, Karl Wilhelm: Opposition und Widerstand in der DDR. Köln 1984, S. 60–62.

[26] Die II. Hochschulreform hatte folgende Schwerpunkte: Bildung des Staatssekretariats für Hochschulwesen und einer Abteilung Wissenschaft und Hochschulen im Zentralkomitee der SED; die Gründung neuer, vor allem Technischer Hochschulen; den Ausbau der Arbeiter- und Bauernfakultäten. An den einzelnen Universitäten wurde die Hochschulautonomie und studentische Selbstverwaltung abgeschafft. Vgl. DDR-Handbuch. Hg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Köln 1982, S. 1382.

[27] DA 6/52/V/E des Staatssekretärs Mielke v. 17.9.1952, S. 1–13; BStU, MfS, BdL/Dok. 002071; DA 17/52/V/C des Staatssekretärs Mielke v. 26.9.1952, S. 1–6; BStU, MfS, BdL/Dok. 002072.

[28] Vgl. Kowalczuk, Ilko-Sascha: Volkserhebung ohne »Geistesarbeiter«? Die Intelligenz in der DDR. In: Ders.; Mitter, Armin; Wolle, Stefan (Hg.): Der Tag X – 17.6.1953. Die »Innere Staatsgründung« der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54. Berlin 1995, S. 144 f.

[29] Kaderkartei Rudi Lanatowitz; BStU, MfS.

– Hochschuleinrichtungen und Verwaltungen in Westberlin (einschließlich der dort studierenden oder beschäftigten DDR-Bürger).[30]

Anfang 1955 waren in dem vom Referat II (ab November Referat III) bearbeiteten Institutionen des Bildungs- und Hochschulwesens neben dem Ministerium für Volksbildung und dem Staatssekretariat für Hochschulwesen auch die Berliner Humboldt-Universität und die Deutsche Akademie der Wissenschaften – rund 12 000 Mitarbeiter beschäftigt.[31] Die außerhalb Berlins liegenden Universitäten und Hochschulen sowie Nachfolgeeinrichtungen des Volksbildungsministeriums wurden durch die entsprechenden Referate in den Abteilungen V der Bezirksverwaltungen bearbeitet.

Im Januar 1955 war die Lage an den Universitäten und Hochschulen erstmals Thema einer Dienstbesprechung im Kollegium des Staatssekretariats für Staatssicherheit (SfS).[32] Nur zwei Monate später fand an der Greifswalder Universität einer der größten Studentenproteste in der Geschichte der DDR statt. Den Anlass gab ein Regierungsbeschluss, durch den die medizinische Fakultät der Greifswalder Universität in eine Akademie für Militärmedizin umgewandelt werden sollte. Daraufhin traten einige hundert Studenten aus Protest in einen kurzfristigen Vorlesungsstreik. Insgesamt 211 Demonstranten wurden verhaftet,[33] die meisten allerdings wenige Tage später wieder freigelassen, mehrere sogenannte Rädelsführer jedoch zu hohen Haftstrafen verurteilt.[34]

Unter dem Einfluss der antistalinistischen Demonstrationen in Polen und der ungarischen Umwälzungen traten 1956 auch in der DDR Intellektuelle gegen die »Apparatherrschaft« auf.[35] Vor allem an den Universitäten machten sich in verschiedenen Formen oppositionelle Gruppierungen bemerkbar. Hauptgegenstand des Studentenprotestes war das obligatorische gesellschaftswissenschaftliche Studium mit anschließender Gesinnungsprüfung und der obligatorische Russischunterricht. Auf Protestversammlungen und in Resolutionen wurden Forderungen nach unabhängigen Studentenvertretungen und Zulassung FDJ-unabhängiger Studentenorganisationen sowie der Wiederherstellung der Meinungsfreiheit laut.[36] Vor dem Hintergrund dieser politischen Unruhe an den Universitäten wurde noch im gleichen Jahr innerhalb des MfS-Apparates der Arbeitsbereich Hochschul- und Bildungswesen neu gegliedert. Der »Sicherungsbereich Ministerium für Volksbildung« verblieb in der Abteilung 1. Der Bereich »Hochschulwesen« wurde dagegen in eine neu gegründete Abteilung 8 verlagert.[37]

Mit der Richtlinie 1/56 vom 3. November 1956 »über die Abwehr feindlicher Tätigkeit gegen die Universitäten und Hochschulen in der Deutschen Demokratischen Republik«[38] zog das MfS nicht nur arbeitsorganisatorische Konsequenzen »aus den verstärkten Tendenzen republikfeindlicher Umtriebe« an den Universitäten und Hochschulen, es legte zugleich das erste Grundsatzdokument für diesen Arbeitsbereich vor. Kernpunkte der Richtlinie waren:

---

30 Strukturplan der HA V v. 3.1.1955; BStU, MfS, BdL/Dok. 003784.

31 Ebenda.

32 Vermerk über die Dienstbesprechung am 19.1.1955; BStU, MfS, SdM 1921, Bl. 116–132.

33 Protokoll der 11. Kollegiumssitzung am 1.4.1956; BStU, MfS, SdM 1550, Bl. 44.

34 Von den etwa 600 Studenten der Medizinischen Fakultät verließen ca. 500 die Universität Greifswald und setzten ihr Medizinstudium an anderen Universitäten fort. 580 Militärstudenten nahmen daraufhin ihre Plätze ein. Vgl. auch Krönig, Waldemar; Müller, Klaus-Dieter: Der Greifswalder Studentenstreik 1955. In: DA 27(1994), S. 517–524.

35 Weber, Hermann: Geschichte der DDR. München 1986, S. 283.

36 Vgl. Ammer: Die Gedanken sind frei (Anm. 24), S. 154.

37 Vgl. Matthias Braun: HA XX.

38 Richtlinie 1/56 des Stellvertreters des Ministers Beater v. 3.11.1956, S. 1–9; BStU, MfS, BdL/Dok. 002379.

1. Als Arbeitsschwerpunkt wurde »die Sicherung der Objekte«[39] wie Institute, Wohnheime, Klubhäuser, Gaststätten und Vergnügungslokale in allen Universitätsstädten herausgestellt. Um »alle gefährlichen Pläne des Gegners« zu erkennen, sollten stärker als bisher inoffizielle Mitarbeiter (GI, GHI, GMS und KP) eingesetzt und in sogenannten GHI-Gruppen[40] organisiert werden. Außerdem sollte den Besonderheiten des akademischen Betriebes stärker als bisher Rechnung getragen werden.
2. Die Werbung von Professoren zur inoffiziellen Mitarbeit hatte ohne schriftliche Verpflichtungserklärung zu erfolgen. Für die Werbung von Dozenten musste vorab die Genehmigung des Leiters der Bezirksverwaltung eingeholt werden.[41]
3. Die Anwerbung von GHI sollte »unter den Angestellten des Prorektorats für Studienangelegenheiten, Mitarbeitern des Prorektorats für das Gewi-Grundstudium[42] sowie Personen aus dem mittleren Lehrerpersonal aller Fachrichtungen« erfolgen.[43]
4. Jeder operative Mitarbeiter hatte die Treffs mit seinen Informatoren zur Gewährleistung der Konspiration nur noch in den dafür vorgesehenen Objekten (konspirativen Wohnungen), auf gar keinen Fall mehr in der Universität durchzuführen.
5. Mit dem Leitungspersonal und »einflussreichen Professoren« der Universitäten sollten auch offizielle Kontakte zwecks vertrauensbildender Maßnahmen entwickelt werden. Die Bezirksverwaltungen sollten jederzeit einen vollständigen Überblick über die Schwerpunkte der »feindlichen Tätigkeit« und den aktuellen Bearbeitungsstand besitzen und »alle erforderlichen Maßnahmen – falls sie größere Bedeutung haben, in Absprache mit der Leitung des Ministeriums treffen«.[44]
6. Ausdrückliche Erwähnung fand »die Ausnutzung aller Möglichkeiten der operativen Technik als wichtiges Hilfsmittel« zur Erlangung von Informationen.[45]

Bereits Anfang 1957 wurde die strukturelle Zuordnung der »Sicherungsbereiche Bildungs- und Hochschulwesen« erneut geändert. Beide Bereiche kamen zur Hauptabteilung V/6. Sie wurden dort vom Referat II beziehungsweise nach 1957 durch das Referat III bearbeitet. Die Bearbeitung studentischer Organisationen und bildungspolitischer Einrichtungen in Westberlin und der Bundesrepublik war in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre (1958) der Abteilung 5 (Referat III) übertragen worden. Dieses Referat war mit drei Mitarbeitern besetzt und wurde von Horst Gerlach (Jg. 1929) geleitet.[46]

Auf einer im Januar 1957 zur Arbeit in den Universitäten und Hochschulen im Ministerium abgehaltenen Dienstbesprechung erläuterte der 1. Stellvertreter des Ministers, Erich Mielke, vor dem Hintergrund der Entstalinisierungsdiskussionen nach dem XX. Parteitag der KPdSU und den sich daraus entwickelnden Schwierigkeiten an den Universitäten ausführlich seine Sicht der Dinge.[47] Mielke ging dabei von der politischen Maxime aus, dass es für die Arbeiter-und-Bauern-Macht notwendig sei, »wirklich klassenbewusste Kräfte an unseren Universitäten zu erziehen«, was aber nur von Hochschullehrern geleistet werden

---

39 Ebenda, S. 3.

40 GHI-Gruppen waren die Vorläufer der späteren FIM-Netze; FIM sind Inoffizielle Mitarbeiter, die von einem Geheimen Hauptinformator (später Führungs-IM) angeleitet wurden.

41 Richtlinie 1/56 (Anm. 38), S. 7.

42 Das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium bestand aus Kursen zur marxistisch-leninistischen Philosophie, Ökonomie und Geschichte der Arbeiterbewegung.

43 Richtlinie 1/56 (Anm. 38), S. 7.

44 Ebenda, S. 5.

45 Ebenda, S. 6.

46 Kaderakte Horst Gerlach; BStU, MfS, KS 29620/90, Bl. 33.

47 Protokoll über die Dienstbesprechung mit den Abteilungen V/1 und V/6 am 24.1.1957; BStU, MfS, SdM 1920, Bl. 87–95.

könne, die selbst klassenbewusst seien. Daraus zog er für die künftige Arbeitsweise des MfS den Schluss, dass es den Schwerpunkt der Arbeit dort legen müsse, wo Kreise mit bürgerlichem Bewusstsein konzentriert seien. »Wir müssen zur Bearbeitung dieser Kreise neue Methoden der Arbeit festlegen, da es sich nicht um Spionage oder Diversion handelt, sondern eben um politische Zersetzung.«[48] Die Mitarbeiter der »Linie« verwiesen in ihren Beiträgen darauf, dass bereits in der Richtlinie 1/56 neue Methoden für die operative Arbeit entwickelt, diese aber bisher kaum zur Anwendung gekommen seien.[49] Als Ursachen hierfür wurde neben Personalmangel[50] vor allem die unzureichende Kompetenz der überwiegend jungen operativen Mitarbeiter angeführt. Auch von strukturellen Mängeln innerhalb des Sicherungsbereiches war die Rede. Es gab zu diesem Zeitpunkt noch keine einheitliche Struktur für den Arbeitsbereich Hochschulwesen, wie sie in der Richtlinie 1/56 eigentlich vorgegeben war.[51]

Mit dem Beschluss des Politbüros vom 9. Februar 1957 zur »Verbesserung der Arbeit der Leitung des Ministeriums für Staatssicherheit« wurde das MfS enger an die SED angebunden.[52] In der Folge kam es in staatlichen Einrichtungen und Betrieben zu einer grundsätzlichen Neuordnung des Verhältnisses von MfS und SED. Die ersten Sekretäre der Betriebsparteiorganisationen erhielten Mitspracherecht bei der Formulierung der Arbeitspläne der jeweiligen neu eingerichteten betrieblichen Objektdienststellen und Operativgruppen des MfS. Wörtlich heißt es in der einschlägigen Dienstanweisung vom 30. Mai 1957:

> »Die Aufgaben der Mitarbeiter der Staatssicherheit werden festgelegt entsprechend der von dem 1. Sekretär der Parteileitung gegebenen Einschätzung der politischen und wirtschaftlichen Lage des Objektes und der von der Parteileitung gegebenen politischen Aufgabenstellung. Über die Erfüllung des Arbeitsplanes ist dem 1. Sekretär zu berichten.«[53]

Gemäß der Dienstanweisung 16/57 hatte der Leiter der Hauptabteilung V dem zuständigen Stellvertreter des Ministers, Bruno Beater, bis zum 8. Juni 1957 »eine Direktive bezüglich der Einsetzung von Operativgruppen in den Universitäten und ihre Aufgaben zur Bestätigung vorzulegen«.[54] Diese Direktive ist nicht überliefert. Beater brachte jedoch bereits auf der Kollegiumssitzung am 29. Mai 1957 den Vorschlag ein, an den Universitäten und Hochschulen mit der Schaffung von Schlüsselpositionen zu beginnen.[55] Am 24. Juni wurden schließlich von der Leitung des MfS die Universitäten in Berlin, Leipzig, Jena, Dresden, Greifswald, Rostock und Potsdam zu operativen Schwerpunkten erklärt.[56] Dem Kol-

---

48 Ebenda, Bl. 87.

49 Vgl. Ebenda, Bl. 89 f.

50 Für die operative Bearbeitung der Technischen Hochschule Dresden standen zu diesem Zeitpunkt drei Mitarbeiter mit je sechs GI zur Verfügung. Vgl. ebenda, Bl. 90.

51 Ebenda, Bl. 89.

52 Beschluss des Politbüros v. 9.2.1957. Dokumentiert in: Engelmann, Roger; Schumann, Silke: Der Ausbau des Überwachungsstaates. Der Konflikt Ulbricht-Wollweber und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes der DDR 1957. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (1995)2, S. 341–378, hier 367 f.

53 DA 16/57 des Ministers v. 30.5.1957 über Maßnahmen zur Verbesserung der operativen Arbeit in den Betrieben, Ministerien und Hauptverwaltungen, Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten sowie in den Objekten der Landwirtschaft. Dokumentiert in: Engelmann, Roger; Joestel, Frank (Bearb.): Grundsatzdokumente des MfS. Hg. BStU. Berlin 2004, S. 106–118, hier 110. Zur Einordnung dieser Regelung siehe Engelmann, Roger: Diener zweier Herren: Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950–1959. In: Suckut, Siegfried; Süß, Walter (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit: Zum Verhältnis von SED und MfS. Berlin 1997, S. 68–71.

54 Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 53), S. 118.

55 Protokoll der Kollegiumssitzung am 29.5.1957; BStU, MfS, SdM 1552, Bl. 159.

56 Protokoll der Kollegiumssitzung am 24.6.1957; ebenda.

legiumsprotokoll vom 27. Juni 1957 ist zu entnehmen, dass Ulbricht den MfS-Vorschlag zur Bildung von Operativgruppen an den Universitäten gebilligt hatte.[57]

Nach dem Wechsel an der Spitze des MfS von Wollweber zu Mielke befasste sich das Kollegium am 19. und 20. Februar 1958 erneut mit dem Sicherungskomplex Universitäten/Hochschulen. Unter Mielkes Kommando sollten nun die bereits lange anvisierten Veränderungen durch folgende Maßnahmen eingelöst werden: Kurzfristig wurde unter der Leitung des stellvertretenden Ministers Beater sowie von Fritz Schröder, Leiter der Hauptabteilung V, und Werner Irmler, Leiter der Abteilung Information, eine Analyse über »die Ursachen der Aufweichung an den Universitäten, Hochschulen, Instituten und anderen Lehranstalten« erarbeitet.[58] Aus qualifizierten Mitarbeitern der Hauptabteilung III (Volkswirtschaft), Hauptabteilung V und der Abteilung VI (Flugzeug- und Verteidigungsindustrie sowie Kernforschung) sollte eine Kommission gebildet werden, die bis Ende März 1958 zu prüfen hatte, »welche Linie welche Universität, welches Institut, welche Hoch- bzw. Fachschule bearbeitet«.[59] Auf der Grundlage der beiden Berichte hatte die zuständige Hauptabteilung V »neue grundsätzliche Aufgaben« zu formulieren. Erst dann sollte eine Konferenz mit den auf der »Linie Hochschulwesen« tätigen Sachbearbeitern in den Bezirksverwaltungen durchgeführt werden.[60]

Der Aktionismus des MfS ist im Zusammenhang mit den umfassenderen bildungs- und hochschulpolitischen Überlegungen der SED im Vorfeld des V. Parteitages (Juli 1958) zu sehen, die mit der im Frühjahr 1958 durchgeführten III. Hochschulkonferenz der SED ihren Höhepunkt erreicht hatten. Auf dieser Konferenz wurde ein »Programm für die sozialistische Umgestaltung der Universitäten und Hochschulen in der DDR« proklamiert, das neben der Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus und einer engeren Verbindung von Lehre und Forschung mit der Praxis auch auf die Auseinandersetzung mit »reaktionären Theorien und kleinbürgerlichen Auffassungen« abzielte.[61]

2.2 Die Hauptabteilung XX/1 1964 bis 1989

2.2.1 Entwicklung und Aufbau von 1964 bis 1981

2.2.1.1 1964 bis 1974

Mit der Umbenennung der Hauptabteilung V in Hauptabteilung XX im März 1964[62] waren weder strukturelle Veränderungen noch eine Neuaufteilung der angestammten Aufgabenbereiche der Abteilung 1 verbunden. Im November 1965 setzte sich die Hauptabteilung XX/1 aus vier Referaten und einer Arbeitsgruppe (AG 1) zusammen:[63]

---

[57] Ebenda.

[58] Vgl. Protokoll der Kollegiumssitzung am 19./20.2.1958; BStU, MfS, SdM 1554, Bl. 72 f.

[59] Ebenda, Bl. 77.

[60] Ebenda.

[61] Dementsprechend wurde in der DA 8/58 v. 25.5.1958 zur 400-Jahr-Feier der Universität Jena die politische Bedeutung dieses Ereignisses »in Bezug auf die Einbeziehung breiter Kreise der wissenschaftlichen Intelligenz in den Kampf für den Sieg des Sozialismus« als »in ihrer politischen Bedeutung gestiegen« herausgestellt. Vgl. Anlage zur DA 8/58 des Stellvertreters des Ministers, Beater, v. 22.7.1958; BStU, MfS, BdL/Dok. 002421.

[62] Vgl. Befehl 211/64 v. 9.3.1964; BStU, MfS, BdL/Dok. 000875.

[63] Vgl. HA XX: Übersicht über die bearbeiteten bzw. abgesicherten Objekte v. 10.11.1965, S. 12; BStU, BF-Dok. 12.

- Das Referat I zeichnete in erster Linie für zentrale Einrichtungen des Staatsapparates (Büro des Ministerrates, Kanzlei des Staatsrates, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und zentrale Justizorgane) verantwortlich.
- In die Zuständigkeit des Referates II fielen das Ministerium für Kultur und nachgeordnete Einrichtungen sowie die Künstlerverbände.
- Das Referat III war für wichtige Massenkommunikationsmittel (Deutscher Fernsehfunk Berlin, Staatliches Rundfunkkomitee Berlin, Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst) und das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR zuständig.
- Das Referat IV bearbeitete das Ministerium für Gesundheitswesen einschließlich aller zentralen medizinischen Forschungseinrichtungen.
- Die Arbeitsgruppe 1 überwachte für zentrale Objekte der SED (Institute, Verlage und Druckereien).

Die Jahresanalysen der Hauptabteilung XX lassen für das erste Jahrzehnt ihres Bestehens erkennen, dass die Abteilung 1 einen eher untergeordneten Platz innerhalb der Hauptabteilung einnahm.[64] Für den Arbeitsbereich »Zentraler Staatsapparat« bestand wenig Handlungsbedarf, da »die große Mehrzahl der Mitarbeiter des zentralen Staatsapparates ihre Treue zu unserer Republik unter Beweis stellt«.[65] Der »Sicherungsbereich Gesundheitswesen« wurde nur beiläufig erwähnt. Der »Sicherungsbereich Justiz« wurde im Zeitraum von 1965 bis 1975 ebenfalls nur am Rande bearbeitet. Das lag wohl auch an personellen Problemen. Der bis dahin für die Justizorgane zuständige Bearbeiter, Eberhard Roscher, wechselte in das Auswertungsreferat der Abteilung 1, ohne dass für ihn ein Ersatz zur Verfügung stand. Die inhaltliche Arbeit mit dem Justizsektor beschränkte sich auf sporadische kaderpolitische Anfragen. Dabei rückten allerdings mehr und mehr die Anwaltsvertretungen (Rechtsanwaltsbüro für internationale Zivilrechtsvertretungen und das Amt für Rechtsschutz des Vermögens der DDR) sowie einzelne Rechtsanwälte ins Visier der Hauptabteilung XX/1.

Der Schwerpunkt der operativen Arbeit in dieser Zeit lag eindeutig im »Sicherungsbereich Kultur und Massenmedien«. Massive Erscheinungen der »politisch-ideologischen Diversion« machte die Hauptabteilung vor allem im Zusammenhang mit der Niederschlagung des Prager Frühlings durch die Truppen des Warschauer Paktes aus. Die Jahresanalyse von 1968 weist aus, dass in diesem Bereich die »Vorgangsarbeit« verstärkt wurde und es auch zu Verhaftungen kam.[66] Dennoch hatte das MfS im kulturell-künstlerischen Bereich das oppositionelle Potenzial keineswegs in der gewünschten Weise unter Kontrolle. Man musste eingestehen, dass die Ergebnisse »noch nicht den Erfordernissen« entsprachen.[67]

1969 kam es in der Hauptabteilung XX/1 zu einer einschneidenden Strukturveränderung. Der Minister verfügte mit dem Befehl 20/69[68] die Ausgliederung des »Sicherungsbereichs Kultur und Massenkommunikationsmittel« und schuf hierfür eine eigene Abteilung 7 (HA XX/7).[69] Bei der HA XX/1 verblieben die »Sicherungsbereiche zentrale Einrichtungen des Staatsapparates/Justizorgane« und der »Sicherungsbereich Gesundheitswesen«. Die Tätigkeit der Hauptabteilung XX/1 war weniger auf Personen als auf die Sicherung der »Objekte«, also der Institutionen, ausgerichtet. Lediglich ein Drittel der Ende der sechziger Jahre zur Verfügung stehenden IM wurde für Sicherheitsüberprüfungen, OPK

---

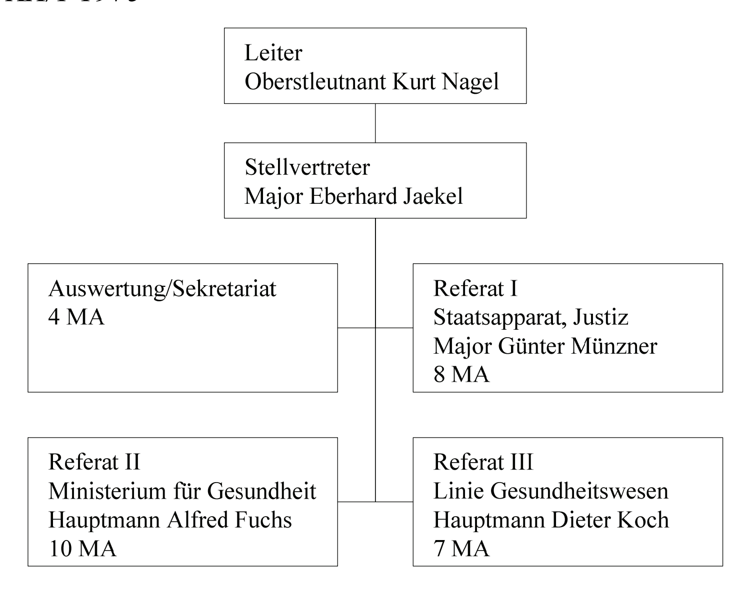
64 HA XX: Jahresanalyse 1968 v. 20.1.1969; BStU, MfS, HA XX, AKG 804, Bl. 1–204.
65 Ebenda, Bl. 27.
66 Ebenda, Bl. 43 u. 47.
67 Ebenda, Bl. 71.
68 Befehl 20/69 des Ministers v. 18.6.1969, S. 1–3; BStU, MfS, BdL/Dok. 001347.
69 Vgl. Gesine von Prittwitz und Matthias Braun: HA XX/7.

und OV eingesetzt, während zwei Drittel für sogenannte technische Schwerpunktaufgaben bei der Absicherung von Objekten tätig waren. Zum Vergleich waren dagegen in den Hauptabteilungen XX/4 bzw. XX/5 etwa 80 Prozent der IM mit Vorgangsarbeit und nur 20 Prozent mit Absicherungsaufgaben betraut.[70] 1968 setzte sich der IM-Gesamtbestand der Abteilung zu zwei Dritteln aus Inoffiziellen Mitarbeitern sämtlicher Kategorien und zu einem Drittel aus der durch die IM-Richtlinie 1/68[71] neu geschaffenen Kategorie der Gesellschaftlichen Mitarbeiter für Sicherheit (GMS) zusammen. Mittelfristig beabsichtigte die Hauptabteilung XX/1, noch mehr GMS einzusetzen.[72] Zunächst leitete Rudolf Stange die Hauptabteilung XX/1. Ihm folgte im Januar 1965 Benno Paroch (Jg. 1932). Paroch übernahm 1972 die Funktion des Parteisekretärs in der Hauptabteilung XX.[73] Sein Nachfolger im Amt des Abteilungsleiters wurde Kurt Nagel (Jg. 1929).[74]

Anfang der siebziger Jahre betrug der Personalbestand der Hauptabteilung XX/1, bedingt durch die Ausgliederung der Bereiche »Kultur« und »Massenkommunikationsmittel«, 16 hauptamtliche Mitarbeiter.[75]

2.2.1.2 1975 bis 1981

Struktur der HA XX/1 1975[76]



Die Struktur der Hauptabteilung XX/1 hatte sich Mitte der siebziger Jahre wie aufgezeigt verändert. Im Einzelnen waren die drei Referate der Abteilung für die operative Sicherung folgender Einrichtungen, Objekte und Vorgänge zuständig:

---

70 Jahresanalyse 1968 (Anm. 64), Bl. 61.

71 Richtlinie 1/68 des Ministers v. Januar 1968 für die Zusammenarbeit mit Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit und Inoffiziellen Mitarbeitern im Gesamtsystem der Sicherung der Deutschen Demokratischen Republik, Bl. 1–24; BStU, MfS, BdL/Dok. 002536.

72 Jahresanalyse 1968 (Anm. 64), Bl. 63.

73 Kaderakte Benno Paroch; BStU, MfS, KS 26483/90, Bl. 5.

74 Kaderkarteikarte Kurt Nagel; BStU, MfS.

75 HA XX/1: Quittungsliste über die Aushändigung der Personenkennzahlen der Mitarbeiter v. 17.1.1974; BStU, MfS, HA XX Bündel 1767.

76 HA XX: Struktur- und Stellenplan der HA XX v. 21.7.1975; BStU, MfS, HA XX 1641, S. 79–100.

Referat I
Staatsrat, Volkskammer, Staatsverlag, Staatsdruckerei, Büro des Ministerrates, Amt für Jugendfragen, Ministerium der Justiz, Generalstaatsanwaltschaft der DDR, Oberstes Gericht, Amt für Rechtsschutz des Vermögens der DDR, Rechtsanwaltsbüro für internationale Zivilrechtsangelegenheiten und den zentralen Fremdsprachendienst Intertext. Außerdem gehörte die »Führung einiger inoffizieller Verbindungen von Spitzendolmetschern« in den westeuropäischen Sprachen (Englisch, Französisch und Spanisch), die Bearbeitung von besonderen operativen Vorgängen im zentralen Staatsapparat sowie die Kaderarbeit und Sicherheitsüberprüfungen in diesem Bereich zu den Aufgaben des Referates.[77]

Referat II
Ministerium für Gesundheitswesen, Abteilung Internationale Beziehungen beim Ministerium für Gesundheitswesen, Bereich Medizin im Hoch- und Fachschulwesen, Zentralinstitut für Arbeitsmedizin, Zentraler Forschungsverband Arbeitsmedizin, Forschungsverbände Herz-Kreislauferkrankungen, Geschwulstkrankheiten, Analytisch-diagnostisches System, Institut für Immunpräparate und Nährmedien, Institut für angewandte Virologie, Institut für Seren und Impfstoffprüfung, Staatliches Versorgungskontor für Pharmazie und Medizintechnik, Institute für Arzneimittel und Apothekenwesen, Staatliches Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz, das Generalsekretariat der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften, das Institut für Wissenschaftsinformation in der Medizin, Akademie für Ärztliche Fortbildung, Institut für Planung und Organisation des Gesundheitswesens, Institut für Technologie der Gesundheitsbauten, Poliklinik des Hauses der Ministerien, Poliklinische Sonderabteilung im Ministerrat. Darüber hinaus war das Referat für die Sicherheits- und Auslandsreisekaderüberprüfungen der genannten Einrichtungen zuständig.

Referat III
Dieses Referat zeichnete verantwortlich für die »Aufklärung und vorgangsmäßige Bearbeitung von Personen im Operationsgebiet«, denen man anlastete, »feindlich gegen den Sicherungsbereich Medizin tätig« zu sein. Außerdem oblag ihm die Durchführung von speziellen operativen Maßnahmen gegen »ausgeschleuste« Mediziner sowie die Anleitung und Koordination der Linie Gesundheitswesen in allen Bezirksverwaltungen.[78]

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre konzentrierte die Hauptabteilung XX/1 ihre operativen Ressourcen zugunsten des »Sicherungsbereiches Gesundheitswesen«.

Über die Schwerpunktaufgaben der Diensteinheit am Ende der siebziger Jahre gibt der Jahresarbeitsplan für 1979 Aufschluss. Er verzeichnet für das Referat I (Objekte des zentralen Staatsapparates und der Justiz) als Hauptaufgabe die »vorbeugende Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung der feindlichen Spionage- und Abschöpfungstätigkeit«, des »Geheimnisverrates« sowie die »Beseitigung von Unsicherheitsfaktoren, die sich aus ideologischen Mängeln und Unzulänglichkeiten ergeben«.[79]

Im Bereich der Justizüberwachung stand neben der Sicherung des Geheimnisschutzes in den zentralen Justizobjekten die personalpolitische »Überwachung, Absicherung und Bereinigung« im Mittelpunkt der Arbeit.[80] Eine Analyse des Referates I aus dem Jahre 1976 weist von 173 Mitarbeitern des Ministeriums der Justiz insgesamt 49 erfasste Perso-

---

[77] HA XX/1: Stellenplanvorschlag v. 26.7.1975; ebenda, S. 119.

[78] HA XX/1: Aufstellung über Zuständigkeitsbereiche auf der Grundlage des vorgeschlagenen Stellenplanes v. 29.7.1975; ebenda, o. Pag. u. S. 121 f.

[79] HA XX/1: Arbeitsplan für 1979 v. 16.1.1979; BStU, MfS, HA XX 1913, S. 1.

[80] Ebenda, S. 4.

nen aus, darunter 23 als »positiv erfasst«, was in der Regel auf eine inoffizielle Mitarbeit schließen lässt.[81] Von besonderem Interesse für das MfS war die Sicherung und Lenkung der Nachwuchskader für die verschiedensten Bereiche der Justiz. Es war dem Referat I der Hauptabteilung XX/1 vorbehalten, hierzu die entsprechenden Wege über ihre Partner in den zentralen Justizorganen zu ebnen. So sah der Plan der Hauptabteilung XX/1 für die Abteilungen XX der Bezirksverwaltungen für 1981 vor:

> »Für die perspektivische operative Arbeit in zentralen Organen der Justiz sind geeignete Jurastudenten auszuwählen, anzuwerben und langfristig-perspektivisch für Leitungsaufgaben zu qualifizieren. Insbesondere sind IM unter Absolventen, die eine perspektivische Orientierung auf die Tätigkeit in den zentralen Justizorganen haben, zu werben. Dies gilt für die BV Leipzig – KMU [Karl-Marx-Universität], BV Berlin – HU [Humboldt-Universität] Berlin, KD Jena – FSU [Friedrich-Schiller-Universität] Jena.«[82]

Von den Überprüfungen blieben auch westliche Anwälte nicht verschont, die für das Amt für Rechtsschutz des Vermögens der DDR und das Rechtsanwaltsbüro für internationale Zivilrechtsangelegenheiten (RAB) tätig waren. Im Visier des Referates I standen vor allem die »ständigen Partner«, die als sogenannte Korrespondenten bezeichnet wurden. Eine dem MfS im Jahre 1977 vom Leiter des Rechtsanwaltsbüros zugespielte Analyse erfasste 51 solcher Partner in der Bundesrepublik und Westberlin. Fünf Korrespondenten, alle Mitglieder der DKP, werden als »Vertrauenspartner« ausgewiesen.[83]

In den Referaten II und III (Ministerium für Gesundheitswesen, zentrale medizinische Forschungs- und Weiterbildungseinrichtungen, medizinische Einrichtungen des Ministerrates)[84] war die operative Arbeit vorrangig ausgerichtet auf:

– die »vorbeugende Verhinderung ungesetzlicher Grenzübertritte«,
– die »Aufdeckung und Aufklärung von Untergrundhandlungen von Angehörigen des Gesundheitswesens« sowie
– die Verhinderung einer angeblichen »Abschöpfung und Störtätigkeit durch pharmazeutische und medizinisch-technische Konzerne«.[85]

1975 forderte die Leitung der Hauptabteilung XX/1 für ihre drei Referate 40 Planstellen.[86] Von der Hauptabteilung Kader und Schulung wurden jedoch wegen Kadermangel nur 31 bestätigt.[87] Dementsprechend erfolgte dann auch die Besetzung. Um den Personalbedarf der Abteilung 1 in der Hauptabteilung XX einigermaßen decken zu können, wurden auf Veranlassung der Hauptabteilung Kader und Schulung Angehörige des MfS aus Kreisdienststellen in die Abteilung 1 versetzt. In der Regel verfügten diese Mitarbeiter jedoch nur über geringe »operative Erfahrungen« und erwiesen sich zumeist als Fehlbesetzung.[88] Selbst bei Kaderübernahmen aus den Bezirksverwaltungen traten häufig Probleme auf,

---

81 HA XX/1: Analyse zur politisch-operativen Situation im Ministerium der Justiz v. 24.5.1976, S. 5 u. 71; BStU, MfS, HA XX Bündel 1007.

82 HA XX/1: Planorientierung für die Abteilungen XX der BV/V zur Jahresplanung 1981 v. 13.10.1981, S. 3; BStU, MfS, HA XX 1913.

83 HA XX: Analyse der bisher erreichten Ergebnisse und gesammelten Erfahrungen beim weiteren Aufbau und bei der Entwicklung des Korrespondentennetzes des RAB in der BRD und in Westberlin v. 1.7.1977; BStU, MfS, HA XX 7351, Teil 1 v. 2, S. 26.

84 Arbeitsplan 1979 (Anm. 80), S. 9.

85 Ebenda, S. 7.

86 Vgl. HA XX/1: Stellenplan-Vorschlag v. 25.3.1975; BStU, MfS, HA XX 1641, S. 111–114.

87 Vgl. Struktur- und Stellenplan 1975 (Anm. 76), S. 6 f.

88 Vgl. HA XX/1: Einschätzung zum politisch-ideologischen und moralischen Entwicklungsstand und zur Wirksamkeit der Kaderarbeit v. 1.12.1977; BStU, MfS, HA XX 17690, S. 28.

weil offensichtlich auch diese Kader »nicht zielstrebig und planmäßig auf den Einsatz in zentralen Diensteinheiten vorbereitet wurden«.[89] Die MfS-internen Kaderanalysen der späten siebziger Jahre sprechen außerdem von einem zunehmenden Mangel an »tschekistischem Verhalten« bei jungen Funktionsträgern, einem wachsenden Leistungsabfall bei den langjährigen Mitarbeitern und einem generellen Absinken der Allgemeinbildung. Zudem verfüge eine größere Anzahl von Mitarbeitern über keine präzisen politischen Kenntnisse.[90] Schon zu Beginn der siebziger Jahre hatte die Hauptabteilung XX/1 vor dem Hintergrund zunehmender diplomatischer und außenpolitischer Aktivitäten der DDR einen erhöhten Bedarf an hoch qualifiziertem Personal angemeldet. Konkret wurden vier Hochschulabsolventen aus den Fachbereichen Außenpolitik und Rechtswissenschaften angefordert.[91] Mangels »geeigneten« Nachwuchses konnte dieser Bedarf jedoch kurzfristig nicht gedeckt werden.

Im Jahre 1975 standen der Hauptabteilung XX/1 99 Personen als IM zur Verfügung. Die Kosten für die konspirativen Wohnungen beliefen sich seinerzeit auf jährlich 10 095,40 Mark der DDR.[92]

Im Dezember 1978 wurde der langjährige Abteilungsleiter Kurt Nagel von seinem Stellvertreter Eberhard Jaekel abgelöst. Jaekel, 1937 in Ostpreußen geboren, hatte den Beruf eines Industriekaufmanns erlernt. Er war bereits seit 1958 in der Hauptabteilung V tätig. 1969 war er in der Hauptabteilung XX/1 zum Referatsleiter und 1972 zum stellvertretenden Abteilungsleiter ernannt worden.[93]

2.2.2 Aufgaben- und Personalentwicklung von 1981 bis zum Herbst 1989

Von der im September 1981 erfolgten größeren Strukturveränderung[94] der Hauptabteilung XX war auch die Abteilung 1 der Hauptabteilung betroffen.[95] Der bis zu diesem Zeitpunkt in der Hauptabteilung XX/3 angesiedelte Arbeitsbereich »befreundete Parteien« und Massenorganisationen wurde jetzt in die Hauptabteilung XX/1 integriert. Mit dieser neuen Zuordnung wurde der politisch längst vollzogenen Einordnung der »bürgerlichen« Blockparteien als »Transmissionsriemen« der SED-Politik nun auch MfS-intern arbeitsorganisatorisch Rechnung getragen. Bis zu dieser Entscheidung bestand der »Sicherungsbereich befreundete Parteien« bereits seit 30 Jahren.[96] Mit der Integration dieses Bereiches erhielt die Hauptabteilung XX/1 ihr bis zum Herbst 1989 gültiges Struktur- und Aufgabenprofil.

---

[89] HA XX/3: Bericht zur politisch-ideologischen und moralischen Entwicklung der Abteilung und zur Wirksamkeit der Kaderarbeit im Jahre 1979 v. 21.12.1979; BStU, MfS, HA XX 17691, S. 52.

[90] Vgl. HA XX/1: Bericht zur politisch-ideologischen und moralischen Entwicklung und Wirksamkeit der Kaderarbeit v. 17.12.1979; ebenda, S. 30–36; HA XX/1: Kaderentwicklung 1977 (Anm. 88), S. 28.

[91] HA XX/1: Bedarf an Hoch- und Fachschulabsolventen in den Jahren 1971–1975 v. 10.10.1969; BStU, MfS, HA XX 17686, S. 55.

[92] Vgl. HA XX/1: Liste für Treffkosten, Treffanzahl und Gehältern bzw. Zuwendungen der IM der Abteilung für 1975, o. D.; BStU, MfS, HA XX 1508, S. 23–38.

[93] Kaderakte Eberhard Jaekel; BStU, MfS, KS 4572/90, Bl. 4.

[94] Vgl. Matthias Braun: HA XX.

[95] Kaderkarteikarten von Rudolf Weidenhammer und Karl Detzer; BStU, MfS.

[96] Vgl. Matthias Braun: HA XX/3.

Die Diensteinheit gliederte sich fortan in die Referate:[97]

Referat I
Einrichtungen des zentralen Staats- und Justizapparates

Referat II
Ministerium für Gesundheitswesen und zentrale nachgeordnete medizinische Einrichtungen

Referat III
»Befreundete Parteien« und Massenorganisationen

Von den für 1981 vorgesehenen 29 Planstellen waren im September 1981 24 besetzt.[98] Die Leitung der Abteilung 1 lag weiterhin in den Händen von Eberhard Jaekel, zuletzt im Rang eines Oberst, bis zum Herbst 1989.[99] Anfang der achtziger Jahre verzeichnete die Staatssicherheit für den erweiterten Verantwortungsbereich der HA XX/1 zunächst keine neuen »feindliche[n] Aktivitäten und als völlig neu einzuordnende Mittel und Methoden«.[100] Diese Einschätzung revidierte das MfS jedoch schon bald. Eine stetige Zunahme gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Probleme förderte immer mehr Konfliktpotenzial zutage. Besonders bedeutsam war die sich ständig verschlechternde Ausstattungslage in den medizinischen Einrichtungen und eine hohe Zahl von Ausreisewilligen unter dem medizinischen Personal. Ein anderer Konfliktherd entstand durch verstärkte Aktivitäten von Mitarbeitern des Gesundheitswesens im Rahmen der unabhängigen Friedensbewegung.

Durch die Aufdeckung von Wirtschaftsdelikten und finanziellen Manipulationen im Bereich der Verwaltung der Wirtschaftsbetriebe des Ministerrates (VWM)[101] gewann im Referat I ein ganz anderer Aspekt der MfS-Tätigkeit an Bedeutung.[102]

Aus einer globalen Lageeinschätzung, die von »forciert vorgetragenen Feindangriffen« geprägt sei, leitete die Hauptabteilung XX/1 Mitte der achtziger Jahre für sich eine Reihe aktualisierter Schwerpunktaufgaben ab. Dazu gehörte die »Zurückdrängung der Übersiedlungsersuchen in das NSA«[103] und »die vorbeugende Sicherung operativer Schwerpunktbereiche zur Verhinderung des Eindringens feindlicher Kräfte sowie zur Gewährleistung von Ordnung, Sicherheit und Geheimnisschutz«.[104] Auf einige der Referate kamen besondere Aufgaben zu. So sollten etwa in den Einrichtungen des zentralen Staatsapparates verstärkt IM geworben werden, um bei der Durchsetzung der Spionageabwehr aufgetretene Schwachstellen beheben zu können. IM in Schlüsselpositionen der CDU, die im Arbeits-

---

97 HA XX: Übersicht über Zuversetzungen und Abgänge v. 25.9.1981; BStU, MfS, HA XX 17745, S. 13–16.

98 Ebenda.

99 Kaderakte Eberhard Jaekel; BStU, MfS, KS 4572/90, Bl. 4 u. 112.

100 HA XX/1: Zuarbeit zur Jahresanalyse für das Jahr 1981 v. 3.10.1980; BStU, MfS, HA XX 1913, S. 6.

101 Zur Struktur der Verwaltung der Wirtschaftsbetriebe des Ministerrates der DDR vgl. Strukturunterlagen der VWM Betriebe; BStU, MfS, HA XX 6932.

102 HA XX/1: Arbeitsplan für 1983 v. 4.12.1982; BStU, MfS, HA XX 1913, S. 1–37.

103 Grundlegend zur Ausreiseproblematik Eisenfeld, Bernd: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung. Hg. BStU. Berlin 1996. Im gesamten Gesundheitswesen der DDR hatten 1 431 Bürger in den ersten vier Monaten des Jahres 1984 Anträge auf Übersiedlung (davon 326 Hochschulkader, 665 Fachschulkader und 440 sonstige Mitarbeiter) gestellt. Bis Ende August 1984 erhöhte sich die Zahl auf 2 641 (davon 588 Hochschulkader, 1 113 Fachschulkader und 940 sonstige Mitarbeiter). Alle Angaben in: HA XX/1: Einschätzung der Lage für die Jahresplanung 1985 v. 27.9.1984; BStU, MfS, HA XX 1913, S. 10.

104 Jahresplanung 1985 (Anm. 103), S. 1.

bereich »befreundete Parteien« und Massenorganisationen geführt wurden, sollten zusätzlich zur »Neutralisierung negativer Kräfte in den evangelischen Kirchen der DDR« herangezogen werden.[105]

Operative Schwerpunkte waren jedoch unverändert die Unterbindung »ungesetzlicher Grenzübertritte und Übersiedlungsersuchen«, die Absicherung des Geheimnisschutzes und die »Aufklärung, Bestätigung und Kontrolle« von Reise- und Auslandsreisekadern.[106] Darüber hinaus ergaben sich aus Sicht der Abteilungsleitung vor allem im Verantwortungsbereich der Referate II und III einige neue Tendenzen der »politischen Untergrundtätigkeit«, die bis 1989 nicht nur erhebliche Arbeitskapazitäten banden, sondern auch zunehmend das Profil der operativen Arbeit der Abteilung prägten.

Zu den politischen Entwicklungen, die das MfS beunruhigten, gehörte das Erstarken der unabhängigen blockübergreifenden Friedensbewegung und deren Aktivitäten in der DDR. Im Verantwortungsbereich des Referats II (Gesundheitswesen) hatte man es vor allem mit Arbeitskreisen zu tun, die diesem Lager zugerechnet wurden. Dazu zählten die »Ärzte für den Frieden – Berlin«, die »Christlichen Mediziner in sozialer Verantwortung – Halle« und die »Homosexuelle Selbsthilfe – Schwule in der Kirche«[107]. Nach Ansicht der Staatssicherheit lieferten diese Gruppen einen Nährboden für »pazifistische und ›unabhängige‹ Friedensorientierungen, umweltschutzorientierte Zielstellungen, alternativpolitische Ausrichtungen und homosexuelle Vereinigungen«.[108] Durch eine verstärkte operative Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen der Hauptabteilung XX (Abteilung 2, 4 und 9) und staatlichen Einrichtungen (Ministerium für Gesundheitswesen) versuchte die Abteilung 1, diese Gruppen intensiver auszuforschen und ihre Wirkungsmöglichkeiten durch geheimpolizeiliche Maßnahmen zu begrenzen.

Angehörige westlicher Friedensgruppen bemühten sich nicht nur, private Kontakte zur unabhängigen Friedensbewegung in der DDR zu knüpfen, sie nahmen gleichzeitig auch die Angebote des Friedensrates und der SED-nahen Liga für Völkerfreundschaft wahr, mit deren offiziellen Repräsentanten in einen Meinungsaustausch zu treten. Für die Staatssicherheit bedeuteten solche Kontakte ein erhöhtes Sicherheitsrisiko, da sie die offiziellen Repräsentanten der »politisch-ideologischen Diversion« ausgesetzt sahen und dabei angeblich die »Friedens- und Dialogpolitik der DDR« gefährdet war. Aus diesem Grund wurden die Mitarbeiter des Friedensrates und der Liga für Völkerfreundschaft unter Anleitung des zuständigen Referats III durch einen »offensiven IM-Einsatz und durch die Mobilisierung gesellschaftlicher Kräfte im engen Zusammenwirken mit den Objekten (Friedensrat, Ministerrat)«[109] verstärkt kontrolliert.

Die Verschlechterung der Ausstattung und der akute Personalmangel im Gesundheitswesen zogen eine erhöhte Kontrolltätigkeit des Referates II nach sich. Die Mitarbeiter waren mit einer intensiven Inspektionstätigkeit im Gesundheitswesen, der Zulassungspraxis für das Medizinstudium und der Kontrolle wichtiger medizinischer Forschungsprojekte

---

[105] Ebenda.

[106] Laut Statistik der HA XX/1 hatte sich die Anzahl der Dienstreisen in das NSW von 1 361 im Jahre 1986 auf 2 299 im Jahre 1987 erhöht und im ersten Halbjahr 1988 schon eine Größe von 1 171 erreicht. Vgl. HA XX/1: Lageeinschätzung für die Jahresarbeitsplanung 1989 v. 31.8.1988; BStU, MfS, HA XX 1914, S. 18.

[107] Ebenda, S. 14.

[108] Ebenda, S. 1.

[109] Ebenda, S. 7.

(AIDS-Forschung und Biotechnologie) beschäftigt.[110] Alle Maßnahmen in diesem Bereich erfolgten in enger Abstimmung mit dem Ministerium für Gesundheitswesen.[111]

Auch im besonders SED-nahen »Sicherungsbereich zentraler Staatsapparat/Ministerium der Justiz« mehrten sich in den achtziger Jahren politisch-ideologische »Erosionserscheinungen«. Zwar sah die Abteilung 1 die operative Lage in diesem Bereich »durch politische Stabilität und hohe staatliche Sicherheit, Ordnung und Disziplin gekennzeichnet«,[112] gleichzeitig jedoch registrierte die Staatssicherheit durch ihre IM und im Rahmen des »politisch-operativen Zusammenwirkens« (POZW) unter den Mitarbeitern des Staatsapparates »zunehmend Meinungen zur Dialogpolitik und zur ökonomischen Entwicklung unseres Staates [...], die Zweifel an deren Richtigkeit und Realität beinhalten«, beurteilte diese aber erstaunlich verständnisvoll:

> »Es muss eingeschätzt werden, dass diese Meinungen und Hinweise nicht aus mangelnder Bewusstheit oder Besserwisserei dieser Mitarbeiter geäußert wurden, sondern in politischer Verantwortung und Sorge um die Entwicklung und Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft.«[113]

Zu den weiteren Aufgaben des Referates gehörte die zentrale Koordinierung der Überwachung der seit 1985 in Gang gekommenen Städtepartnerschaften mit der Bundesrepublik.[114]

Aufgaben des Referates III (Blockparteien und Massenorganisationen) waren laut Jahresarbeitsplan 1982, die Bündnispolitik im Sinne der SED und ihrer führenden Rolle zu gewährleisten und durchzusetzen, alle Angriffe auf ideologischem Gebiet in den »befreundeten Parteien« sowie in deren Verlagen und Zeitungsredaktionen aufzuklären und Ordnung und Sicherheit in den »Objekten der Massenorganisationen« zu gewährleisten.[115] Schwerpunktbereiche bzw. Objekte der operativen Tätigkeit des Referates waren:[116] die Parteivorstände der Blockparteien, die Buchverlage »Der Morgen« (LDPD) und »Verlag der Nationen« (NDPD), die Vereinigung Organisationseigener Betriebe (VOB), Union (CDU), das Zentralhaus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft (DSF) in Berlin, die Internationale Demokratische Frauenföderation (IdFF)[117] – besonders deren ausländische Mitarbeiter – der Friedensrat der DDR,[118] der Nationalrat der Nationalen Front,[119] die Liga für Völkerfreundschaft[120] und das Solidaritätskomitee.[121] Besonders wichtig erschien dem MfS die ständige

---

[110] HA XX/1: Arbeitsplan für das Jahr 1987 v. 22.12.1986, S. 226–236; BStU, MfS, HA XX Bündel 421.

[111] Zur Problematik des MfS im Gesundheitswesen siehe umfassend: Süß, Sonja: Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR. Hg. BStU. Berlin 1998, S. 121–342.

[112] Lageeinschätzung für Jahresarbeitsplanung 1989 (Anm. 106), S. 22.

[113] Ebenda.

[114] Arbeitsplan 1987 (Anm. 110), Bl. 245.

[115] Vgl. HA XX/1: Jahresarbeitsplan 1982 v. 3.12.1981; BStU, MfS, HA XX 1913, S. 19.

[116] Ebenda, S. 21 f.

[117] Die IdFF hatte seit 1951 ihren Sitz in Ostberlin. Der Demokratische Frauenbund Deutschlands, eine Massenorganisation der Frauen in der DDR, wurde 1947 in der SBZ gegründet und existierte bis 1990. Der DFD gehörte der IdFF bereits seit 1948 an.

[118] Der Friedensrat existierte von 1949 bis 1990. Er war offizielles Organ der partei- und regierungsnahen »Friedensbewegung« in der DDR.

[119] Der Nationalrat der Nationalen Front bestand von 1950 bis 1990. Er fungierte als repräsentatives Zentralorgan der 1949 gegründeten Nationalen Front. Der SED-Generalsekretär sowie der für die Bündnispolitik zuständige ZK-Sekretär waren gegenüber dem Nationalrat weisungsbefugt.

[120] Die Liga für Völkerfreundschaft (1961–1990) fungierte als Dachorganisation für nationale Freundschaftsgesellschaften in der DDR und Koordinierungsorgan für auswärtige Kulturpolitik.

[121] Das Solidaritätskomitee (1960–1990) war ein Komitee zur Koordinierung der staatlichen und nichtstaatlichen Unterstützung bestimmter, im »antiimperialistischen Kampf« stehender Länder Afrikas und Lateinamerikas.

Einschätzung der operativen Lage in den Vorständen der Blockparteien sowie die Überprüfung und Bestätigung der Reisekader in den vorgenannten Einrichtungen.[122]

Über den IM-Bestand dieses »Sicherungsbereiches« sind bis in die achtziger Jahre hinein noch keine verlässlichen Daten vorhanden. Einem Perspektivplan aus dem Jahre 1972 ist zu entnehmen, dass jährlich zwei IMV (IM mit Feindverbindung) neu geworben werden sollten. Das Ziel lautete, bis 1975 in den meisten Verlagen und Betrieben (VOB) der Blockparteien zumindest einen neuen IM einsetzen zu können.[123]

Ende der achtziger Jahre änderte sich die Einschätzung der »befreundeten Parteien«, denn machten sich reformerische Vorstellungen und zunehmend kritischere Einschätzungen der SED-Politik innerhalb des gesamten Parteiapparates der CDU und LDPD bemerkbar.[124] Darüber hinaus bekam die »Sicherung« der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft im Zusammenhang mit Stimmen, die eine ideologische Öffnung mit dem Verweis auf die Perestroika in der UdSSR forderten, einen besonderen Stellenwert.[125]

Zunehmendes Gewicht bei den personalpolitischen Fragen erhielt auch der vom Referat I geforderte spezifische Beitrag »zum Aufbau der B-Struktur im Justizbereich«.[126] Es handelte sich hierbei um die geheime Vorbereitung auf einen möglichen Mobilmachungs- und Verteidigungszustand.[127] In späteren Jahren wurden die Planungen zu einer »B-Struktur« auf alle »Sicherungsbereiche« der Abteilung 1 ausgeweitet.

Die Zusammenarbeit der Hauptabteilung XX/1 mit den entsprechenden Diensteinheiten der »sozialistischen Bruderorgane«, vor allem der V. Hauptverwaltung des KGB, hatte spätestens Mitte der siebziger Jahre mit der Sicherung bilateraler medizinischer Forschungsvorhaben begonnen. In den achtziger Jahren wurden diese Arbeitskontakte systematisch ausgebaut.[128] Besondere Bedeutung erlangten dabei operative Absprachen zwischen MfS und KGB im Zusammenhang mit der Abwehr der internationalen Kritik an der Psychiatrisierung von politischen Dissidenten in der Sowjetunion.[129]

Den Statistiken zur Vorgangsarbeit der Hauptabteilung XX/1 ist zu entnehmen, dass sich von den frühen achtziger Jahren an die Anzahl der Operativen Personenkontrollen (OPK) jährlich auf durchschnittlich etwa 30 Vorgänge einpendelte. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass ab Mitte der achtziger Jahre jährlich mehr OPK abgeschlossen und neu angelegt wurden als vorher. Hintergrund dieser Entwicklung bildete offensichtlich die Ausreiseproblematik. Die Anzahl der Operativen Vorgänge (OV) lag zur gleichen Zeit wesentlich niedriger. 1988 wurden von der Abteilung XX/1 lediglich zwölf OV bearbeitet.[130] Für die operative Vorgangsarbeit standen der Abteilung 1 seit 1985 im Durchschnitt 21 IM-führende Mitarbeiter und 14 OibE zur Verfügung.[131]

Die Anzahl der inoffiziellen Mitarbeiter der Abteilung 1 betrug 1984 insgesamt 286 Personen. Sie stieg bis 1988 auf 304 Personen an. Damit verfügte diese relativ kleine Ab-

---

[122] Jahresarbeitsplan 1982 (Anm. 115), S. 44.

[123] HA XX/3/II: Perspektivplan bis 1975 v. 8.1.1972; BStU, MfS, HA XX 7611, S. 87.

[124] Vgl. u. a. ZAIG: Wochenbericht 11/89 v. 13.3.1989; BStU, MfS ZAIG 4592, Bl. 61–66; HA XX/AKG: Hinweise über Aktivitäten, die CDU als Oppositionspartei zu entwickeln v. 2.10.1989; BStU, MfS HA XX AKG 261, Bl. 3 f.

[125] Vgl. HA XX: Jahresarbeitsplan 1989, S. 8; BStU, MfS, HA XX Bündel 12.

[126] Jahresarbeitsplan 1982 (Anm. 115), Bl. 31.

[127] Vgl. Befehl 18/81 des Ministers v. 14.12.1981; BStU, MfS, BdL/Dok. 005406.

[128] Vgl. Material zur Zusammenarbeit mit dem KfS aus dem Jahre 1980, o. D.; BStU, MfS, HA XX Bündel 1032.

[129] Vgl. Süß: Politisch mißbraucht? (Anm. 111), S. 583–671.

[130] HA XX/1: Einschätzung der IM-, OV- und OPK-Arbeit im Jahre 1988 v. 5.1.1989; BStU, MfS, HA XX 1914, S. 5.

[131] HA XX/AGL: Anlage zur Erarbeitung der Kadernormative für die HA XX v. 25.8.1987; BStU, MfS, HA XX Bündel 24.

teilung über einen vergleichsweise großen IM-Bestand.[132] Gleichwohl erreichte die Abteilung 1 in dieser Zeit die selbst gesteckten IM-Werbungsziele nicht. Im Durchschnitt warb sie pro Jahr 20 IM. 1988 betrug das Werbungsziel 29 IM, tatsächlich geworben wurden jedoch nur 21 neue Spitzel.[133]

IM-Bestand der HA XX/1 in den achtziger Jahren[134]

Jahr	IMS	IMB	IME	FIM	IMK	GMS	Summe
1984	186	7	12	3	58	20	286
1985	189	9	14	2	58	22	294
1986	188	10	13	2	57	25	295
1988	201	9	10	2	61	23	306

Nahezu konstant blieb die Zahl der IM im Justizbereich. Sie hatte sich in den achtziger Jahren (Durchschnitt etwa 21 IM)[135] im Vergleich zu den sechziger Jahren mit durchschnittlich 22 IM kaum verändert. Die im Vergleich zu den fünfziger und frühen sechziger Jahren reibungslose offizielle Zusammenarbeit des MfS mit den Justizorganen schuf jedoch gute Voraussetzungen für die Durchsetzung des Geheimnisschutzes und einer MfS-genehmen Kaderpolitik. Die über Jahrzehnte hinweg vom MfS beeinflusste Nachwuchsrekrutierung sowie die systematisch durchgeführten Einstellungs- und Wiederholungsprüfungen hatten sich offenbar ausgezahlt.

Anlass zur internen Kritik gab immer wieder die mangelhafte IM-Arbeit der HA XX/1. Auch in den späten achtziger Jahren hatte sich daran nichts geändert. Durchgängig wurden in den Einschätzungen der Diensteinheit neben einer schlechten Vorbereitung und ungenügendem Engagement der inoffiziellen Mitarbeiter folgende Probleme genannt:

– Der Anteil der SED-Mitglieder unter den IM galt als zu hoch. Er sollte verringert werden. Die Statistik zeigt jedoch, dass er von 65,8 Prozent im Jahre 1985 auf 67,1 Prozent im Jahr 1988 weiter anstieg.
– Man beklagte den hohen Anteil der 45 bis 65 Jahre alten IM. Er betrug 1985 mit 149 Personen 51,3 Prozent des Gesamtbestandes und erhöhte sich ebenfalls bis 1988 mit 162 Personen auf 53,2 Prozent.[136]
– Der Anteil an IM, mit denen über ein halbes Jahr kein Kontakt hergestellt werden konnte, galt als zu hoch. 1988 etwa war das bei mindestens 13 Prozent der IM der Fall.[137]
– Die Abteilung 1 registrierte im Jahre 1988 eine zunehmende Verweigerungshaltung gegenüber einer inoffiziellen Zusammenarbeit selbst unter »Personen aus dem zentralen Staatsapparat, die eine positive Grundeinstellung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR besitzen«.[138]

Im Einzelnen waren 1989 die Sicherungsaufgaben in der HA XX/1 folgendermaßen verteilt:

---

[132] Vgl. Matthias Braun: HA XX.

[133] 1986 wurde das Werbungsziel beispielsweise mit 65 % erfüllt. Vgl. HA XX/1: Einschätzung der IM-, OV- und OPK-Arbeit im Jahre 1986 v. 6.1.1987; BStU, MfS, HA XX 1914, S. 5.

[134] HA XX/1: IM-Statistiken der Jahre 1984–1986 und 1988; BStU, MfS, HA XX 1913 u. 1914.

[135] HA XX/1: Einschätzung der IM-, OV- und OPK-Arbeit im Jahre 1985 v. 15.1.1986 u. 1988 v. 5.1.1989 jeweils in der Anlage »Aufstellung«; BStU, MfS, HA XX 1913.

[136] Vgl. HA XX/1: IM-Statistiken der Jahre 1985 und 1988; BStU, MfS, HA XX 1913 u. 1914.

[137] Einschätzung der IM-, OV- und OPK-Arbeit 1988 (Anm. 130), S. 4; Telefonverzeichnis der HA XX von [1989], S. 11–13; BStU, MfS, HA XX Bündel 36.

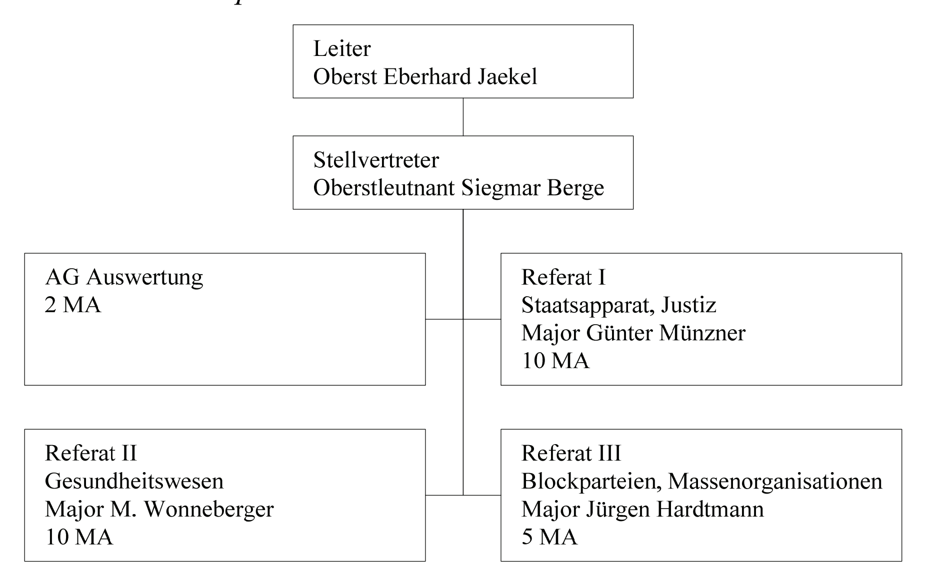
[138] Vgl. Lageeinschätzung für Jahresplanung 1989 (Anm. 106), S. 31.

Referat I
Zentrale staatliche Organe und Einrichtungen (ca. 70 Objekte). Dazu gehörten: Sekretariat der Volkskammer, Dienststelle des Staatsrates, Sekretariat und Wirtschaftsbetriebe des Ministerrates, Ministerium der Justiz, Rechtsanwaltsbüro für internationale Zivilrechtsvertretungen, Intertext.

Referat II
Zentrale Objekte und Einrichtungen des Gesundheitswesens. Dazu gehörten: Ministerium für Gesundheitswesen, medizinisch-wissenschaftliche Einrichtungen wie die Institute für Virologie, Immunpräparate/Nährmedien, Arbeitsmedizin, die Hochschulmedizin und die medizinische Ausbildung an den Universitäten.

Referat III
Führungsgremien der »befreundeten Parteien« und wesentlicher gesellschaftlicher Massenorganisationen, wie der CDU und der LDPD einschließlich ihrer Medienbereiche, Friedensrat der DDR und Liga für Völkerfreundschaft, Zentralvorstand der DSF.

Struktur der HA XX/1 im September 1989[139]



2.3 Zusammenfassung

Die Hauptabteilung XX/1 ging 1964 aus der Hauptabteilung V/1 hervor. Sie war bis 1969 für die »politisch-operative Sicherung« wichtiger Bereiche des »gesellschaftlichen Überbaus«, wie Einrichtungen des zentralen Staats- und Justizapparates (Referat I), der »Kultur« (Referat II) und »Massenkommunikationsmittel« (Referat III) zuständig und zugleich mit der »politisch-operativen Sicherung« des Ministeriums für Gesundheitswesen und seiner Einrichtungen (Referat IV) betraut.

In der Regel zeichneten sich die Mitarbeiter des Staatsapparates und der »befreundeten Parteien« durch ein besonders angepasstes und linientreues Verhalten aus, sodass hier eine überwiegend vorbeugende Sicherung stattfand. Geheimdienstliche Bearbeitung der Bereiche »zentraler Staatsapparat und Justiz« hieß vor allem die »Objektsicherung« zentraler staatlicher Einrichtungen zu gewährleisten, den Geheimnisschutz zu sichern und durch direkte und indirekte Einflussnahme auf die Kaderpolitik in diesen Bereichen dafür zu

[139] HA XX: Planstellenbesetzungsnachweis 1989; BStU, MfS, HA KuSch/K 7 Bündel 44.

sorgen, dass politisch und »sicherheitspolitisch« zuverlässige Mitarbeiter eingestellt und beschäftigt werden.

Mit der Ausgliederung des »Sicherungsbereiches Kultur und Massenkommunikationsmittel« aus der Hauptabteilung XX/1 im Juli 1969 war nicht nur eine Reduzierung der Aufgabenbereiche verbunden, es begann damit zugleich innerhalb der Hauptabteilung XX/1 eine schrittweise Verlagerung der »operativen Kapazitäten« in den »Sicherungsbereich Gesundheitswesen«. Sie vollzog sich vor dem Hintergrund der ständig wachsenden Zahl von Fluchtversuchen und Ausreisebegehren unter dem medizinischen Personal. Mit der Einrichtung eines speziellen Vorgangs- und Anleitungsreferates (Referat III) sollten primär die Abwanderungstendenzen im medizinischen Personal zurückgedrängt werden.

Im September 1981 erfolgte eine Neustrukturierung, die durch die Übernahme des »Sicherungsbereiches befreundete Parteien und Massenorganisationen« als neues Referat III bestimmt wurde. Mit diesem Schritt reagierte der MfS-Apparat auf den längst vollzogenen Funktionswandel der Blockparteien zu reinen Transmissionsorganisationen. Mit der 1981 erfolgten Neugliederung erreichte die Hauptabteilung XX/1 bis zur »Wende« ein stabiles Struktur- und Aufgabenprofil. Referat I (zentraler Staatsapparat/Justiz), Referat II (Gesundheitswesen), Referat III (»Befreundete Parteien«, Massenorganisationen, Friedensrat).

In den achtziger Jahren waren die operativen Maßnahmen der Hauptabteilung XX/1 zunehmend von den Stagnations- und politisch-ideologischen Erosionserscheinungen im politisch-gesellschaftlichen System der DDR geprägt. Neben der Daueraufgabe »Zurückdrängung der Übersiedlungsersuchen« und der vorbeugenden Verhinderung von Fluchtversuchen – vor allem im Bereich des Gesundheitswesens – gerieten zunehmend hauptsächlich die Aktivitäten der unabhängigen Friedens- und Umweltgruppen ins Visier der Referate II und III. In den späten achtziger Jahren sorgten zusätzlich vorsichtige Reformbestrebungen der beiden Blockparteien CDU und LDPD sowie der durch Glasnost und Perestroika in Gang gekommene Diskussionsprozess in allen Bereichen der Gesellschaft für ein erneutes Anwachsen des »subversiven Potenzials« in den »Sicherungsbereichen« der Hauptabteilung XX/1.

Arbeitsmäßig stark belastet wurde die Hauptabteilung XX/1 vom rasanten Anstieg der Sicherheitsüberprüfungen im Zuge der neuen Reiseregelungen für Privatreisen in die Bundesrepublik Deutschland (»dringende Familienangelegenheiten«),[140] von der ebenfalls gestiegenen Anzahl von Dienstreisen ins westliche Ausland und von den seit Mitte der achtziger Jahre zunehmenden Kontakten im Rahmen der deutsch-deutschen Städtepartnerschaften. Hinzu kam der Aufbau und die ständige Überprüfung von Mitarbeiterstäben auf allen Ebenen des Staatsapparates für den Mobilmachungs- bzw. Verteidigungsfall.

Die Hauptabteilung XX/1 verfügte Anfang der siebziger Jahre über etwa 15 hauptamtliche Mitarbeiter. Bis 1975 verdoppelte sich der Personalbestand und blieb auch nach der strukturellen Neugliederung von 1981 bis zum Schluss annähernd gleich. Demzufolge gehörte die Abteilung 1 zu den kleineren operativen Struktureinheiten der Hauptabteilung XX. Die 21 »IM-führenden« Mitarbeiter der Diensteinheit konnten sich 1988 mit 306[141] inoffiziellen Mitarbeitern auf einen ungewöhnlich großen IM-Bestand stützen, der allerdings wegen des hohen Anteils von SED-Mitgliedern und teilweiser Überalterung nicht die gewünschte »Effizienz« besaß. Eine weitestgehend erfolgreiche »kaderpolitische Kontrolle« der Einrichtungen des zentralen Staats-, Justiz-, Kultur- und Medienapparates gehört dennoch offensichtlich zur »Erfolgsbilanz« der Hauptabteilung XX/1.

---

[140] 1987 waren aus dem Verantwortungsbereich der HA XX/1 1 298 Personen in dringenden Familienangelegenheiten in die Bundesrepublik gereist. Vgl. HA XX/1: Statistik über Reisen in dringenden Familienangelegenheiten v. 21.3.1988; BStU, MfS, HA XX 1914, S. 1.

[141] IM-Statistik der HA XX/1 v. 1988; BStU, MfS, HA XX Bündel 1048.

3 Abteilung 2: Sozialdemokratie, »staatsfeindliche Hetze«, Jugend, Nazi- und Kriegsverbrechen

Von Thomas Auerbach

3.1 Die HA V/2 bis 1964

Als Reaktion auf den Juni-Aufstand verkündete der neue Staatssicherheitschef Ernst Wollweber im Herbst 1953, dass nunmehr »der Kampf gegen Provokateure, gegen Saboteure, Diversanten, Putschisten und die Organisatoren der Zersetzung offensiv geführt wird, mit konzentrierten Schlägen gegen die Feinde«.[1] Als besonders gefährlich wurde vom SfS damals das Ostbüro der SPD eingeschätzt, obwohl dessen ehemals starkes Netz von Kontaktleuten in der DDR zu diesem Zeitpunkt durch zahlreiche Verhaftungen schon weitgehend zerstört worden war.[2] Das Ostbüro der SPD unterstützte illegal in der DDR arbeitende sozialdemokratische Gruppen und Einzelpersonen, sammelte Nachrichten aus der DDR und gab diese zum Zweck der ideologischen Auseinandersetzung mit der SED vermittels eingeschleuster Publikationsorgane in die DDR zurück.[3] Solche Presseerzeugnisse erschienen zur Tarnung oft unter dem Namen und in der Aufmachung von DDR-Zeitungen, wie etwa *Freie Junge Welt* (analog zum FDJ-Zentralorgan *Junge Welt*) oder *Einheit* (gleichnamiges SED-Theorieblatt). Bearbeitet wurde das SPD-Ostbüro wie auch das Ostbüro des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) ab Januar 1955 von der Hauptabteilung V/2.[4] Der Kampf an dieser »Front des kalten Krieges« war in der Tat hart. So geht aus einem Bericht der Hauptabteilung V/2 hervor, dass allein zwischen dem 11. November 1954 und dem 30. März 1955 im Zuge der Aktion »Frühling« (ursprünglich »Blitz«)[5] 19 Personen festgenommen wurden, die die Staatssicherheit dem Ostbüro der SPD zuordnete.[6]

Beispielhaft für die Skrupellosigkeit der Hauptabteilung V/2 war der Fall Robert Bialek. Bialek war während des Dritten Reiches wegen illegaler Widerstandsarbeit sechs Jahre im Zuchthaus und im KZ inhaftiert. Nach dem Krieg arbeitete er an leitender Stelle in der FDJ und der SED. 1948 war er Generalinspekteur der Deutschen Volkspolizei. Wegen politischer Unstimmigkeiten warf er Walter Ulbricht seine Generalsuniform buchstäblich vor die Füße. Mehrfach degradiert und auf unwichtige Parteiposten abgeschoben, kritisierte er weiter die SED-Führung, wurde schließlich aus der Partei ausgeschlossen und entzog sich der drohenden Verhaftung 1953 durch Flucht. Im Westen arbeitete er für BBC London und ab 1954, aufgrund seiner intimen Kenntnis der SED-Machtstrukturen, sehr effek-

---

1 Referat Wollwebers am 11./12.11.1953 auf der zentralen Dienstkonferenz im Staatssekretariat für Staatssicherheit. Dokumentiert in: Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: »Konzentrierte Schläge« Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956. Hg. BStU. Berlin 1998, S. 272–283, hier 274.

2 Vgl. Bouvier, Beatrix: Ausgeschaltet. Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945–1953. Bonn 1996, insbes. S. 205–260.

3 Vgl. Buschfort, Wolfgang: Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise. München 1991; Ders.: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Hg. BStU. Berlin 2000.

4 Von November 1953 bis Januar 1955 war diese Tätigkeit bei der der HA V/1 angesiedelt und noch früher beim Bereich A der Abteilung V.

5 Die Aktion »Blitz« trug in ihrer letzten Phase den Codenamen »Frühling«. Vgl. Fricke; Engelmann: »Konzentrierte Schläge« (Anm. 1), S. 52–60.

6 HA V/2: Bericht zur Aktion »Frühling« v. 30.3.1955; BStU, MfS, AS 183/56, Bl. 69. Mielke sprach auf dem 23. Plenum des ZK nur von 17 verhafteten Sozialdemokraten. Vgl. Fricke; Engelmann: »Konzentrierte Schläge« (Anm. 1), S. 56.

tiv für das Ostbüro der SPD. Die Hauptabteilung V/2 setzte mindestens sechs geheime Mitarbeiter (GM) und geheime Informatoren (GI) auf ihn an.[7] Geleitet wurden diese Aktionen vom damaligen Abteilungsleiter der Hauptabteilung V/2, Erich Jamin.[8] Bialek wurde im Februar 1956 aus Westberlin entführt und kam – unter bisher ungeklärten Umständen – wahrscheinlich schon wenige Tage später in der Stasi-Haft ums Leben.[9]

Im Jahr 1955 hatte die Hauptabteilung V/2 folgende Struktur und Aufgaben:

Referat I
Das Referat bestand aus vier Hauptsachgebieten. Das Hauptsachgebiet 1 hatte den Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) der DDR im Visier. Hauptsachgebiet 2 war für die einzelnen Industriegewerkschaften des FDGB zuständig. Die Tätigkeit des Hauptsachgebietes 3 richtete sich gegen das Ostbüro des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und die des 4. Hauptsachgebietes gegen den DGB in der Bundesrepublik und Westberlin.

Referat II
Dieses Referat hatte drei Sachgebiete, welche die »Untergrundtätigkeit« der SPD in der DDR sowie das SPD-Ostbüro in der Bundesrepublik und in Westberlin bearbeiteten.

Referat II
Im Strukturplan von 1955 wurden die Aufgaben dieses Referates etwas verschwommen beschrieben. Dem Hauptsachgebiet 1 oblag die »Bekämpfung« des Trotzkismus und das Hauptsachgebiet 2 befasste sich mit »ähnlichen parteifeindlichen Untergrundgruppen«.[10] Das Aufgabengebiet »Trotzkismus, Titoismus« war vor Januar 1955 in einer eigenen Abteilung (damals HA V/2) bearbeitet worden. Die Zurückstufung zum Referat lässt den Bedeutungsverlust dieses Arbeitsbereiches erkennen. Unter den Sammelbegriff »Trotzkismus« subsumierte das MfS die verschiedensten Abweichungen von der offiziellen Parteilinie der SED, vor allem sogenannte Linksabweichungen.

Auskunftsberichte der Hauptabteilung V/2 über 87 hohe und mittlere Parteikader von 1961 belegen, dass das MfS Anfang der sechziger Jahre selbst gegen prominente Parteimitglieder operatives Material sammelte. Es handelte sich hierbei um Personen, die einer parteifeindlichen Plattformbildung gegen Ulbricht und angeblicher Verbindungen zum SPD-Ostbüro verdächtigt wurden. In den Auskunftsberichten der Hauptabteilung V/2 waren neben degradierten Spitzenfunktionären wie Karl Schirdewan, Fritz Selbmann, Rudolf Herrnstadt, Max Fechner und Ernst Wollweber auch der damals noch in Amt und Würden stehende Robert Havemann, der Staatssekretär für Kirchenfragen Hans Seigewasser und der Architekt der Stalinallee Hermann Henselmann erfasst. Sie alle waren im Zuge der Ermittlungsverfahren gegen Heinz Brandt und Karl Raddatz ins Visier der Hauptabteilung V/2 geraten.[11]

---

7 HA V/2: Zusammenfassender Bericht über Robert Bialek v. 7.2.1956; BStU, MfS, AOP »Waggon« Reg. Nr. 249/56, Bd. II, Bl. 275–286.

8 HA V/2: Treffberichte v. 14.11.1955 u. 22.11.1955; ebenda, Bl. 169–176.

9 Schreiben der Abt V/2 der BV Dresden an die HA V/2 v. 8.2.1956; BStU, MfS, AOP »Waggon« Reg. Nr. 249/56, Bd. I, Bl. 61; zu Bialek siehe: Herms, Michael; Noack, Gert: Der steile Aufstieg und der tiefe Fall des Robert Bialek. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (1997)50, S. 35–42; Buschfort: Parteien im Kalten Krieg (Anm. 3), S. 176–182.

10 Strukturplan der HA V v. 3.1.1955; BStU, MfS, BdL/Dok. 003784.

11 HA V/2: 87 Auskunftsberichte über belastete Personen v. November 1961; BStU, MfS, HA XX 10183.

Der ehemalige Parteifunktionär Brandt war 1958 nach Westberlin geflohen und wurde am 16. Juni 1961 dort entführt und inhaftiert. Raddatz war Generalsekretär des Verbandes der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und wurde 1960 wegen »parteifeindlicher Tätigkeit« verhaftet. Raddatz und Brandt wurden 1962 gemeinsam zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

Aufgrund missverständlicher Einträge in den Kaderakten ist die Besetzung der Abteilungsleiterstellen in der HA V in den Jahren 1953 bis 1955 etwas undurchsichtig.[12] Eine kritische Lektüre aller Hinweise ergibt jedoch hinsichtlich der Entwicklung des Zuständigkeitsbereiches der HA V folgendes Bild:
Bis November 1953 war Erich Jamin Leiter der Abteilung VI b,[13] die die Überprüfung der Kader des Außenpolitischen Nachrichtendienstes (Apparat von Markus Wolf) durchführte. Dann wurde er zum Leiter der neu gegründeten HA V/1 berufen, die damals für die SPD, den DGB und den FDGB zuständig war.[14] Im Januar 1955 wurde diese Abteilung in HA V/2 umbenannt; die alte HA V/2, die bis dahin für die Bekämpfung des »Trotzkismus« zuständig war, wurde als Referat III in die neue HA V/2 eingegliedert.[15] Im Dezember 1955 wurde Jamin dann stellvertretender Hauptabteilungsleiter der Hauptabteilung V.[16] Als Leiter der HA V/2 folgte ihm sein ehemaliger Stellvertreter Heinz Eichler (Jg. 1926) nach, der die Funktion bis September 1959 ausübte.[17] Anschließend rückte der 1929 geborene Werner Schröder bis April 1970 in diese Stellung ein. Schröder war zuvor Leiter einer MfS-Schule in Teterow gewesen.[18]

3.2 Die HA XX/2 1964 bis 1989

3.2.1 1964 bis 1970

Die Struktur der Hauptabteilung XX/2 nach der Umbenennung durch Befehl 211/64 vom 9. März 1964 lässt sich bislang nur anhand eines Perspektivplans der Abteilung vom 14. Februar 1966 rekonstruieren.[19] Danach hatte die Hauptabteilung XX/2 zu dieser Zeit vier Referate mit folgenden Aufgaben:

Referat I
Das Referat war zuständig für die Bearbeitung der schriftlichen »staatsfeindlichen Hetze«. Es hatte die Klassifizierung anonymer und pseudonymer Hetzschriften vorzunehmen und eine Vergleichsschriftensammlung aller Personen anzulegen, die bisher als »Täter« aufgefallen waren. Als »Hetze« galten beispielsweise selbst hergestellte Flugblätter und an

---

[12] In der Kaderakte des 1907 geborenen Erich Jamin ist vermerkt, dass er vom 14.12.1953 bis 21.12.1955 Leiter der Hauptabteilung V/1 war (Kaderakte Erich Jamin; BStU, MfS, KS I 2/84, Bl. 7). An anderer Stelle der gleichen Akte wird er jedoch für den Zeitraum vom 25.11.1953 bis 22.12.1955 als Leiter der Hauptabteilung V/2 benannt (ebenda, Bl. 18). Im Gegensatz dazu gibt die Akte an dritter Stelle an, Jamin sei ab Januar 1954 Leiter der Hauptabteilung V/1 gewesen (ebenda, Bl. 37).

[13] Ebenda, Bl. 7.

[14] Befehl 371/53 des Staatssekretärs v. 25.11.1953 über Löschung von Disziplinarstrafen, Beförderungen, Ernennungen und Veränderungen im Bereich des Staatssekretärs für Staatssicherheit; BStU, MfS, BdL/Dok. 000194.

[15] Schreiben Bruno Beaters v. 3.1.1955 mit Anlagen; BStU, MfS, BdL/Dok. 003784.

[16] Danach war er von 1959 bis zu seiner Invalidisierung 1965 Chef der Hauptabteilung VII.

[17] Vorschlag zur Auszeichnung von Major Eichler v. 26.8.1957; Vorschlag zur Ernennung des Leiters der Abteilung V/2, Eichler, Heinz, zum Leiter der Abteilung V/6 v. 30.9.1959; BStU, MfS, KS I 09/89, Bl. 58 u. 65.

[18] Kaderkarteikarte Werner Schröder; BStU, MfS.

[19] HA XX/2: Perspektivplan bis zum Jahr 1970 v. 14.2.1966; BStU, MfS, HA XX 11383, S. 237–253.

Mauern angebrachte Losungen »staatsfeindlichen Inhalts«. In Zusammenarbeit mit der Abteilung M (Postkontrolle) und der Postzollfahndung und unter Anwendung »moderner kriminaltechnischer und politisch-operativer Methoden« sollte das Referat Vorkommnisse der »schriftlichen Hetze« aufklären. Im Blickfeld stand damals besonders die Korrespondenz von DDR-Bürgern mit »Zentralen der politisch-ideologischen Diversion« (Ostbüros der Parteien, Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen) und Rundfunkanstalten (wie RIAS, SFB, BBC) im Westen.[20]

Referat II
Die MfS-interne Aufgabenbeschreibung dieses Referates von 1966 war diffus. Als Hauptaufgabe wurde der Aufbau eines qualifizierten Netzes von 30 IM bis 1970 angegeben. Diese sollten »feindliche Kontakte« aufspüren und bekämpfen sowie »negative und feindliche Gruppierungen, Konzentrationen und Strömungen bearbeiten«. Als Objekte der Bearbeitung wurden des Weiteren ganz allgemein »Parteifeinde und Personenkreise mit starken Bindungen nach Westdeutschland und Westberlin« genannt. Ob es sich hierbei auch um Personengruppen handelte, die im Zuge der Ostaktivitäten von SPD und DGB ins Visier des MfS geraten waren, bleibt unklar. Als weitere Aufgabe des Referates nannte der Perspektivplan die »Sicherung des Vereinswesens« in der DDR und der Esperantobewegung.[21]

Referat III
Dieses Referat hatte Nazi- und Kriegsverbrecher im Visier. Arbeitsschwerpunkte bildeten die Aufklärung von Verbrechen in Konzentrationslagern, Ermittlungen gegen Euthanasietäter sowie Ermittlungen gegen ehemalige Angehörige von SS, SD, Gestapo, Sondergerichten und Wehrmacht wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das Referat erarbeitete auch Material, »das zur Unterstützung des Differenzierungsprozesses in Westdeutschland, zur Beeinflussung der dort laufenden Prozesse und Verfahren sowie zur propagandistischen Auswertung geeignet«[22] war. Alle Hinweise auf Nazi-Verbrecher, Zeugen und vorhandenes Material, sollten in einer Kartei erfasst werden. Bis 1970 beabsichtigte das Referat, 15 »Spezialisten-IM« zu gewinnen, um sie im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit für Aufklärungs- und Forschungsarbeiten einzusetzen.[23]

Referat IV
Das Referat IV bearbeitete die »staatsfeindliche Tätigkeit jugendlicher Personenkreise«, sicherte den Zentralrat der FDJ und deren zentrale Objekte ab und überwachte die FDJ-Zeitung *Junge Welt* und den FDJ-Verlag *Neues Leben*. Auch dieses Referat legte besonderen Wert auf den Aufbau eines qualifizierten IM-Netzes. Bis 1970 sollte der Personalbestand auf 35 IM erweitert werden. Es sei zu beachten, dass das IM-Netz alle zwei bis drei Jahre aufgrund von Überalterung, Einberufung zum Wehrdienst und der Kaderpolitik der FDJ erneuert werden müsse.[24]

Der Perspektivplan der Hauptabteilung XX/2 von 1966 ging davon aus, dass bis 1970 keine wesentlichen Veränderungen in der »kadermäßigen Zusammensetzung der Abteilung

[20] Ebenda, S. 244 ff.
[21] Ebenda, S. 248 f.
[22] Ebenda, S. 250.
[23] Ebenda.
[24] Ebenda, S. 251 f.

vorgenommen werden«. Demnach dürfte die Planung von circa 20 hauptamtlichen Mitarbeitern für 1970 in etwa dem Stand von 1966 entsprochen haben.[25]

Ein neues Arbeitsfeld der Hauptabteilung XX/2 war ab 1965 die Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen im Referat III. Im Hinblick auf die in der Bundesrepublik seinerzeit geplante Verjährung dieser Delikte ordnete Mielke am 2. März 1965 an, alle im MfS vorhandenen Vorgänge und Hinweise auf Nazi- und Kriegsverbrechen zentral zu erfassen, deren Bearbeitung zu beschleunigen und eine zielgerichtete Auswertung vorzunehmen. Diese Aktion lief unter dem Kennwort »Konzentration« und betraf an solchen Verbrechen beteiligte Bürger in beiden deutschen Staaten.[26] Am 8. Juni 1965 erstellte die Hauptabteilung XX eine Liste von 124 schwer belasteten Bürgern der DDR und 202 Bürgern der BRD, unter ihnen auch der damalige Bundespräsident Lübke. Auf der Grundlage dieser ersten Erkenntnisse erarbeitete die Hauptabteilung XX/2 in der Folgezeit umfangreiche operative Materialien. 100 Namen und Daten von belasteten BRD-Bürgern waren bereits an die Abteilung Agitation des MfS zur Auswertung und Veröffentlichung übergeben worden.[27] Die Listen der belasteten DDR-Bürger wurden nie veröffentlicht. Das verwundert nicht, waren doch unter ihnen beispielsweise 28 leitende Funktionäre des Deutschen Turn- und Sportbundes der DDR.[28]

Exkurs: Jugend im Blickfeld des MfS bis 1964

Seit seiner Gründung 1950 hatte sich das MfS gemäß seinem Auftrag auch mit den Jugendlichen in der DDR zu befassen. Hierbei ging es sowohl um die Absicherung von Großveranstaltungen der Staatsjugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ) als auch um die Bekämpfung jugendlicher Widerstandsgruppen. Dies war Aufgabe der verschiedensten Diensteinheiten des MfS. Eine koordinierende Funktion einer bestimmten Diensteinheit lässt sich für dieses Tätigkeitsfeld für die fünfziger Jahre nicht feststellen. Ausweislich der bisher aufgefundenen Unterlagen hat das MfS die Jugend als besonderes politisches, soziales und psychologisches Problem überhaupt erst ab Mitte der fünfziger Jahre wahrgenommen. Auf einer Kollegiumssitzung der Leitung des MfS am 1. Februar 1956 registrierten die Teilnehmer im Zusammenhang mit der Gründung der Nationalen Volksarmee pazifistische Tendenzen unter den Jugendlichen der DDR. Der damalige stellvertretende Minister und ehemalige Leiter der Hauptabteilung V, Bruno Beater, beklagte die mangelhafte Propagandaarbeit der FDJ und der Pionierorganisation bei der Wehrerziehung.[29] Beater wusste, wovon er sprach. Das Referat 2 der ihm unterstellten Hauptabteilung V/3 befasste sich unter anderem mit der Absicherung des Zentralrates der FDJ, des Amtes für Jugendfragen beim Ministerpräsidenten und der FDJ-Verlage »Junge Welt« und »Neues Leben«. Das Referat überwachte und bearbeitete auch vermeintliche Gegenorganisationen zur FDJ, wie etwa den Deutschen Jugendring. Zuständig für die Überwachung der evangelischen und katholischen Jugend- und Studentengemeinden war die für die Kirchen verantwortliche Hauptabteilung V/4.[30] Beater verlangte auf dieser Kollegiumssitzung eine – nicht näher erläuterte – sofortige Entschei-

[25] Ebenda, S. 253.

[26] Schreiben Mielkes an die Leiter der HA und BV zur Aktion »Konzentration« v. 2.3.1965, S. 1; BStU, MfS, BdL/Dok. 004047. Zu diesem Komplex ausführlich Leide, Henry: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR. Hg. BStU. Göttingen 2005, insbes. S. 95–105.

[27] HA XX: Liste mit Namen und Daten von 124 Bürgern der DDR und 202 Bürgern der BRD, die Nazi- und Kriegsverbrechen begangen haben sollen, v. 8.6.1965; BStU, MfS, HA XX Bündel 1138.

[28] HA XX/6: Liste zur Aktion »Konzentration« mit Personen, die gewählte Mitglieder des Deutschen Turn- und Sportbundes der DDR sind, v. 1.4.1965; BStU, MfS, HA XX 10422, S. 38–43.

[29] Protokoll der Kollegiumssitzung der Leitung des MfS am 1.2.1956; BStU, MfS, SdM 1551, Bl. 12.

[30] Strukturplan der HA V v. 3.1.1955; BStU, MfS, BdL/Dok. 003784.

dung zu den Problemen unter den Jugendlichen im Lande. Erst in der Kollegiumssitzung am 7. Mai 1957 stand das Thema wieder auf der Tagesordnung. Mielke und Beater wurden dort beauftragt, bis zum 31. Mai eine Direktive zur Bekämpfung der Feindtätigkeit unter den Jugendlichen zu erarbeiten.[31] Ausgeführt wurde dieser Auftrag aus bisher ungeklärten Gründen allerdings nicht.

Am 26. November 1958 wies die Sicherheitskommission beim ZK der SED das MfS an, dafür zu sorgen, dass die Ermittlungsergebnisse über die Existenz und das Auftreten von »Cliquen« unter der Jugend sofort den Bezirks- und Kreisleitungen der SED zur Auswertung übergeben werden sollten.[32] Am 19. Oktober 1961 griff Mielke das Thema in einem Schreiben an die Leiter der Hauptabteilungen und die Bezirksverwaltungen erneut auf. Zum Zweck der Erarbeitung einer Analyse über die Lage der Jugendlichen forderte er nach einem vorgegebenen Fragenkatalog detaillierte Informationen aus den Verantwortungsbereichen der Hauptabteilungen und Bezirksverwaltungen. In der unmittelbaren Phase nach dem Mauerbau interessierte Mielke besonders die Haltung der Jugend zur Verteidigungsbereitschaft, zur FDJ-Aktion »Blitz kontra NATO-Sender« (Kampagne gegen den Empfang von Westsendern) und zur sogenannten Störfreimachung der DDR-Wirtschaft, indem West-Importe durch eigene Erzeugnisse ersetzt werden sollten.[33]

Im zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit dem Mauerbau wurde die Überwachung von »jugendlichen Personenkreisen« endgültig zu einer spezifischen Aufgabe des MfS. Unter Jugendlichen kam es schon vor der Berliner Grenzschließung überproportional häufig zu »Republikfluchten«; eine Tendenz, die sich bei den »Grenzdurchbrüchen« nach dem 13. August 1961 noch deutlich verstärkte. Das MfS schätzte, dass 75 Prozent der von September bis Dezember 1961 geflohenen Personen unter 25 Jahre alt waren. Hinzu kam eine starke Zunahme von Protestaktionen Jugendlicher, die teilweise in eindeutigem Zusammenhang mit dem Mauerbau standen. Die DDR-Geheimpolizei registrierte in den Wochen nach der Grenzschließung die Bildung von 23 »feindlichen«, in ihrer Sichtweise teilweise regelrecht militanten Gruppen Jugendlicher und bis in das Jahr 1963 hinein ein spürbares Anwachsen des Anteils von Jugendlichen an »Feindhandlungen«.[34]

In diesem Zusammenhang sind die am 4. Juli 1963 erstmals für das gesamte MfS verbindlich erlassenen »Arbeitshinweise für die politisch-operative Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR« zu sehen. Damit lieferte das MfS gleichsam das konspirative Gegenstück zur offiziellen Jugendpolitik der SED, wie sie im Jugendkommuniqué des Politbüros vom 21. März 1963 zum Ausdruck gekommen war, das paradoxerweise unter dem Motto »Der Jugend Vertrauen und Verantwortung« stand. Wie so oft in der Geschichte der DDR gingen vollmundige Integrationsangebote mit verstärkten konspirativen Überwachungsanstrengungen einher.

Nach dem üblichen Schema wurde den DDR-Jugendlichen in den genannten »Arbeitshinweisen« eine eigentlich vom Westen angeregte und betriebene Feindtätigkeit unterstellt. »Unter dem Deckmantel der Objektivität verbreite der Gegner den Antikommunis-

---

31 Protokoll der Kollegiumssitzung der Leitung des MfS v. 7.5.1957; BStU, MfS, SdM 1552, Bl. 141.

32 Protokoll der Sitzung der Sicherheitskommission beim ZK der SED v. 26.11.1958; BStU, MfS, SdM 407, Bl. 266.

33 Schreiben Mielkes an die Leiter der HA und BV zur Erarbeitung einer Analyse über die Lage unter der Jugend v. 19.10.1961, S. 1–5; BStU, MfS, BdL/Dok. 003957.

34 Vgl. Engelmann, Roger: Geheimpolizeiliche Lehren aus der Krise? Die Staatssicherheit 1953 und 1961. In: Diedrich, Torsten; Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg.): Staatsgründung auf Raten? Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR. Berlin 2005, S. 139–151, hier 147 f.

mus unter der Jugend«.[35] 58 Prozent aller im Zeitraum von Januar bis April 1963 bekannt gewordenen »Feindhandlungen« seien von Jugendlichen unter 25 Jahren begangen worden. Auffällig sei, dass Jugendliche solche Taten häufig als Gruppen oder gar in »Banden« ausführten.[36] Die beispielhafte Schilderung des Fehlverhaltens von »Meuten, Rowdygruppen, Klubs, Banden« und sonstigen »negativen Gruppierungen und Konzentrationen« nahmen in den Arbeitshinweisen breiten Raum ein. Mielke legte unter anderem fest, dass die inoffizielle Tätigkeit aller Linien stärker auf die Arbeit unter Jugendlichen bis 25 Jahren konzentriert werden müsste. Verantwortlich bei der Bearbeitung Jugendlicher sei jeweils die Linie, in deren Zuständigkeitsbereich die feindlichen Aktivitäten dieses Personenkreises fielen. Abschließend bestimmte Mielke, dass dabei jedoch stets eine koordinierte Zusammenarbeit mit der Linie V gewährleistet sein solle.[37]

Ein »Schwerpunktplan« der Hauptabteilung V/2 vom 6. September 1963, der die federführende Rolle dieser Diensteinheit bei der operativen Bearbeitung Jugendlicher klar ausweist, sah die Analyse von Zentren der »Feindtätigkeit« unter Jugendlichen vor, um dagegen in geeigneter Weise vorgehen zu können. Die Untersuchungen sollten sich zunächst auf Ostberlin und später auch auf die übrigen Bezirke beziehen.[38] Kurze Zeit danach, am 25. September 1963, wurde der damalige Leiter der Hauptabteilung V/2, Werner Schröder, von Mielke beauftragt, die einzelnen Bezirksverwaltungen aufzusuchen, um mit den jeweiligen Leitern Gespräche über die Durchsetzung der »Arbeitshinweise« Mielkes zu führen und darüber zu berichten.[39] Schon am 12. Dezember 1963 erstellte die Hauptabteilung V/2 einen Bericht mit den Ergebnissen dieser Inspektionsreisen, in dem vor allem Mängel bei der Bearbeitung Jugendlicher durch die Bezirksverwaltungen beklagt werden. Unter anderem sei die Arbeit mit IM unter Jugendlichen ungenügend.[40]

Auch nach der Umbenennung der Hauptabteilung V in Hauptabteilung XX Anfang 1964 blieb die Bearbeitung Jugendlicher bis 1989 eine ihrer wichtigsten Aufgaben.

Die »Bearbeitung von jugendlichen Personenkreisen« ab 1965

Im Jahre 1965 kam es zu einer »repressiven Wende« der SED-Politik, die auf nahezu alle Politikbereiche Auswirkungen hatte, aber im Bereich der Jugend- und Kulturpolitik besonders einschneidende Folgen zeitigte. Verkündet wurde diese neue Linie auf dem berüchtigten 11. ZK-Plenum am 15. Dezember 1965 (»Kahlschlagplenum«), aber schon am 11. Oktober fasste das Sekretariat des ZK der SED einen Entschluss zu Fragen der Jugendarbeit und dem Auftreten sogenannter Rowdygruppen. Darin wurden die FDJ und die Medien angewiesen, dem Eindringen »westlicher Dekadenz« in »überzeugender Weise entschieden entgegenzuwirken«. Offensichtlich unter dem Eindruck von Auftritten einiger Beatbands zum Tag der Republik am 7. Oktober 1965 wurde der Minister für Kultur beauftragt, solchen »Laienmusikgruppen«, deren Darbietungen »aus dekadenter westlicher Musik bestehen«, sofort die Lizenz zu entziehen. »Gammler«, welche die öffentliche Ord-

---

35 Arbeitshinweise Mielkes für die politisch-operative Bekämpfung der politisch-ideologische Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR v. 4.7.1963, S. 4; BStU, MfS, BdL/Dok. 001086.

36 Ebenda, S. 7 ff.

37 Ebenda, S. 26 f.

38 HA V/2: Schwerpunktplan v. 6.9.1963; BStU, MfS, HA XX 6199, S. 58–65.

39 Schreiben Mielkes an die Leiter der BV zur Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion unter jugendlichen Personenkreisen v. 25.9.1963, S. 1; BStU, MfS, BdL/Dok. 001078.

40 HA V/2: Bericht über den Stand der Durchsetzung der Arbeitshinweise des Genossen Minister zur Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion unter jugendlichen Personenkreisen v. 12.12.1963; BStU, MfS, HA XX 6199, S. 36–50.

nung gefährden oder keiner geregelten Arbeit nachgehen, sollten in Arbeitslager eingewiesen werden.[41] Dieser Beschluss war für das MfS Anlass zu hektischer Betriebsamkeit. Schon am 16. Oktober schickte Mielke ein Fernschreiben an alle Bezirksverwaltungen. Als Grundlage für die »Einleitung entsprechender politisch-operativer Maßnahmen« forderte er bis zum 22. Oktober 1965 von den Bezirksverwaltungen jeweils eine Analyse zu »Gammler-, Beatles- und Rowdygruppen«, zu deren »westlich dekadenter Lebensweise«, über Umfang, Charakter und Zusammensetzung solcher Gruppen und ihre Westverbindungen. Weiter sollten die Bezirksverwaltungen über Laienmusikgruppen berichten, die Jugendliche durch Westmusik zu »rowdyhaften Handlungen inspirieren«. Auch Erkundungen über die Wirkung der damals noch recht drögen Sendungen des DDR-Jugendsenders DT 64 und »jugendgemäßer« Beiträge des DDR-Fernsehfunks hatten die Bezirksverwaltungen einzuholen.[42]

Auf einer zentralen Dienstbesprechung mit den Leitern der Bezirksverwaltungen am 3. November 1965 wurden die Analysen aus den Bezirken ausgewertet und weitere Maßnahmen zur Disziplinierung der Jugend beschlossen.[43] Einem Schreiben Mielkes an die Bezirksverwaltungen vom 4. November 1965 ist zu entnehmen, dass die staatlichen Organe nun in einer regelrechten Kampagne mit harten Repressionen bis hin zu Festnahmen und Einweisungen in Arbeitslager gegen nonkonforme Jugendliche vorgingen.[44] Die Hauptabteilung XX/2 registrierte akribisch sämtliche Vorkommnisse im Verlauf dieser Kampagne. So genügte beispielsweise lediglich das »Herumstehen« 20 Jugendlicher im U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg, dass diese von der Volkspolizei »zugeführt«, das heißt festgenommen wurden.[45]

Die wichtigste MfS-Reaktion auf den genannten Beschluss des ZK-Sekretariats vom Oktober 1965 war jedoch der Befehl 11/66 Mielkes zur »Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen« vom 15. Mai 1966, der die Federführung der Hauptabteilung XX/2 auf diesem Gebiet festschrieb.[46] Ergänzt wurde er durch die Dienstanweisung 4/66 gleichen Datums und Titels.[47] Beide Dokumente behielten ihre Gültigkeit kurioserweise bis 1989, obwohl sich die jugendlichen Subkulturen in diesem Zeitraum mehrmals stark wandelten. Die Dienstanweisung 4/66 setzte die oben erwähnten Arbeitshinweise Mielkes zur Bekämpfung der Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen von 1963 außer Kraft und regelte die Vorgehensweise, Mittel und Methoden sowie Zuständigkeiten und Zielrichtung des

---

41 Sekretariat des ZK der SED: Schreiben an die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED zu einigen Fragen der Jugendarbeit und dem Auftreten von Rowdygruppen v. 13.10.1965, S. 32 f.; ebenda.

42 Fernschreiben Mielkes zur Durchsetzung des Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED an die BV des MfS v. 16.10.1965, S. 34 f.; ebenda.

43 Vermerk über eine Dienstbesprechung zur Durchführung des Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED vom 11.10.1965 über einige Jugendprobleme in der DDR v. 3.11.1965; BStU, MfS, SdM 1562, Bl. 179.

44 Schreiben Mielkes an die BV in Auswertung der Dienstbesprechung vom 3.11.1965 zu den Reaktionen der Jugendlichen auf die eingeleiteten Maßnahmen zur Bekämpfung der westlichen Dekadenz v. 4.11.1965, S. 30 f.; BStU, MfS, HA XX 6199.

45 HA XX/2: Statistische Übersicht über operative Materialien in der Zeit vom 1.1.1966 bis 31.3.1966 v. 28.4.1966; BStU, MfS, HA XX 10056, S. 60.

46 Befehl 11/66 Mielkes v. 15.5.1966 zur politisch-operativen Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen der DDR, S. 3; BStU, MfS, BdL/Dok. 001080.

47 DA 4/66 Mielkes v. 15.5.1966 zur politisch-operativen Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR; BStU, MfS, BdL/Dok. 001083.

MfS bei der Bearbeitung Jugendlicher. Sie bildete von da an die Grundlage der Arbeit auf der »Linie Jugend«.[48]

Am 10. Januar 1968 erließ der stellvertretende Minister Fritz Schröder die 1. Durchführungsanweisung zur Dienstanweisung 4/66. Sie legte die Aufgaben des MfS bei der Absicherung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems der DDR fest.[49] Die Erkenntnisse aus der federführenden Arbeit der Hauptabteilung XX/2 flossen in diese Anweisung ein und bildeten gleichzeitig eine Grundlage für die weitere Tätigkeit der Abteilung. So wurde in der zusammenfassenden Einschätzung der Hauptabteilung XX/2 für 1968 vermerkt, dass in diesem Jahr der vorbeugenden Absicherung von Bildungseinrichtungen besondere Aufmerksamkeit zuteil geworden sei.[50] Die Analysen der Hauptabteilung XX/2 basierten auf der Zuarbeit durch die 15 Bezirksverwaltungen, in denen 1968 jeweils etwa fünf Mitarbeiter auf der Linie XX/2 arbeiteten, was (einschließlich der Mitarbeiter in der MfS-Zentrale) einem Gesamtpersonalbestand von insgesamt 83 Personen entsprach.[51]

Nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR im August 1968 ordnete Mielke an, dass den Reaktionen Jugendlicher auf diese Ereignisse vor allem an Hochschulen, Fachschulen und Oberschulen besondere Wachsamkeit zu schenken sei. Zur Lösung dieser Aufgabe hätten alle operativen Linien und Diensteinheiten beizutragen.[52] Später stellte die Hauptabteilung XX in ihrer Jahresanalyse fest, dass es hauptsächlich jugendliche Täter waren, die im Zusammenhang mit den »Sicherungsmaßnahmen vom 21. August 1968« straffällig geworden seien. Für das zweite Halbjahr 1968 erstellte die Hauptabteilung XX/2 folgende Statistik, die das besondere Misstrauen Jugendlichen gegenüber rechtfertigen sollte:[53]

Delikt	Personen insgesamt	davon bis 24 Jahre alt
Schmieren von Hetzlosungen und faschistischen Zeichen	128	103 (81%)
Verbreitung selbst gefertigter Hetzschriften	174	134 (77%)
mündliche Hetze	320	110 (35%)

Auch der Befehl 11/66 wurde am 8. August 1969 durch eine 1. Durchführungsbestimmung ergänzt. Dort verwies Mielke erneut auf das Auftreten junger Menschen, »die durch ausgesprochen dekadentes Verhalten und Aussehen (ungepflegtes Äußeres, überlanges Haar, anstößige Kleidung, Veranstalten anstößiger Partys) gekennzeichnet sind«. In Vorbereitung des 20. Jahrestages der DDR befahl er ein härteres Vorgehen gegen solcherart auffällige Jugendliche.[54] Das hatte zur Folge, dass die Hauptabteilung XX/2 ihre Arbeit auf diesem Gebiet gegen Ende der sechziger Jahre weiter intensivierte.

3.2.2 1970 bis 1989

Das Jahr 1970 brachte eine Veränderung an der Spitze der Hauptabteilung XX/2. Der bisherige Leiter Werner Schröder wechselte zur Zentralen Arbeitsgruppe Geheimnisschutz

48 HA XX/2: Perspektivplan bis zum Jahr 1970 v. 14.2.1966; BStU, MfS, HA XX 11383, S. 237–253.

49 1. Durchführungsanweisung des stellvertretenden Ministers Fritz Schröder zur DA 4/66 v. 10.1.1968; BStU, MfS, BdL/Dok. 001084.

50 HA XX/2: Zusammenfassende Einschätzung der Halbjahresberichterstattung der BV gemäß Befehl 11/66 für das II. Halbjahr 1968 v. 23.1.1969; ebenda, Bl. 207.

51 HA XX: Übersicht über die kaderpolitische Situation in den Abteilungen XX der BV v. 27.1.1969; BStU, MfS, HA XX/AKG 804, Bl. 229–265.

52 Schreiben Mielkes an die Leiter der BV und HA v. 2.9.1968, S. 1–4; BStU, MfS, BdL/Dok. 001087.

53 HA XX: Jahresanalyse für 1968 v. 20.1.1969; BStU, MfS, HA XX/AKG 804, Bl. 29.

54 1. Durchführungsbestimmung Mielkes zum Befehl 11/66 v. 8.8.1969, S. 1–5; BStU, MfS, BdL/Dok. 001081.

(ZAGG). Sein Nachfolger wurde am 15. April 1970 Helmut Zörner (Jg. 1930), der bis dahin die Abteilung XX der Bezirksverwaltung Potsdam geleitet hatte.[55] Im selben Jahr veränderte die Hauptabteilung XX/2 aufgrund einer Aufgabenerweiterung ihre Struktur und bekam ein fünftes Referat hinzu. Die Zuständigkeiten waren jetzt wie folgt verteilt:

Referat I
Aufklärung und Bekämpfung des Revisionismus/Sozialdemokratismus

Referat II
Bearbeitung der Jugend und Absicherung der FDJ

Referat III
Aufklärung und Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen

Referat IV
Bekämpfung der schriftlichen staatsfeindlichen Hetze

Referat V
Bekämpfung maoistischer und anderer linksrevisionistischer Feindtätigkeit[56]

Die Abteilung führte mit Stand vom 10. März 1970 folgende operative Vorgänge[57]

Referat	OV	Op.-Vorlauf	ZOV	Objekt-Vorg.	Summe
Referat I	–	3	–	2	5
Referat II	–	3	–	6	9
Referat III	4	2	2	3	11
Referat IV	1	1	–	–	2
Referat V	–	2	–	1	3
Summe	5	11	2	12	30

Da diese Statistik etwas mager ausfiel, unternahm die Hauptabteilung XX/2 im weiteren Verlauf des Jahres umfangreiche Anstrengungen, ihre operative Arbeit zu intensivieren. Dazu wurden sogenannte Schwerpunktvorgänge festgelegt, Analysen angefertigt, IM qualifiziert und zahlreiche Beratungen durchgeführt. Ein solcher »Schwerpunktvorgang« war beispielsweise der 1970 angelegte und über Jahre weitergeführte Zentrale Operative Vorgang (ZOV) »Bestien« des Referates III gegen ehemalige Gestapo-, SD- und SS-Angehörige mit mehreren Teilvorgängen. Allein im Zuge dieses Projektes wurden im ersten Jahr 57 Personen bearbeitet.[58]

55 Kaderkarteikarte Helmut Zörner; BStU, MfS.
56 HA XX/2: Funktions- und Qualifikationsmerkmale v. 4.8.1970; BStU, MfS, HA XX 11619, S. 27 ff.
57 HA XX/2: Vorgangslage der Abteilung v. 10.3.1970; BStU, MfS, HA XX 6198, S. 209 f.
58 HA XX/2: Analyse zum ZOV »Bestien« v. 28.12.1970, S. 10; ebenda; vgl. umfassend Leide: NS-Verbrecher (Anm. 26), S. 105–124.

1970 verfügte die Abteilung über 16 Führungsoffiziere, die insgesamt 127 IM anleiteten. Eine Statistik vom 10. März 1970 gibt Auskunft über das IM-Netz der Diensteinheit:[59]

Organisations-einheit	IME	IMF	IMV	IMS	IMK	GMS	Vorl.-IM	Summe
Leitung	2	2	2	2	1	–	–	9
Ref. I	2	2	8	14	14	2	10	52
Ref. II	–	–	2	19	5	3	9	38
Ref. III	–	–	–	1	1	–	1	3
Ref. IV	–	–	–	–	–	–	1	1
Ref. V	–	–	4	5	4	5	6	24
Summe	4	4	16	41	25	10	27	127

Am 26. Juni 1971 erließ Mielke die Dienstanweisung 2/71 zur »Bekämpfung der staatsfeindlichen Hetze«. Sie legte die Federführung der Hauptabteilung XX auf diesem Gebiet fest und bestimmte, dass in der Hauptabteilung XX/2 eine Führungsgruppe zur »politisch-operativen Bekämpfung der staatsfeindlichen Hetze« zu bilden sei.[60] Diesen Begriff definierte die Dienstanweisung 2/71 nach dem berüchtigten Paragraf 106 des DDR-Strafgesetzbuches, der jegliche gegen die DDR und ihre »Repräsentanten« gerichtete kritische Äußerung kriminalisierte und mit hohen Freiheitsstrafen belegte. Unter das Verdikt der staatsfeindlichen Hetze fielen nach der MfS-Definition folgende Bekundungen:

»Das sind insbesondere Äußerungen und schriftliche Materialien, die
- auf die Propagierung, Förderung bzw. Vorspiegelung des Bestehens feindlich-negativer Zusammenschlüsse gerichtet sind;
- als Versuche der Legalisierung des Bestehens feindlicher Zusammenschlüsse bzw. Unterlaufens oder der Beeinträchtigung staatlicher Maßnahmen zu erkennen sind;
- zum Widerstand auffordern bzw. feindlich-negative Kräfte zusammenführen sollen;
- feindlich-negative Massenwirksamkeit bzw. Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zum Ziel haben;
- die Friedens- und Verteidigungspolitik bzw. die Politik des Dialogs der DDR oder der anderen sozialistischen Staaten stören sollen oder
- ein Zusammenwirken mit Kräften aus dem Operationsgebiet bzw. das Übermitteln von Nachrichten an Personen und Einrichtungen im Operationsgebiet erkennen lassen.«[61]

Der Hauptabteilung XX/2 oblag gemäß Dienstanweisung 2/71 die Bearbeitung von »Schwer- und Brennpunkten der Hetze« einschließlich der Anleitung und Unterstützung anderer Diensteinheiten. Dazu sollten vor allem überörtlich verwendbare IM geworben und eingesetzt sowie auf die Auftragsstruktur geeigneter IM anderer Diensteinheiten Einfluss genommen werden. In Zusammenarbeit mit der Abteilung M (Postkontrolle) sollte die Hauptabteilung XX/2 der »politisch-ideologischen Diversion« der Westmedien entgegenwirken, indem sie die »über Deckadressensysteme organisierte staatsfeindliche Hetze« bearbeitete und zu unterbinden versuchte.[62] Gemeint war damit die »Verbindungsaufnahme« von DDR-Bürgern mittels Postsendungen zu westlichen Rundfunk- und Fernsehsendern, wie etwa RIAS, SFB und Deutschlandfunk. Dabei reichte oft schon die Teilnahme

---

[59] HA XX/2: Ist-Zustand des IM-Systems v. 10.3.1970; BStU, MfS, HA XX 11535, S. 241.

[60] DA 2/71 des Ministers für Staatssicherheit v. 26.6.1971 zur Leitung und Organisierung der politisch-operativen Bekämpfung der staatsfeindlichen Hetze. Dokumentiert in: Engelmann, Roger; Joestel, Frank (Bearb.): Grundsatzdokumente des MfS. Hg. BStU. Berlin 2004, S. 218–237.

[61] HA XX/2: Jahresarbeitsplan für das Jahr 1989 v. 14.12.1988, S. 11; BStU, MfS, HA XX Bündel 12.

[62] DA 2/71 (Anm. 60), S. 17; BStU, MfS, BdL/Dok. 002339.

an einem Rätsel oder einer Verlosung, um diesen Tatbestand zu erfüllen. Eine weitere Aufgabe bestand im Einsatz spezieller kriminaltechnischer und »operativ-taktischer Mittel und Methoden«. So waren alle beim MfS mit »politisch-negativen Verhaltensweisen« aufgefallenen Personen von der Hauptabteilung XX/2 in einer Tat- und Vergleichsschriftensammlung zu erfassen. Für stabsmäßig geführte Aktionen mit vorwiegend »vorbeugendem Charakter« hatte die Hauptabteilung XX/2 die Einsatzdokumente zu erstellen. Dazu war es nötig, dass sie ständig die zentrale Übersicht über die politisch-operative Situation bei der »Bekämpfung der staatsfeindlichen Hetze« behielt.

Eine weitere Aufgabe der Abteilung war die Anleitung und Ausbildung von Spezialisten der Linie XX/2 in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen. Hierbei handelte es sich hauptsächlich um Schriftenfahnder. Bis Ende 1982 sollte jede Abteilung XX der Bezirksverwaltungen und jede Kreisdienststelle über einen solchen Mitarbeiter verfügen.[63]

Eine erneute Umstrukturierung der Hauptabteilung XX/2 erfolgte im Jahr 1975. Das Referat V (Maoismus, Linksextremismus) wurde aufgelöst, seine Aufgaben im Wesentlichen von der neu gegründeten Abteilung XXII (Terrorabwehr) übernommen. Bereits am 1. Mai 1974 war Hans Buhl (Jg. 1933) die Leitung der Hauptabteilung XX/2 übertragen worden.[64] Sein Vorgänger Zörner arbeitete künftig als »Offizier mit besonderen Aufgaben«.[65] Mit dem Stand vom 6. August 1975 besaß die Hauptabteilung XX/2 folgende Struktur, die bis 1988 erhalten blieb:[66]

Leiter: Major Hans Buhl
Stellvertretender Leiter: Major Horst Kuschel
1 Offizier für Sonderaufgaben,
1 Auswerter, 3 Mitarbeiter des Sekretariats

Referat I
Major Salatzki
Revisionismus, Sozialdemokratismus
5 Mitarbeiter

Referat II
Major Herbert Heß
Jugend und Sicherung der FDJ
7 Mitarbeiter

Referat III
Major Arno Schulz
Nazi- und Kriegsverbrechen
4 Mitarbeiter

Referat IV
Major Udo Harzberger
Staatsfeindliche Hetze
7 Mitarbeiter

---

63 HA XX: Erarbeitung der Plandokumente für 1981 und Vorbereitung der längerfristigen Planung im MfS im Zusammenhang mit dem X. Parteitag der SED v. 12.3.1981; BStU, MfS, HA XX/AKG II, Bl. 14.

64 Kaderkarteikarte Hans Buhl; BStU, MfS.

65 Kaderkarteikarte Helmut Zörner; BStU, MfS.

66 HA XX/2: Strukturplan und Verantwortungsbereiche v. 6.8.1975; BStU, MfS, HA XX 11619, S. 31–44.

Mit Stand vom 1. Januar 1978 bearbeitete die Hauptabteilung XX/2 25 OPK und 19 OV.[67] Die Operativen Vorgänge wurden mit dem Ziel des Nachweises folgender Delikte geführt:

Delikt	OV
Landesverrat	2
Staatsfeindliche Hetze	8
Staatsfeindliche Gruppenbildung	2
Verbrechen gegen die Menschlichkeit	7
gesamt	19

Innerhalb der aufgeführten Vorgänge wurden insgesamt 30 Personen bearbeitet.[68] Die Hauptabteilung XX/2 verfügte am 1. Januar 1978 über 135 IM der verschiedenen Kategorien einschließlich GMS.[69]

Am 1. April 1980 avancierte Horst Kuschel (Jg. 1936), der bisher die Stellvertreterfunktion innehatte, zum neuen Abteilungsleiter. Er hatte sich 1955 direkt nach der 10. Klasse vom damaligen SfS anwerben lassen und vom einfachen operativen Mitarbeiter hochgedient; zuletzt bekleidete er den Rang eines Oberst.[70]

Um das Arbeitsgebiet der »staatsfeindlichen Hetze« besser bearbeiten zu können, legte die Hauptabteilung XX/2 nach 1981 eine Spurensammlung an. Diese enthielt Stimm- und Geruchskonserven sowie Finger- und Fahrzeugspuren.[71] Die Asservate der Sammlung stammten von Personen, die wegen politischer Untergrundtätigkeit »operativ kontrolliert oder bearbeitet« wurden.[72] Ab 1981 sollte der Schriftenspeicher der Hauptabteilung XX/2 schrittweise zur einheitlichen und zentralisierten Speicherung aller »Tat- und Vergleichsschriften mit feindlich-negativer Aussage« entwickelt werden. Hierzu war vorgesehen, ein EDV-gerechtes Schriftenklassifizierungssystem zu erarbeiten und zu erproben.[73] Ausweislich ihres Jahresarbeitsplanes für 1989 gelang dies der Hauptabteilung XX/2 bis Dezember 1988 jedoch nicht.[74]

Im Jahr 1983 übernahm die Hauptabteilung XX/2 von der Hauptabteilung XX/1 auf Weisung des Leiters der Hauptabteilung XX die Überwachung des Amtes für Jugendfragen beim Ministerrat der DDR und des nachgeordneten Zentralinstitutes für Jugendforschung in Leipzig. Die Bearbeitung erfolgte durch das zuständige Referat II.[75]

Kurz vor ihrer erneuten Umstrukturierung im Jahr 1988 hatte die Hauptabteilung XX/2 insgesamt 35 Mitarbeiter. Im Leitungsbereich waren neben dem Abteilungsleiter Oberst Kuschel ein Stellvertreter, zwei Auswerter und drei Schreibkräfte tätig. Die einzelnen Referate wiesen, einschließlich der Leiter, folgende Personalstärke auf:

Referat I
Politische Untergrundtätigkeit
9 Mitarbeiter

---

[67] HA XX/2: Statistiken zu OPK und OV v. 31.12.1977 u. 1.1.1978; BStU, MfS, HA XX 11536, S. 299–301 u. 329–335.

[68] Ebenda.

[69] Ebenda.

[70] Kaderkarteikarte Horst Kuschel; BStU, MfS.

[71] Plandokumente 1981 (Anm. 63), Bl. 15.

[72] Jahresplan 1989 (Anm. 61), S. 14.

[73] Plandokumente 1981 (Anm. 63), Bl. 14.

[74] Jahresplan 1989 (Anm. 61), S. 13.

[75] HA XX/1: Übergabeprotokoll der Zuständigkeit für das Amt für Jugendfragen der DDR an die HA XX/2 v. 19.8.1983, S. 1; BStU, MfS, HA XX Bündel 1003.

Referat II
Jugend und FDJ
7 Mitarbeiter

Referat III
Nazi- und Kriegsverbrechen
3 Mitarbeiter

Referat IV
Staatsfeindliche Hetze
9 Mitarbeiter

Des Weiteren arbeitete für das Referat II ein Mitarbeiter der Abteilung Bewaffnete Organe des Zentralrates der FDJ als Offizier im besonderen Einsatz (OibE). Zusätzlich beschäftigte die Hauptabteilung XX/2 zu diesem Zeitpunkt drei Offiziersschüler als Praktikanten.[76]

Die Aufgaben des Referates I hatten sich seit Anfang der achtziger Jahre gewandelt. Im Visier standen jetzt nicht mehr Gruppen und Personen, die man des Revisionismus/Sozialdemokratismus verdächtigte, sondern die unabhängige Bürgerrechts-, Friedens- und Umweltbewegung in der DDR. Mit der Umstrukturierung von 1988 verlor die Hauptabteilung XX/2 ihr bisheriges Referat I an die Hauptabteilung XX/9. Im Zusammenhang mit der Konzentration operativer Vorgänge und Materialien auf dem Gebiet politischer Untergrundtätigkeit bei der Hauptabteilung XX/9 wurden 1988 auch neun Mitarbeiter der Hauptabteilung XX/2 dorthin versetzt.[77]

Nach dieser Unstrukturierung hatte die Hauptabteilung XX/2 im Dezember 1988 nur noch drei Aufgabenfelder: Die Aufklärung und Bearbeitung der »staatsfeindlichen Hetze«, die Bekämpfung feindlicher Angriffe gegen die Jugend, verbunden mit der »Sicherung zentraler Objekte der FDJ« sowie die »Aufklärung und Verfolgung nazistischer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit«. Entsprechend diesen Aufgaben gliederte sich die Hauptabteilung XX/2 neben dem Leitungsbereich in drei Referate. Einschließlich des Leiters und seiner Stellvertreter, der Mitarbeiter im Sekretariat, des Offiziers für Auswertung und Information und der Referatsleiter hatte die Diensteinheit im Oktober 1989 29 Mitarbeiter.[78] Die Anzahl der IM betrug zu diesem Zeitpunkt 65 Personen.[79] Letzter Abteilungsleiter der Hauptabteilung XX/2 war bis zum Ende des MfS Horst Kuschel. Als Stellvertreter fungierte Joachim Grunwald.[80]

Referat I: Bearbeitung und Aufklärung staatsfeindlicher Hetze (Leiter: Dieter Kislat)

In diesem Referat arbeiteten im Oktober 1989 ein Referatsleiter und acht Mitarbeiter. Die Hauptabteilung XX/2 koordinierte das einheitliche Vorgehen der Diensteinheiten auf dem Gebiet der staatsfeindlichen Hetze und analysierte das Geschehen in monatlichen Lageeinschätzungen. So wurden beispielsweise im November 1988 insgesamt 59 (Oktober 32, Sep-

76 HA XX/2: Zuarbeit für die Erarbeitung eines Planstellennormativs für die HA XX, Anlage 1 v. 10.7.1987; BStU, MfS, HA XX 1690, S. 94–109.

77 HA XX/9: Bericht über die Erfüllung der Aufgaben der Kaderarbeit 1988 v. 31.10.1988; BStU, MfS, HA XX/9 1629, Bl. 57.

78 HA XX: Telefonverzeichnis von Oktober 1989, S. 14 ff.; BStU, MfS, HA XX Bündel 36.

79 HA KuSch: Liste der IM-führenden Mitarbeiter der HA XX von 1989, S. 1–9; BStU, MfS, HA KuSch/K7 Bündel 44; Gill, David; Schröter, Ulrich: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke Imperiums. Berlin 1991, S. 49–53.

80 Telefonverzeichnis 1989 (Anm. 78), S. 14–17.

tember 13) Tatbestände mit »schriftlich-negativem Inhalt« registriert und nach »Angriffsrichtungen«, inhaltlichen Aussagen, besonders bedeutsamen Tatbeständen und territorialen Schwerpunkten klassifiziert. Bei geklärten Vorkommnissen war eine Einschätzung zu den Motiven der Täter sowie zu Ursachen und begünstigenden Bedingungen vorzunehmen.[81] Als besonderes Problem betrachtete die Hauptabteilung XX die Verbreitung von 25 periodisch erscheinenden, illegal hergestellten Informationsblättern und 14 bedeutenden Dokumentationen, Positionspapieren und Aufrufen der inneren Opposition, deren Anzahl sich 1988 gegenüber dem Vorjahr verdoppelt hatte und die eine Auflagenhöhe von jeweils 50 bis 2 000 Exemplaren erreichten. Trotz erfolgreicher Durchsetzung von Ordnungsstrafverfahren konnte das MfS nicht verhindern, »dass Anzahl und Verbreitungsgrad derartiger Pamphlete« zunahmen und »auf diesem Gebiet eine Art Gewohnheitsrecht« entstand.[82]

Referat II: Bekämpfung feindlicher Angriffe gegen die Jugend und Absicherung zentraler Objekte der FDJ (Leiter: Felix Krowirando)

Das Referat II hatte im Oktober 1989 eine Stärke von acht Mitarbeitern und einem Referatsleiter.[83] Bereits auf der zentralen Dienstkonferenz am 26. Oktober 1988 war Mielke auch auf die Lage unter Jugendlichen in der DDR eingegangen. Er konstatierte zunehmend sozialismusfeindliche Erscheinungen, insbesondere in Form »faschistischer Denk- und Verhaltensweisen«, einhergehend mit »schwerem Rowdytum« und brutaler Gewaltanwendung gegen Bürger und Sachwerte durch Jugendliche. Als besonders gefährlich benannte er die Skinheads, Punks, Heavy Metals und deren Sympathisanten. Mielke verlangte von allen Diensteinheiten gemeinsam mit den »Partnern des politisch-operativen Zusammenwirkens« (Volkspolizei, SED, FDJ, Volksbildung), erforderliche politisch-operative und rechtliche Schritte sowie Erziehungsmaßnahmen einzuleiten.[84]

Für das Jahr 1989 formulierte der Jahresarbeitsplan der Hauptabteilung XX/2 deshalb folgende Arbeitsschwerpunkte: Die Verherrlichung und Propagierung des Faschismus in Form von Ausländer- und Rassenhass sollten bekämpft und zurückgedrängt werden. Gegen das provozierende und brutale Auftreten besonders von Skinheads und Heavy-Metal-Fans in der Öffentlichkeit sollte durch die Verbesserung der IM-Arbeit unter diesen Personenkreisen und die rigorose Anwendung aller strafrechtlichen Mittel vorgegangen werden. Vor allem den Zentralrat der FDJ unterstützte die Hauptabteilung XX/2 bei der »Erziehungsarbeit« mit »gefährdeten« Jugendlichen. Der Austausch zwischen MfS und Jugendorganisation erfolgte in der Arbeitsgruppe »Rechtserziehung« beim FDJ-Zentralrat. Analoge Arbeitsgruppen gab es auf Bezirks- und Kreisebene. Die Hauptabteilung XX/2 unterstützte die Bezirksverwaltungen, Kreisdienststellen und das Ministerium des Innern (MdI) bei der Bekämpfung territorialer Schwerpunkte von »Zusammenschlüssen negativ-dekadenter Jugendlicher« und koordinierte die entsprechenden Gegenmaßnahmen.[85] Gemäß einer Anweisung des stellvertretenden Ministers für Staatssicherheit, Rudi Mittig,

---

[81] HA XX: Monatliche Lageeinschätzung über politisch-operativ bedeutsame Aspekte der Lageentwicklung im Verantwortungsbereich der Linie XX (Zeitraum November/Dezember 1988) v. 19.12.1988, sowie (Zeitraum Oktober/November 1988) v. 19.11.1988; BStU, MfS, HA XX/AKG 826, Bl. 202–210, sowie Bl. 142–151.

[82] HA XX: Thesen zur Beratung mit den Leitern der Abteilungen XX der BV und den Leitern der Abteilungen der HA XX zu Schwerpunkten der politisch-operativen Arbeit im Verantwortungsbereich v. 23.3.1989, S. 4; BStU, MfS, HA XX/AKG/Ltg. Kat. III-8.

[83] Telefonverzeichnis 1989 (Anm. 78), S. 15.

[84] Referat Mielkes auf der zentralen Dienstkonferenz zu ausgewählten Fragen der politisch-operativen Arbeit der KD und deren Führung und Leitung v. 26.10.1988; BStU, MfS, ZAIG 4881b, Bl. 134.

[85] Jahresplan 1989 (Anm. 61).

vom 2. Februar 1988 hatte die Hauptabteilung XX/2 monatliche Lageberichte zu erstellen, in die Informationen aus den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen einflossen. So wurden beispielsweise im Dezember 1988 auf dem Gebiet der DDR 1 034 Skinheads registriert. Zu deren Überwachung setzte man 132 IM ein.[86] Es ist auffällig, dass in den Monatsberichten, Arbeitsplänen und Analysen der Hauptabteilung XX/2 in dieser Zeit den Aktivitäten rechtsgerichteter, neonazistischer Jugendlicher große Aufmerksamkeit zuteil wurde, während das MfS bis 1987 fast ausschließlich die linksgerichteten Punks im Visier hatte. Offensichtlich wurden die Sicherheitsorgane durch die gewalttätigen Ausschreitungen von Skinheads auf einer Punkveranstaltung in der Berliner Zionskirche am 17. Oktober 1987 so aufgeschreckt, dass Mielke in einer Anweisung an die Leiter der Diensteinheiten im Zusammenhang mit möglichen neonazistischen Ausschreitungen am 30. Januar 1988 bei »ernsthaften Gefährdungen« der Sicherheit sogar den Gebrauch der Schusswaffe anordnete.[87] Weitere Aufgaben des Referates II waren, wie bereits erwähnt, die Überwachung des Zentralrates der FDJ, der FDJ-Zeitung *Junge Welt*, des Amtes für Jugendfragen mit dem nachgeordneten Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig sowie die Absicherung von »bedeutsamen Aktivitäten der FDJ und jugendpolitischen Höhepunkten«, wie dem Pfingsttreffen der Jugend 1989 und den XIII. Weltfestspielen 1989 in Pjöngjang (Nordkorea).[88]

Referat III: Aufklärung und Bearbeitung faschistischer Kriegsverbrechen und von Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Leiter: Werner Mickan)

Im Oktober 1989 waren in diesem Referat neben dem Referatsleiter lediglich noch zwei Mitarbeiter beschäftigt.[89] Ihre Aufgabe bestand in der Aufklärung ehemaliger Mitglieder von SS-Polizeieinheiten, der Gestapo und des Sicherheitsdienstes, die man der Verbrechen gegen die Menschlichkeit verdächtigte. Ziel der Ermittlungen war, bisher unbekannte Straftaten aufzudecken und entsprechende Beweise zu erbringen. Im Dezember 1988 wurden nur noch zwei Operative Vorgänge gegen ehemalige Angehörige von SS-Verbänden bearbeitet. Gegen fünf weitere, wegen ihrer Zugehörigkeit zu SS-Einheiten verdächtige Personen, sammelten die Mitarbeiter des Referates Belastungsmaterial. Es bestand eine enge Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung IX.[90]

3.3 Zusammenfassung

Zwischen der Hauptabteilung V/2 in den fünfziger Jahren und der späteren Hauptabteilung XX/2 bestand eine sehr geringe Aufgabenkontinuität. In der Hochzeit des Kalten Krieges richtete sich ihre Tätigkeit gegen die Ostbüros von SPD und DGB, gegen »Trotzkismus und parteifeindliche Untergrundgruppen«. Daneben überwachte sie den FDGB der DDR. Da nach dem Mauerbau 1961 der »Kampf gegen westliche Feindorganisationen« an Bedeutung verlor, konnte das MfS nun seine Aktivitäten mehr auf innere Gegner konzentrie-

---

[86] Monatliche Lageeinschätzung (Zeitraum November/Dezember 1988) v. 19.12.1988 (Anm. 81), Bl. 201.

[87] Schreiben Mielkes an die Leiter der Diensteinheiten zur Unterbindung von Provokationen neofaschistischer Kräfte im Zusammenhang mit der Machtergreifung des Hitlerfaschismus am 30.1.1933 in Deutschland (»55. Jahrestag«) v. 29.1.1988, S. 1; BStU, MfS, BdL/Dok. 008526. Zum Kontext vgl. Süß, Walter: Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS. Hg. BStU. Berlin 1996.

[88] Jahresplan 1989 (Anm. 61), S. 2–8.

[89] Telefonverzeichnis 1989 (Anm. 78), S. 16; BStU.

[90] Jahresplan 1989 (Anm. 61), S. 14–17. Zu diesem Themenkomplex vgl. Leide: NS-Verbrecher (Anm. 26), insbes. S. 105–124.

ren. Dementsprechend veränderte sich auch der Aufgabenbereich der Hauptabteilung V/2. Bereits vor deren Umbenennung 1964 hatte sich ihr Tätigkeitsschwerpunkt wesentlich erweitert. Anfang 1966 arbeitete die nunmehrige Hauptabteilung XX/2 auf den Gebieten der Bekämpfung der schriftlichen »staatsfeindlichen Hetze« und »parteifeindlicher Gruppen«, Überwachung des »Vereinswesens« in der DDR, Bearbeitung von Nazi- und Kriegsverbrechen sowie der »staatsfeindlichen Tätigkeit jugendlicher Personenkreise« und Überwachung zentraler Objekte der FDJ. Mit Mielkes Befehl 11/66 zur Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion unter Jugendlichen vom 15. Mai 1966 und der Dienstanweisung 4/66 gleichen Datums und Titels wurde die Federführung der Hauptabteilung XX/2 auf diesem Gebiet festgelegt. Beide Dokumente galten bis 1989 und bestimmten die Arbeit der Hauptabteilung XX/2 wesentlich. Sie waren das Ergebnis eines Prozesses, in dem sich das MfS seit Anfang der sechziger Jahre zunehmend stärker auf die neue Zielgruppe Jugend konzentrierte. Dies war zum einen durch die wachsende »Renitenz« Jugendlicher unter dem Einfluss der entstehenden Popkultur bedingt, zum anderen durch die Anweisungen und Beschlüsse, mit denen die SED auf diese »bedrohliche« Entwicklung reagierte. Einen Höhepunkt widerständigen Verhaltens unter nonkonformen DDR-Jugendlichen registrierte die Hauptabteilung XX/2 nach den Ereignissen in der ČSSR 1968. Der oben genannte Befehl und die entsprechende Dienstanweisung wurden nach 1968 durch mehrere Durchführungsbestimmungen ergänzt, mit denen das MfS aktuellen Entwicklungen unter der Jugend Rechnung trug.

Bis zum Jahr 1970 hatte sich das Tätigkeitsfeld der Abteilung wiederum erweitert. Nun war neben der Bekämpfung von »Revisionismus/Sozialdemokratismus« auch »maoistische und andere linksrevisionistische Feindtätigkeit« zu unterbinden. Die häufig wechselnden Arbeitsschwerpunkte lassen erkennen, wie das MfS ständig auf politische Lageveränderung reagieren musste. Mit der Dienstanweisung 2/71 schrieb Mielke 1971 die Federführung der Hauptabteilung XX/2 bei der Bekämpfung der staatsfeindlichen Hetze entsprechend dem berüchtigten Paragraf 106 des DDR-Strafgesetzbuches fest.

Nachdem das Aufgabenfeld der Abteilung über die Jahre stetig gewachsen war, erfolgte 1975 ein Einschnitt: Die Bekämpfung von »Linksrevisionismus und Maoismus« übernahm nun die neu gegründete Abteilung XXII (Terrorabwehr). Eine weitere Aufgabenveränderung der Abteilung ergab sich ab Anfang der achtziger Jahre. »Revisionismus/Sozialdemokratismus« spielten als zu bekämpfende Erscheinungen keine Rolle mehr. Ins Visier der Hauptabteilung XX/2 gerieten jetzt im Zuge der »Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit« vielmehr Personen der Bürger-, Friedens- und Umweltbewegung im Inneren der DDR. Eine letzte Umstrukturierung der Abteilung erfolgte 1988. Im Zusammenhang mit der Konzentration operativer Vorgänge und Materialien auf dem Gebiet politischer Untergrundtätigkeit bei der Hauptabteilung XX/9, gab die Hauptabteilung XX/2 dieses Aufgabenfeld und damit auch neun Mitarbeiter an die Hauptabteilung XX/9 ab. Es blieben der Abteilung nun drei Arbeitsrichtungen: die Aufklärung und Bearbeitung der »staatsfeindlichen Hetze«, die »Bekämpfung feindlicher Angriffe gegen die Jugend«, verbunden mit der »Sicherung zentraler Objekte der FDJ« sowie die »Aufklärung und Verfolgung nazistischer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit«.

Die Hauptabteilung XX/2 leiteten von 1959 bis 1970 Werner Schröder, von 1970 bis 1974 Helmut Zörner, von 1974 bis 1980 Hans Buhl und von 1980 bis 1989 Horst Kuschel. Sie besaß im Jahr 1966 vier Referate und neben dem Leitungsbereich 20 Mitarbeiter. Aufgrund der oben genannten Aufgabenerweiterung umfasste die Abteilung 1970 zwischenzeitig fünf Referate. Nachdem die Hauptabteilung XX/2 1975 wieder auf vier Referate reduziert worden war, betrug ihre Stärke nun einschließlich des Leiters und der Referatsleiter 34 Mitarbeiter. Diese Zahl blieb bis 1988 konstant. In diesem Jahr beschäftigte die

Abteilung im Leitungsbereich und den vier Referaten insgesamt 35 Mitarbeiter. Infolge der Abgabe eines Referates an die Hauptabteilung XX/9 waren im Oktober 1989 nur noch insgesamt 29 Mitarbeiter in drei Referaten und im Leitungsbereich tätig. 1970 führten die Mitarbeiter der Abteilung 127 IM aller Kategorien. Deren Anzahl stieg bis 1978 auf 135 Personen und blieb bis 1988 relativ konstant, um dann infolge der letzten Umstrukturierung auf eine Anzahl von 65 IM abzusinken.

4 Abteilung 3: Massenorganisationen und bürgerliche Parteien (bis 1981), Hochschulen (1966 bis 1981), Sport

Von Matthias Braun

4.1 Strukturentwicklung der Hauptabteilung V/3 1953 bis 1981

Die HA V/3 entstand im November 1953 aus den Referaten C/III (LDP, FDP) und E (CDU, Kirchen und Religionsgemeinschaften) der Abteilung V. Sie war somit für die Sicherung der »bürgerlichen« Blockparteien in der DDR und der »abwehrmäßigen Bearbeitung« ihrer westlichen »Schwesterparteien«, insbesondere deren Ostbüros, sowie zunächst auch noch für die Kirchen zuständig. Das änderte sich mit der Umstrukturierung der HA V im Januar 1955. Der Aufgabenbereich Kirchen und Religionsgemeinschaften wurde als neue HA V/4 aus der HA V/3 ausgegliedert, während die alte HA V/4 (Staatsapparat und Massenorganisationen) geteilt wurde. Der Sicherungsbereich »Staatsapparat« kam zur neuen HA V/1, während der Sicherungsbereich Massenorganisationen der HA V/3 zugeschlagen wurde. Die neue HA V/3 hatte somit ab Januar 1955 folgende Struktur.[1]

Leiter: OSL Kurt Schumann
Stellvertretender Leiter: Hptm. Heinz Rahnsch

Referat I
Hauptsachgebiet 1: Nationalrat der Nationalen Front
Hauptsachgebiet 2: Ost-CDU, Ostbüro der West-CDU, Exil-CDU, VPO
Hauptsachgebiet 3: LDPD, FDP (vor allem Ostbüro)
Hauptsachgebiet 4: NDPD, DBD, Ostbüro der DP

Referat II
Hauptsachgebiet 1: FDJ, GST, Amt für Sport und Körperkultur
Hauptsachgebiet 2: Friedensrat, Volkssolidarität, Kulturbund, DFD
Hauptsachgebiet 3: DSF, NS-Verfolgtenorganisationen

Referat III
Hauptsachgebiet 1: BHE, Vertriebenenverbände
Hauptsachgebiet 2: VOS, Heimkehrerverband, Sorben

Spätestens ab 1957 war das Referat II innerhalb der Hauptabteilung V/3 für die Blockparteien zuständig. Bis zur Umbenennung der Hauptabteilung V in Hauptabteilung XX (1964)[2] änderte sich an der strukturellen Zuordnung dieses Arbeitsbereiches nichts. Von 1964 bis 1966 schloss sich eine Interimsphase dieses Sicherungsbereiches als Referat II in der Abteilung 6 der Hauptabteilung XX an, auf die von 1966 bis 1981 wiederum eine stabile Zuordnung in der Abteilung 3 der Hauptabteilung XX folgte. In dieser Phase bestanden innerhalb der HA XX/3 folgende Zuständigkeiten:

Referat I
Sport

[1] Strukturplan der HA V v. 3.1.1955; BStU, MfS, BdL/Dok. 003784.
[2] Vgl. Matthias Braun: HA XX.

Referat II
Blockparteien und Massenorganisationen

Referat III
Hochschul- und Bildungswesen

Seit 1958 wurde die Abteilung 3 von Rudolf Stange (Jg. 1921) geleitet, als dessen besonderes Verdienst es galt, »bei allen Genossen [seiner Diensteinheit] eine richtige politische Klarheit über die Bedeutung der Blockparteien sowie deren Bearbeitung« erreicht zu haben.[3] Stange wurde 1959 von Paul Voigt (Jg. 1929) abgelöst, dem eine besondere Vorliebe für den »Sicherungsbereich Sport« in der Hauptabteilung XX/3 zugeschrieben wurde.[4] Es folgte Horst Gerlach (Jg. 1929), der von 1970 bis 1981 für die Hauptabteilung XX/3 verantwortlich war.

4.2 Der Sicherungsbereich »bürgerliche Parteien« und Massenorganisationen 1953 bis 1981

Im Zuge der Errichtung einer »antifaschistisch-demokratischen Ordnung« im Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) hatte der Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 10. Juni 1945 die Gründung von »antifaschistischen Parteien« und »freien Gewerkschaften« gestattet und ihre Tätigkeit der Kontrolle und den Instruktionen der SMAD unterworfen.[5] Auf dieser Basis wurden im Juni 1945 die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU)[6] und im Juli 1945 die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP)[7] ins Leben gerufen. Bereits am 14. Juli 1945 bildeten beide Parteien gemeinsam mit der neu konstituierten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der wieder gegründeten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) auf dem Gebiet der SBZ die »Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien«.[8]

Mit Gründung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) im April 1948 und der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) im Mai desselben Jahres war die Parteienbildung in der SBZ/DDR abgeschlossen. Der Beitritt zur »Einheitsfront«, 1949 in »Demokratischer Block der Parteien und Massenorganisationen« umbenannt, war Bedingung für die Existenz aller nichtkommunistischen Parteien in der SBZ bzw. DDR. Dies galt besonders für die CDU und die LDP, die zunächst noch eine begrenzte politische Unabhängigkeit genossen, welche sich freilich ab 1948 stark reduzierte und in den ersten Jahren der DDR ganz verschwand. Spätestens von dieser Zeit an waren auch CDU und LDP »Gefolgschaftsorganisationen ohne eigenen politischen Willen«[9]. Die Gesamtmitgliederzahl aller vier Blockparteien erreichte 1953 mit 583 000 Mitgliedern ihren höchsten

---

3 Kaderakte Rudolf Stange; BStU, MfS, KS I 5/85, Bl. 47.

4 Kaderakte Paul Voigt; BStU, MfS, KS II 475/70, Bl. 52.

5 Vgl. Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland. Hg. v. d. Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, Sammelheft 1. Berlin 1946, S. 10.

6 Ursprünglich CDUD, gegründet am 26.6.1945.

7 LDP, seit 1951 LDPD, gegründet am 5.7.1945.

8 Grundlegend Suckut, Siegfried: Blockparteien in der SBZ/DDR 1945–1949. Köln 1986.

9 Lapp, Peter Joachim: Die Blockparteien im politischen System der DDR. Deutschland-Report 2. Melle 1988, S. 9.

und 1961 mit 310 000 ihren tiefsten Stand. Ende der achtziger Jahre betrug die Zahl der Mitglieder aller vier Parteien zusammen 469 000 Personen.[10]

Das MfS sah von Anfang an seine Aufgabe darin, die Blockparteien – insbesondere deren Führungsspitzen – stets »umfassend zu sichern«, um »Fehlentwicklungen« zu verhindern. Im Verein mit dem für die politische Kontrolle der Blockparteien zuständigen ZK-Sektor »Befreundete Organisationen« gelang dies bis zum Herbst 1989 auch weitgehend.[11] In der Staatssicherheit war hierfür von 1950 bis zum Sommer 1952 die Abteilung VI und ab Herbst 1952 die Abteilung V zuständig.[12] Im November 1953 ging die operative Verantwortung für alle »bürgerlichen Parteien« in der DDR, gemeint waren damit die CDU, LDPD, NDPD und DBD, einschließlich der »Ostbüros« der West-CDU und der FDP, an das Referat I in der neuen Hauptabteilung V/3 über. Bezeichnend für die damalige Situation in den Blockparteien und deren Wahrnehmung durch die Staatssicherheit ist die Tatsache, dass die Bekämpfung der Ostbüros der bundesdeutschen Parteien und die Überwachung der entsprechenden DDR-»Schwesterparteien« vom jeweils selben Hauptsachgebiet ausgingen. Zu betonen ist an dieser Stelle, dass sich die Zuständigkeit der HA V für bundesdeutsche Parteien lediglich auf die »Abwehr« bezog; die Aufklärung lag in der Hand von Markus Wolf und seiner HA XV (ab 1956 HV A).

Seit den frühen fünfziger Jahren standen in erster Linie die Parteivorstände der CDU und LDP im Zentrum der operativen Tätigkeit. Schon in der Dienstanweisung 1/51 war festgelegt worden, dass zu jeder »bürgerlichen Partei« ein Monatsbericht über organisatorische und persönliche Entwicklungen anzufertigen sei.[13] Neben den regelmäßigen offiziellen Kontakten der Generalsekretäre bzw. Parteivorsitzenden beider Parteien zum MfS belegen umfangreiche operative Materialien – wie Informationen zu Dienstanweisungen, Gruppenvorgänge und detaillierte IM-Berichte – die intensive geheimdienstliche Überwachung der CDU- und LDPD-Zentralvorstände in den fünfziger und sechziger Jahren. In einem Auskunftsbericht der Hauptabteilung V/3/II aus dem Jahre 1960 heißt es: »Durch den GI [Geheimen Informator] erhielten wir stets einen Überblick über die Situation in der LDPD und ihre leitenden Gremien.«[14] Zugleich versuchte das MfS in dieser Zeit über seine inoffiziellen Mitarbeiter »entsprechenden Einfluss auf die verschiedenen Fragen der Politik der LDPD [zu nehmen] und die Partei auch zur Lösung spezieller operativer Aufgaben in der Republik« zu nutzen.[15] Zu den besonders exponierten IM dieser Zeit gehörten Kurt Wünsche alias GI »Wendler«, der von 1954 bis 1965 für das MfS tätig war,[16] sowie Hans Joachim Heusinger, der von 1955 bis 1962 als GI »Knebel« agierte.[17] Beide waren in dieser Zeit unter anderem Sekretäre des Zentralvorstandes und machten später als Justizminister Karriere.

---

10 Alles in allem beschäftigten die vier Blockparteien etwa 10 000 hauptamtliche Mitarbeiter. Jede der Blockparteien verfügte über 2 000 bis 2 500 Funktionäre. Davon waren zwischen 150 bis 200 als Mitarbeiter in den jeweiligen Parteizentralen tätig. Grundlegend zu Struktur, Aufgaben und Wirkungsweise der Blockparteien: Lapp, Peter Joachim: Die »befreundeten Parteien« der SED. Köln 1988.

11 Vgl. Suckut, Siegfried: Die LDP(D) in der DDR. Eine zeitgeschichtliche Skizze. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (1996)B 16/17, S. 31–38, hier 35.

12 DA 6/52 V/E des Staatssekretärs Mielke v. 17.9.1952, S. 1–13; BStU, MfS, BdL/Dok. 002071; DA 6/52 V/C des Staatssekretärs Mielke v. 26.9.1952, S. 1–6; BStU, MfS, BdL/Dok. 002072; vgl. auch Matthias Braun: HA XX.

13 DA 1/51 des Staatssekretärs Mielke v. 15.11.1951 betr. Landesvorstände der LDP, CDU, NDPD, DBD, FDJ, DS, VdgB; BStU, MfS, BdL/Dok. 002062.

14 HA V/3/II: Auskunftsbericht v. 5.3.1960; BStU, MfS, AIM 12982/63, Teil I, Bd. 1, Bl. 68.

15 Ebenda.

16 BStU, MfS, AIM 12982/63.

17 BStU, MfS, AIM 346/63.

Faktisch waren die »bürgerlichen« Blockparteien spätestens seit Mitte der fünfziger Jahre zu »Transmissionsorganisationen« der SED geworden, von denen keine politische Unruhe oder gar staatspolitische Gefahr mehr ausging. Auch die latent vorhandene Unzufriedenheit mehr oder weniger großer Teile der Parteibasis gegenüber ihrer SED-konformen Parteiführung wurde schon in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahren nicht mehr als ernsthafte sicherheitspolitische Bedrohung eingeschätzt.[18] Bis weit in die sechziger Jahre hinein verloren die Blockparteien Mitglieder und gesellschaftspolitisches Gewicht.[19] Damit verringerte sich gleichzeitig die operative Bedeutung dieses »Sicherungsbereiches«. Die Aufgabe der Blockparteien bestand lediglich darin, »den politisch-ideologischen Erziehungsprozess spezifischer Bevölkerungskreise« (ihrer Klientel) im Sinne der SED vorantreiben zu helfen. Immerhin leitete das Referat II der HA XX/3 in seinem Perspektivprogramm aus dem Jahre 1967 aus dieser Zielstellung eine »bedeutungsvolle Perspektive« für die Blockparteien und damit auch für die eigne operative Arbeit ab.[20]

Noch Anfang der siebziger Jahre berief sich das Referat II in seinem Perspektivplan auf das Ulbricht'sche Konzept der »sozialistischen Menschengemeinschaft« in der DDR. Im Vordergrund der operativen Arbeit standen weiterhin umfassende Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen. Neben den Parteivorständen wurden auch deren Sekretariate und die jeweils von den Parteien unterhaltenen Wirtschaftsbetriebe, die Vereinigung Organisationseigener Betriebe (VOB) »Union«, »Aufwärts« und »National« geheimdienstlich bearbeitet. Anfang der siebziger Jahre plante die Diensteinheit, »IM-Führungssysteme« in folgenden Bereichen zu installieren:

– in Redaktionen, Verlagen und Druckereien der Blockparteien,
– in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF),
– im zentralen Apparat der Blockparteien,
– und dort in den jeweils für die »Westarbeit« zuständigen Abteilungen der Massenorganisationen.[21]

Als sich die SED 1972 entschloss, den gewerblichen Mittelstand nahezu vollständig zu beseitigen, musste die HA XX/3 mit dafür sorgen, dass die Blockparteien ihre von den Enteignungsmaßnahmen betroffene Klientel (Komplementäre, Handwerker, Gewerbetreibende) beschwichtigten.[22] Das Referat II stellte sich daher auf die umfassende Bearbeitung all jener Mitglieder der Blockparteien ein, die diese neue Form der SED-»Bündnispolitik«, die ein noch höheres Maß an Selbstverleugnung erforderte, nicht schlucken wollten.[23] Ein neuer Tätigkeitsschwerpunkt ergab sich in den siebziger Jahren aufgrund der erleichterten Reisebedingungen und der damit verbundenen Zunahme der »Westkontakte«. Hier sah die Staatssicherheit die Gefahr des Eindringens bzw. der Unterwanderung der Parteiapparate der Blockparteien durch »feindlich-negative Personen« aus dem Westen gegeben.[24]

---

[18] Vgl. [Sektor Befreundete Organisationen]: Lage in der CDU v. 12.11.1965; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/15/2.

[19] Vgl. Lapp: Die »befreundeten Parteien« (Anm. 10), S. 18.

[20] HA XX/3/II: Perspektivprogramm v. 1.11.1967; BStU, MfS, HA XX 7611, S. 78.

[21] HA XX/3: Funktions- und Qualifikationsmerkmale der Planstelle 128 v. 20.9.1971, S. 34; ebenda.

[22] Vgl. u. a. Schreiben des Ministers an die BV v. 16.2.1972 bzw. Instruktionen des Ministers zu den Maßnahmen über die schrittweise Durchführung des Beschlusses der 4. Tagung des ZK der SED hinsichtlich der Betriebe mit staatlicher Beteiligung, der Privatindustrie- und Baubetriebe sowie Produktionsgenossenschaften des Handwerks v. 18.2.1972, S. 1–7; BStU, MfS, BdL/Dok. 3346; vgl. Kaiser, Monika: 1972 – Knockout für den Mittelstand. Zum Wirken von SED, CDU, LDPD und NDPD für die Verstaatlichung der Klein- und Mittelbetriebe. Berlin 1990.

[23] HA XX/3/II: Perspektivplan bis 1975; BStU, MfS, HA XX 7611, S. 86.

[24] Ebenda.

Genaue Zahlenangaben über die Anzahl der mit dem »Sicherungsbereich Blockparteien und Massenorganisationen« betrauten MfS-Mitarbeiter liegen nur für das Jahr 1975 vor. Danach war das von Walter Geißler (Jg. 1929) geleitete Referat XX/3/II mit drei Mitarbeitern[25] eines der kleinsten in der Hauptabteilung XX.[26] Im Sommer 1981 wurde schließlich der Arbeitsbereich Blockparteien und Massenorganisationen als Referat III in die Hauptabteilung XX/1 eingegliedert.

4.3 Der Sicherungsbereich Hochschulwesen 1966 bis 1981

Anfang der sechziger Jahre waren die »Sicherungsbereiche« Hochschulen/Fachschulen (Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen[27]) und Volksbildung (Ministerium für Volksbildung) in der Hauptabteilung V/6 in den Referaten II und III strukturell getrennt. Gleich nach dem Mauerbau hatten diese Referate unter anderem die Aufgabe erhalten, in Zusammenarbeit mit dem »Sicherungsbereich« Kirchen (HA V/4) »entsprechend der Lage an den einzelnen Universitäten, Hoch-, Fach- und Oberschulen Maßnahmen zur Kompromittierung der reaktionären Funktionäre und Mitglieder der kirchlichen Jugendorganisationen durch öffentliche Auseinandersetzung mit ihnen einzuleiten«.[28]

Im Zuge der Umbenennung der Hauptabteilung V in Hauptabteilung XX wurden die »Sicherungsbereiche« Hochschulen und Volksbildung in die Abteilung 3 der Hauptabteilung XX verlagert und dort im Referat III erneut zusammengeführt. Neben den beiden Institutionen Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen und dem Ministerium für Volksbildung war dieses Referat für das Deutsche Zentralinstitut für Lehrmittel, das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut, die Gewerkschaft Unterricht und Erziehung, den Zentralausschuss für Jugendweihe und die Ausländerstudieneinrichtungen zuständig.[29] Die strukturelle Zuordnung dieser »Sicherungsbereiche« blieb in der Hauptabteilung XX bis zum Jahre 1981 unverändert.

Seit 1966 wurde das Referat III (Hochschul- und Bildungswesen) der Hauptabteilung XX/3 von Dieter Grabner (Jg. 1934) geleitet.[30] Er kommandierte vermutlich nicht mehr als fünf hauptamtliche Mitarbeiter. Weiterhin zeichnete in der Hauptabteilung XX/3 das Referat I für den Sicherungsbereich »Sport« und das Referat II für den Sicherungsbereich »Blockparteien und Massenorganisationen« verantwortlich. Von 1959 bis 1970 wurde die Hauptabteilung XX/3 von dem gelernten Maschinenschlosser Paul Voigt (Jg. 1929) geleitet. Voigt hatte weder eine Fach- noch Hochschulausbildung. Erst 1966 schloss er an der Juristischen Hochschule (JHS) ein Fernstudium als Diplomjurist ab.[31]

Die DDR-Bildungspolitik der Jahre 1963 bis 1970 wird in der Literatur als eine Periode der Systemfindung bezeichnet.[32] Die Verabschiedung des »Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem« vom Februar 1965 und die nachfolgende III. Hochschul-

---

[25] Vgl. HA XX: Struktur- und Stellenplan der HA XX v. 21.7.1975; BStU, MfS, HA XX 1641, S. 10.

[26] Im Durchschnitt verfügten Mitte der 70er Jahre die operativen Referate über fünf bis sechs Mitarbeiter. Vgl. Struktur- und Stellenplan 1975; ebenda, S. 1–20.

[27] Seit Februar 1958 auch für das Fachschulwesen zuständig.

[28] Richtlinie zur Bearbeitung der kirchlichen Jugend- und Studentenorganisationen (o. Verf.) v. 7.9.1961; BStU, BF-Dok. 28.

[29] Vgl. HA XX: Übersicht über bearbeitete bzw. abgesicherte Objekte v. 10.11.1965, S. 11; BStU, BF-Dok. 12.

[30] Kaderkarteikarte Dieter Grabner; BStU, MfS.

[31] Vgl. Kaderakte Paul Voigt; BStU, MfS, KS II 475/70, Bl. 127 f.

[32] Vgl. u. a. Anweiler, Oskar: Bildung und Wissenschaft in der DDR. In: Weidenfeld, Werner; Zimmermann, Hartmut (Hg.): Deutschland-Handbuch. Bonn 1989, S. 371.

reform waren dafür die wichtigsten Bausteine.[33] Beide Maßnahmen verstand die SED als integralen Bestandteil des »entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus«. Im Zentrum der SED-Bildungspolitik stand immer die Gewährleistung der Einheit von »Unterricht und Erziehung« bzw. an den Hoch- und Fachschulen die »Einheit von Lehre und Erziehung«. Die Herstellung von systemkonformem Verhalten war vorrangiges Ziel des DDR-Bildungssystems.

Die Dienstanweisung 4/66 des Ministers vom 15. Mai 1966[34] und vor allem ihre Durchführungsanweisung Nr. 1 vom 10. Januar 1968[35] sind in diesem Zusammenhang zu sehen. Durch »Aufklärung, Überwachung und Absicherung« überwiegend schulischer, aber auch wissenschaftlicher Einrichtungen und der Kader im Bereich des Ministeriums für Volksbildung sowie des Staatssekretariats für Hoch- und Fachschulwesen sollte die Politik der SED unterstützt werden. Der »Gegner« sei bestrebt, »unter der studentischen Jugend Zweifel an der Richtigkeit der Politik der Partei und Regierung zu erzeugen; die führende Rolle der Partei zu untergraben und die Sieghaftigkeit des Sozialismus infrage zu stellen«. Es gebe noch immer eine mangelhafte »klassenmäßige Erziehung im Bildungswesen«.[36] Dem wollte man durch eine Intensivierung der inoffiziellen Arbeit auch mit Oberschülern unter 18 Jahren, Studenten, Assistenten, Dozenten und Professoren entgegentreten. Besonders »inoffizielle Kräfte« in Schlüsselpositionen sollten in Zukunft stärker als bisher zur Einschätzung der operativen Lage an den Universitäten, Hoch-, Fach- und Erweiterten Oberschulen herangezogen werden. Außerdem war beabsichtigt, die an den Hoch- und Fachschulen studierenden MfS-Mitarbeiter und deren Familienangehörige aktiv in die geheimpolizeilichen Maßnahmen einzubeziehen.[37]

Aus einer Jahresanalyse der Hauptabteilung von 1968 geht der IM-Bestand der für das »Hochschulwesen« zuständigen Referate in den Bezirksverwaltungen Berlin, Leipzig und Dresden hervor:[38]

BV	Institution	Studenten/Mitarbeiter	GI
Berlin	Humboldt-Universität	16 000	73
Leipzig	Karl-Marx-Univ. u. a. HS	20 000	78
Dresden	TU Dresden	17 000	111

Die Werbung von inoffiziellen Mitarbeitern im Bereich Hochschulwesen blieb für das MfS eine wichtige Aufgabe,[39] zumal sich das kritische Potenzial an den Universitäten Ende der sechziger Jahre verstärkt bemerkbar machte:

---

33 Die III. Hochschulreform führte zu einem vollständigen Struktur- und Personalumbau des Hochschulwesens. Ein zentrales strategisches Ziel dieser Reform bestand in dem personellen Kontinuitätsbruch an den Hochschulen. Wichtigstes Ergebnis der Strukturreform der ersten Phase der III. Hochschulreform von 1967 war die Abschaffung der alten Fakultäten und Institute und ihre Ersetzung durch Sektionen auf der Basis eines oder mehrerer verwandter Fachgebiete. Vgl. u. a. DDR-Handbuch. Hg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Köln 1985, S. 1384 f.

34 DA 4/66 des Ministers v. 15.5.1966 zur politisch-operativen Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR, S. 1–28; BStU, MfS, BdL/Dok. 001083.

35 Durchführungsanweisung Nr. 1 v. 10.1.1968 des Stellvertreters des Ministers Schröder zur DA 4/66 des Ministers, S. 1–18; BStU, MfS, BdL/Dok. 001084. Vgl. Thomas Auerbach: HA XX/3.

36 Ebenda, S. 2.

37 Ebenda, S. 10.

38 HA XX: Jahresanalyse 1968 v. 20.1.1969; BStU, MfS, HA XX/AKG 804, Bl. 109. Um welche anderen Hochschulen es sich bei der BV Leipzig handelt, geht aus der Analyse nicht hervor. Zusätzlich weist das Dokument für die »Linie Hochschulwesen« noch 20 Informanten der mit der Richtlinie 1/68 im Januar 1968 eingeführten Kategorie GMS aus.

> »Im Zusammenhang mit den Studentendemonstrationen in Volkspolen, mit der Entwicklung in der ČSSR sowie mit der Verfassungsdiskussion wurden eine Anzahl ideologischer Erscheinungen sichtbar, die zu Feindhandlungen führten und die das Wirken der politisch-ideologischen Diversion innerhalb der Lehrkörper und unter den Studenten widerspiegelten.«[40]

Zur Verwirklichung der Politik des VIII. SED-Parteitages 1971 mussten auch in den Folgejahren möglichst viele fachlich hoch qualifizierte Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker ausgebildet werden, die sich darüber hinaus durch politische Linientreue auszeichnen sollten. Anfang der siebziger Jahre standen dafür in der DDR 65 Universitäten und Hochschulen zur Verfügung.[41] Davon entfielen auf den Verantwortungsbereich der gesamten »Linie« sieben Universitäten und 56 Hochschulen.

Insgesamt waren an diesen Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen (einschließlich der Studenten der künstlerischen Hochschulen) 154 000 Studenten immatrikuliert. Auf den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen (MHF)[42] entfielen davon 132 000 und auf den des Ministeriums für Volksbildung 17 000 Studenten. Außerdem studierten im gleichen Zeitraum 5 150 Studenten aus 110 Ländern an 81 verschiedenen Einrichtungen des Hoch- und Fachschulwesens der DDR.[43] Schon diese vergleichsweise geringe Zahl von ausländischen Studenten betrachtete das MfS als ein Sicherheitsrisiko, sodass es 1974 in der HA XX/3 eine spezielle Arbeitsgruppe Ausländer (AGA) zur »Bearbeitung und Sicherung ausländischer Studenten und politischer Emigranten aus Lateinamerika« einrichtete.[44] Arbeitsgruppenleiter wurde Otto Kluge (Jg. 1928).[45]

1975 verfügte das Referat III der Hauptabteilung XX/3 über sieben Planstellen.[46] Davon waren für das Sachgebiet »Hochschulwesen« vier und für das Sachgebiet »Volksbildung« zwei Stellen vorgesehen. Referatsleiter war weiterhin Dieter Grabner, als sein Stellvertreter und gleichzeitig verantwortlich für das Hochschulwesen agierte Helmut Heim (Jg. 1928).[47] Auf Bezirksebene war die Linie XX/3/III teilweise personell ebenso stark. In der Bezirksverwaltung Halle etwa betrug die Soll-Stärke des für die Martin-Luther-Universität (etwa 12 000 Studenten und 8 000 Wissenschaftler, technische und administrative Kräfte) verantwortlichen Bereichs der Abteilung XX/3 1970 sieben Mitarbeiter.[48] Für den »Sicherungsbereich Volksbildung« stand dort nur ein Hauptsachbearbeiter zur Verfügung.[49]

Bedingt durch die Entspannungspolitik und die intensivierte Zusammenarbeit der Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ergaben sich Mitte der siebziger

---

39 HA XX: Arbeitsplan für 1969 v. 14.1.1969, S. 9; BStU, BF-Dok. 31.

40 ZAIG: Bericht v. 30.3.1968 über die Wirksamkeit der politisch-ideologischen Diversion an Universitäten, Hochschulen u. a. Bildungseinrichtungen und Mängel, die diesen Einfluss begünstigen; BStU, MfS, ZAIG 1467, Bl. 1.

41 Hinzu kamen 60 Fach- und Ingenieurschulen (von den insgesamt 198 Fach- und Ingenieurschulen) an denen 24 700 Studenten immatrikuliert waren. Auch für diese Einrichtungen und Studenten sowie Mitarbeiter war die »Linie Hochschulen/Fachschulen« verantwortlich.

42 Im August 1967 erhielt das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen den Status eines Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen (MHF).

43 Vgl. HA XX: Statistik v. 12.11.1971; BStU, BF-Dok. 32.

44 Vgl. Schreiben der HA XX/AGA an HA XX/Sekretariat v. 10.6.1974; BStU, MfS, HA XX 306, S. 31–34.

45 Kaderkarteikarte Otto Kluge; BStU, MfS.

46 Vgl. HA XX: Struktur- und Stellenplan v. 21.7.1975; BStU, MfS, HA XX 1641, S. 90.

47 Kaderakte Helmut Heim; BStU, MfS KS 3900/90, Bl. 87.

48 Vgl. BV Halle, Abt. XX: Antrag auf Stellenplanerweiterung v. 19.6.1968; BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Sachakten 778, Bl. 347.

49 Vgl. BV Halle, Abt. XX: Vorschlag für die perspektivische Struktur der Abt. XX v. 22.3.1967; ebenda, Bl. 316.

Jahre für die MfS-Tätigkeit neue Schwerpunkte.[50] Die Staatssicherheit widmete sich jetzt stärker der Gefährdung der Hoch- und Fachschulkader durch angebliche westliche Abwerbungsversuche »und des vorwiegend von kriminellen Menschenhändlerbanden betriebenen Geschäfts der Ausschleusung von DDR-Bürgern«. Zudem wurde eine Verlagerung der »gegnerischen Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit« vom wissenschaftlich-technischen und medizinischen auf den gesellschaftswissenschaftlichen Bereich beobachtet. Diese Tendenz wurde in den Zusammenhang mit der »Umorientierung der [bundesdeutschen] DDR-Forschung« gestellt, die das Ziel verfolge, Grundlagen für eine »Systemauseinandersetzung« zu entwickeln.[51]

In dieser Phase konzentrierte die »Linie Hochschulwesen« ihre hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter sowie »politisch-operativen Mittel« auf ausgewählte Schwerpunktvorhaben. Oberste Priorität hatten dabei Projekte von besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung, wie zum Beispiel die Entwicklung der Mikroelektronik, RGW- und bilaterale Forschungskooperationen etwa im Bereich der Medizin sowie militärische Forschungsprojekte (z. B. Infrarot- und Lasertechnik). Gleichzeitig wurden Vorgaben für die weitere »operative Abwehrarbeit« des »Sicherungsbereiches Hochschulwesen« verabschiedet. Dazu zählten die »vorrangige Werbung von IM, die systematische Aufklärung des Charakters der Kontakte in das NSW, die Kontrolle und Durchsetzung des Geheimnisschutzes sowie die zielstrebige Aufklärung der Pläne und Aktivitäten bestimmter Konzerne und Personenkreise im Operationsgebiet, die an der Erkundung bzw. Störung dieser Vorhaben interessiert sind und entsprechend in Erscheinung treten«.[52]

Im Einzelnen bedeutete das den verstärkten Einsatz von Experten-IM (IME), die auf der Grundlage ihres Fachwissens Forschungsverzögerungen, Unzulänglichkeiten, Parallelforschungen im Westen, unzureichende Umsetzungen von Forschungsergebnissen in der Volkswirtschaft, Mängel in der Leitungstätigkeit und Ähnliches aufdecken und teilweise auch aktiv bekämpfen sollten. Ferner ging es um die Werbung von Reisekadern und Verhandlungspartnern sowie Personen mit »charakterlichen Schwächen, [West-]Verbindungen und andere« als neue inoffizielle Mitarbeiter. Letztere sollten in der Sprache des MfS in erster Linie als »Lockvögel« eingesetzt werden, um »feindliche Absichten zu erkennen, aufzuklären und durchkreuzen zu können«.[53]

Im »Sicherungsbereich Volksbildung« erregten Fälle von erfolgreicher bzw. versuchter Republikflucht von Pädagogen und Schülern, besonders von Lehrern im Auslandseinsatz in afrikanischen und westeuropäischen Ländern, zunehmend die Besorgnis des Mielke-Apparates.[54] Weiterhin verzeichnete dieser Sicherungsbereich als direkte Auswirkung der »Reiseerleichterungen« für Bundesbürger sogenannte verstärkte Versuche der Verbindungsaufnahme westdeutscher Pädagogen zu einzelnen Lehrern bzw. Einrichtungen der Volksbildung.[55]

1976 wurde zur »schwerpunktmäßigen Absicherung der Technischen Universität, der Verkehrshochschule und Ingenieurhochschule Dresden« in der Bezirksverwaltung Dresden eine Objektdienststelle Technische Universität/Hochschulen eingerichtet. Der Befehl

---

[50] HA XX/AKG: Analysepapier zu den feindlichen Angriffen im Hochschul- und Gesundheitswesen, die unter Missbrauch sich erweiternden kommerziellen und wissenschaftlichen Beziehungen (Kongresstätigkeit) u. a. erfolgen, o. D. (1975); BStU, MfS, HA XX/AKG 777, Bl. 86–122.

[51] Arbeitspapier (Anm. 50), Bl. 111–113.

[52] Ebenda, Bl. 114.

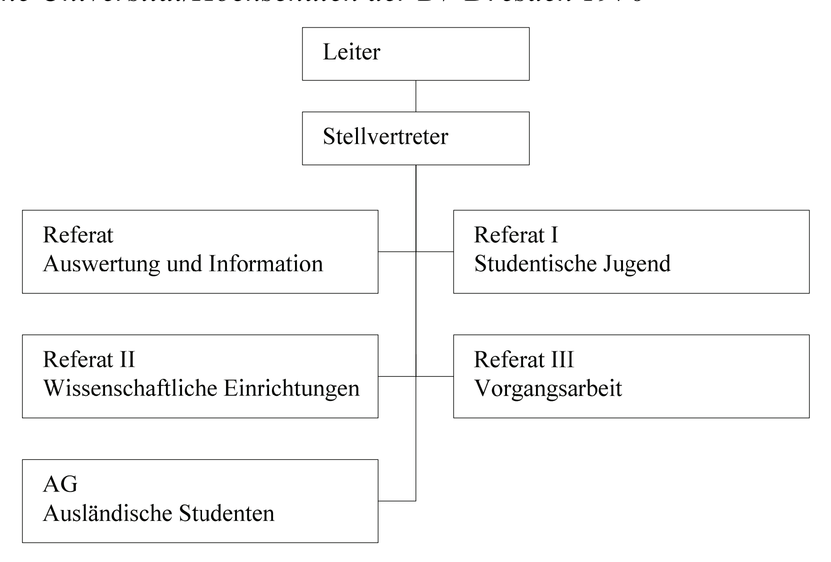
[53] Ebenda, Bl. 115.

[54] HA XX/3: Monatliche Berichterstattung für November 1974 v. 5.11.1974; BStU, MfS, HA XX 4270, S. 52 f. Die Gesamtzahlen siehe bei Eisenfeld, Bernd: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung. Hg. BStU. Berlin 1996.

[55] Vgl. diverse Monatsberichte der Hauptabteilung XX/3 im Zeitraum 1972–1974; BStU, MfS, HA XX 4270, S. 25–53.

19/76 schuf die entsprechenden Voraussetzungen für diese singuläre Struktureinheit auf der »Linie« Hochschulwesen.[56] Die Objektdienststelle verfügte über 28 Planstellen (einschließlich dreier technischer Kräfte). Damit waren wesentlich größere Kapazitäten für die Überwachung der entsprechenden Hochschuleinrichtungen als in den anderen Bezirksverwaltungen geschaffen worden.

OD Technische Universität/Hochschulen der BV Dresden 1976[57]



4.4 Der Sicherungsbereich Sport

Der Sicherungsbereich Sport fiel in den fünfziger Jahren aufgrund struktureller Verwandtschaft in die gleiche Zuständigkeit wie die Bereiche Jugend/FDJ und Gesellschaft für Sport und Technik (GST), ab 1964 erhielt dieser Aufgabenbereich ein eigenes »Fachreferat«, zu dessen wichtigsten Bearbeitungsobjekten neben dem Deutschen Turn- und Sportbund (DTSB) mit seinen 40 Sportverbänden das Staatliche Komitee für Körperkultur und Sport sowie das Nationale Olympische Komitee (NOK der DDR), die Zentrale Leitung der Sportvereinigung Dynamo und der Sportclub Dynamo Berlin gehörten.[58] Nach der Aufwertung des »Sportreferats« zur eigenen operativen Abteilung übernahm der Bereich 1981 auch die Federführung bei der Organisierung und Koordinierung aller Fragen zur Sicherung der Sportpolitik. Für diese Aufgabe standen anfangs 21, 1989 schließlich 28 hauptamtliche Mitarbeiter zur Verfügung, die in vier Referaten tätig waren und insgesamt 238 IM führten.[59] Welche Bedeutung diesem Aufgabengebiet zugemessen wurde, lässt sich daran ablesen, dass trotz der großen Devisenknappheit für die geheimdienstliche Absicherung der DDR-Mannschaften bei den Olympischen Spielen 1988 in Calgary/Kanada und Seoul/Südkorea insgesamt 69 000 US-Dollar zur Verfügung standen.[60]

Von grundlegender Bedeutung für die »politisch-operative« Arbeit der Linie Sport waren der Befehl 756/63 des Ministers »zur Organisierung der politisch-operativen Abwehr-

---

[56] Befehl 19/76 des Ministers v. 27.10.1976; BStU, MfS, BdL/Dok. 006032.

[57] Ebenda.

[58] Vgl. HA XX: Übersicht über die bearbeiteten bzw. abgesicherten Objekte v. 22.3.1968, S. 9 f.; BStU, BF-Dok. 12.

[59] MfS und Leistungssport. Ein Recherchebericht. Hg. BStU. Berlin 1994, S. 10.

[60] HA XX: Notizen zum US-Dollar-Konto 6102 für 1988, o. D.; BStU, MfS, HA XX 16792, S. 106–109.

arbeit auf dem Gebiet des Leistungssports, besonders hinsichtlich der Vorbereitung und Durchführung der Olympischen Spiele in Innsbruck und Tokio« vom 15. November 1963;[61] die Dienstanweisung 5/66 des Ministers »zur wirksamen politisch-operativen Absicherung aller bedeutsamen Sportveranstaltungen und zur Verhinderung von unkontrollierbarer Kontaktaufnahme zu Sportlern und Angehörigen von Sportdelegationen aus dem nichtsozialistischen Ausland, insbesondere aus Westdeutschland und Westberlin« vom 10. August 1969[62] und die Dienstanweisung 4/71 des Ministers »über die politisch-operative Arbeit im Bereich Körperkultur und Sport« vom Dezember 1971 mit Durchführungsbestimmung.[63] Als Schwerpunktobjekte des »Sicherungsbereiches Sport« galten:

– der Bundesvorstand des DTSB, besonders der Bereich Leistungssport,
– die im DTSB integrierten bzw. ihm angeschlossenen Sportverbände,
– die Sportschulen des DTSB in Kienbaum und Berlin-Grünau,
– das Staatssekretariat für Körperkultur und Sport mit dem Bereich Leistungssport und Wissenschaft sowie die Leitung des Sportmedizinischen Dienstes,
– eine Reihe von Berliner Einrichtungen der Sportvereinigung Dynamo,
– das Nationale Olympische Komitee der DDR und die Gesellschaft zur Verbreitung des Olympischen Gedankens in der DDR,
– die Redaktion *Sportecho* und der Sportverlag.

Nach wie vor waren die Sicherheitsüberprüfungen von Reisekadern ein Arbeitsschwerpunkt dieser Abteilung: Mit 4 631 Sportreisekadern,[64] von denen etwa ein Zehntel gleichzeitig als Geheimnisträger eingestuft wurde, hatte die Diensteinheit im Jahre 1988 innerhalb der Hauptabteilung XX außergewöhnlich viele Westreisende zu überprüfen.

---

[61] BStU, MfS, BdL/Dok. 000845.
[62] BStU, MfS, BdL/Dok. 002459.
[63] BStU, MfS, BdL/Dok. 001460.
[64] MfS und Leistungssport (Anm. 59), S. 13.

5 Abteilung 4: Kirchen und Religionsgemeinschaften

Von Clemens Vollnhals

Zuständig für die Planung, Koordinierung und Steuerung aller Maßnahmen zur geheimpolizeilichen und geheimdienstlichen »Bearbeitung« der Kirchen und kleineren Religionsgemeinschaften war die Abteilung 4 der Hauptabteilung XX. Sie organisierte die inoffizielle Kirchenpolitik des SED-Staates und leitete auch die entsprechenden Referate auf der Ebene der 15 Bezirksverwaltungen des MfS an.[1]

5.1 Vorläufer

Die Überwachung der Kirchen setzte bereits vor der offiziellen Gründung des MfS im Februar 1950 ein. Schon in der Deutschen Verwaltung des Innern hatte als Vorläuferorganisation innerhalb der Kriminalpolizei die Abteilung K 5 bestanden, die als politische Polizei fungierte. Die Beobachtung kirchlicher Aktivitäten fiel seit 1947 in die Zuständigkeit der Arbeitsgruppe C 3 (»Bekämpfung der Verbreitung von antidemokratischen Parolen und Gerüchten«),[2] die 1948 in ein Referat umgewandelt wurde. Entsprechende C 3-Dienststellen existierten auch bei den Landeskriminalämtern im jeweiligen Dezernat K 5.[3]

Nach der Gründung des Staatssicherheitsdienstes bestand zunächst nur ein »Sachgebiet Kirche«, das der Abteilung VI zugeordnet war. Der »Linie« VI oblagen in der Berliner Zentrale und den Landesverwaltungen des MfS die Überwachung und »Absicherung« des Staatsapparats, der Blockparteien und Massenorganisationen. Gemäß einer Dienstanweisung Mielkes musste die Abteilung VI im September 1952 die Sachgebiete CDU, LDP, Kirchen und Sekten mit allen Vorgängen und Mitarbeitern an die Abteilung V abgeben.[4] Das neu gegründete Referat V/E unter der Leitung von Günter Zobel[5] gliederte sich in die Sachgebiete Evangelische Kirche (E/I), Katholische Kirche (E/II) und CDU (E/III), während die kleinen Religionsgemeinschaften dem Referat D zugewiesen wurden, das bereits die 1951 verbotenen Zeugen Jehovas operativ »bearbeitete«. Eine entsprechende Umstrukturierung erfolgte auch in den MfS-Bezirksverwaltungen, die nach der Auflösung der Länder im Sommer 1952 entstanden waren.

Mit der Zuordnung zur Abteilung V, die auf die Bekämpfung des politischen Untergrundes spezialisiert war, zog das MfS die organisatorischen Konsequenzen aus der verschärften kirchenpolitischen Linie der SED nach ihrer II. Parteikonferenz. Die »Aufgabe des Referates E« umschrieb die genannte Dienstanweisung folgendermaßen:

> »Die Erfahrung lehrt, dass der Gegner unserer neuen Ordnung alles unternimmt, um durch Entsendung und Anwerbung von Spionen, Agenten und Terroristen unseren sozialistischen Aufbau zu schädigen.

---

1 Der nachfolgende Abriss basiert im Wesentlichen auf dem längeren Beitrag: Vollnhals, Clemens: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit. In: Ders. (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz. BStU. Berlin 1996, S. 79–119.

2 Strukturplan der Abteilung K v. 17.11.1947; BStU, MfS, AS 607/66, Bl. 1 f.

3 Vgl. beispielsweise den Schriftverkehr zwischen der Berliner Zentrale und den Dezernaten K 5 auf Landesebene zur Bespitzelung der Zeugen Jehovas; BStU, MfS, AS 734/67.

4 DA Mielkes 6/52/V/E v. 17.9.1952; BStU, MfS, BdL/Dok. 002071. Dokumentiert in: Besier, Gerhard; Wolf, Stephan (Hg.): »Pfarrer, Christen, Katholiken«. Das Ministerium für Staatssicherheit und die Kirchen. Neukirchen-Vluyn 1991, S. 147–154.

5 Günter Zobel (Jg. 1922), Ofensetzer, in sowjetischer Kriegsgefangenschaft Besuch einer Antifa-Schule, 1949 Eintritt in das MfS (K 5), 1954 Verurteilung wegen Verrats von Dienstvergehen zu 6 Jahren Zuchthaus. Angaben nach Kaderkarteikarte; BStU, MfS.

> In der Vergangenheit wurde die Notwendigkeit der Abwehr feindlicher Tätigkeit reaktionärer Personengruppen, die zu Kreisen der Kirche und CDU gehören, oft unterschätzt.
> Die Aufgabe des Referatsleiters und der Sachbearbeiter besteht darin, die Bemühungen der amerikanischen Imperialisten und ihrer Bonner Vasallen [...] durch intensive Arbeit und Erkennen der Schwerpunkte zu durchkreuzen und zunichte zu machen.«[6]

Im Zuge der Umstrukturierung der Staatssicherheit nach dem Juni-Aufstand 1953 entstand Ende des Jahres aus der Zusammenlegung der Abteilungen V und VI die neue Hauptabteilung V. Die »Durchführung der Agenturarbeit«[7] innerhalb kirchlicher Organisationen, so die Formulierung im maßgeblichen Beschluss des SED-Politbüros, fiel nunmehr in die Zuständigkeit der Abteilung 3 (HA V/3),[8] die auch für die »Bearbeitung« der Blockparteien und der Ostbüros der West-CDU und der FDP zuständig war. Aufgrund der spärlichen Quellenlage lässt sich die Struktur des Kirchenbereichs nur in Umrissen rekonstruieren. In einem Kaderbefehl legte Wollweber mit Wirkung zum 1. September 1954 folgende Leitungsfunktionen fest: Referat A (Evangelische Kirche): Hauptmann Heinz Rahnsch; Referat B (Katholische Kirche): Hauptmann Franz Sgraja; Referat C (Sekten): Hauptmann Heinz Rümmler.[9]

5.2 Gründung der kirchenpolitischen Abteilung 1954/55

Wenig später, im Dezember 1954, erfolgte ebenfalls auf Befehl Wollwebers die Gründung einer eigenen kirchenpolitischen Abteilung.[10] Die HA V/4 stellte im MfS-Apparat das Pendant zu der ähnlich strukturierten Abteilung für Kirchenfragen beim ZK der SED dar, deren Errichtung das ZK-Sekretariat einen Monat zuvor beschlossen hatte.[11] Der Ausbau der kirchenpolitischen Apparate des SED-Staates erfolgte nach dem vorangegangenen gesamtdeutschen Kirchentag in Leipzig (Juli 1954) und im Vorfeld der harten Konflikte, die sich aus der ebenfalls zum Jahresende 1954 beschlossenen Einführung der sozialistischen Jugendweihe ergeben sollten.

Im Januar 1955 wies das Organigramm der kirchenpolitischen Abteilung ein Plansoll von 27 Stellen aus, von denen jedoch nur 17 besetzt waren. Im Referat »Evangelische Kirche« waren sechs von zehn Stellen besetzt, auf der katholischen Linie vier von zehn. Lediglich das Referat »Sekten« entsprach mit fünf Mitarbeitern der Planung. Für die kirchenpolitischen Referate der Bezirksverwaltungen, deren Gründung Wollweber ebenfalls angewiesen hatte, war eine Sollgröße von insgesamt 76 Stellen vorgesehen.[12] Des Weiteren sollte in »Kreisen, in denen die Kirchen und Sekten großen Einfluss auf die Bevölke-

---

[6] Ebenda, Bl. 7.

[7] Vgl. Beschluss des Politbüros der SED v. 23.9.1953, dokumentiert in: Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, S. 249–254, hier Punkt 4c. Hg. BStU. Berlin 1998.

[8] Befehl 371/53 des Staatssekretärs v. 25.11.1953 über Löschung von Disziplinarstrafen, Beförderungen, Ernennungen und Veränderungen im Bereich des Staatssekretärs für Staatssicherheit; BStU, MfS, BdL/Dok. 000194; Referat, o. D.; BStU, MfS, ZAIG, Pressestelle, Abt. 1, Bündel 200.

[9] Kaderbefehl Wollwebers Nr. 242/54 v. 23.8.1954; BStU, MfS, KuSch 1361, Bl. 146–148.

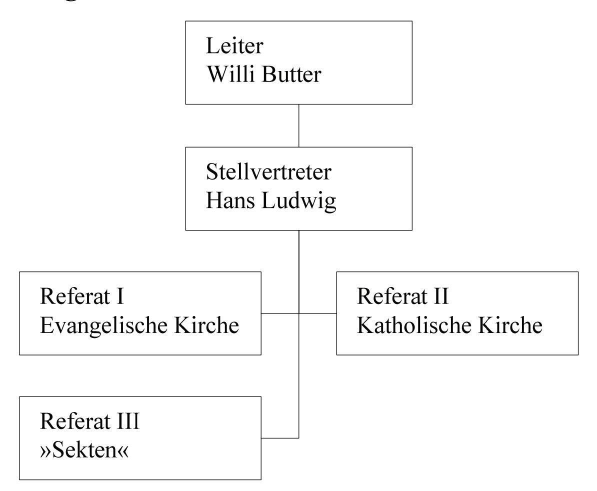
[10] Befehl Wollwebers (GVS 2490/54) v. 21.12.1945; BStU, MfS, BdL/Dok. 000271. Dokumentiert in: Besier; Wolf (Hg.): »Pfarrer, Christen, Katholiken« (Anm. 4), S. 180 ff. Die Kirchenabteilung trug kurzfristig die Bezeichnung HA V/6. Die Umbenennung in HA V/4 erfolgte jedoch bereits im Januar 1955.

[11] Vgl. Goerner, Martin Georg: Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche 1945 bis 1958. Berlin 1997, S. 168–178.

[12] Ebenda.

rung ausüben«, nach Ermessen des Leiters der Bezirksverwaltung jeweils ein Mitarbeiter zum Einsatz kommen.[13]

Struktur der Hauptabteilung V/4 1955[14]



Die Leitung der Abteilung übernahm im März 1955 Hauptmann Willi Butter (Jg. 1920). Er galt als ein klassenbewusster Genosse und besaß Erfahrung in der Bekämpfung des politischen Untergrunds, da er seit August 1950 die Abteilung V der Bezirksverwaltung Dresden geführt hatte. Nach Abschluss der Volksschule hatte Butter zunächst als Former im Hüttenwerk Freital-Dölzschen gearbeitet, bis er 1942 zur Wehrmacht eingezogen wurde. In der Sowjetunion geriet er in Kriegsgefangenschaft, schloss sich dem »Nationalkomitee Freies Deutschland« an und besuchte eine Antifa-Schule. Unmittelbar nach der Rückkehr trat er im Herbst 1949 der Volkspolizei bei, anschließend dem MfS. Butter scheint jedoch mit der Leitung der HA V/4 überfordert gewesen zu sein und wurde daher schon im Juli 1957 abgelöst.[15]

Seine Nachfolge trat Ende 1957 der stellvertretende Abteilungsleiter Hans Ludwig (Jg. 1929) an, ein gelernter Bau- und Möbeltischler. Er war bereits Sekretär der FDJ-Landesleitung Thüringen gewesen, bevor er 1949 zum MfS-Vorläufer »Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft« wechselte, wo er als »Politlehrer« die frisch rekrutierten »Tschekisten« schulte. Ludwig leitete die Kirchenabteilung zwölf Jahre lang, bis er 1969 zum stellvertretenden Hauptabteilungsleiter befördert wurde.[16] In dieser Position unterstand ihm auch weiterhin die kirchenpolitische Abteilung bis zu seinem Ruhestand 1982.

Im Frühjahr 1957 zählte die HA V/4 in der Berliner Zentrale 25 Mitarbeiter. Weiterhin waren in den MfS-Bezirksverwaltungen auf der »Kirchenlinie« etwa 55 Mitarbeiter tätig, davon allein zehn in der Verwaltung Groß-Berlin. Hinzu kamen 15 Mitarbeiter der »Kirchenlinie« vor Ort in einigen Kreisdienststellen: Bad Salzungen, Bautzen, Dresden, Eisenach, Görlitz, Greifswald, Heiligenstadt, Weimar, Worbis und Zwickau. Insgesamt waren 1957 etwa 95 hauptamtliche Mitarbeiter mit der Bekämpfung der Kirchen und Religionsgemeinschaften beschäftigt.[17]

---

[13] Befehl Wollwebers v. 21.12.1954; BStU, MfS, BdL/Dok. 000271.

[14] Leiter der HA V an Bezirksverwaltungen v. 3.1.1955: Strukturplan der HA V; BStU, MfS, BdL/Dok. 003784.

[15] Kaderakte Willi Butter; BStU, MfS, KS II 74/83.

[16] Kaderkarteikarte Hans Ludwig; BStU, MfS.

[17] HA V/4: Vorschläge zu organisatorischen Fragen bei der Vorbereitung und Durchführung des Kurzlehrganges auf der Linie V/4 v. 9.2.1957; BStU, MfS, HA XX/4 392, Bl. 1.

Als Referatsleiter fungierten im Frühjahr 1957: Franz Sgraja (Referat I), Erhard Gärtner (Referat II) und, zunächst kommissarisch, Manfred Seltmann (Referat III). Alle drei entstammten ebenfalls Arbeiterfamilien und gehörten der jüngeren Generation an, die ihre Jugend während der NS-Zeit verbracht hatte. Sgraja und Gärtner hatten zudem in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft eine Antifa-Schule besucht. Von den Referatsleitern verfügte ebenfalls keiner über eine höhere Schulbildung, geschweige denn über ein fundiertes kirchlich-theologisches Fachwissen. Entscheidende Kriterien für die Personalrekrutierung im damaligen MfS waren nicht Qualifikation und Fachkompetenz, sondern die proletarische Herkunft und politische Zuverlässigkeit. Schnellkurse und klassenkämpferischer Elan vermochten das geringe Bildungsniveau allerdings nicht zu kompensieren, was sich in grobschlächtigen Analysen ebenso niederschlug wie in der unbeholfenen Aktenführung. Die akademische Qualifizierung des kirchenpolitischen Apparats setzte auf breiter Basis erst in den siebziger Jahren ein. Ende der achtziger Jahre besaßen alle operativen Mitarbeiter einen Hoch- oder Fachschulabschluss, der zumeist an der MfS-Hochschule in Potsdam-Eiche erworben worden war.

Für die politisch-ideologische Schulung der überwiegend jungen Genossen sorgte die SED-Parteiorganisation im MfS. In der kirchenpolitischen Abteilung übernahm diese Aufgabe seit Anfang 1955 die Grundorganisation 5/IV. Sie hatte, wie Abteilungsleiter Butter im März 1956 auf einer Kreisdelegiertenkonferenz kritisch ausführte, mit erheblichen Problemen zu kämpfen: »Die Mitarbeiter sind jung und unerfahren und haben Angst vor Gesprächen mit Geistlichen.« Auch gebe es Fälle, »dass Mitarbeiter vom MfS sich kirchlich trauen ließen, ihre Kinder taufen und konfirmieren lassen«. Deshalb müsse auf die atheistische Erziehung und die konsequente Trennung von Restbeständen der bürgerlichen Ideologie besonderer Wert gelegt werden.[18] 1957 fand erstmals eine zentrale Schulung aller Mitarbeiter im Zuge eines dreiwöchigen Lehrgangs statt. Das Eingangsreferat zur »Politik der Partei in Kirchenfragen« hielt kein geringerer als Willi Barth, Leiter der ZK-Arbeitsgruppe für Kirchenfragen. Neben der Vermittlung von Grundkenntnissen über kirchliche Einrichtungen und Organisationen (11 Lektionen) stand die tschekistische Fortbildung der Mitarbeiter auf dem Lehrplan, so unter anderem »Psychologie« und »besondere Methoden bei der Aufklärung, Anwerbung und Bearbeitung von Geistlichen«.[19]

Die Anwerbung kirchlicher Mitarbeiter, ihre »Erziehung« zum IM und die Steuerung durch den IM-führenden Mitarbeiter war seit 1952 in den Direktiven des Geheimdienstes penibel geregelt. So musste beispielsweise jeder Werbungsvorschlag zuvor vom zuständigen Referats- bzw. Abteilungsleiter bestätigt werden.[20] Zu den »linienspezifischen« Besonderheiten gehörte es, dass den IM aus dem Kirchenbereich zumeist keine schriftliche Verpflichtungserklärung abverlangt wurde. Üblich und zulässig war hier vielmehr die mündliche Verpflichtung zur Zusammenarbeit.[21]

---

[18] Ausführungen Butters auf der Kreisdelegiertenkonferenz der SED-Kreisleitung am 10./11.3.1956; BStU, MfS, KL-SED 572, Bl. 1097–1104. Vgl. dazu Schumann, Silke: Parteierziehung in der Geheimpolizei: Zur Rolle der SED im MfS der 50er Jahren. Berlin 1997.

[19] HA V/4: Bericht über die Durchführung eines Qualifizierungslehrganges auf der Linie V/4 v. 29.5.1959; BStU, MfS, HA XX/4 392, Bl. 43 ff.

[20] Speziell für die »Kirchenlinie« vgl. die DA Mielkes 22/52/V/E zur Sachakte »Kappe« [Junge Gemeinde] v. 23.11.1952; BStU, MfS, BdL/Dok. 2027. Dokumentiert in: Besier; Wolf: »Pfarrer, Christen, Katholiken« (Anm. 4), S. 159–173; DA Mielkes 2/25/V/D zur Sachakte »Dämmerung« [Allgemeine Bibellehr-Vereinigung] v. 20.11.1952.

[21] Vgl. Richtlinie 21 v. 20.11.1952. Dokumentiert in: Müller-Enbergs, Helmut (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen. Hg. BStU. Berlin 1996, S. 164–191.

Bereits zwei Jahre nach der Gründung der kirchenpolitischen Abteilung konnte Referatsleiter Sgraja auf einer Dienstbesprechung im Januar 1957 seinem Minister melden: »In den Kirchenleitungen sind wir fest verankert, außer in Greifswald und Rostock.« Zu wünschen übrig lasse jedoch die Bearbeitung der Jungen Gemeinde; hier verfüge man nur über 27 Geheime Informatoren, wie die IM zu dieser Zeit noch hießen. Auch in anderen Bereichen konstatierte man gravierende Lücken. Nicht zuletzt mangele es in den Bezirksverwaltungen an qualifizierten Kadern. »In den Kreisdienststellen ist die Arbeit noch schwächer als in den BV. Es gibt junge Mitarbeiter, die sich nicht an die Geistlichen herantrauen. Deshalb wäre es gut, ältere Mitarbeiter einzusetzen.«[22] Immerhin: Mit der Anwerbung der juristischen Oberkirchenräte Gerhard Lotz (IM »Karl«),[23] Konrad Müller (IM »Konrad«),[24] Hans-Joachim Weber (IM »Bastler«)[25] und anderer Personen in Leitungspositionen war eine erste Basis geschaffen.

Zum Jahresende 1960 führte die HA V/4 nach eigenen Angaben insgesamt 122 Geheime Informatoren, 15 Geheime Mitarbeiter (IMB) und einen Geheimen Hauptinformator (FIM); darunter befanden sich 28 neu angeworbene Mitarbeiter.[26] Auf der evangelischen Linie waren 48 IM im Einsatz, auf der katholischen 44. Das Referat Sekten, das in erster Linie die Zeugen Jehovas bearbeitete, verzeichnete 23 IM. Weitere 19 IM wurden von dem 1958 gegründeten Referat IV geführt, das speziell die »Arbeit im und nach dem Operationsgebiet«, sprich Westdeutschland und Westberlin, koordinieren sollte.

Die »Bearbeitung« zentraler kirchlicher Einrichtungen und besonders wichtiger »Operativer Vorgänge« oblag der Berliner Zentrale, während sich die Bezirksverwaltungen in erster Linie um die einzelnen Landeskirchen und Bistümer (Kommissariate) kümmern sollten. Da sich die kirchlichen Strukturen nicht mit den Territorien der staatlichen Bezirke deckten, übernahm immer diejenige Bezirksverwaltung die »operative Federführung«, in deren Verantwortungsbereich sich der Sitz der jeweiligen Kirchenleitung befand. Auf der evangelischen Linie war die Zuständigkeit seit der Dienstanweisung 9/56 wie folgt geregelt:

– Evangelische Landeskirche Anhalts: Bezirksverwaltung Halle
– Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg: Verwaltung Groß-Berlin
– Evangelische Landeskirche Greifswald: Bezirksverwaltung Rostock
– Evangelische Kirche des Görlitzer Kirchengebietes: Bezirksverwaltung Dresden (KD Görlitz)
– Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs: Bezirksverwaltung Schwerin
– Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen: Bezirksverwaltung Dresden
– Evangelische Kirchenprovinz Sachsen: Bezirksverwaltung Magdeburg
– Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen: Bezirksverwaltung Erfurt[27]

In den ersten Jahren diente der IM-Einsatz vornehmlich der Aufklärung und Informationsbeschaffung. Das MfS wollte mit spektakulären Einzelaktionen gegen die kirchliche Jugendarbeit und missliebige Studentenpfarrer vorgehen können. Der Übergang zu einer

[22] Protokoll über die Dienstbesprechung mit der Abteilung V/4 am 26.1.1957; BStU, MfS, SdM 1920, Bl. 80–86.

[23] BStU, MfS, AIM 3043/86. Vgl. Vollnhals, Clemens: Oberkirchenrat Gerhard Lotz und das Ministerium für Staatssicherheit. Zur IM-Akte »Karl«. In: DA 27(1994), S. 332–336.

[24] BStU, MfS, BV Rostock, Teilablage A 1822/64; BStU, MfS, AIM 3043/86.

[25] BStU, MfS, AIM 1377/62.

[26] Jahresanalyse der Hauptabteilung V/4 für das Jahr 1960 und die sich daraus ergebende politisch-operative Aufgabenstellung für 1961 v. 30.12.1960; BStU, MfS, HA XX/4 332, Bl. 71.

[27] DA Mielkes 9/56 v. 2.3.1956; BStU, MfS, BdL/Dok. 002126.

langfristig angelegten Strategie erfolgte – analog zur SED-Kirchenpolitik[28] – erst Ende der fünfziger Jahre. Als Schwerpunkte benannte der »Perspektivplan« der HA V/4 für das Jahr 1961 folgende Aufgaben:

»– Systematische und ununterbrochene Kompromittierung der politisch-klerikalen Kräfte durch die Erarbeitung von qualifizierten Dokumentationen und Publikationen.
– Die gesamte politisch-operative Arbeit muss so organisiert werden, dass eine Trennung der Kirchen und kirchlichen Organisationen der DDR von den sich in Westdeutschland und Westberlin befindlichen reaktionären gesamtdeutschen Gremien der Kirche erzielt wird.
– Koordinierung aller Maßnahmen, sowohl der inoffiziellen sowie [sic!] der offiziellen staatlichen und gesellschaftlichen zur Schaffung einer loyalen, bonnfreien Kirche der DDR.
– Zersetzung der in der DDR vorhandenen reaktionären Zentren der politisch-klerikalen Kräfte durch verstärkte Anwerbung und Eindringen in diese Zentren.
– Überwachung und Einschätzung der 1961 im nationalen und internationalen Rahmen stattfindenden kirchlichen Großveranstaltungen, wie gesamtdeutsche Synode der EKD, Kirchentag, VELKD-Synode, Allchristliche Prager Friedenskonferenz, Tagung des Weltkirchenrates in New Delhi etc.«[29]

Damit war im Prinzip das Arbeitsprogramm für das nächste Jahrzehnt abgesteckt. Mit dieser strategischen Orientierung stieg zugleich der allgemeine Informationsbedarf über kirchliche Strukturen und Einrichtungen, was zur Gründung der sogenannten Auswertergruppe führte. Sie umfasste seit 1960 mehrere inoffizielle Mitarbeiter, die in einem konspirativen Objekt in Berlin-Pankow (»Institut Wandlitz«) untergebracht waren. Zu den Aufgaben dieser selbstständigen Arbeitsgruppe, die 1966 dem neu gegründeten Referat V »Information und Auswertung« unterstellt wurde, zählten vor allem die systematische Auswertung kirchlicher Publikationen aus dem In- und Ausland, die Führung umfangreicher Sach- und Personenkarteien sowie die Erstellung detaillierter Auskunftsberichte. Hinzu kam, speziell in den sechziger Jahren, die Zuarbeit für die Propagandakampagnen gegen Otto Dibelius, Eugen Gerstenmaier und andere kirchliche und kirchennahe Persönlichkeiten. 1984 umfasste die Auswertergruppe drei Offiziere im besonderen Einsatz (OibE), fünf hauptamtliche IM (HIM), die ebenfalls fest besoldet waren, sowie fünf zeitweilig anwesende IM.[30]

Eine wichtige Funktion besaß in den sechziger Jahren ferner das Referat »Familienforschung« im Zentralen Staatsarchiv Potsdam. Es wurde vom ehemaligen Pfarrer Paul Beckmann geleitet, der seit 1951 das MfS als IM »Roland« mit Expertisen unterstützte,[31] und stellte de facto eine Außenstelle des MfS dar. Hier wurden die überlieferten NS-Bestände, besonders die aus der Sowjetunion rückgeführten Akten des Reichskirchenministeriums, systematisch nach möglichem Belastungsmaterial durchgesehen. Die Ergebnisse wurden teils in den »Braunbüchern« und kleineren Broschüren veröffentlicht, teils zur Anwerbung NS-belasteter Personen benutzt.

5.3 Die Hauptabteilung XX/4 ab 1964

Aus der Hauptabteilung V ging im März 1964 die Hauptabteilung XX hervor. Diese Umbenennung hatte für die Tätigkeit und innere Organisation der kirchenpolitischen Abteilung

---

[28] Vgl. Goerner: Die Kirche als Problem der SED (Anm. 11), S. 293–361. Zur Politik gegenüber der katholischen Kirche vgl. Schäfer, Bernd: Staat und katholische Kirche in der SBZ und DDR 1945–1989. Weimar 1998.

[29] Jahresanalyse der Hauptabteilung V/4 für das Jahr 1960 und die sich daraus ergebende politisch-operative Aufgabenstellung für 1961 v. 30.12.1960; BStU, MfS, HA XX/4 332, Bl. 67.

[30] Zur Auswertergruppe vgl. Vollnhals: Die kirchenpolitische Abteilung (Anm. 1), S. 89 f.

[31] BStU, MfS, AIM 4841/59. Der Berichtsteil der Akte reicht bis Ende der 60er Jahre.

keine weitere Bedeutung. Entgegen aller Vermutung profitierte die kirchenpolitische Linie in den sechziger Jahren jedoch nicht vom massiven Ausbau des Staatssicherheitsdienstes, dessen Personalbestand sich mehr als verdoppelte. Die Personalentwicklung stagnierte hier vielmehr und die Linie musste in manchen Bezirksverwaltungen sogar Mitarbeiter an andere Abteilungen abgeben. Zum Jahresende 1968 waren in den kirchenpolitischen Referaten der 15 Bezirksverwaltungen zusammengenommen lediglich 52 Mitarbeiter tätig.

Mitarbeiterstand der Abteilungen XX/4 in den Bezirksverwaltungen Ende 1968[32]

Berlin	6
Cottbus	4
Dresden	4
Erfurt	3
Frankfurt/Oder	3
Gera	3
Halle	4
Karl-Marx-Stadt	7
Leipzig	2
Magdeburg	3
Neubrandenburg	3
Potsdam	2
Rostock	3
Schwerin	2
Suhl	3

Auch der Personalbestand der Berliner Zentrale nahm in dieser Phase nicht zu. Sie zählte 1972 nur 21 Mitarbeiter. Von ihnen besaßen drei einen Hochschulabschluss (davon zwei JHS-Diplome), fünf hatten die Bezirksparteischule, zehn die Kreisparteischule besucht. Fünf weitere Mitarbeiter absolvierten gerade ein Fernstudium an der JHS bzw. der Bezirksparteischule.[33]

Nach der Beförderung Ludwigs zum stellvertretenden Leiter der HA XX übernahm im Oktober 1969 Franz Sgraja (Jg. 1922) die Leitung der kirchenpolitischen Abteilung. Er hatte lange das Referat I (Evangelische Kirche) geführt und war 1962 zum stellvertretenden Abteilungsleiter aufgestiegen. Sgraja, der keinen Berufsabschluss besaß, war 1948, unmittelbar nach der Entlassung aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft (in der er eine Antifa-Schule besucht hatte), in Schwerin der Volkspolizei beigetreten. Ein Jahr später wechselte er zunächst zum MfS-Vorgänger »Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft«. Ende 1951 erfolgte seine Versetzung zur Abteilung V nach Berlin, wo er bald auf der »Kirchenlinie« zum Einsatz kam.[34] Er sollte die HA XX/4 für die nächsten zehn Jahre leiten.

Als Stellvertreter Sgrajas amtierte seit Herbst 1970 Major Harry Otto. Er hatte zuvor eine Operativgruppe der HA XX/6 (Post- und Fernmeldewesen) geleitet und dürfte über

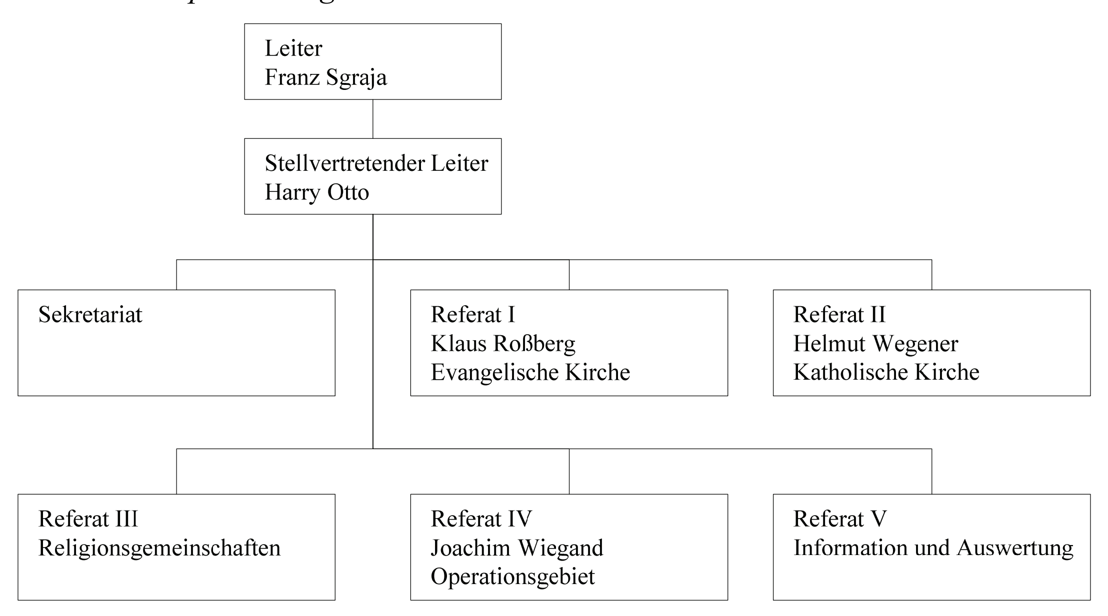
[32] HA XX: Übersicht über die kaderpolitische Situation in den Abteilungen XX der Bezirksverwaltungen und Verwaltungen v. 27.1.1969; BStU, MfS, HA XX/AKG 804, Bl. 229–266.

[33] HA XX/4: Einschätzung einiger Seiten der Entwicklung des politisch-ideologischen und politisch-moralischen Zustandes der Diensteinheit XX/4 und der Kaderarbeit im Jahre 1972 v. 14.11.1972; BStU, MfS, HA XX/4 2001, Bl. 12.

[34] Kaderkarteikarte Franz Sgraja; BStU, MfS.

keine spezifischen Vorkenntnisse verfügt haben.[35] Langjährige Erfahrung auf der »Kirchenlinie« besaßen jedoch die Referatsleiter und viele Mitarbeiter.

Struktur der Hauptabteilung XX/4 1972



Mit diesem Personalbestand führte die Abteilung zum Jahresende 1971 insgesamt 144 IM (ohne IMK),[36] was in etwa dem Stand von 1960 entsprach. Allerdings hatte sich die »Qualität« des IM-Netzes zwischenzeitlich deutlich verbessert. Neben einer stattlichen Anzahl von Pfarrern, Oberkirchenräten und Laien in wichtigen Synodalämtern waren erstmals auch zwei Bischöfe als IM registriert: der Thüringer Bischof Braecklein (IM »Ingo«)[37] und Bischof Gienke (IM »Orion«)[38] in Greifswald. Auch in der katholischen Kirche verfügte die Staatssicherheit über ein Spitzelnetz.[39] Allerdings gelang es ihr nur selten, hochrangige Kleriker für die konspirative Zusammenarbeit zu gewinnen.[40]

Die Organisation der Arbeit erfolgte auf der Basis detaillierter Jahrespläne, die Aufgaben, Zuständigkeiten und Terminstellung konkret festlegten. Die erreichten Ergebnisse wurden dann regelmäßig in den Jahresanalysen »eingeschätzt«. Mit Beginn der siebziger Jahre gab es zusätzlich Perspektivpläne für die jeweils nächsten fünf Jahre. Die innere Arbeitsorganisation folgte einem festen Rhythmus und war in hohem Maße formal-bürokratisch organisiert: Fragen der aktuellen Vorgangsbearbeitung wurden regelmäßig mit allen Referats-

---

35 Kaderkarteikartei Harry Otto; BStU, MfS. Harry übte diese Funktion bis Juli 1975 aus, anschließend übernahm er die Leitung der Operativgruppe beim Leiter der HA XX.

36 HA XX/4: Jahresanalyse über die Entwicklung der politisch-operativen Lage und die Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit auf der Linie XX/4 v. 8.1.1972; BStU, MfS, HA XX/4, Ablage Org. 53 (2), Bl. 423.

37 BStU, MfS, AIM 24028/91. Die Akte (2 Bde.) wurde erst 1996 im vorvernichteten Material aufgefunden. Braecklein ist seit 1956 als Kontaktperson geführt und 1959 als IM registriert worden.

38 Reg.-Nr.: I/1066/72 (BV Rostock); der Vorgang (6 Bde.) wurde am 4.12.1989 »gelöscht«. Vgl. auch Saß, Rahel von: Der »Greifswalder Weg«. Die DDR-Kirchenpolitik und die Evangelische Landeskirche Greifswald 1980 bis 1989. Schwerin 1998.

39 Vgl. als erste Übersicht Grande, Dieter; Schäfer, Bernd: Kirche im Visier. SED, Staatssicherheit und Katholische Kirche in der DDR. Leipzig 1998; Kösters, Christoph: Staatssicherheit und Caritas 1950–1989. Zur politischen Geschichte der katholischen Kirche in der DDR. Paderborn 2001.

40 So beispielsweise den Magdeburger Prälaten Heinrich Jäger (IM »Bernstein«); BStU, MfS, AIM 145/88. Zur besonderen Problematik der kirchlichen »Gesprächsbeauftragten« vgl. die Beiträge von Haese, Ute; Grande, Dieter; Schäfer, Bernd. In: Vollnhals (Hg.): Kirchenpolitik von SED und MfS (Anm. 1), S. 371–381 u. 388–404.

leitern beraten, ebenso regelmäßig fand ein thematischer Erfahrungsaustausch zur weiteren »Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit« statt. Der Anleitung der Referatsleiter dienten festgelegte wöchentliche Aussprachen mit dem Abteilungsleiter bzw. seinem Stellvertreter. Die Referatsleiter ihrerseits waren gehalten, sich monatlich durch einen Rapport ihrer Mitarbeiter über die Ergebnisse der geleisteten Arbeit unterrichten zu lassen. Dabei sei eine »gesunde Atmosphäre der Kritik und Selbstkritik zu pflegen und eine ständige Auswertung der Arbeitsergebnisse vorzunehmen«. Die Mitarbeiter schließlich hatten nach einem wöchentlichen Arbeitsplan zu arbeiten, der vorgelegt werden musste.[41]

Für eine kräftige Zunahme des Arbeitspensums sorgten vor allem die seit dem Grundlagenvertrag von 1972 erheblich erweiterten Möglichkeiten für Westkontakte. Zur vorbeugenden Bekämpfung der »politisch-ideologischen Diversion« wurden allein 1975 rund 2 000 Personen aus medizinischen, pädagogischen und künstlerischen Berufen, die in kirchlichen Hauskreisen mitwirkten, namentlich erfasst.[42] Ein Jahr später meldete die HA XX/4 »im Zusammenhang mit der Provokation Brüsewitz« die Überprüfung von 1 200 Personen, die als »Protestbriefschreiber« oder »Demonstrativtäter« aufgefallen waren. Des Weiteren wurden in Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen 800 Personen registriert, die Verbindung zu kirchlichen Stellen im Westen besaßen.[43]

Zur gezielten Bearbeitung der »Inspiratoren des politischen Untergrunds« richtete die kirchenpolitische Abteilung 1977 erstmals eine Arbeitsgruppe ein. Doch sollte es noch einige Jahre dauern, bis daraus ein eigenes Referat hervorging. Aufs Ganze gesehen gab die kirchenpolitische Lage in den siebziger Jahren, trotz erster Anzeichen oppositioneller Basisaktivitäten, kaum Anlass zu sonderlicher Beunruhigung. Die Personalstärke der HA XX/4 blieb daher bis 1982 nahezu konstant, während andere Abteilungen in dieser Zeit kräftig aufgestockt wurden. So stieg der Personalbestand der Hauptabteilung XX in der Berliner Zentrale von 218 Mitarbeitern im Jahre 1970 bis 1982 auf 400, die Gesamtstärke des MfS von 43 300 auf 81 500.[44]

---

[41] Jahresplan der Abteilung XX/4 v. 14.1.1972; BStU, MfS, HA XX/4, Ablage Org. 53 (2), Bl. 593 ff.

[42] HA XX/4: Rapport über die Erfüllung der Kampfprogramme zum 25. Jahrestag der DDR, zum 25. Jahrestag der Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit, zum 30. Jahrestag der Befreiung und in Vorbereitung des IX. Parteitages der SED v. 22.10.1975; ebenda, Bl. 306.

[43] HA XX/4: Jahresanalyse 1976 über die Entwicklung der politisch-operativen Lage und die Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit auf der Linie XX/4 v. 6.1.1977; BStU, MfS, HA XX/4, Ablage Org. 53 (1), Bl. 302 f.

[44] Vgl. Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Hg. BStU. Berlin 2000, S. 99 und Anlage.

Mitarbeiterentwicklung (ohne OibE und HIM) 1972 bis 1988[45]

Jahr	MA
1972	21
1979	23
1981	24
1982	24
1983	32
1984	35
1985	40
1986	40
1987	41
1988	44

Eine neue Situation entstand in den frühen achtziger Jahren mit dem Erstarken der kirchlichen Friedensbewegung und den heftigen Auseinandersetzungen, die 1982 das Verbot des Aufnähers »Schwerter zu Pflugscharen« auslöste.[46] Als Reaktion wurde im Lutherjahr 1983 die kirchenpolitische Abteilung von 24 auf 32 Mitarbeiter verstärkt. Als »absoluten Schwerpunkt« benannte die Planvorgabe für 1983 die Bekämpfung der unabhängigen Friedensbewegung: »Es sind solche politisch-operativen Abwehrmaßnahmen offensiv zu entwickeln, damit sich feindlich-negative Kräfte, ganz gleich unter welcher Begründung (staatlich unabhängige Friedensbewegung, Umweltschutz, Menschenrechte u. a.) nicht formieren und organisieren können. Konterrevolutionäre Aktivitäten nach dem Beispiel in der VR Polen sind bereits in ihren Ansätzen vorbeugend zu verhindern.«[47] Noch im Herbst 1983 wurde in der HA XX/4 ein eigenes Referat zur Bekämpfung des »politischen Untergrundes« gegründet. Die Leitung übernahm Wolfgang Grimm, ein jüngerer MfS-Mitarbeiter, der im Fernstudium an der Humboldt-Universität Kriminalistik studiert hatte.

Damit fand die kirchenpolitische Abteilung ihre endgültige Struktur.[48] Sie wurde seit Frühjahr 1979 von Joachim Wiegand (Jg. 1932) geleitet, der bereits 1952 in die Dienste des MfS getreten war. 1959 übernahm er in der Rostocker Bezirksverwaltung die Leitung eines Referates der Abteilung II (Spionageabwehr), 1966 erfolgte seine Versetzung nach Berlin zur HA XX/4. Ab 1970 leitete Wiegand das Referat IV (Operationsgebiet) gleichzeitig absolvierte er ein Fernstudium an der MfS-Hochschule (Diplom-Jurist) und stieg 1975 zum stellvertretenden Abteilungsleiter auf.[49] Diese Position nahm ab 1979 Klaus Roßberg ein, der lange Jahre das Referat I (Evangelische Kirche) geführt hatte. Die neu geschaffene Position eines 2. Stellvertreters bekleidete seit Ende 1983 Artur Hermann. Er kam aus der Bezirksverwaltung Gera, wo er sich, zuletzt als stellvertretender Leiter der Abteilung XX, besondere Kenntnisse bei der Bearbeitung der Thüringer Kirche erworben hatte.[50]

Im Juni 1988 verfügte die Abteilung über 44 reguläre Planstellen. Hinzu kamen weitere zehn für Offiziere im besonderen Einsatz bzw. hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter, davon zwei OibE- und die beiden HIM-Stellen für das »Institut Wandlitz«. Des Weiteren zählten zur HA XX/4 sechs Offiziersschüler, die 1988 als Nachwuchskader ein Studium

45 Angaben nach jährlicher Analyse über Ausfalltage wegen Krankheit, Kur, Schulbesuch und Studientage, bezahlter und unbezahlter Freistellung vom Dienst und Haushaltstage; BStU, MfS, HA XX 275.

46 Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Hg. BStU. Berlin 1997, S. 389–498.

47 HA XX/4: Planvorgabe 1983 v. 8.10.1982; BStU, MfS, HA XX/4, Ablage Org. 50 (8), Bl. 103.

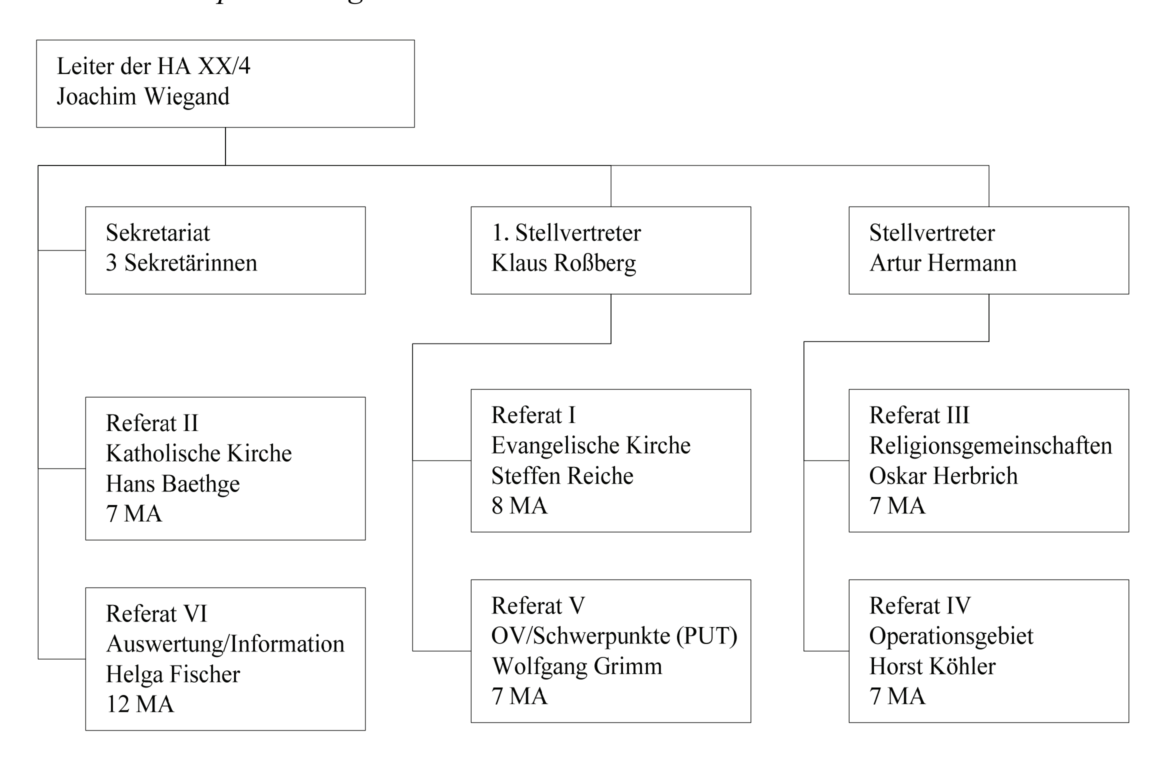
48 Das bisherige Referat V (Information und Auswertung) wurde in Referat VI umbenannt.

49 Kaderakte Joachim Wiegand; BStU, MfS, KS 4409/90.

50 Vgl. als instruktive Fallstudie Schilling, Walter: Die »Bearbeitung« der Landeskirche Thüringen durch das MfS. In: Vollnhals (Hg.): Kirchenpolitik von SED und MfS (Anm. 1), S. 211–266.

an den Universitäten Berlin und Jena bzw. an der MfS-Hochschule absolvierten. Auf der nachgeordneten Linie XX/4 in den 15 Bezirksverwaltungen waren zuletzt rund 120 Hauptamtliche eingesetzt.

Struktur der Hauptabteilung XX/4 1988[51]



5.4 Das IM-Netz

Einen detaillierten Einblick in die IM-Struktur der späten achtziger Jahre bietet eine Statistik von 1987. Danach waren für die HA XX/4 zum Jahresende insgesamt 223 Personen in unterschiedlichen Funktionen als IM tätig: 81 IMS, 10 IME, 65 IMB, 54 IMK und 13 GMS.[52] Weiterhin verzeichnet die Statistik 61 IM-Vorläufe, das heißt Personen, die vom MfS aufgeklärt wurden und für eine inoffizielle Zusammenarbeit gewonnen werden sollten. Von den IM im engeren Sinne gehörte rund ein Fünftel der SED an, ihre staatsloyale Haltung dürfte öffentlich bekannt gewesen sein. Bei den IMK und GMS, die andere Funktionen erfüllten, lag der Anteil der Parteimitgliedschaft bei 85 Prozent. Die Altersstruktur der IM (ohne IMK/GMS) sah wie folgt aus: 28 waren bis 35 Jahre alt (davon 8 bis 25 Jahre), bei den bis 45-Jährigen verzeichnete die Statistik 51, bis 55 Jahre nochmals 50, älter als 56 Jahre waren 27 IM (davon 8 über 65 Jahre). Die konspirativen Treffen fanden zumeist monatlich (61 Fälle), häufig sogar alle 14 Tage (47 Fälle) statt. Für elf IM ist im Berichtsjahr kein Treffen angegeben, ohne dass eine nähere Begründung vorliegt. Mit ihrem Führungsoffizier trafen sich 100 IM überwiegend in konspirativen Wohnungen, bei 52 ist als Treffort das »Arbeits- und Dienstzimmer bzw. Wohnung des IM« angegeben. Letzteres galt auch für 17 IMB.

---

[51] Stellenplan der HA XX/4 v. 13.8.1988; BStU, MfS, HA XX/4 13, Bl. 183–186. Personalstärke der Referate inkl. OibE und HIM. Unbesetzt war im Juni 1988 jeweils eine Stelle in den Referaten II, V und VI.

[52] HA XX/4: Einschätzung der Qualität und Wirksamkeit der IM-, OV- und OPK-Arbeit im Jahre 1987 v. 6.1.1988; BStU, MfS, HA XX/4 14, Bl. 7 f.

Von den 156 IM (ohne IMK/GMS) arbeiteten 86 »in Schwerpunktbereichen bzw. Schlüsselpositionen«; weitere Angaben zum konkreten Einsatzbereich lassen sich der Statistik nicht entnehmen. Unter der Rubrik »[Einsatz] im und nach Operationsgebiet« sind 38 IM registriert (14 IMS, 23 IMB, 1 IME). Da bei elf IM als Staatsangehörigkeit »NSA« (nichtsozialistisches Ausland) angegeben ist, dürfte es sich hierbei überwiegend um Bürger der Bundesrepublik handeln, die für die HA XX/4 kirchliche Einrichtungen im Westen ausspionierten. Die übrigen Einsätze im Operationsgebiet gehen auf das Konto von IM aus der DDR, die sich zeitweilig zu Tagungen, Privatbesuchen oder wegen anderer Reiseanlässe im Westen aufhielten.

Zur Bearbeitung von Operativen Personenkontrollen (OPK) wurden fünf IMS und sieben IMB verwendet, in der höchsten Bearbeitungsstufe, den Operativen Vorgängen (OV), kamen elf IMS und neun IMB zum Einsatz. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang der Vergleich mit der OPK/OV-Statistik. Zum Jahresende 1987 weist sie 31 aktuell geführte OPK gegen 32 Personen aus sowie 15 OV, in denen insgesamt 216 Personen erfasst waren. Einen besonderen Schwerpunkt stellten die Zentralen Operativen Vorgänge (ZOV) dar, die ihrerseits aus verschiedenen Teilvorgängen (TV) bestanden. Ausdrücklich genannt wurden 1987 die ZOV »Konflikt« (überregionale Umweltkreise), »Symbol« (überregionale Friedenskreise), »Container« (Ostmissionen) und »Sumpf« (Zeugen Jehovas). Aus der Gegenüberstellung ergibt sich, dass die gezielte operative Bearbeitung von Personen nicht im Mittelpunkt der IM-Tätigkeit stand. Die meisten IM nutzte die HA XX/4 primär zur allgemeinen Informationsbeschaffung. Daneben sollten IM, vor allem jene in herausgehobenen Positionen, als Einflussagenten im Sinne des MfS wirken. Diese Tätigkeit ließ sich allerdings nicht statistisch bilanzieren.

An gelegentlichen oder regelmäßigen Zuwendungen erhielten die IM der HA XX/4 im Jahre 1987 insgesamt 145 300 Mark, weitere 12 128 Mark wurden im Finanzplan als Auslagenersatz für IM abgebucht. Rechnet man die unmittelbaren Treffkosten und den Unterhalt der konspirativen Wohnungen hinzu, so beliefen sich die Ausgaben auf 188 159 DDR-Mark plus 17 208 DM an Devisen.[53] Zum Vergleich: Andere Abteilungen mit einem erheblich größeren IM-Netz wie beispielsweise die HA XX/7 (Kultur/Medien) mussten mit 35 000 Mark auskommen, der HA XX/1 (Staatsapparat) standen 45 000 Mark zur Verfügung, die HA XX/3 (Sport) verbrauchte 65 000 Mark.

Da für die nachgeordneten Ebenen bislang keine Statistiken vorliegen, lässt sich der gesamte IM-Bestand nur annäherungsweise abschätzen. In Berlin, der mit rund 3 800 hauptamtlichen Mitarbeitern größten Bezirksverwaltung, waren 1989 im kirchenpolitischen Referat 13 operative Mitarbeiter beschäftigt. Das Referat XX/4 der (zweitstärksten) Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt zählte zehn Mitarbeiter, in Dresden weist der Stellenplan neun Mitarbeiter (und eine unbesetzte Planstelle) aus, in Neubrandenburg und Gera jeweils acht. In den Bezirksverwaltungen Frankfurt/Oder, Potsdam und Rostock kamen zuletzt auf der »Kirchenlinie« jeweils sieben Mitarbeiter zum Einsatz, in Cottbus sechs.[54] Diesen Teilzahlen ist zu entnehmen, dass 1988/89 etwa 120 MfS-Offiziere mit der Bearbeitung der Kirchen und Religionsgemeinschaften beschäftigt waren. Bei einer sehr vorsichtigen Schätzung von durchschnittlich fünf IM für jeden operativen Mitarbeiter (dies entspricht dem Verhältnis in der HA XX/4) ergibt sich eine Größenordnung von ungefähr 600 IM. Dieser Wert kann als Untergrenze angesehen werden, da die Fachabteilungen der Bezirksverwaltungen in der Regel mehr IM pro Mitarbeiter zu führen pflegten als die

---

53 HA XX/4: Operative Ausgaben im Jahre 1987, o. D.; BStU, MfS, HA XX Bündel 167. Zur finanziellen Seite vgl. auch Vollnhals: Die kirchenpolitische Abteilung (Anm. 1), S. 103 f.

54 Angaben nach Struktur- und Stellenplänen der genannten Bezirksverwaltungen, teils auch aus Jahresarbeitsplänen 1988/89 entnommen.

Hauptabteilungen.[55] Inklusive der HA XX/4 ist somit die untere Grenze des aktiven IM-Bestandes der gesamten »Kirchenlinie« mit mindestens 800 IM anzusetzen, wobei jene IM, die von den rund 200 Kreisdienststellen des MfS geführt wurden, noch nicht berücksichtigt sind. Sie stellen eine kaum schätzbare Dunkelziffer dar und könnten den IM-Bestand nochmals erheblich in die Höhe treiben.

Die Tätigkeit der kirchenpolitischen Abteilung des MfS beschränkte sich nicht auf die Bespitzelung und Unterwanderung der Kirchen. Sie nahm mit ihren spezifischen Mitteln und Methoden zugleich eine zentrale Koordinierungs- und Kontrollfunktion bei der Umsetzung der staatlichen Kirchenpolitik wahr, denn ihre IM und Offiziere im besonderen Einsatz besetzten wichtige kirchenpolitische Schlüsselpositionen im gesamten Staatsapparat. Im Staatssekretariat für Kirchenfragen arbeiteten zuletzt drei OibE, die regulär auf dem Stellenplan der HA XX/4 geführt wurden. Andere Abteilungsleiter und Referenten waren als IM verpflichtet. Mit Staatssekretär Klaus Gysi und seinem Stellvertreter Hermann Kalb von der CDU, die beide in früheren Jahren langjährig konspirativ für die Staatssicherheit tätig gewesen waren, arbeitete man hingegen auf »offizieller Ebene« zusammen.[56] Als IM, teils auch als OibE, waren in den achtziger Jahren ferner die meisten Referenten für Kirchenfragen bei den Räten der Bezirke und Kreise verpflichtet. Sie sorgten vor Ort für die Abstimmung der staatlichen Kirchenpolitik mit den inoffiziellen Vorgaben des MfS.

Über Schlüsselpositionen im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen beeinflusste das MfS nachhaltig die Kader- und Berufungspolitik der theologischen Fakultäten bzw. Sektionen. Hier arbeiteten über die Jahrzehnte drei der jeweils zuständigen Fachreferenten zugleich für die HA XX/4. Zuletzt wurde diese Position ebenfalls mit einem OibE besetzt.[57] Auch im Innenministerium hatte die kirchenpolitische Abteilung zwei Offiziere im besonderen Einsatz platziert.[58] Sie waren in der Abteilung I der Hauptabteilung Kriminalpolizei beschäftigt und leiteten dort jene Mitarbeiter in den Dienststellen des Arbeitsgebietes I der Kriminalpolizei (K I) an, die für die Bespitzelung der kleineren Religionsgemeinschaften (mit Ausnahme der Zeugen Jehovas) zuständig waren und zu diesem Zweck ein eigenes IM-Netz unterhielten.

5.5 Übernahme in das Amt für Nationale Sicherheit

Die Unbeweglichkeit der staatlichen Kirchenpolitik wurde von der HA XX/4 mit zunehmender Besorgnis registriert. Sie plädierte, wie einem Positionspapier vom 18. Oktober 1989 zu entnehmen ist, für eine flexiblere Linie. Anderseits hielt man, und das verdeutlicht den taktischen Charakter dieses Papiers, nachdrücklich an der Differenzierungspolitik fest: »Dabei ist vor allem auch an der Basis zu sichern, dass noch besser zwischen pro-

---

[55] Bezogen auf alle operativen MfS-Diensteinheiten führte 1988 in den Kreisdienststellen ein Führungsoffizier 11,6 IM, in den Abteilungen und selbstständigen Referaten der Bezirksverwaltungen lag das Verhältnis bei 1 : 7,9 IM, in der Hauptabteilung I bei 1 : 11,2 IM, in den übrigen zentralen Diensteinheiten bei 1 : 4,6 IM.

[56] Nachweise bei Vollnhals: Die kirchenpolitische Abteilung (Anm. 1), S. 96 f.; zur Institution vgl. Boyens, Armin: Das Staatssekretariat für Kirchenfragen. In: Vollnhals (Hg.): Kirchenpolitik von SED und MfS (Anm. 40), S. 120–138.

[57] Vgl. Besier, Gerhard: »Politische Reifeprozesse«. Zum Engagement des MfS an den theologischen Fakultäten bzw. Sektionen. In: ebenda, S. 267–297.

[58] Nachweise bei Vollnhals: Die kirchenpolitische Abteilung (Anm. 1), S. 97; vgl. auch: Der Beitrag des Arbeitsgebietes I der DDR-Kriminalpolizei zur politischen Überwachung und Repression. Hg. v. d. Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Berlin und Sachsen. Berlin 1996.

gressiven, politisch loyalen Kräften und tatsächlichen Gegnern der sozialistischen Entwicklung differenziert und der Polarisierungsprozess gefördert wird.« Feindliche Aktivitäten kirchlicher Amtsträger seien differenziert, aber konsequent zu unterbinden.[59]

Ganz in diesem Geiste stand auch die Absicht, die kirchenpolitische Abteilung im Amt für Nationale Sicherheit fortzuführen, das nach der Regierungserklärung Modrows vom 17. November 1989 gebildet worden war.[60] Als Aufgabenstellung definierte ein Entwurf der HA XX vom 27. November in altbekannter Diktion: »Aufklärung und Abwehr des Missbrauchs der Kirchen und Religionsgemeinschaften durch Personen und Zusammenschlüsse für verfassungsfeindliche und andere gesetzwidrige Handlungen.« Auch die »operative Aufklärungsarbeit in kirchlichen Weltorganisationen« und die »Bearbeitung der illegal tätigen Zeugen Jehovas« sollten weiterhin zu den Aufgaben gehören.[61] Seit dem 19. Oktober war die HA XX/4 zudem für die zentrale Koordinierung aller Maßnahmen zur Bearbeitung der »Sozialdemokratischen Partei in der DDR« (SDP) zuständig, wohl weil sie von einem Kreis jüngerer evangelischer Theologen gegründet worden war.[62]

Am tradierten Feindbild änderte sich im Spätherbst 1989 kaum etwas, erklärte doch Oberst Wiegand am 2. Dezember auf einer internen Delegiertenkonferenz unbeirrt: »Ich bin immer dafür eingetreten, dass die Kräfte in den Kirchen, welche die Kirchen missbrauchen, bekämpft werden müssen, das ist mein Feindbild und dazu stehe ich heute noch.« Er werde sich jedoch auch in Zukunft dafür einsetzen, »dass unsere Partei im Sinne der Bündnispolitik ihre Position tiefgründig zu den Christen unseres Landes überdenkt«, denn viele Christen wollten ebenfalls »eine sozialistische DDR«.[63]

So verwundert es nicht, dass man auch an die Fortführung eines hoch qualifizierten IM-Netzes dachte, während die Verbindung zu weniger ergiebigen und zuverlässigen Quellen abgebrochen werden sollte. Als Legitimation für die weitere Bespitzelung der Kirchen musste jetzt die Abwehr extremistischer Bestrebungen herhalten. Als »Ziel und Aufgaben« der nunmehr als »Bereich 4« firmierenden Abteilung benannte eine Richtlinie unter anderem:

»– Gewinnung von Erkenntnissen zu religiösen Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen, die Gewaltanwendung gegen Personen und Sachen propagieren, organisieren und praktizieren.
– Aufklärung und Abwehr von mit konspirativen und anderen geheimdienstlichen Mitteln vorgetragenen Angriffen gegen die Staats- und Rechtsordnung der DDR, die unter Missbrauch von Kirchen, Religionsgemeinschaften oder deren Einrichtungen erfolgen.
– Schutz der Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie der Rechte Gläubiger vor antireligiösen, antisemitischen, rassistischen und extremistischen Angriffen, soweit dies die An-

---

[59] Ausgangspunkte und nächste Aufgaben der staatlichen Kirchenpolitik v. 18.10.1989 mit Paraphe Hermanns; BStU, MfS, HA XX/4 2064, Bl. 160–163.

[60] Zum AfNS vgl. Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Hg. BStU. Berlin 1999, S. 533–560.

[61] HA XX: Vorschlag für den Teil einer neuen Struktur des Amtes für Nationale Sicherheit, die sich aus dem bisherigen Sicherungsgegenstand der Hauptabteilung unter Berücksichtigung der veränderten Lagebedingungen ergeben v. 27.11.1989; BStU, MfS, HA XX/4 13, Bl. 56–67, hier 58 f.

[62] Rundschreiben des Leiters der HA XX, Generalleutnant Kienberg, an die Bezirksverwaltungen v. 19.10.1989: Information über die weitere Formierung DDR-weiter oppositioneller Sammlungsbewegungen; BStU, MfS, BV Halle, Abt. IX 344, Bl. 24 f. Zugleich wurde die »operative Federführung« für die Bearbeitung des »Neuen Forums« der HA XX/9 zugewiesen.

[63] Redebeitrag auf der Delegiertenkonferenz der SED-Grundorganisation im AfNS am 2.12.1989. Zit. nach: Süß, Walter: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989. Hg. BStU. Berlin 1994, S. 52.

> wendung nachrichtendienstlicher Mittel und Methoden erforderlich macht und mit polizeilichen und anderen Maßnahmen nicht realisierbar ist.«[64]

Nach der Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit, die am 14. Dezember auf Druck der Bürgerbewegung erfolgte, sahen die internen Planungen die Übernahme von 24 Mitarbeitern der HA XX/4 in das neue Amt für Verfassungsschutz vor, wobei die Leitung anscheinend bei den bewährten Führungskadern Wiegand und Hermann verbleiben sollte. Von den übrigen Mitarbeitern waren zu diesem Zeitpunkt fünf beim Zoll untergekommen, sechs weitere strebten in den zivilen Staatsdienst, während die älteren Genossen mit Jahresbeginn 1990 in Rente bzw. Übergangsrente gehen sollten.[65]

5.6 Zusammenfassung

Die kirchenpolitische Abteilung erfüllte zweifellos ihren geheimdienstlichen Informations- und Überwachungsauftrag, auch wenn ideologische Barrieren häufig einer unvoreingenommenen Analyse und Bewertung des inoffiziell erarbeiteten Informationsaufkommens im Wege standen. Das IM-Netz reichte seit den frühen sechziger Jahren, zumindest im Bereich der evangelischen Kirche, bis in höchste Leitungspositionen, sodass die Staatssicherheit (und damit auch die SED-Führung) umfassend über innerkirchliche Entwicklungen und vertrauliche Beratungen von Leitungsgremien unterrichtet war. Zudem übernahm die kirchenpolitische Abteilung eine zentrale Koordinierungsfunktion bei der Durchsetzung der staatlichen Kirchenpolitik. Wichtige Schlüsselpositionen wurden systematisch mit inoffiziellen Mitarbeitern, teils sogar mit Offizieren im besonderen Einsatz besetzt. Sie überwachten die Tätigkeit der Staatsorgane und setzten in ihren Bereichen jeweils die inoffiziellen Vorgaben des MfS in staatliches Handeln um. Die offizielle Kirchenpolitik der SED kann deshalb nicht von der konspirativen des MfS getrennt werden. Beide bildeten vielmehr eine innere Einheit, deren Bestandteile sich gegenseitig bedingten und ergänzten.

---

64 [AfNS] Bereich 4: Aufklärung und Abwehr verfassungs- und gesetzwidriger Handlungen extremistischer religiöser und klerikaler ausländischer Organisationen und Einrichtungen – Sicherung der verfassungsmäßigen Rechte religiös gebundener Bürger und deren Schutz vor antireligiösen, antisemitischen und extremistischen Angriffen in Sicherheitspartnerschaft mit betroffenen Institutionen und Personen, o. D.; BStU, MfS, HA XX/4 2063, Bl. 170 f.

65 HA XX/4: Kaderbestand v. 15.12.1989; BStU, MfS, HA XX/4 2063, Bl. 186 f.

6 Abteilung 5: Bekämpfung von KgU und UfJ, später der organisierten Fluchthilfe sowie exponierten SED-Gegnern im Westen

Von Thomas Auerbach

6.1 Vorläufer der Diensteinheit

Im Frühjahr 1952 gingen beim MfS in Berlin alarmierende Berichte über die Tätigkeit westlicher »Feindorganisationen« aus den damaligen Länderverwaltungen des Ministeriums ein. Als besonders gefährlich wurde in einem Bericht der Verwaltung Thüringen vom 27. März 1952 die 1948 von Rainer Hildebrandt gegründete Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) und der Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen (UfJ) eingeschätzt.[1] Beide Organisationen wirkten von Westberlin aus in die DDR hinein. Das MfS unterstellte der KgU nicht nur Propaganda gegen die DDR, sondern auch Spionage, Mord, Terror, Diversion und Sabotage. So berichtete die Verwaltung Thüringen, dass KgU-Agenten ergriffen wurden, die hochaktive Säure, getarnt als Schnaps aus volkseigener Herstellung, bei sich führten, um damit die Kugellager wertvoller Maschinen unbrauchbar zu machen.[2] Auch seien in den Westberliner Labors der KgU Glasampullen, gefüllt mit Phosphorsäure, hergestellt und zum Verursachen starker Brandherde gegen Zielobjekte in der DDR eingesetzt worden. Auf das Konto der KgU gingen nach Meinung des MfS auch geplante und durchgeführte Sprengstoffanschläge gegen Verkehrsverbindungen und die Volkswirtschaft der DDR.[3] Durch gefälschte Behördenbriefe und Anweisungen organisiere die KgU »administrative Störungen« in Volkswirtschaft, Verkehrssystem und Staatsapparat der DDR.[4] Allein im Jahr 1950 verbreitete die KgU über West-Rundfunksender die Namen von 20 000 mutmaßlichen Stasi-Spitzeln.[5]

Das MfS reagierte auf die Aktivitäten der KgU mit zahlreichen Entführungen und Verhaftungen, und die DDR-Justiz verurteilte die vermeintlichen oder tatsächlichen KgU-Agenten zu hohen und höchsten Strafen. So wurde beispielsweise der Chefchemiker der KgU, Wolfgang Kaiser, im Februar 1952 aus Westberlin entführt, in einem Schauprozess zum Tode verurteilt und später hingerichtet.[6] Anfang 1952 ging das MfS weiter in die Offensive: Um die Arbeit der Diensteinheiten gegen die KgU koordinieren zu können, erließ der damalige Minister für Staatssicherheit, Wilhelm Zaisser, am 24. April 1952 den Befehl 60/52.[7] Bisher hatte diese Koordinierungsfunktion weitgehend in den Händen der sowjetischen Instrukteure in der Staatssicherheit gelegen, die dem Bevollmächtigten des MGB in der DDR unterstellt waren.[8]

---

[1] Verwaltung Thüringen des MfS: Bericht über westliche Feindorganisationen v. 27.3.1952; BStU, MfS, AS 555/57, Bd. 1, Bl. 194–201; vgl. Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956. Hg. BStU. Berlin 1998.

[2] Verwaltung Thüringen des MfS: Bericht über westliche Feindorganisationen v. 27.3.1952; BStU, MfS, AS 555/57, Bd. 1, Bl. 195.

[3] Ebenda, Bl. 196 f.

[4] Vgl. Merz, Kai-Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987, S. 159 ff.

[5] Ebenda, S. 140.

[6] Ebenda, S. 168.

[7] Befehl 60/52 des Ministers; BStU, MfS, BdL/Dok. 000062.

[8] Vgl. Engelmann, Roger: Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950–1959. In: Suckut, Siegfried; Süß, Walter (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS. BStU. Berlin 1997, S. 51–72, hier 53.

Zaisser veranlasste nunmehr, dass alle von Diensteinheiten des MfS geführten Ermittlungen gegen die KgU der Abteilung V zu melden seien. »Einschneidende Maßnahmen zur Bekämpfung der KgU, vor allen Dingen Verhaftungen«, so ordnete der Minister weiter an, »sind vorher mit der Abteilung V des Ministeriums abzusprechen«.[9] Zahlreiche Vollzugsmeldungen aus den Länderverwaltungen gingen daraufhin bei der Abteilung V ein. So meldete die Verwaltung Thüringen bereits am 5. Juni, dass im Land gegen vier Widerstandsgruppen der KgU ermittelt werde.[10] Die Verwaltung Sachsen-Anhalt berichtete am 16. Juni 1952 über die Verhaftung einer siebenköpfigen Widerstandsgruppe in Wittenberg.[11]

Auch die Bekämpfung des 1949 von Horst Erdmann (alias »Dr. Theo Friedenau«) gegründeten UfJ wurde von der Abteilung V koordiniert.[12] Der UfJ, der zeitweise bis zu 80 hauptberufliche Mitarbeiter zählte, beschäftigte sich in erster Linie mit der Erfassung und Dokumentation von in der DDR begangenen staatlichen Unrechtshandlungen und bot in seinen Westberliner Büros eine umfassende Rechtsberatung für DDR-Bürger an. Sein besonderes Interesse galt der Tätigkeit der Justiz, der Polizei- und Strafvollzugsorgane sowie der Staatssicherheit. Später kümmerte er sich auch um den Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere um die hiermit verbundenen Rechtsfragen.[13] Großes Aufsehen erregte die Entführung des Abteilungsleiters beim UfJ, Walter Linse, aus Westberlin durch das MfS am 8. Juli 1952. Linse wurde 1953 von einem sowjetischen Militärtribunal zum Tode verurteilt und hingerichtet.[14]

Für UfJ und KgU war in der Abteilung V spätestens ab Ende 1951 das Referat C zuständig. Nach der Gründung der Hauptabteilung V im November 1953 ging diese Zuständigkeit an die Hauptabteilung bzw. Linie V/5 über.[15] Am 23. Februar 1953 erließ Erich Mielke die Dienstanweisung 8/53 unter dem Decknamen »Karo«. Dort legte er die Federführung der Abteilung V bei der Arbeit gegen die KgU fest.[16] Die Akte »Karo« zeigte, wie sehr das MfS zu diesem Zeitpunkt die KgU bereits infiltriert hatte. Beispielsweise war dem MfS genau bekannt, von wo aus man die Alarmanlage in der Westberliner Zentrale der KgU abschalten konnte oder welche Chemikalien im Kühlschrank des KgU-Labors gelagert wurden.[17] Aber auch die KgU versuchte in DDR-Organen konspirative Tätigkeiten zu entfalten. Die Befreiung eines KgU-Mitglieds 1953 aus der Haft in Halle vermittels gefälschter Entlassungspapiere misslang beispielsweise nur, weil die gefälschten Unterlagen versehentlich an eine andere Haftanstalt geschickt wurden.[18] Besonderen Verdruss

---

9 Ebenda, S. 2.

10 Verwaltung Thüringen: Maßnahmen gegen die KgU laut Befehl 60/52 v. 5.6.1952; BStU, MfS, AS 555/57 Bd. 1, Bl. 250 f.

11 Verwaltung Sachsen-Anhalt: Bericht über die Zerschlagung einer Widerstandsgruppe der KgU in Wittenberg v. 16.6.1952; ebenda, Bl. 176–183.

12 Kaderakte Otto Knye; BStU, MfS, BV Potsdam, KS II 103/83, Bl. 40.

13 Zum UfJ vgl. Hagemann, Frank: Der Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen 1949–1969. Frankfurt/M. 1994; Mampel, Siegfried: Der Untergrundkampf des MfS gegen den Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen in Berlin (West). Berlin 1994.

14 Fricke, Karl Wilhelm: Rechtsanwalt Walter Linse postum rehabilitiert. In: DA 29(1996)5, S. 713–717; Ders.: Postskriptum zum Fall Linse. In: DA 29(1996)6, S. 917–919.

15 Siehe etwa die einschlägigen Dienstanweisungen: DA 13/51 V/C v. 28.11.1951 zur Berichterstattung auf der Linie UfJ; BStU, MfS, BdL/Dok. 051268; DA 6/51 V/C v. 16.5.1951 zu Desorganisationen in staatlichen Organisationen durch die Hildebrandtgruppe; BStU, MfS, BdL/Dok. 002010. Der Hinweis auf die Zuständigkeit der Linie V/C (Abteilung V, Referat C) ist durch das betreffende Kürzel nach der Nummerierung der Dienstanweisungen gegeben.

16 DA 8/53 Mielkes zur Bekämpfung der KgU v. 23.2.1953, S. 31; BStU, MfS, BdL/Dok. 003046.

17 Ebenda, S. 68 u. 73.

18 BV Halle: Aussagen eines Strafgefangenen über Verbindungen zur KgU v. 17.4.1953; BStU, MfS, AS 557/57, Bl. 117.

bereitete es dem MfS, dass die KgU immer wieder Listen mit Namen von Stasispitzeln veröffentlichte. So fragte der Leiter der Hauptabteilung V/5, Otto Knye, 1955 in einem Schreiben an die Bezirksverwaltung Magdeburg ratlos, wie die KgU in den Besitz dieser Namen gekommen sein könnte. Um dem in Zukunft vorzubeugen, ordnete er an, dass Personen, die für das damalige SfS arbeiteten, kein westliches Gebiet mehr betreten dürften.[19] Wenige Monate später schickte Knye jedoch ganz im Widerspruch dazu während der Aktion »Bumerang« mindestens 23 GI und GM der Abteilung V/5 nach Westberlin, um die Aktivitäten von KgU und UfJ zum 2. Jahrestag des 17. Juni auszuspähen.[20]

Der 1920 geborene Knye fungierte seit seinem Eintritt in das MfS im Juni 1950 in diesem Aufgabenbereich. Er war zunächst als stellvertretender Leiter der Abteilung V der MfS-Verwaltung Mecklenburg tätig und wechselte im Mai 1951 in der gleichen Funktion in die Abteilung V des Ministeriums in Berlin. Im Zuge der Umorganisation der Abteilungen V und VI zur Hauptabteilung V im November 1953 wurde er zum Leiter der HA V/5 berufen.[21] In seiner Kaderakte wurde ihm 1954 bescheinigt:

> »Es ist das Verdienst des Genossen Oberstleutnant Knye, dass eine Reihe von großen Schlägen gegen die feindlichen Agentenzentralen wie KgU, UfJ usw. geführt werden konnten. [...] Obwohl Genosse Oberstleutnant Knye eine Abteilung führt, die sehr schwach mit operativen Mitarbeitern besetzt ist, verzagt er im Kampf gegen die Feinde nicht.«[22]

Im Mai 1955 erhielt Knye den Vaterländischen Verdienstorden, weil es der Abteilung V/5 unter seiner Leitung gelungen war, »mehr als 20 Agenten der Westberliner Agentenzentralen festzunehmen und den Untersuchungsorganen zur Aburteilung zu übergeben«.[23] Mit Wirkung vom 1. September 1956 erfolgte die Versetzung Knyes zur HV A.[24] Sein Nachfolger wurde am 29. September 1956 Heinz Volpert (Jg. 1932), der in der Abteilung bereits seit 1954 als stellvertretender Leiter tätig war. Volpert war bis 1964 Chef der Hauptabteilung V/5. Danach avancierte er zum stellvertretenden Leiter der Hauptabteilung XX.[25]

Im Jahr 1955 hatte die Hauptabteilung V/5 folgende Struktur und Aufgaben:[26]

Referat I

Das Hauptsachgebiet 1 war zuständig für die Bearbeitung des Ministeriums der Justiz, des Obersten Gerichts und der Generalstaatsanwaltschaft der DDR. Das Hauptsachgebiet 2 bekämpfte die Zentrale des UfJ in Westberlin und ihre Nebenstellen. Das Hauptsachgebiet 3 richtete seine Tätigkeit gegen die »Agenturen« des UfJ in der DDR und Ostberlin.

Referat II

Auch dieses Referat gliederte sich in drei Hauptsachgebiete, wobei dem Hauptsachgebiet 1 die Bekämpfung von Terror, Putschversuchen und »Vorbereitungen auf den Tag X« oblag. Das Hauptsachgebiet 2 befasste sich mit der »Aufspürung und Liquidierung der

---

[19] Schreiben des Leiters der HA V/5, Otto Knye, an die BV Magdeburg zum Namensverzeichnis der KgU v. 26.1.1955; ebenda, Bl. 198.

[20] HA V/5: Einsatzplan zur Aktion »Bumerang« v. 14.6.1955; BStU, MfS, AS 180/56, Bl. 54 f.

[21] Aufstellung zu den Dienstzeiten von Otto Knye in den Sicherheitsorganen der DDR in seiner Kaderakte; BStU, MfS, BV Potsdam, KS II 103/83, Bl. 4.

[22] Kaderakte Otto Knye; ebenda, Bl. 40.

[23] Ebenda, Bl. 49.

[24] Ebenda, Bl. 51.

[25] Kaderkarteikarte Heinz Volpert; BStU, MfS.

[26] Strukturplan der HA V v. 3.1.1955; BStU, MfS, BdL/Dok. 003784.

Untergrundtätigkeit der KgU auf dem Gebiet der DDR und in Groß-Berlin«. Das Hauptsachgebiet 3 hatte die Zentrale der KgU und ihre Nebenstellen in Westberlin im Visier.

Referat III
Dieses Referat hatte »faschistisch-militärische Organisationen und ähnliche feindliche Gruppen« im Gebiet der DDR und »Groß-Berlins aufzuklären und zu liquidieren«. Dazu sei es erforderlich, hieß es in der Aufgabenbeschreibung des Referates weiter, die Zentralen dieser Organisationen in Westdeutschland und Westberlin zu bekämpfen. Das Hauptsachgebiet 1 war unter anderem zuständig für Traditionsverbände von SS, Stahlhelm und Wehrmacht. Das Hauptsachgebiet 2 bearbeitete Organisationen wie beispielsweise die »Liga für Menschenrechte«, den »Bund Deutscher Jugend« und die »Europa-Union«.[27]

Durch Anordnung des stellvertretenden Ministers, Bruno Beater, in der Dienstanweisung 16/56 erhielt die Hauptabteilung V/5 ein viertes Referat. Diese Dienstanweisung vom 28. Juni 1956 bestimmte, dass in der Hauptabteilung V/5 ein Referat zur Bearbeitung von Verfassern »antidemokratischer Materialien« zu schaffen sei. Dazu seien die wissenschaftliche Methode des Schriftenvergleichs anzuwenden und Mitarbeiter des MfS entsprechend auszubilden. Alle Vorgänge dieser Art in den Bezirken sollten der Hauptabteilung V/5 gemeldet werden.[28] Dazu gehörten besonders »alle Hetz- und Drohschreiben, die an Parteien, Massenorganisationen, Verwaltungen, Presse, Funk sowie an andere Institutionen und Betriebe der DDR gerichtet sind«, aber auch Wandbeschriftungen mit staats- und parteifeindlichem Inhalt.[29] Von 1964 bis 1989 oblag die »Bearbeitung der staatsfeindlichen Hetze« der Hauptabteilung XX/2. Den Aufgabenbereich der Überwachung der Justizorgane der DDR gab die Hauptabteilung V/5 im Sommer 1958 an die Hauptabteilung V/1 ab.[30]

In einer Konzeption für ihr Traditionskabinett verbuchte die Hauptabteilung XX den Niedergang von KgU und UfJ in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre als ihren Erfolg.[31] Während die KgU sich am 11. März 1959 selbst auflöste, arbeitete der UfJ weiter und ging 1969 im Gesamtdeutschen Institut auf. Eine Folge der Selbstauflösung der KgU war offensichtlich Mielkes Befehl 369/59. Dort ordnete er an, dass die Referate 5 der Abteilungen V in den Bezirksverwaltungen aufzulösen seien. Deren Aufgaben sollten nunmehr direkt von der Hauptabteilung V/5 wahrgenommen werden. Auch die Bearbeitung der Justiz, bisher eine Aufgabe der Referate V/5 in den Bezirksverwaltungen, übertrug Mielke jetzt den Referaten V/1. Die freiwerdenden Mitarbeiter der Referate V/5 sollten zur »Bekämpfung der ideologischen Diversion« im Staatsapparat, Gesundheitswesen, Post- und Fernmeldewesen und in der Volksbildung eingesetzt werden.[32]

Eine wesentliche neue Aufgabe erhielt die Hauptabteilung V/5 am 27. August 1962 durch Mielkes Befehl 506/62:

> »Die Hauptabteilung V/5 im MfS ist für die operative Bearbeitung aller Provokationen von Westberlin und der Deutschen Demokratischen Republik aus gegen die Staatsgrenze in Berlin

[27] Ebenda.

[28] DA 16/56 des stellvertretenden Ministers Bruno Beater v. 28.6.1956 zur Sachakte »Masse«, S. 1 ff.; BStU, MfS, BdL/Dok. 002219.

[29] Arbeitsanweisung des stellvertretenden Ministers Bruno Beater v. 21.9.1956 zur operativen Aufklärung von Verfassern von Schriften feindlichen Inhalts; ebenda.

[30] Beurteilung des Ultn. Roscher v. 26.6.1959; BStU, MfS, KS 4461/90, Bl. 40.

[31] HA XX: Konzeption für das Traditionskabinett der Hauptabteilung v. 1986; BStU, MfS, HA XX/4 2288, Bl. 31 f.

[32] Befehl 396/59 Mielkes v. 12.10.1959 zur Auflösung der Referate 5 der Abteilungen V in den Bezirksverwaltungen, S. 1 f.; BStU, MfS, BdL/Dok. 000522.

> verantwortlich. [...] Die Hauptabteilung V/5 bearbeitet federführend alle Zentren und Gruppen außerhalb der Republik, die Grenzprovokationen und Menschenhandel betreiben. Alle derartigen Materialien, die sich in den Diensteinheiten des MfS befinden, sind der Hauptabteilung V/5 zuzustellen.«[33]

Allein in Westberlin hatte die Hauptabteilung V/5 zu jener Zeit acht Fluchthilfeorganisationen ausgemacht.[34] Auch in den Bezirksverwaltungen, so hieß es in dem Befehl weiter, sei jeweils ein operativer Mitarbeiter auf der Linie V/5 zur Bearbeitung von »Grenzprovokationen« und »Menschenhandel« einzusetzen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben sollte die Hauptabteilung V/5 mit der Hauptabteilung I (zuständig für die Nationale Volksarmee), der Hauptabteilung IX (Untersuchungsorgan) und der Arbeitsgruppe Passkontrolle und Fahndung zusammenarbeiten.[35] Neben einer ganzen Reihe anderer Fluchthelfergruppen hatte die Hauptabteilung V/5 ab 1962 besonders eine Westberliner Dienststelle des amerikanischen Geheimdienstes mit dem Tarnnamen »P 9« im Visier. Nach Erkenntnissen der Hauptabteilung V/5 soll P 9 zwischen 1961 und 1964 versucht haben, die Tätigkeit der verschiedenen Westberliner Fluchthelfergruppen zentral zu koordinieren und zu finanzieren. P 9 arbeitete außerordentlich professionell und das MfS vermochte kaum, in die Konspiration der Dienststelle einzudringen. Nachdem im Juni 1963 ein Fluchthelfer, der mit P 9 in Verbindung gestanden hatte, von einem DDR-Gericht verurteilt worden war, gab sich die Dienststelle sofort den neuen Namen »X 10« und wechselte innerhalb Westberlins ihren Sitz.[36] Zwischen 1961 und 1964 gelang es der Dienststelle, mehrere hundert Personen aus der DDR auf den verschiedensten Wegen auszuschleusen.

6.2 Entwicklungsgeschichte der Hauptabteilung XX/5

6.2.1 Hauptaufgabe Bekämpfung der organisierten Fluchthilfe 1964 bis 1975

Nach der Umbenennung der Hauptabteilung XX durch den Befehl 211/64 vom 9. März 1964 erhielt die Abteilung auch einen neuen Abteilungsleiter. Der 1929 geborene Artur Willmann übte diese Funktion vom 15. März 1964 bis zu seiner Berentung am 30. Juni 1986 aus.[37]

Am 6. Mai 1964 erließ Mielke den Befehl 373/64. Darin stellte er fest, dass der »Gegner« zunehmend den »Menschenhandel« unter Missbrauch des Reise- und Touristenverkehrs zwischen der DDR und dem sozialistischen Ausland organisiere. Um dem zu begegnen, machte er die Hauptabteilung XX/5 für die Bearbeitung aller Hinweise verantwortlich, »die mit der Organisierung des Menschenhandels und der Schleusung von Personen unter Missbrauch des Reise- und Touristenverkehrs [...] insbesondere zwischen der DDR und den Volksrepubliken Bulgarien und Ungarn sowie der ČSSR im Zusammenhang stehen«. Durch politisch-operative Maßnahmen habe die Hauptabteilung XX/5 zu verhindern, dass »der Gegner« die getroffenen Reiseerleichterungen für Schleusungsversuche ausnutzen kann.[38] Daraufhin entsandte die Hauptabteilung XX/5 erstmals eine Operativgruppe zur Überwachung von DDR-Urlaubern an die bulgarische Schwarzmeerküste.

---

[33] Befehl 506/62 Mielkes v. 27.8.1962 über die Aufgaben der HA V/5 bei der Bekämpfung von Grenzprovokationen und Menschenhandel, S. 1 f.; BStU, MfS, BdL/Dok. 000776.

[34] HA XX/5: Information über die Tätigkeit der Westberliner Schleuser-Zentrale X 10 v. 14.4.1964, S. 2; BStU, MfS, HA XX Bündel 1.

[35] Befehl 506/62 (Anm. 33), S. 2 f.

[36] Information zu X 10 (Anm. 34), S 1 ff.

[37] Kaderkarteikarte Artur Willmann; BStU, MfS.

[38] Befehl 373/64 Mielkes v. 6.5.1964 zur Unterbindung von Menschenhandel und Personenschleusungen über das sozialistische Ausland durch die HA XX/5, S. 1; BStU, MfS, BdL/Dok. 000887.

Die Gruppe bestand aus drei Mitarbeitern und war vom 25. Mai bis zum 24. Oktober 1964 im Einsatz.[39] Sie sollte in Zusammenarbeit mit den bulgarischen Sicherheitsorganen gegen den »Menschenhandel« vorgehen, indem sie die Methoden der »Hintermänner« und Organisatoren von Schleusungen aufdeckte und republikfluchtverdächtige DDR-Bürger überwachte. Nach Festnahmen von Flüchtlingen waren die bulgarischen Sicherheitsorgane zu konsultieren, um die angewandten Mittel und Methoden bei Republikfluchtversuchen auszuwerten. Eine weitere Aufgabe der Operativgruppe war die Feststellung und Überwachung von »illegalen« Kontakten zwischen DDR-Bürgern und Personen aus dem kapitalistischen Ausland.[40] Als Erfolg verbuchte der Leiter der Operativgruppe Herbert Grunert in seinem Abschlussbericht, dass während des Einsatzes 49 Republikfluchten und Schleusungen verhindert werden konnten und nur 17 Fluchten gelangen. In 62 Fällen seien Hinweise auf geplante Republikfluchten bekannt geworden. Aus diesem Kreis seien acht Personen festgenommen worden.[41] Bei ihren Aktionen stützte sich die Operativgruppe auf sechs IM, die als Mitarbeiter des DDR-Reisebüros in Bulgarien tätig waren.[42] Ab 1965 arbeiteten Operativgruppen der Hauptabteilung XX/5 auch in Ungarn und der ČSSR.[43]

In Bulgarien kam in den folgenden Jahren jeweils in der Feriensaison von Mai bis Oktober eine Operativgruppe der Hauptabteilung XX/5 zum Einsatz. Sie bestand in der Regel aus vier Mitarbeitern und wurde ab 1966 von einer Beobachtungsgruppe der Hauptabteilung VIII unterstützt.[44] Das Tätigkeitsfeld der Operativgruppen erweiterte sich in diesen Jahren. Nach einem Bericht des Leiters der Operativgruppe, Werner Fleischhauer, von 1968, wurden IM eingesetzt, die Verbindungen zu »operativ interessanten Personen aus Westdeutschland und Westberlin« herstellen sollten. Durch die Festigung solcher Kontakte waren die Voraussetzungen zu schaffen, »um diese Personen vom Territorium der DDR aus weiter bearbeiten zu können«.[45] Zielpersonen waren vor allem westliche Journalisten, Studenten, Wissenschaftler, Beamte von Bundes- und Länderbehörden und Reisebüroangestellte.[46] Um solcherlei Spionageaufgaben zu erledigen, führten die Mitarbeiter der Hauptabteilung XX/5 an der bulgarischen Schwarzmeerküste 1968 ein Netz von 26 IM.[47] Im Jahr 1970 betrug die Stärke der Operativgruppe sechs Mitarbeiter, welche 28 IM führten. Auch diese Gruppe wurde von Werner Fleischhauer geleitet. Die nachgeordnete Beobachtergruppe der Hauptabteilung VIII umfasste 18 Mitarbeiter. Sie wurde vor allem zur Observation »republikfluchtverdächtiger« Personen eingesetzt.[48] 1971 gingen Teile des Aufgabengebietes der HA XX/5 an die aus Vorgängerstrukturen formierte HA VI (Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr) über. Darunter befanden sich auch die in ČSSR Ungarn und Bulgarien agierenden Operativgruppen. Die Gründung der ZKG (Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung) durch Befehl 1/75 vom 15.12.1975 bewirkte den

---

[39] HA XX/5: Abschlussbericht über den Einsatz einer Operativgruppe zur Bekämpfung des Menschenhandels in der Volksrepublik Bulgarien v. 23.11.1964; BStU, MfS, HA XX 232, Bl. 27.

[40] Ebenda, Bl. 28.

[41] Ebenda, Bl. 30 ff.

[42] Ebenda, Bl. 38 ff.

[43] HA XX: Konzeption für das Traditionskabinett der Hauptabteilung von 1986; BStU, MfS, HA XX/4 2288, Bl. 45. Über die Tätigkeit der Operativgruppen in der ČSSR und Ungarn wurden bislang keine Unterlagen aufgefunden.

[44] HA XX/5: Abschlussbericht über den Einsatz der Operativgruppe in der VR Bulgarien im Jahr 1968 v. 4.11.1968; BStU, MfS, HA XX 229, Bl. 32 ff.

[45] Ebenda, Bl. 6.

[46] Ebenda, Bl. 25.

[47] Ebenda, Bl. 31.

[48] HA XX: Bericht über die Tätigkeit einer Operativgruppe der HA XX/5 im Jahr 1970 in der Volksrepublik Bulgarien v. 9.12.1970; BStU, MfS, HA XX 231, Bl. 17 u. 27 f.

Übergang der Federführung in »Sachen Flucht und Fluchthilfe« von der HA XX/5 dorthin. Die operative Tätigkeit der Abteilung 5 gegen Fluchthilfeorganisationen wurde erst Ende der siebziger Jahre gänzlich beendet.

Die Federführung der Hauptabteilung XX/5 bei der Bekämpfung von Menschenhandel, Schleusungen und Grenzprovokationen wurde 1965 und 1966 durch Mielkes Befehle 299/65 und 9/66 sowie die entsprechenden Durchführungsbestimmungen bestätigt und präzisiert. Auch im Befehl 10/66, der die Zuständigkeiten der Diensteinheiten des MfS für den Schutz der Staatsgrenze der DDR regelte, traf Mielke Festlegungen zu den Aufgaben der Hauptabteilung XX/5.[49] In der ersten Durchführungsbestimmung zu diesem Befehl wurde 1966 festgelegt, dass alle anfallenden Vorgänge, Hinweise und Informationen über Personen, Methoden und Mittel von Schleusungen und Menschenhandel an die Hauptabteilung XX/5 zu melden seien. Die erhaltenen Informationen habe die Hauptabteilung XX/5 ständig zu analysieren und die gewonnenen Erkenntnisse an die für den Schutz der Staatsgrenze zuständigen Diensteinheiten weiterzugeben.[50] Das waren die Hauptabteilung I (Nationale Volksarmee und Grenztruppen) und die Arbeitsgruppe Sicherung des Reiseverkehrs (ASR) sowie die »Linien« VII (Ministerium des Innern und Volkspolizei), IX (Untersuchungsorgan) und Passkontrolle/Fahndung. Innerhalb der Hauptabteilung XX/5 erfüllte die Analyse- und Informationstätigkeit damals das Referat IV.[51] Welch hohen Stellenwert die Bekämpfung der Fluchthilfeorganisationen im MfS zu jener Zeit hatte, machte Mielkes Befehl 40/68 deutlich.[52] Für den Minister ordnete sich die Fluchthilfe in ein globales strategisches Konzept des »Gegners« zur Kriegsvorbereitung ein. In dem Befehl bestimmte er als eine wichtige Aufgabe der äußeren Abwehr: »Aufzuklären ist die Planung, Vorbereitung und Durchführung provokatorischer Anschläge des Gegners gegen die DDR und die mit ihr verbündeten Staaten, zum Beispiel Grenzverletzungen und -durchbrüche, Menschenhandel und -schmuggel.«[53]

Die Tätigkeit der Hauptabteilung XX/5 richtete sich in den sechziger Jahren auch gegen sogenannte Zentren der politisch-ideologischen Diversion, wie beispielsweise den »Verein zur Förderung der Wiedervereinigung Deutschlands«, die »Zentralstelle für gesamtdeutsche Hochschulfragen«, das »Informationsbüro West« und besonders gegen den »Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen« (UfJ). Zu diesen und anderen Organisationen führte die Hauptabteilung XX/5 sogenannte Feindobjektakten, in denen alle erreichbaren Informationen über die jeweiligen Einrichtungen gesammelt wurden.

Besonders aufmerksam beobachtete die Hauptabteilung XX/5 die Gründung der »Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben – Gesamtdeutsches Institut«. Initiiert vom damaligen Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, nahm das Institut am 1. Juli 1969 in Bonn und Westberlin seine Arbeit auf. Im Gesamtdeutschen Institut ging neben einigen anderen Organisationen auch der UfJ auf. Bestens informiert war die Hauptabteilung XX/5 über wesentliche Interna und Aktivitäten des Instituts, waren ihr doch mehrere

---

49 Befehl 10/66 Mielkes v. 10.5.1966 zur Erhöhung der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zum Schutz der Staatsgrenze der DDR, S. 6; BStU, MfS, BdL/Dok. 001072.

50 1. Durchführungsanweisung des stellvertretenden Ministers, Bruno Beater, v. 10.5.1966 zum Befehl 10/66 über den Schutz der Staatsgrenze der DDR, S. 23; BStU, MfS, BdL/Dok. 001073.

51 HA XX/5: Funktions- und Qualifikationsmerkmale eines Sachbearbeiters im Referat IV v. 17.9.1965; BStU, MfS, HA XX 225, S. 10–13.

52 Befehl 40/68 Mielkes v. 2.12.1968 über die Durchführung politisch-operativer Maßnahmen zur Ausschaltung des Überraschungsmomentes und zum rechtzeitigen Erkennen einer akuten Kriegsgefahr; BStU, MfS, BdL/Dok. 001509.

53 Ebenda, S. 47.

Mitarbeiter dieser Bundesbehörde als IM zu Diensten.[54] Die »operative Bearbeitung« des Gesamtdeutschen Instituts oblag der Hauptabteilung XX/5 bis 1989.

Im Jahr 1970 stellte das zu diesem Zeitpunkt für Auswertung und Information zuständige Referat V der Hauptabteilung XX/5 in einem Perspektivplan fest, dass sich die westliche DDR- und Ost-Forschung immer mehr zu einer »Grundlage der politisch-ideologischen Diversion gegen die DDR« entwickle.[55] Neben dem »Institut für politische Wissenschaft« und dem »Osteuropa-Institut« der Freien Universität in Westberlin, wurden in dem Perspektivplan weitere drei Wissenschaftseinrichtungen als vordringlich zu bearbeitende Feindobjekte genannt.[56] Das MfS befürchtete eine von diesen Institutionen ausgehende inspirierende Wirkung auf die »politische Untergrundtätigkeit« feindlicher »Kräfte« im Inneren der DDR. Um dem vorzubeugen, beobachtete die für die Überwachung des Hoch- und Fachschulwesens zuständige Hauptabteilung XX/8 auch westliche Forschungseinrichtungen.[57] Als besonders gefährlich galten aber nach wie vor traditionell antikommunistische Organisationen wie die »Arbeitsgemeinschaft 13. August 1961« und die »Vereinigung 17. Juni 1953«; sie blieben – trotz ihrer schwindenden Bedeutung – weiterhin im Visier der Hauptabteilung XX/5.[58]

In den 15 Bezirksverwaltungen des MfS arbeiteten auf der »Linie« XX/5 bereits 1969 insgesamt 62 Mitarbeiter; das waren im Durchschnitt vier Mitarbeiter pro Bezirksverwaltung.[59] Die Hauptabteilung XX/5 selbst verfügte 1972 über 38 hauptamtliche Mitarbeiter. 1974 führten die Mitarbeiter der Abteilung 132 IM aller Kategorien.[60] Im Jahr 1975 waren es bereits 182 IM.[61]

6.2.2 Neue Ausrichtung: Bekämpfung von SED-Gegnern im Westen 1975 bis 1989

Ein wesentlicher Einschnitt in die Arbeit der Hauptabteilung XX/5 erfolgte im Jahr 1975. Als Folge der Entspannungspolitik war in der ersten Hälfte der siebziger Jahre ein starker Anstieg des West-Ost-Reiseverkehrs zu verzeichnen.[62] Damit einher gingen höhere Flüchtlingszahlen und vor allem eine deutlich gestiegene Anzahl sogenannter Sperrbrecher in den Jahren 1972 und 1973, also von Personen, die die Grenzanlagen des kommunistischen Machtbereichs auf die eine oder andere Weise illegal überwanden. Das MfS fand heraus, dass sich mit der Entspannungspolitik die Voraussetzungen für die organisierte Fluchthilfe verbessert hatten. Mit der Bildung einer Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG) zur Bekämpfung der Fluchtbewegung im Januar 1975 sollte dem entgegengewirkt werden.[63] Daraufhin legte die Hauptabteilung XX/5 am 24. Juli 1975 einen neuen Struk-

---

54 HA XX/5: Feindobjektakte über das Gesamtdeutsche Institut 1969 bis 1982; BStU, MfS, HA XX 138, Bl. 363.

55 HA XX/5/V: Perspektivplan für die Jahre 1971 bis 1975 v. 24.7.1970; BStU, MfS, HA XX 224, Bl. 3.

56 Dies waren die »Collegia Politika« in Westberlin und Erlangen, das »Wissenschaftszentrum« in Westberlin und das »Studienzentrum für Ost-West-Probleme« in München.

57 Vgl. Matthias Braun: HA XX/8.

58 HA XX/5/V: Perspektivplan für die Jahre 1971 bis 1975 v. 24.7.1970; BStU, MfS, HA XX 224, Bl. 4.

59 HA XX: Anlage 4 zur Jahresanalyse 1968 der Hauptabteilung v. 27.1.1969; BStU, MfS, HA XX/AKG 804, Bl. 229–266.

60 HA XX/5: Operative Ausgaben für IM von 1974, S. 1–8; BStU, MfS, HA XX Bündel 195.

61 HA XX/5: Operative Ausgaben für IM von 1975; BStU, MfS, HA XX 150, S. 48–588.

62 Reisen aus der Bundesrepublik und Westberlin in die DDR 1967–1983. Tabelle in: Bender, Peter: Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag. München 1986, S. 279.

63 Referat Mielkes (Redemanuskript) auf der Dienstkonferenz zur zentralen Planvorgabe 1975 v. 22.1.1975, S. 116; BStU, MfS, BdL/Dok. 005796; zur ZKG vgl. Eisenfeld, Bernd: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung. Hg. BStU. Berlin 1996.

turplan vor, in dem sie sich auf die veränderten Gegebenheiten einstellte.[64] Dort wurden die Aufgaben der einzelnen Referate wie folgt beschrieben:

Referat I
Hier sollten Personengruppen und Einzelpersonen im Operationsgebiet »bearbeitet« werden, »die als Ausgangspunkte einer Feindtätigkeit gegen die Sicherungsbereiche der Linie XX speziell auf dem Gebiet der politisch-ideologischen Diversion und feindlichen Kontaktpolitik« wirkten.[65] Im Visier dieses Referates standen neben den bereits genannten Einrichtungen unter anderem auch die ehemalige Exil-CDU und der Kurt-Schumacher-Kreis« in Westberlin sowie der »Hartmannbund« (ärztliche Standesvertretung in der Bundesrepublik) in Stuttgart. Gegen diese Organisationen setzte das Referat gezielt IM ein. Eine weitere Aufgabe des Referates bestand in der Werbung neuer qualifizierter IM.

Referat II
Das Referat sollte eine koordinierende Funktion innerhalb der Hauptabteilung XX und gegenüber der ZKG erfüllen. Dabei ging es um »ungesetzliches Verlassen der DDR« und »staatsfeindlichen Menschenhandel«. Diese Funktion hat das Referat offensichtlich nur kurz ausgeübt, da der Befehl 1/75 hier bereits im Dezember 1975 die Zuständigkeiten neu regelte. Der Leiter des Referates II war gleichzeitig »Richtungsoffizier« zur ZKG und hatte in besonderer Weise den Informationsfluss zu dieser Diensteinheit zu gewährleisten.[66] Des Weiteren bearbeitete das Referat eigene Vorgänge zur Fluchthilfe im Inneren der DDR und in Abstimmung mit der ZKG auch Fluchthilfeorganisationen im Operationsgebiet. Dazu setzten die Mitarbeiter des Referates IM ein und versuchten, neue zu werben.

Referat III
Die Tätigkeit des Referates richtete sich gegen »Personen im Operationsgebiet, die auf dem Gebiet des staatsfeindlichen Menschenhandels gegen Schwerpunktobjekte der Linie XX eine Feindtätigkeit organisieren bzw. Personen aus diesen Objekten an Menschenhändlerbanden vermitteln«.[67] Solche zu sichernden Objekte der Linie XX waren beispielsweise Einrichtungen des Gesundheitswesens, Hoch- und Fachschulen sowie Verlage für Kunst und Literatur.[68] Dem Referat oblag es weiterhin, geflüchtete Personen zur Rückkehr in die DDR zu bewegen.

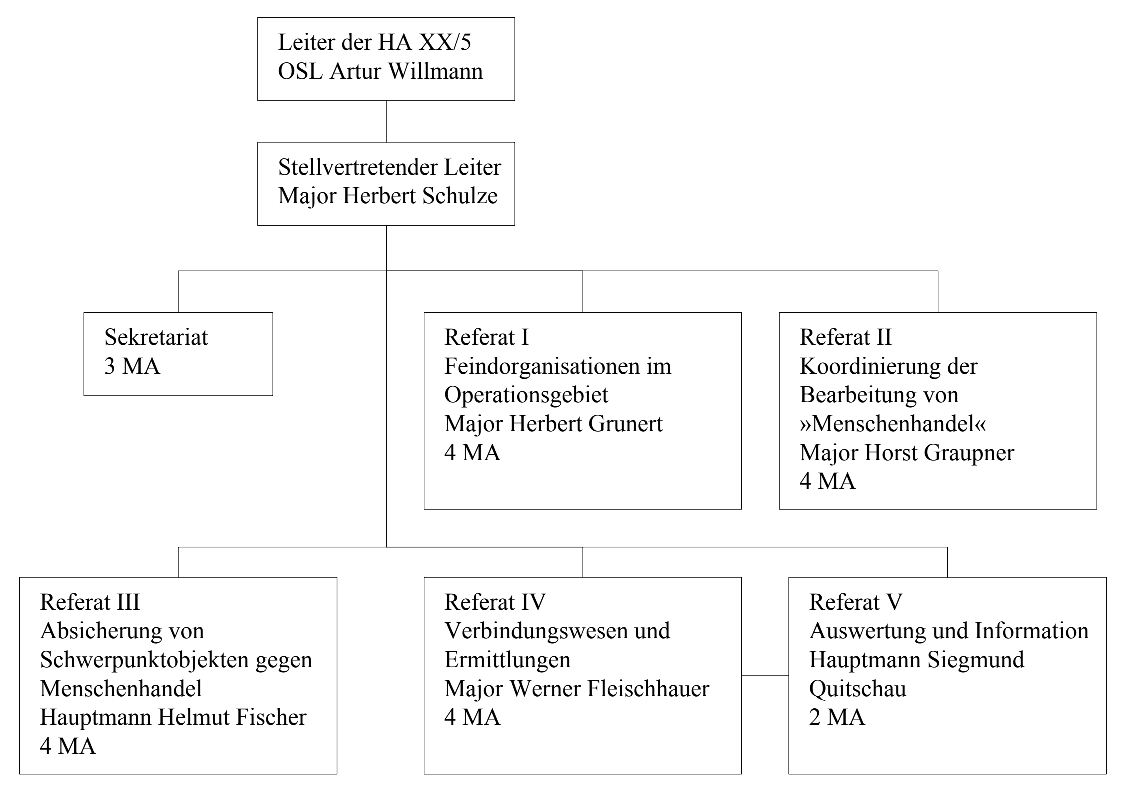
Referat IV
Das Referat sicherte und gewährleistete das sogenannte Verbindungswesen, besonders für die Arbeit der Hauptabteilung XX/5 in Richtung Bundesrepublik. Dazu waren IM zu gewinnen und auszubilden, die dort besondere Einsätze durchführen sollten. Aufgabe des Referates war es auch, für die Treffs mit den IM konspirative Wohnungen bereitzustellen und zu unterhalten. Um die Verbindungen ins Operationsgebiet zu sichern, richtete das Referat ein System von Deckadressen und Decktelefonen ein und führte Ermittlungen und Überprüfungen in der DDR und im Operationsgebiet durch.[69]

---

64 HA XX/5: Strukturplan v. 24.7.1975; BStU, MfS, HA XX 1641, S. 139–144.
65 Ebenda, S. 142.
66 Ebenda, S. 143.
67 Ebenda.
68 HA XX/5: Perspektivplan für den Zeitraum 1976 bis 1980 v. 8.9.1976; BStU, MfS, HA XX 224, Bl. 16.
69 HA XX/5: Strukturplan v. 24.7.1975; BStU, MfS, HA XX 1641, S. 144.

Referat V
Hier wurden alle IM-Berichte der Abteilung ausgewertet. Die Mitarbeiter des Referates fertigten Informationen an und gaben sie an die übergeordnete Leitung und andere Diensteinheiten weiter. Auch sogenannte Leiterentscheidungen sollten vom Referat V vorbereitet werden.[70]

Im Jahr 1975 hatte die Hauptabteilung XX/5 folgende Struktur[71]



Durch den Befehl 1/75 bestimmte Mielke, dass nunmehr alle Diensteinheiten des MfS die Bekämpfung von Flucht und Fluchthilfe mit der ZKG und den ihr nachgeordneten Bezirkskoordinierungsgruppen (BKG) abzustimmen hätten. Die Befehle 373/64 und 10/66, welche die Federführung der Hauptabteilung XX/5 bei der Bekämpfung der organisierten Fluchthilfe festschrieben, wurden damit außer Kraft gesetzt.[72] Der Befehl 6/77 zur »Verhinderung rechtswidriger Versuche zur Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten« legte auch die Zuständigkeit der Hauptabteilung XX/5 bei der »Bearbeitung des kriminellen Menschenhandels« neu fest. Neben dem Hartmannbund und der Fluchthilfeorganisation Heyer als den wichtigsten, sollte die Aufmerksamkeit der Abteilung jetzt fünf weiteren, der Fluchthilfe verdächtigen Organisationen gelten. Darunter zählte sogar eine »Initiativgruppe Regensburger Domspatzen«.[73] Nach dem Wegfall der Federführung bei der »Bekämpfung des Menschenhandels« war die Tätigkeit der Hauptabteilung XX/5 nunmehr vor allem personenbezogen und erschöpfte sich im Führen von operativen Vorgängen (OV) und operativen Personenkontrollen (OPK).

---

[70] Ebenda.

[71] Ebenda, S. 139 ff.

[72] Befehl 1/75 Mielkes v. 15.12.1975 zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels, S. 29; BStU, MfS, BdL/Dok. 004806.

[73] Befehl 6/77 Mielkes v. 18.3.1977 zur Vorbeugung, Verhinderung und Bekämpfung feindlich-negativer Handlungen im Zusammenhang mit rechtswidrigen Versuchen von Bürgern der DDR, die Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten zu erreichen, S. 43–47; BStU, MfS, BdL/Dok. 004791.

Von Bedeutung für die Aufgabenentwicklung in der Hauptabteilung XX/5 waren die Ereignisse um die Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976. Schon in der Jahresanalyse der Abteilung für 1976 war davon die Rede, dass die Hauptabteilung XX/5 nunmehr auch im »Sicherungsbereich Kultur« tätig werden würde.[74] Im Dezember 1976 registrierte die Hauptabteilung XX/5 die Gründung des »Schutzkomitees Freiheit und Sozialismus« in Westberlin. Das Komitee bestand aus prominenten Schriftstellern, Künstlern und Wissenschaftlern Westeuropas und setzte sich für verfolgte Oppositionelle, besonders für die nach der Biermann-Ausbürgerung Inhaftierten in der DDR ein.[75] Als einen Schwerpunkt nannte die Jahresanalyse der Hauptabteilung XX/5 für 1977: »Aufklärung und Bekämpfung feindlicher Aktivitäten von Zentren, Personengruppen und Einzelpersonen im Operationsgebiet, von denen feindliche Handlungen zur Organisierung eines politischen Untergrundes – vornehmlich gegen den Sicherungsbereich der Linie Kultur – ausgehen und gegen die DDR gerichtete feindliche Handlungen im Operationsgebiet organisiert werden.«[76] Des Weiteren wurde die Hauptabteilung XX/5 mit der Bearbeitung ehemaliger DDR-Kulturschaffender beauftragt, die im Verlauf des Jahres 1977 in den Westen übersiedelten. Dabei handelte es sich unter anderem um die Schriftsteller Jürgen Fuchs und Thomas Brasch, den Schauspieler Manfred Krug, die Liedermacher Gerulf Pannach und Christian Kunert sowie um den bereits 1976 ausgebürgerten Wolf Biermann.[77]

Gegen das »Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus« führte die Hauptabteilung XX/5 ab 1977 den OV »Kontakt«.[78] Im Jahresarbeitsplan für 1978 hatte die Auseinandersetzung mit dem Schutzkomitee bereits Priorität in der Arbeit der Abteilung. Die abschließende Jahresanalyse für 1978 dokumentierte erste Erfolge dieses konspirativen Kampfes. Unter Einsatz mehrerer IM wurden eine Reihe von Zersetzungsmaßnahmen gegen das Schutzkomitee durchgeführt. In deren Folge trat der Vorsitzende des Komitees, Hannes Schwenger, zurück. Im Leitungskreis setzte ein »Differenzierungsprozess«, gekennzeichnet durch gegenseitiges Misstrauen, ein. Einreisesperren dienten der weiteren Verunsicherung, und durch »operative Maßnahmen« nährte die Hauptabteilung XX/5 Auseinandersetzungen zwischen dem Schutzkomitee und anderen Organisationen. Dies galt besonders für das 1978 in Westberlin gegründete »Komitee für die Freilassung von Rudolf Bahro«.[79]

Der Arbeitsplan der Hauptabteilung XX/5 vom 11. Januar 1979 wies eine neue dienstliche Struktur aus. Die Abteilung bestand jetzt neben der Leitung aus vier Referaten, einer Arbeitsgruppe Sonderaufgaben und der Arbeitsgruppe Auswertung und Information.[80] Die einzelnen Referate hatten folgende Aufgaben:

Referat I
Bearbeitung des »Schutzkomitees Freiheit und Sozialismus« (OV »Kontakt«), des »Bahro-Komitees« (OV »Kongress«) und der Europäischen Verlagsanstalt – diese hatte das inkriminierte Werk von Rudolf Bahro »Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus« herausgebracht.

---

[74] HA XX/5: Jahresanalyse für das Jahr 1976 v. 7.1.1977; BStU, MfS, HA XX 223, Bl. 28.
[75] Ebenda.
[76] HA XX/5: Jahresanalyse für das Jahr 1977 v. 9.1.1978; BStU, MfS, HA XX 223, Bl. 73.
[77] Ebenda, Bl. 66 f. u. 78.
[78] Ebenda, Bl. 81.
[79] HA XX/5: Jahresanalyse für das Jahr 1978 v. 10.1.1979; BStU, MfS, HA XX 223, Bl. 186 f.; vgl. auch Mytze, Andreas W. (Hg.): Das Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus in Selbstzeugnissen, Dokumenten, Briefen und im Zerrspiegel der MfS-Akten. Sonderheft Europäische Ideen. London 1995.
[80] HA XX/5: Jahresarbeitsplan für das Jahr 1979 v. 11.1.1979; BStU, MfS, HA XX 224, Bl. 103–108.

Referat II
Hier bildete die Bekämpfung der Fluchthilfeorganisation Heyer (ZOV »Spanier«) den Schwerpunkt der Arbeit. Weitere Zielobjekte waren die »Gesellschaft für Menschenrechte« in Frankfurt am Main und die »Liga für Menschenrechte« in Westberlin.

Referat III
Das Referat richtete seine Tätigkeit vordringlich gegen den »Verband der Ärzte Deutschlands (Hartmannbund)« im Zentralen Operativen Vorgang »Bund«. Daneben waren folgende Organisationen im Visier: »Vereinigung der Opfer des Stalinismus« (VOS) Bonn, »Ostpolitischer Deutscher Studentenverband« (ODS) Tübingen einschließlich des »Instituts zur Bekämpfung kommunistischer Menschenrechtsverletzungen« und die »Arbeitsgemeinschaft 13. August« in Westberlin.

Referat IV
Diese Diensteinheit richtete ihre Aktivitäten gegen im Westen ansässige ehemalige DDR-Bürger, die sich politisch exponierten, wie die Schriftsteller und Künstler Jürgen Fuchs, Siegmar Faust, Wolf Biermann und andere.

Arbeitsgruppe Sonderaufgaben
Sie garantierte das »Verbindungswesen« der Abteilung und erfüllte damit die Aufgaben des ehemaligen Referates IV.

Arbeitsgruppe Auswertung und Information
Ihre Funktion entsprach der des ehemaligen Referates V (siehe Struktur von 1975).[81]

Die Hauptabteilung XX/5 pflegte auch Kontakte zu den sozialistischen »Bruderorganen«. So sollten auf einer für November 1979 geplanten Zusammenkunft die sowjetischen »Tschekisten« mit Informationen über Verräter, Dissidenten und sowjetfeindliche Personen versorgt und gemeinsame Aktionen abgestimmt werden. In Kooperation mit dem Geheimdienst der ČSSR ging die Abteilung gegen die »Charta 77« und deren Verbindungen vor:

> »Im Wesentlichen geht es hierbei um Personen aus der DDR, die als Verbindung zum Vorgang ›Kontakt‹ [Schutzkomitee] und ›Kongress‹ [Bahro-Komitee] bekannt geworden sind und gleichzeitig Verbindung zu dem bereits mehrfach benannten Uhl, Petr, sowie zu weiteren Chartisten in der ČSSR unterhalten. Gleichzeitig sind einzuleitende Maßnahmen gegen Verräter aus der ČSSR, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Operationsgebiet als Verbindungsleute zu im Vorgang ›Kontakt‹ und ›Kongress‹ bekannt gewordenen Personen in Erscheinung treten, abzustimmen.«[82]

Auch mit den polnischen »Sicherheitsorganen« bestanden dienstliche Kontakte.[83]

Im Frühjahr 1979 übernahm die Hauptabteilung XX/5 die Bearbeitung des »Selbsthilfevereins ehemaliger DDR-Bürger« (OV »Konföderation«) in Westberlin.[84] Mit der Selbstauflösung des Vereins 1984 wurde der OV »Konföderation« archiviert.[85] Obwohl die Hauptabteilung XX/5 die Tätigkeit des Schutzkomitees und des Bahro-Komitees durch

---

81 Ebenda.

82 Ebenda, Bl. 115.

83 Ebenda.

84 HA XX/5: Zuarbeit zur Analyse der HA XX/AIG über Ergebnisse und Wirksamkeit der vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit im Verantwortungsbereich der HA und Linie XX v. 2.7.1979; BStU, MfS, HA XX 223, Bl. 229.

85 HA XX/5/II: Jahresarbeitsplan 1984 v. 11.1.1984, S. 1; BStU, MfS, HA XX Bündel 1255.

gezielte Zersetzungsmaßnahmen wesentlich behindern konnte, hatte die Bearbeitung dieser Organisationen in der Jahresanalyse der Abteilung für 1980 noch immer Priorität. Dabei wurde die Hauptabteilung XX/5 von den Bezirksverwaltungen Leipzig, Gera, Karl-Marx-Stadt, Halle und Erfurt unterstützt.[86] In ihrer Jahresanalyse für 1981 registrierte die Hauptabteilung XX/5, dass die beiden Komitees im Berichtszeitraum nicht mehr als Organisationen in Erscheinung traten. Trotzdem wurden die Operativen Vorgänge wie bisher bearbeitet, um die »ehemals leitenden und aktiven Kräfte weiter aufzuklären und ständig unter Kontrolle zu halten«.[87]

Jahrelang spähte die Hauptabteilung XX/5 zudem mit großem Aufwand den Hartmannbund wegen des Verdachts auf Fluchthilfeaktivitäten aus. In der Jahresanalyse für 1981 hieß es dazu: »Es ist trotz intensiver Bemühungen nicht gelungen, entsprechend der vorgegebenen Zielstellung einen konkreten Nachweis zu erbringen, dass der ›Hartmannbund‹ mit kriminellen Menschenhändlerbanden in Verbindung steht oder in irgendeiner anderen Art gegen die DDR feindlich tätig wird.«[88] 1982 wurden die Vorgänge gegen den Hartmannbund,[89] das Schutzkomitee sowie das Bahro-Komitee abgeschlossen und archiviert.[90] Ein Novum war im Jahr 1981, dass die Hauptabteilung XX/5 mit dem OV »Assistent« gegen den Schriftsteller Lutz Rathenow erstmals auch einen DDR-Bürger bearbeitete. Dies geschah offensichtlich wegen der umfangreichen Verbindungen Rathenows in den Westen, besonders zu Jürgen Fuchs.[91] Insgesamt führte die Hauptabteilung XX/5 im Jahr 1981 sieben operative Vorgänge.[92]

Gegen Jürgen Fuchs eröffnete die Hauptabteilung XX/5 1982 den OV »Opponent«. In einer »Einschätzung zur politisch-operativen Lage« hieß es dazu:

> »Deshalb ist die Bearbeitung des OV im Planungszeitraum darauf auszurichten, den Handlungsspielraum des Fuchs' wesentlich einzuschränken. Diesem Ziel dienen Maßnahmen, den Fuchs zu zwingen, sich mehr mit sich selbst zu beschäftigen, ihn durch alltägliche Ärgernisse kontinuierlich zu beschäftigen und damit zu verunsichern, ihn in der Öffentlichkeit zu diskreditieren und schließlich hinsichtlich der feindlichen Angriffe gegen die DDR mehr und mehr handlungsunfähig zu machen.«[93]

An anderer Stelle der Einschätzung ist zu lesen:

> »Unter Nutzung der verschiedensten operativen Möglichkeiten aller Referate der Abteilung wurden konkrete Maßnahmen zur Einschränkung der feindlichen Tätigkeit des Fuchs' durch spezielle operative Mittel und Methoden in konzentrierter Form durchgeführt.«[94]

Die »Mittel und Methoden« reichten vom allnächtlichen Telefonterror über das heimliche Bestellen von mannigfachen Dienstleistungen und Waren[95] für die Familie Fuchs bis hin

---

[86] HA XX/5: Jahresanalyse über die Entwicklung der politisch-operativen Lage und die Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit für das Jahr 1980 v. 29.9.1980; BStU, MfS, HA XX 223, Bl. 335.

[87] HA XX/5: Jahresanalyse über die Entwicklung der politisch-operativen Lage und die Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit für das Jahr 1981 v. 29.9.1981; ebenda, Bl. 403 ff.

[88] Ebenda, Bl. 416.

[89] HA XX/5: Jahresarbeitsplan für das Jahr 1982 der Auswertung und Information v. 5.1.1982; BStU, MfS, HA XX 224, Bl. 144.

[90] HA XX/5: Einschätzung der politisch-operativen Lage für die Jahresplanung 1983 v. 5.10.1982; ebenda, Bl. 158.

[91] Jahresanalyse 1981 (Anm. 87), Bl. 414 f.

[92] Ebenda, Bl. 424.

[93] Einschätzung für 1983 (Anm. 90), Bl. 158.

[94] Ebenda, Bl. 163.

[95] BStU, MfS, AOP 15665/89, Bd. I, S. 77 ff.

zu einem Bombenanschlag im Jahr 1986.[96] 1983 wurde der OV »Opponent« gegen Jürgen Fuchs zum Zentralen Operativen Vorgang (ZOV) aufgewertet.[97]

Ab 1982 bearbeitete die Hauptabteilung XX/5 auch den »Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa« in Westberlin als Feindobjekt.[98]

Nach der Gründung der Alternativen Liste (AL) und der »Grünen« in Westberlin und der Bundesrepublik, besonders aber nach dem Entstehen der unabhängigen, blockübergreifenden Friedensbewegung, veränderten sich die Arbeitsschwerpunkte der Hauptabteilung XX/5. 1984 bearbeitete die Abteilung keine Fluchthilfeorganisationen mehr. Die einzelnen Referate hatten nun andere Aufgaben:[99]

Referat I
Dieses Referat bearbeitete die westliche Friedensbewegung, besonders Gruppen und Initiativen, welche einen blockübergreifenden Ansatz hatten.

Referat II
Seine Tätigkeit richtete sich gegen ehemalige DDR-Bürger in Westberlin und der Bundesrepublik, denen das MfS »Feindtätigkeit« unterstellte.

Referat III
Hier standen die »Grünen« und die Alternative Liste in Westberlin im Zentrum der Tätigkeit.

Referat IV
Arbeitsgegenstand dieses Referates waren einzelne ehemalige DDR-Bürger, die im MfS als »Exponenten« feindlicher Tätigkeit gegen die DDR galten.

Referat V
Dieses Referat war für das Verbindungswesen zuständig. Neben den Referaten existierte eine Arbeitsgruppe für Auswertung und Information.

Im Jahresarbeitsplan des Referates II der Hauptabteilung XX/5 für 1984 hieß es, dass das Referat sich nunmehr auf die Bearbeitung von Personen in Westberlin konzentriere, die aus Jena ausgebürgert worden waren. Ihnen lastete man an,

> »unter Ausnutzung westlicher Medien die konsequente Friedenspolitik der DDR zu verunglimpfen und die Friedensbewegung in Westberlin und der BRD auf eine Bewegung gegen die DDR einzustimmen. [...] Zur schwerpunktmäßigen und wirkungsvollen Bearbeitung der in Westberlin lebenden und 1983 ausgewiesenen ›ehemaligen Jenaer‹ ist es erforderlich, mit der BV Gera eng zusammenzuarbeiten.«[100]

In Kooperation mit der Hauptabteilung XX/5 eröffnete die Kreisdienststelle Jena der Bezirksverwaltung Gera im Februar 1984 den OV »Weinberg«. Der Vorgang richtete sich gegen 13 ehemalige Jenaer Friedensaktivisten, unter ihnen Roland Jahn, Frank Rub, Peter

---

96 Fuchs, Jürgen: Landschaften der Lüge Teil III. In: Der Spiegel (1991)49, S. 104.

97 HA XX/5: Zuarbeit zur Analyse über Schwerpunkte der politischen Untergrundtätigkeit im Verantwortungsbereich der Linie XX und über die Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit v. 2.5.1983; BStU, MfS, HA XX 226, S. 38.

98 Einschätzung für 1983 (Anm. 90), Bl. 158.

99 Vermerk im Arbeitsbuch 1984/85 des Referatsleiters der HA XX/5/II, Horst Graupner, v. 5.10.1984; BStU, MfS, HA XX 8428, S. 3–12.

100 HA XX/5/II: Jahresarbeitsplan 1984 v. 11.1.1984, S. 1 u. 6; BStU, MfS, HA XX Bündel 1255.

Rösch, Thea Rost, Thomas Auerbach sowie Christina und Reinhardt Klingenberg.[101] 1987 wurde der OV »Weinberg« zum ZOV der Hauptabteilung XX/5 erweitert.[102] Ins Visier der Hauptabteilung XX/5 war 1984 ebenfalls die »Arbeitsgruppe Berlin- und Deutschlandpolitik« der Alternativen Liste in Westberlin geraten, in der auch einstige Jenaer tätig waren.[103] Auf einer zentralen Dienstkonferenz am 12. September 1984 sagte Mielke vor den Leitern der Haupt- und Bezirksverwaltungen des MfS: »Die entscheidende Frage ist die gründliche Aufklärung und konsequente Verhinderung des unmittelbaren, direkten Zusammenwirkens äußerer und innerer Feinde.«[104]

Der Arbeitsplan der Hauptabteilung XX/5 für 1985 enthielt folgende Festlegung:

> »Mit der Übertragung der Federführung bei der Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit an die Hauptabteilung XX ergibt sich für die Hauptabteilung XX/5 die Aufgabe, jene feindlichen Personengruppen und Einzelpersonen im Operationsgebiet zu erkennen, aufzuklären und operativ zu bearbeiten, die politische Untergrundtätigkeit in der DDR organisieren und inspirieren. [...] Einen besonderen Schwerpunkt stellen dabei die ehemaligen DDR-Bürger dar, welche aus Jena übergesiedelt sind.«[105]

Auch im Jahresarbeitsplan der Hauptabteilung XX/5 für 1986 behielten die Aktivitäten gegen die ehemaligen Jenaer, besonders gegen Roland Jahn, Priorität.[106]

Die Hauptabteilung XX/5 arbeitete in den achtziger Jahren eng mit der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) zusammen. So informierte der damalige Chef der HV A, Markus Wolf, seinen Minister Mielke am 6. Januar 1986 über den »Beitrag der HV A zur inneren Sicherheit der DDR«. In dem Schreiben berichtete Wolf, dass die HV A 1985 »aktive Maßnahmen« im »Operationsgebiet« gegen Inspiratoren der politischen Untergrundtätigkeit durchgeführt habe, die in die DDR hineinwirkten. Die »Linie XX« sei von der HV A durch die Übergabe von Informationen über die Tätigkeit feindlicher Kräfte in der westlichen Friedensbewegung unterstützt worden.[107]

Das Jahr 1986 brachte einen Wechsel an der Führungsspitze der Hauptabteilung XX/5. Der langjährige Leiter der Abteilung, Artur Willmann, wurde am 30. Juni 1986 im Rang eines Obersten »wegen dauernder Dienstuntauglichkeit« in die Invalidenrente entlassen.[108] Seine Nachfolge übernahm am 15. August 1986 der 1933 geborene Hans Buhl. Bereits in den sechziger Jahren diente Buhl in der Hauptabteilung XX/4 als Referatsleiter, später leitete er die Hauptabteilung XX/2 und danach die AKG der Hauptabteilung XX.[109] Buhl blieb bis 1989 Leiter der Hauptabteilung XX/5. Im Jahr 1986 verfügte die Hauptabteilung

---

[101] KD Jena: Eröffnungsbericht zum OV »Weinberg« v. 28.2.1984, S. 1 ff.; BStU, MfS, BV Gera, X/318/84.

[102] HA XX/5: Vorschlag zum Anlegen eines zentralen Operativvorganges »Weinberg« v. 24.7.1987, S. 1–6; ebenda.

[103] HA XX/5: Bericht über die im Prozess der politisch-operativen Arbeit erkannten Angriffe des Gegners gegen die von der Linie XX zu sichernden gesellschaftlichen Bereiche v. 11.4.1984; BStU, MfS, HA XX 226, S. 53.

[104] Referat Mielkes zu Fragen der politisch-operativen Arbeit des MfS auf der zentralen Dienstkonferenz am 12.9.1984, S. 171; BStU, MfS, BdL/Dok. 000132.

[105] Vermerk im Arbeitsbuch 1984/85 des Referatsleiters der HA XX/5/II, Horst Graupner, v. 7.1.1985; BStU, MfS, HA XX 8428, S. 53 f.

[106] Vermerk im Arbeitsbuch 1985 bis 1987 des Referatsleiters der HA XX/5/II, Horst Graupner, v. 3.1.1986; BStU, MfS, HA XX 8433, S. 30–35.

[107] Schreiben Markus Wolfs an Mielke über den Beitrag der HV A zur Gewährleistung der inneren Sicherheit der DDR v. 6.1.1986; BStU, MfS, ZAIG 7373, Bl. 3–9.

[108] Kaderakte Artur Willmann; BStU, MfS, KS II 420/86, Bl. 290 f.

[109] Kaderkarteikarte Hans Buhl; BStU, MfS.

XX/5 über 23 hauptamtliche Mitarbeiter. Der Stellenplan sah vor, diese Anzahl bis 1990 auf 30 Mitarbeiter zu erhöhen.[110]

Am 31. Oktober 1986 registrierte die Hauptabteilung XX/5, dass in Westberlin das alternative »Radio 100« auf Sendung gegangen war. Gemeinsam mit der Hauptabteilung XX/2 versuchte sie mit der »Aktion Sender« zu verhindern, dass diese Rundfunkstation zu einem Sprachrohr für »Kräfte der politischen Untergrundtätigkeit aus der DDR wird«.[111]

Auf einer Besprechung am 17. Dezember 1986 zogen die Referatsleiter der Hauptabteilung XX/5 eine Bilanz für das zurückliegende Jahr und stellten fest: Trotz guter Ergebnisse bei der Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit lasse der Gegner in seinem feindlichen Wirken nicht nach. »Rechte Kräfte« der Grünen und der Alternativen Liste strebten weiter eine Destabilisierung der DDR an. Durch Friedenswerkstätten, die Friedensdekade und Menschenrechtsseminare sollten feste feindliche Strukturen in der DDR geschaffen werden. Unterschriftensammlungen und Eingaben von DDR-Bürgern hätten sich seit 1985 verdoppelt. Es existierten inzwischen etwa 60 Friedenskreise und 40 Öko-Gruppen. Die Hauptmängel bei der Arbeit der Hauptabteilung XX/5 seien ein ungenügendes IM-Netz, mangelhaftes operatives Ausgangsmaterial und die ungenügende Konzentration auf Schwerpunkte.[112]

Im Zentrum der Bemühungen der Hauptabteilung XX/5 blieben auch 1987 der ZOV »Weinberg« gegen Roland Jahn und die Exil-Jenaer sowie der ZOV »Opponent« gegen Jürgen Fuchs. Im selben Jahr eröffnete die Abteilung einen weiteren OV unter dem Decknamen »Netz« gegen die im Rahmen der Friedensbewegung von Westberlin aus blockübergreifend agierende »Initiative für den Ost-West-Dialog«.[113] Ebenfalls im Visier der Hauptabteilung XX/5 stand die »Initiative 100 000 Partnerschaften«, welche sich von der Bundesrepublik aus bemühte, Kontakte zwischen Jugendlichen in Ost und West zu schaffen.[114] Gegen mehrere Angehörige der »Arbeitsgruppe Berlin- und Deutschlandpolitik« der Alternativen Liste, unter ihnen das Mitglied des Abgeordnetenhauses Wolfgang Schenk, führte die Hauptabteilung XX/5 ab 1987 den OV »Spinne«.[115] Anlässlich einer Dienstbesprechung der Hauptabteilung XX/5 am 26. Oktober 1987 betonte der Abteilungsleiter Buhl, dass trotz »Glasnost« und »Perestroika« das Feindbild und die entsprechenden Arbeitsschwerpunkte wie bisher bestehen blieben. Er musste einräumen, dass es dem MfS nicht gelungen sei, Kontrolle über den alternativen Sender »Radio 100/Glasnost« zu erlangen.[116] Ab dem 19. November 1987 beteiligte sich die Hauptabteilung XX/5 zudem an der Aktion »Falle« gegen die Umweltbibliothek in der Ostberliner Zionskirchgemeinde.

Anfang 1988 stellte sich für die Hauptabteilung XX/5 die Aufgabe, eine Gruppe von Personen zu bearbeiten, die aufgrund ihrer Aktivitäten in der Bürgerrechtsbewegung zeitweise oder für immer in den Westen übergesiedelt waren. In einer Beratung am 15. Februar 1988 unter Leitung von Hans Buhl beschlossen die Referatsleiter der Hauptabteilung XX/5, gegen diese Personen einen ZOV unter dem Decknamen »Heuchler« anzulegen. Dadurch sollte verhindert werden, »dass sich diese Personen zu führenden Fein-

[110] Vermerk im Arbeitsbuch 1985 bis 1987 des Referatsleiters der HA XX/5/II, Horst Graupner, v. 17.12.1986, S. 135–140; BStU, MfS, HA XX Bündel 28.

[111] Vermerk v. 3.11.1986; ebenda, S. 111 ff.

[112] Vermerk v. 17.12.1986; ebenda, S. 135 ff.

[113] Vermerk v. 6.4.1987; ebenda, S. 180 f.

[114] Vermerk v. 13.1.1987; ebenda, S. 149 ff.

[115] Vermerk im Arbeitsbuch 1987 bis 1989 des Referatsleiters der HA XX/5/II, Horst Graupner, v. 4.5.1987; BStU, MfS, HA XX 8433, S. 203 f.

[116] Vermerk v. 26.10.1987; ebenda, S. 263 ff.

den gegen die DDR entwickeln, das heißt sie dürfen kein Fuchs/Jahn werden. Es darf zu keiner Konzentration kommen.«[117] Im ZOV »Heuchler« waren folgende Personen registriert: Lotte und Wolfgang Templin, Bärbel Bohley, Werner Fischer, Ralf Hirsch, Vera Wollenberger, Bert Schlegel, Stefan Krawczyk und Freya Klier.[118]

Zielobjekt der Hauptabteilung XX/5 war ab 1988 auch die aus der AL-Arbeitsgruppe »Berlin- und Deutschlandpolitik« hervorgegangene »Initiative Freiheit für Andersdenkende« in Westberlin.[119] Im Juli 1988 war die Arbeitsteilung in der Hauptabteilung XX/5 wie folgt geregelt: Das Referat I bearbeitete unter anderem die OV »Spinne« und »Netz«. Referat II war für den ZOV »Weinberg« verantwortlich. Referat III führte den ZOV »Heuchler«. Referat IV arbeitete an dem ZOV »Opponent« und an den operativen Materialien gegen Wolf Biermann und Siegmar Faust. Referat V sicherte nach wie vor das Verbindungswesen, und auch die Arbeitsgruppe Auswertung und Information hatte die alten Aufgaben.[120] In diesem Jahr führten 19 Operative Mitarbeiter der Hauptabteilung XX/5 113 IM.[121] Im Juli des folgenden Jahres zählte die Hauptabteilung XX/5, einschließlich des Leiters, insgesamt 28 Mitarbeiter.[122]

In dieser Struktur und Personalstärke befand sich die Abteilung auch noch, als im Dezember 1989 mit dem Abbau des Staatssicherheitsapparates begonnen wurde. Nach den damaligen Planungen sollten von den 28 Mitarbeitern der HA XX/5 lediglich neun Mitarbeiter beim nunmehr als Amt für nationale Sicherheit firmierenden MfS verbleiben und in den künftigen Verfassungsschutz der DDR übernommen werden. Fünf Mitarbeiter, darunter Hans Buhl, gingen in Rente. Für 15 Mitarbeiter war der Wechsel zur Zollverwaltung, dem Außenhandel, der Abteilung K 1 der Volkspolizei und in zivile Berufe vorgesehen. Ein Mitarbeiter wollte Schlosser in einer LPG werden.[123]

6.3 Zusammenfassung

Vorgänger der Hauptabteilung XX/5 war die Hauptabteilung V/5. Ihre Tätigkeit richtete sich in den fünfziger Jahren unter anderem gegen westliche »Feindorganisationen« wie die KgU und den UfJ. Zwischen 1955 und 1958 war die Abteilung auch für die Überwachung der zentralen Justizorgane der DDR (Ministerium der Justiz, Oberstes Gericht, Oberste Staatsanwaltschaft) verantwortlich. Mit dem Befehl 506/62 wurde der Hauptabteilung V/5 1962 die »Federführung« bei der »Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels« übertragen. Sie nahm diese Aufgabe auch nach ihrer Umbenennung 1964 in Hauptabteilung XX/5 bis 1975 wahr. Zwischen 1964 und 1971 setzte die Hauptabteilung XX/5 Operativgruppen in Bulgarien, Ungarn und in der ČSSR ein. Diese Gruppen sollten »Republikfluchten« über Drittländer von DDR-Bürgern und deren Unterstützung durch westliche Fluchthelfer und Fluchthilfeorganisationen verhindern. Die Federführung der Hauptabteilung XX/5 bei der »Bekämpfung von Menschenhandel, Schleusungen und Grenzprovokationen« wurde in den Jahren 1965 und 1966 durch entsprechende Befehle Mielkes erneut bestätigt und präzisiert. Weitere Aktivitäten der Hauptabteilung XX/5 richteten sich in den sechziger Jahren gegen »Zentren der politisch-ideologischen Diversion« in West-

117 Vermerk v. 15.2.1988; ebenda, S. 310 f.

118 Ebenda.

119 Vermerk v. 7.3.1988; BStU, MfS, HA XX 8433, S. 317 ff.

120 Vermerk v. 4.7.1988; ebenda, S. 341 ff.

121 HA XX/5: Operativgeldabrechnung v. 1988; BStU, MfS, HA XX Bündel 167.

122 Telefonverzeichnis der HA XX/5 v. 11.7.1989, S. 21 ff.; BStU, MfS, HA XX Bündel 36.

123 HA XX/5: Ergebnisse der persönlichen Gespräche mit den Angehörigen der Abteilung v. 11.12.1989; BStU, MfS, HA XX 1642, S. 8–10.

berlin und der Bundesrepublik, da das MfS von diesen Organisationen eine inspirierende Wirkung auf die »politische Untergrundtätigkeit« in der DDR fürchtete. Anfang der siebziger Jahre gerieten auch Einrichtungen der westlichen Ost- und Deutschlandforschung ins Visier der Hauptabteilung XX/5.

Ein wesentlicher Einschnitt in die Arbeit der Hauptabteilung XX/5 ergab sich im Jahr 1975. Durch den Befehl 1/75 bestimmte Mielke, dass nunmehr alle Diensteinheiten des MfS die Bekämpfung von Flucht und Fluchthilfe mit der zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG) und den nachgeordneten Bezirkskoordinierungsgruppen (BKG) abzustimmen hätten. Die Befehle 373/64 und 10/66, welche die Federführung der HA XX/5 auf diesem Gebiet festgeschrieben hatten, wurden damit außer Kraft gesetzt. Einzelne Fluchthilfeorganisationen bearbeitete die Hauptabteilung XX/5 aber noch bis 1983. Nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976 richteten sich die Aktivitäten im Westen auch gegen ehemalige DDR-Künstler und Schriftsteller. Zwischen 1977 und 1981 hatte die »Bearbeitung« des »Schutzkomitees Freiheit und Sozialismus« und des »Komitees für die Freilassung Rudolf Bahros« in Westberlin absolute Priorität. Durch umfangreiche Zersetzungsmaßnahmen gelang es dem MfS in diesem Zeitraum, die Arbeit beider Komitees wesentlich zu behindern.

Im Zuge der internationalen Auseinandersetzungen um Rüstung und Nachrüstung konzentrierte die Abteilung ihre Aktivitäten ab 1981 auf Personen und Gruppen der westlichen Friedensbewegung, die in ihrer Arbeit einen blockübergreifenden Ansatz hatten und Kontakt zu den unabhängigen Friedensgruppen in der DDR suchten und hielten. Ebenso »bearbeitete« die Hauptabteilung XX/5 bis 1989 ehemalige DDR-Bürger wegen ihres Engagements in der blockübergreifenden Friedens-, Menschenrechts- und Ökologiebewegung. Sie galten dem MfS als besonders gefährlich, weil sie über ihre »Rückverbindungen« in die DDR Kontakte zwischen westlichen und östlichen Gruppen vermittelten, im Westen Solidarität für die östlichen Gruppen einforderten und diese durch materielle Hilfe aktiv unterstützten. Trotz des Einsatzes mannigfacher Zersetzungsmaßnahmen gelang es der Hauptabteilung XX/5 nicht, diese Kommunikationsstrukturen zu zerschlagen.

Im Jahr 1972 umfasste der Personalbestand der Hauptabteilung XX/5 38 Mitarbeiter. Mit dem Verlust der »Federführung bei der Bearbeitung der Fluchthilfe« verringerte sich die Personalstärke auf 28 und blieb bis 1989 etwa konstant. Im Vergleich mit anderen Abteilungen der Hauptabteilung XX war die Anzahl der IM aufgrund der schwierigeren geheimdienstlichen Arbeitsbedingungen im »Operationsgebiet« relativ niedrig. Sie erreichte Mitte der siebziger Jahre mit 182 IM einen Höhepunkt, um dann bis 1989 auf einen Bestand von 113 IM abzusinken.

7 Abteilung 7: Kultur und Massenkommunikationsmittel

Von Gesine von Prittwitz und Matthias Braun

7.1 Vorgeschichte des Sicherungsbereiches 1950 bis 1969

Anfang der fünfziger Jahre betrachtete das MfS weder die »Kulturschaffenden« noch die »Angehörigen der Intelligenz« als eine Gruppe, die es besonders zu observieren galt. Folglich existierten im Apparat zunächst auch keine speziellen Arbeitsbereiche zur Kontrolle des Kulturbetriebes. Für die wenigen, aus der Sicht der Staatssicherheit, »negativ aufgefallenen Personen« aus der Kulturszene waren bis zum Herbst 1953 die Abteilungen V und VI zuständig.[1] Erste strukturelle Voraussetzungen für eine »fachspezifische« Überwachung des Kulturbereiches der DDR ergaben sich relativ spät im November 1953 mit der Gründung der Hauptabteilung V. Ein Strukturplan dieser Hauptabteilung vom Januar 1955 weist für die Hauptabteilung V/1 die Zuständigkeitsbereiche »zentrale kulturelle Institutionen« sowie Presse und für die Hauptabteilung V/7 die Zuständigkeitsbereiche Rundfunk, Film und DEFA (einschließlich deren technischer Sektoren und der Hauptverwaltung Film beim Ministerium für Kultur) aus.[2] Aufgrund des zunächst sehr begrenzten Personalbestandes in den betreffenden Referaten dürfte eine wirkliche geheimdienstliche Durchdringung dieser Sicherungsbereiche kaum möglich gewesen sein. Im Herbst 1955 wurden die beiden »Sicherungsbereiche Rundfunk und Film« ebenfalls in die Hauptabteilung V/1 verlagert. Die Aufgabenverteilung gestaltete sich folgendermaßen: Das Referat II war für die zentralen kulturellen Institutionen sowie Rundfunk und Film[3] und das Referat IV für Presse, Schriftsteller und Verlage zuständig. Für beide Referate standen insgesamt zwölf Planstellen zur Verfügung.[4] Wegen Personalmangels konnte zunächst nur die Hälfte der Stellen besetzt werden.

In den fünfziger Jahren bedeutete geheimdienstliche Überwachung im Kultur- und Medienbereich »Objektsicherung«. Das MfS sollte in der jeweiligen Einrichtung »Sicherheit, Schutz und Ordnung« gewährleisten. In erster Linie konzentrierte sich die Staatssicherheit dabei auf die von der SED als Herrschafts- und Agitationsinstrument betrachteten Massenmedien (»Massenkommunikationsmittel«) wie das Pressewesen, den Rundfunk, das Fernsehen und den Film. Einer besonders strengen Kontrolle unterlagen die technischen Bereiche wie Sender, Studios, Produktionsräume und Übertragungswagen. Außerdem wurde Mitte der fünfziger Jahre damit begonnen, bedeutende kulturelle Ereignisse, wie etwa die Bundestage des Kulturbundes, »abzusichern«.[5]

Darüber hinaus beanspruchte das MfS, alle gesellschaftlichen Organisationen und bedeutenden Einrichtungen des Kunst- und Kulturbetriebes zu kontrollieren. Dazu gehörten solche Bereiche wie das Zirkuswesen oder auch die unter dem Dach der Gewerkschaft, der FDJ, des Kulturbundes und des DFD organisierte volkskünstlerische Arbeit (Laientheater, Kabarett, Volkstanz, Malerei usw.). In den fünfziger und sechziger Jahren beschäftigte sich der Verantwortungsbereich »Kultur« jedoch vor allem mit staatlichen Institutionen, denen die Leitung, Koordinierung und Durchführung der SED-Kulturpolitik oblagen. Eine

---

1 Vgl. Matthias Braun: HA XX.

2 Strukturplan der HA V v. 3.1.1955; BStU, MfS, BdL/Dok. 003784.

3 Im Strukturplan von Januar 1955 war für den Bereich Kunst und Kultur noch das Referat III vorgesehen. Vgl. ebenda.

4 Ebenda.

5 Vgl. Walther, Joachim: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik. Hg. BStU. Berlin 1996, S. 148.

herausragende Stellung nahm dabei von Anfang an das Ministerium für Kultur (MfK) mit seinen diversen Hauptverwaltungen, Abteilungen und nachgeordneten Einrichtungen wie dem Staatlichen Tanzensemble der DDR, den Theatern, Museen und künstlerischen Ausbildungszentren ein. Die Berufsorganisationen für Künstler wie auch die Akademie der Künste[6] fanden zu diesem Zeitpunkt hingegen kaum das operative Interesse des MfS. Auch die freischaffenden, institutionell ungebundenen Künstler blieben von Überwachung zunächst weitgehend verschont. Fehlendes Personal, operative und bildungsmäßige Defizite bei den vorhandenen MfS-Kadern und eine in der Anfangsphase charakteristische Personalfluktuation[7] waren Ursachen für die zunächst eher oberflächliche geheimpolizeiliche Kontrolle des Medien- und Kulturbetriebes.

Anfang 1955 bestand das »Kultur«-Referat der HA V/1 nur aus dessen Leiter Karl Brosche (Jg. 1926).[8] Er war für 17 Sicherungsobjekte, darunter das 1954 gegründete MfK, zuständig.[9] Erst im Zuge der Reorganisation der Hauptabteilung V/1 (Herbst 1955) erhielt das Referat weitere Mitarbeiter, darunter Johannes Schindler (Jg. 1935), der von 1959 bis 1961 die Leitung dieses Referates übertragen bekam.[10] Das für Presse, Schriftsteller und Verlage zuständige Referat IV war mit dem Leiter Werner Müller (Jg. 1930)[11] und vier operativen Mitarbeitern von Anfang an besser besetzt. Anfang 1955 zeichnete es für die »Sicherheit« in 13 »Objekten« verantwortlich.[12] Tatsächlich konzentrierte sich dieser Verantwortungsbereich zunächst auf das Pressewesen. Aufgaben im Bereich Literatur, Verlagswesen und Dokumentation standen hinten an.

In den Jahren 1956/57 baute die Staatssicherheit die Kontrollen im Kulturbetrieb aus. Anlass dafür gaben die Systemkrisen in Ungarn und Polen sowie Vorkommnisse in der DDR wie der als »konterrevolutionär« eingestufte Diskussionskreis um Wolfgang Harich, Walter Janka und Gustav Just. Auch die Kritik der Leipziger Professoren Ernst Bloch und Hans Mayer am Regime sowie die Flucht von Alfred Kantorowicz im August 1957 erregten die Aufmerksamkeit der Partei.[13] Sie befürchtete »ungarische Zustände«. Daraufhin wurden in den Abteilungen V der Bezirksverwaltungen ebenfalls Ermittlungen gegen Personen im Medien- und Kulturbetrieb in Gang gesetzt. In den Bezirksverwaltungen existierten zu diesem Zeitpunkt noch keine eigenen Fachreferate. Sie bildeten sich dort erst Ende 1969 mit dem Aufbau der Linie XX/7 heraus. Überwachungsaufgaben im Kultur- und Medienbereich waren vor Ort analog der organisatorischen Zuordnung in der Berliner MfS-Zentrale in den Referaten 1 der jeweiligen Abteilung V angesiedelt. In den Bezirken war eine intensive Überwachung des Kultur- und Medienbetriebes aufgrund der personellen Situation noch weniger realisierbar als in Berlin. Die Abteilung V/1 der Bezirksverwaltung in Halle beispielsweise bearbeitete im Mai 1957 mit nur zwei Mitarbeitern den Rat des Bezirkes, das Gesundheitswesen und das Deutsche Rote Kreuz, den regionalen Kulturbund, wichtige Kulturinstitutionen im Bezirk, Schriftsteller, den Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst (ADN), das Fernseh- und Rundfunkwesen sowie das Post- und

---

6 Hierzu umfassend Braun, Matthias: Kulturinsel und Machtinstrument. Die Akademie, die Partei und die Staatssicherheit. Hg. BStU. Göttingen 2007.

7 Vgl. Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Hg. BStU. Berlin 1996, S. 40.

8 Kaderkarteikarte Karl Brosche; BStU, MfS.

9 Strukturplan 1955 (Anm. 2).

10 Kaderkarteikarte Johannes Schindler; BStU, MfS.

11 Kaderkarteikarte Werner Müller; BStU, MfS.

12 Strukturplan 1955 (Anm. 2).

13 Analyse der Feindtätigkeit innerhalb der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz, o. D. (1958), S. 1–88; BStU, MfS, BdL/Dok. 005154.

Fernmeldewesen.[14] Ähnlich breit gefächerte Aufgaben nahm auch die Abteilung V/1 in der Verwaltung Groß-Berlin wahr. Sie war für Organe des Staatsapparates, kulturelle Einrichtungen, das Presse- und Verlagswesen, das Gesundheitswesen, Post- und Fernmeldewesen, die Volksbildung und die Justiz verantwortlich.[15]

Nach 1957 intensivierte die Berliner Zentrale die Überwachung im Verantwortungsbereich »Massenkommunikationsmittel«. Dabei spielte die zunehmende Verbreitung des Fernsehens eine wesentliche Rolle. Im Verantwortungsbereich »Kultur« geriet das Verlagswesen stärker ins Visier. Mit dem Aufbau-Verlag[16] und dem Verlag Volk und Welt wurden erstmals Belletristik-Verlage geheimpolizeilich bearbeitet.[17] Außerdem legte die Staatssicherheit im Mai 1957 den Objektvorgang »Deutscher Schriftstellerverband« an.[18] Die erhöhten Anstrengungen in diesem Bereich führten zu einer Verstärkung der Referate II und IV der Hauptabteilung V/1 mit qualifizierteren Kadern.

Nach dem Mauerbau verstärkte das MfS ungeachtet des 1962 einsetzenden kulturpolitischen Tauwetters die Durchdringung des künstlerisch-kulturellen Bereichs mit geheimdienstlichen Mitteln. Die Staatssicherheit glaubte im Kulturbetrieb erste Anzeichen für das Entstehen eines »politischen Untergrundes« auszumachen. 1963 wurde deshalb in der Hauptabteilung V/1 beim Referat II das Hauptsachgebiet »politischer Untergrund« eingerichtet, um die Werbung von Künstlern als IM für das MfS voranzubringen und die Vorgangsarbeit gegen Verdächtigte aus der Kulturszene zu intensivieren.[19]

Nach der Umbenennung der Hauptabteilung in HA XX[20] war 1964 in der Abteilung 1 das Referat II unter Karl Brosche für die »Sicherung« des Kulturbetriebes und das von Johannes Schindler geleitete Referat III für die Massenkommunikationsmittel zuständig. 1965 löste ihn Wolfgang Reuter (Jg. 1936) ab.[21] In beiden Referaten waren insgesamt zwölf Mitarbeiter beschäftigt. Trotz wachsender Aufgaben blieb der Kaderbestand bis 1969 konstant. Das Ausmaß personenbezogener Überwachungen nahm stetig zu. 1968/69 führten die zuständigen Diensteinheiten der Bezirksverwaltungen 13 Operative Vorgänge (OV) und 40 operative Vorläufe (VAO), die überwiegend darstellende (13) und bildende Künstler (11) betrafen.[22] In mindestens drei Fällen wurden Personen inhaftiert.[23] Daneben vermehrte sich der Aufwand bei der Absicherung von »Objekten«. Für diesen Zuwachs war entscheidend, dass die SED im Zuge des berüchtigten 11. ZK-Plenums im Dezember 1965, das eine kulturpolitisch restriktive Phase einleitete,[24] vielfach neue Institutionen schuf, um ihren Einfluss im kulturellen Bereich zu festigen.[25] Dazu gehörten die Gründungen des Verbandes der Film- und Fernsehschaffenden und des Verbandes der Theaterschaffenden.

Zeichnete die Hauptabteilung V/1 Anfang 1955 noch für 30 »Sicherungsobjekte« verantwortlich, so waren es im Frühjahr 1968 bereits 45.[26] Das Referat II war nun auch für

---

[14] Abt. V der BV Halle: Struktur der Abteilung V v. 15.5.1957; BStU, MfS, SdM 1921, Bl. 381.

[15] Kaderakte Manfred Wild; BStU, MfS, BV Berlin, KS II 135/91, Bl. 56.

[16] Kaderakte Peter Gütling; BStU, MfS, KS 3834/90, Bl. 44.

[17] Vorgangsheft Peter Gütling; BStU, MfS, AS 1857/92.

[18] Vgl. Kaderakte Benno Paroch; BStU, MfS, KS 26483/90, Bl. 62.

[19] Kaderakte Wolfgang Reuter; BStU, MfS, KS 4620/90, Bl. 57.

[20] Vgl. Befehl 211/64 des Ministers v. 9.3.1964; BStU, MfS, BdL/Dok. 000875.

[21] Kaderakte Wolfgang Reuter; BStU, MfS, KS 4620/90, Bl. 92.

[22] HA XX: Jahresanalyse für 1968 v. 20.1.1969; BStU, MfS, HA XX/AKG 804, Bl. 198 f.

[23] Ebenda, Bl. 43 u. 47.

[24] Dokumente zur Kunst-, Literatur- und Kulturpolitik der SED. Hg. v. Schubbe, Elimar. Stuttgart 1972, S. 1076–1119.

[25] Vgl. Jäger, Manfred: Kultur und Politik in der DDR. 1945–1990. Edition DA. Köln 1994, S. 119–138.

[26] HA XX: Übersicht über die bearbeiteten bzw. abgesicherten Objekte v. 22.3.1968, S. 2–4; BStU, BF-Dok. 12.

die Observation der freischaffenden Künstler, den Kulturbund mit seinen Sektionen und die Überwachung fast aller Berufsverbände der Künstler zuständig. Lediglich der neu gegründete Verband der Theaterschaffenden wurde zu diesem Zeitpunkt noch nicht von der Hauptabteilung V/1 bearbeitet.

7.2 Die Hauptabteilung XX/7 1969 bis 1989

7.2.1 Aufgaben und Struktur der Hauptabteilung XX/7

Das Programm des VII. SED-Parteitages vom Juni 1967 wies der Kunst und Kultur eine gewichtige Rolle als »ideologischen Schrittmacher« bei der angestrebten Verwirklichung des »entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus« zu. Zudem wurde spätestens während des »Prager Frühlings« 1968 deutlich, welche Bedeutung Künstler und Journalisten in einer Bewegung haben konnten, die für die SED-Führung ein einziger politischer Albtraum war. Eine von der Hauptabteilung XX nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die ČSSR erstellte Analyse zur Lage im Medien- und Kulturbetrieb der DDR ergab, dass auch in der DDR viele Künstler und Kulturschaffende bis hin zu Leitungskadern in gesellschaftlichen Organisationen mit dem »Prager Frühling« sympathisierten und gegen die militärische Intervention in der ČSSR auftraten.[27] Die SED-Kreisleitung im MfS zog im Dezember 1968 aus dieser Entwicklung den Schluss, dass »der Klassenfeind bei der Organisierung der Konterrevolution [...] immer von dem scheinbar unpolitischen Bereich der Kunst ausgeht«.[28] Damit war klar, dass sich das MfS für diesen Bereich zukünftig besonders interessieren müsste. Vor diesem Hintergrund erklären sich die 1969 eingeleiteten strukturellen und organisatorischen Veränderungen zur Kontrolle und Überwachung der »Sicherungsbereiche Kultur und Massenkommunikationsmittel«.

Am 18. Juni 1969 erließ Mielke den Befehl 20/69, der den Aufbau der Linie XX/7 mit den Zuständigkeitsbereichen »Kultur und Massenkommunikationsmittel« in der Berliner Zentrale und den Bezirksverwaltungen anwies.[29] Die neue Linie XX/7 richtete ihr Augenmerk in der Hauptsache auf die wichtigen Bereiche Fernsehen, Rundfunk, ADN und die Printmedien sowie auf alle kulturellen Institutionen vom Ministerium für Kultur bis hin zum Theater in der Provinz. Zu den »Sicherungsobjekten« im Bereich »Kultur« gehörten dabei alle Einrichtungen der bildenden, darstellenden und unterhaltenden Kunst und der »kulturellen Massenarbeit«[30] sowie die künstlerischen Hoch- und Fachschulen, die Theater und Orchester, die Konzert- und Gastspieldirektionen (KGD), die Kultur- und Klubhäuser in den Gemeinden und Betrieben sowie die Bereiche der Unterhaltungskunst.

---

[27] HA XX: Bericht über die politisch-operative Lage in den Bereichen der Kultur und Massenkommunikationsmittel in den Bezirken der DDR v. 24.1.1969; BStU, MfS, HA XX/AKG 804, Bl. 149–204.

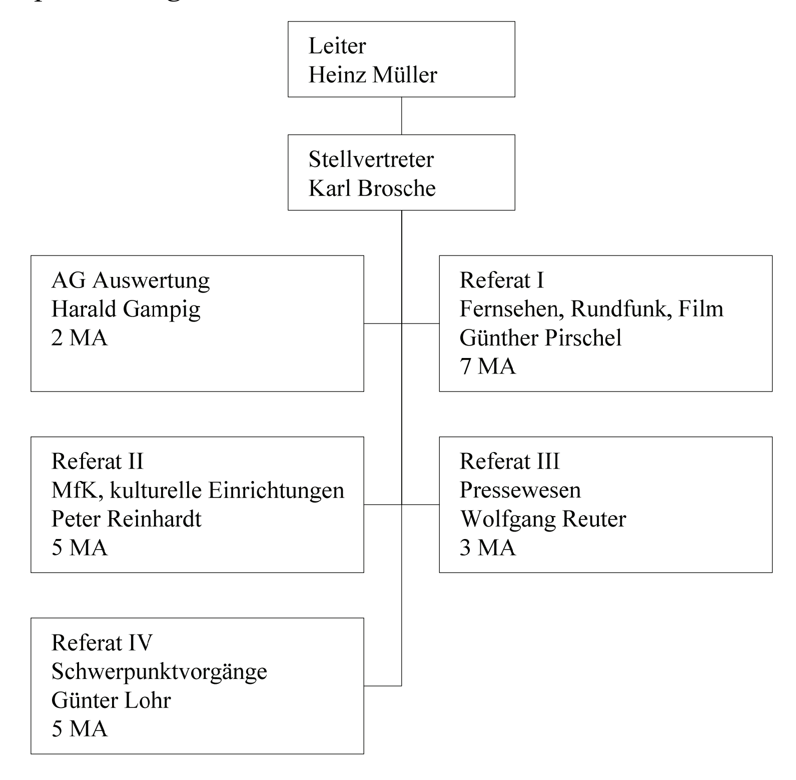
[28] Paroch, Benno: Die feindlichen Angriffe im Bereich von Kunst und Literatur [Diskussionsbeitrag auf der SED-Kreisleitungssitzung am 12.12.1968]; BStU, MfS, SED-KL 197, Bl. 560.

[29] Befehl 20/69 des Ministers v. 18.6.1969, S. 1–3; BStU, MfS, BdL/Dok. 001347.

[30] 1989 existierten in der DDR insgesamt 861 kulturelle Masseneinrichtungen. Dazu zählten hauptsächlich Einrichtungen der Volks- und Laienkunst sowie Kultur- und Klubhäuser in Städten, Gemeinden und Betrieben.



Struktur der Hauptabteilung XX/7 im Jahre 1969[31]



In struktureller und personeller Hinsicht erfolgten mit dem Befehl 20/69 weitreichende Veränderungen. Aus den beiden für die »Kultur und Massenkommunikationsmittel« zuständigen Referate in der Hauptabteilung XX/1 wurden bei der Hauptabteilung XX/7 vier.[32] Der großen Bedeutung, die die »Massenkommunikationsmittel« hatten, wurde nun durch die Einrichtung von zwei Referaten Rechnung getragen. Das Referat I war für das Fernsehen, den Rundfunk und den Film zuständig und das Referat III bearbeitete das Pressewesen. Mit dem Referat IV existierte zum ersten Mal in der Geschichte der Überwachung des Kunst- und Kulturbetriebes durch die Staatssicherheit eine Diensteinheit, die sich ausschließlich mit der operativen Vorgangsarbeit gegen Schriftsteller, Künstler und Kulturschaffende befasste. Hier wurden anfänglich auch der ZOV »Lyriker« gegen Wolf Biermann und der OV »Diversant« gegen Stefan Heym geführt. Schon bald übernahm das Referat IV »Schwerpunktvorgänge der Linie XX« wie den OV »Konzeption« gegen Rudolf Bahro. Die mit der Gründung der Diensteinheit installierte Auswertungsgruppe war für die Analyse und Speicherung der Informationen und für die Erfassung und Kategorisierung der operativen Materialien verantwortlich. Sie erarbeitete Analysen und Lageberichte zur Situation im Medien- und Kulturbetrieb der DDR, die die Grundlage der weiteren Arbeitsplanung bildeten. Die Berichte gingen zur Weiterbearbeitung an die übergeordnete Auswertungs- und Informationsgruppe (AKG) der Hauptabteilung XX, in Ausnahmefällen wurden sie direkt an die entsprechenden Instanzen des SED-Parteiapparates weitergeleitet.

Die gleichfalls am 18. Juni 1969 erlassene Dienstanweisung 3/69 »zur Organisierung der politisch-operativen Arbeit in den Bereichen der Kultur und Massenkommunikations-

---

31 Rekonstruktion auf der Grundlage der Kaderakten aller Mitarbeiter der HA XX/7.

32 Vgl. Hans Prüfer: Notizen zur Dienstbesprechung der HA XX am 5.9.1969; BStU, MfS, HA XX Bündel 214.

mittel« erläuterte die Arbeitsvorgaben.[33] Sie blieben bis zur Auflösung des Staatssicherheitsdienstes gültig. Mit der Schaffung der Hauptabteilung XX/7 wurden die Weichen für eine umfassende Überwachung und Beeinflussung von Kunst und Kultur in der DDR gestellt. Im Ganzen konzentrierte sich die Diensteinheit allerdings stärker auf die Kontrolle der »Massenkommunikationsmittel«. Die Bereiche Rundfunk, Fernsehen, Film und Presse mit all ihren nachgeordneten Einrichtungen einschließlich der jeweiligen technischen Komplexe blieben langfristige Arbeitsschwerpunkte.[34]

Im Januar 1976 wurde das Referat IV mit allen IM- und vorgangsführenden Mitarbeitern aus der Hauptabteilung XX/7 ausgegliedert. Es erhielt den Status einer strukturell eigenständigen Operativgruppe (OG) der Hauptabteilung XX, die 1981 in die Hauptabteilung XX/9 umgewandelt wurde.[35] Neben den sechs Mitarbeitern des Referates IV gab die Hauptabteilung XX/7 auch ihren Abteilungsleiter Heinz Müller an die neue Struktureinheit ab. Für die vielfältigen Aufgaben im Verantwortungsbereich »Kultur« blieb weiterhin das Referat II in der Hauptabteilung XX/7 zuständig.

Die Zahl der »Objekte« im Verantwortungsbereich »Kultur« blieb zwischen 1968 und 1975 mit 35 bzw. 36 nahezu konstant. Erhebliche Veränderungen ergaben sich dagegen sowohl bei der Zusammensetzung als auch der strukturellen Zuordnung der überwachten Einrichtungen. So waren im Zuge des verstärkten Kulturaustausches einerseits neue staatliche Einrichtungen geschaffen worden, die es erstmalig zu kontrollieren galt.[36] Andererseits wurden »alte Objekte« wie die zehn »Sicherungsobjekte«[37] des Sachgebietes »Film« aus dem Verantwortungsbereich »Kultur« gänzlich herausgenommen und in den Bereich »Massenkommunikationsmittel« verlagert.

1975 war das Referat II (»Kultur«) der Hauptabteilung XX/7 in folgende Sachgebiete (SG) gegliedert[38]:

Sachgebiet 1: Ministerium für Kultur
Zuständig für die Hauptabteilung Internationale Beziehungen mit den Abteilungen UNESCO und UNO, die Abteilungen Information und Dokumentation, Kader und Bildung, Ökonomie, die Rechtsstelle, die Wissenschaftliche Prognosestelle, die VS-Hauptstelle und die Allgemeine Verwaltung; die MfK-Fachabteilungen für Theater, Musik, bildende Kunst/Museen, Kulturhäuser/Klubs, das Volkskunstschaffen sowie schulische Einrichtungen und Nachfolgeeinrichtungen des MfK: das Zentrum für Internationale Verbindungen (mit seinen Gästehäusern), das Institut für Kulturbauten und der Zentrale Bühnennachweis.

Sachgebiet 2: Kunst
Zuständig für die Akademie der Künste, den Zentralvorstand des Verbandes für bildende Künstler (mit 1978 rund 4 200 Mitgliedern), den Bundesvorstand des Kulturbundes mit zwölf Fachsektionen, die URANIA, den staatlichen Kunsthandel der DDR (VEH Bildende

---

[33] DA 3/69 des Ministers v. 18.6.1969 zur Organisierung der politisch-operativen Arbeit in den Bereichen der Kultur und Massenkommunikationsmittel, S. 1–23; BStU, MfS, BdL/Dok. 002468.

[34] Vgl. Organigramm zur Struktur der HA XX/7 v. 1969, S. 126, und 1989, S. 130.

[35] Vgl. Bernd Eisenfeld: HA XX/9.

[36] Beispielsweise wurden im MfK Abteilungen für die Arbeit in der UNO und deren Spezialorganisation UNESCO eingerichtet.

[37] Zu diesen Sicherungsobjekten gehörten: Hauptverwaltung Film im MfK, DEFA Außenhandel, DEFA Progressfilm-Vertrieb, DEFA Kurzfilmstudios, DEFA Wochenschau- und Dokumentarfilm, DEFA Zentrales Kopierwerk, DEFA Zentralstelle für Filmtechnik, DEFA Studio für Synchronisation, Zentralvorstand der Film- und Fernsehschaffenden und das Staatliche Filmarchiv mit dem Kino »Camera«.

[38] HA XX/7: Struktur und Stellenplan 1975 v. 21.7.1975; BStU, MfS, HA XX 1641, S. 79–99.

Kunst und Antiquitäten seit 1974) mit bedeutenden Beziehungen zum Westen (1989 drei Millionen Devisen-Einnahmen), das internationale Ausstellungszentrum und die »Galerie ARKADE«, die seit 1973 existierte.

Sachgebiet 3: Darstellende Kunst/Unterhaltungskunst
Zuständig für den Verband der Theaterschaffenden mit dem Internationalen Theaterinstitut (Zentrum für Theaterdokumentation und -information), den Verband der Komponisten und Musikwissenschaftler mit der Internationalen Musikbibliothek in Berlin und dem Verlag Neue Musik (Musikverlag der DDR), die Musik-Fachzeitschrift *Melodie und Rhythmus* und Einrichtungen, die dem MfK zugeordnet waren wie das Komitee für Unterhaltungskunst (1973 gegründet), die Künstleragentur der DDR, das Staatliche Tanzensemble und der Staatszirkus der DDR.

Sachgebiet 4: Verlagswesen
Zuständig für die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel im MfK und das Büro für Urheberrechte, das dem MfK unterstellt war, die Sachbuch-Verlage Volk und Wissen, den Verlag der Wissenschaften, den Verlag der Wirtschaft, den Verlag Volk und Gesundheit, den Landkartenverlag und »Seven Seas Publishers« sowie den Aufbau-Verlag und den Verlag Volk und Welt.

Sachgebiet 5: Literatur
Zuständig für den Zentralvorstand des Schriftstellerverbandes sowie Kultur- und Literaturzeitschriften der DDR (*Neue Deutsche Literatur*, *Sonntag*, *Sinn und Form* und *Weimarer Beiträge*).

Das Ministerium für Kultur stand mit seinen Haupt- und Fachabteilungen sowie nachgeordneten Einrichtungen im Zentrum der operativen Arbeit der Hauptabteilung XX/7. Besondere geheimpolizeiliche Aufmerksamkeit fanden die Künstlerverbände und die vornehmlich vom Komitee für Unterhaltungskunst kontrollierten Liedermacher, Sänger, Rockgruppen, Artisten und Orchesterleiter. Da auch das Verlags- und Lizenzgeschäft sowie die Zahl der Veröffentlichungen im Ausland (einschließlich der Bundesrepublik) infolge des Entspannungsprozesses zunahmen, wurden die Sicherheitsvorkehrungen im Verlagswesen in den frühen siebziger Jahren erheblich verschärft. Im Unterschied zu den anderen Sachgebieten, in denen es nur einen zuständigen Mitarbeiter gab, wurden 1975 für das Verlagswesen zwei Mitarbeiter abgestellt. Sie kontrollierten in erster Linie die Sachbuch-Verlage. Dem kleinen Sachgebiet 5 blieb die Bearbeitung des zentralen Schriftstellerverbandes und aller bedeutenden Literatur- und Kulturzeitschriften der DDR vorbehalten.

Im Wesentlichen war die Neuzuordnung der »Sicherungsobjekte« im Verantwortungsbereich »Kultur« 1975 abgeschlossen. Die Zunahme der MfS-Aktivitäten ging mit dem Ausbau des gesamten Partei- und Staatsapparates zur Kontrolle des Kulturbetriebes einher. Primär ging es der SED darum, die innenpolitischen Auswirkungen des »Tauwetters« nach dem VIII. Parteitag auf die Künstler und die Folgen des vereinbarten Informations- und Kulturaustausches mit dem Ausland besser zu beherrschen. 1975/76 traten eine Reihe neuer Verordnungen in Kraft, die die Zensur verschärften und die Auslandsbeziehungen reglementierten.[39] Nur wenige Tage nach der Ratifizierung der KSZE-Schlussakte von Helsinki ließ der Minister für Staatssicherheit die nach innen gerichtete Tätigkeit seines

[39] Vgl. u. a. Anordnung Nr. 2 über das Genehmigungsverfahren für die Herstellung von Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen v. 25.3.1975. In: Dokumente zur Kunst-, Literatur- und Kulturpolitik der SED 1975–1980. Hg. v. Lübbe, Peter. Stuttgart 1984, S. 30.

Apparates in jenen gesellschaftlichen Bereichen verstärken, die ihm für die »Politik der menschlichen Kontakte« besonders anfällig schienen.[40] Betroffen waren davon auch die Schriftsteller und Künstler, die nach Einschätzung des MfS einen »Hauptangriffsbereich des Klassengegners« darstellten.[41] Da die internationale Reputation der DDR nicht leiden sollte, war Aufsehen möglichst zu vermeiden. Deshalb gewannen subtile Formen der Einflussnahme und perfide Zersetzungsmethoden in der operativen Arbeit an Bedeutung. Diese Tendenz verstärkte sich nach dem international Aufsehen erregenden Protest gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns aus der DDR im November 1976. Erstmals sah sich die Staatssicherheit vor die Aufgabe gestellt, eine Protestbewegung von Schriftstellern und Künstlern zu »zerschlagen«. Auf der »Linie Schriftsteller« schnellte die Zahl der OV landesweit von acht (1974)[42] auf 31 (1976/77)[43] hoch. Die den Literaturbetrieb betreffenden OV der Hauptabteilung XX/7 verdreifachten sich in diesem Zeitraum von drei auf neun. Verstärkte geheimdienstliche Aktivitäten galten ab 1974/75 auch den bildenden und darstellenden Künstlern.[44]

Nach der Ausgliederung des Referates IV als Hauptabteilung Operativgruppe (HA/OG) verfügte die HA XX/7 zwischen 1976 und 1978 nur noch über drei Referate. In den einzelnen »Sicherungsbereichen« kam es zu Veränderungen. Die Sachgebiete »Film« und »Presse«, die das Referat III bis Ende 1975 bearbeitete, wurden getrennt. Das Pressewesen wurde dem Sachgebiet »Verlagswesen« zugewiesen. Die »Sicherung« im Presse- und Verlagswesen oblag ab Januar 1976 dem Referat III. Zeitweilige Pläne, im Referat I nur noch die beiden Sachgebiete »Rundfunk und Fernsehen« zu bearbeiten,[45] waren zu diesem Zeitpunkt nicht mehr aktuell. Vielmehr wurden beide Sachgebiete gemeinsam mit dem Sachgebiet »Film« beim Referat I angesiedelt. Im Jahr 1976 blieb lediglich das Referat II unverändert, das weiterhin die zentralen kulturpolitischen Organe »sicherte«. Der zweijährige Veränderungs- und Konsolidierungsprozess im Sicherungsbereich »Kultur/Massenkommunikationsmittel« endete 1978 mit der Wiedereinrichtung eines Referates IV, das die Schriftsteller mit den Schwerpunkten »Schriftstellerverband der DDR« und »Verlagswesen« zu bearbeiten hatte. Damit reagierte die Staatssicherheit erneut auf das weiter gewachsene Widerspruchspotenzial im Literaturbetrieb und das zunehmende Interesse des Westens an DDR-Literatur. Das DDR-Verlags- und Lizenzgeschäft erlebte, verbunden mit einem regen Austausch über die Blockgrenzen hinweg, einen großen Aufschwung. 1978 wurde die »Linie Schriftsteller« zum Schwerpunktbereich in der Hauptabteilung XX/7 erklärt und somit zugleich die Hochphase der Überwachung in diesem »Kulturbereich« eingeleitet. Sie dauerte bis Mitte der achtziger Jahre an.[46]

Die Wiedereinrichtung des Referates IV zog erneute Zuständigkeitsänderungen innerhalb der Hauptabteilung XX/7 nach sich. Betroffen waren davon die Bereiche Presse- und

---

[40] Information Mielkes über Probleme der gegnerischen Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit und sich daraus ergebende Schlussfolgerungen für die politisch-operative Arbeit v. 28.1.1976, S. 1–162; BStU, MfS, BdL/Dok. 004927; Schreiben Mielkes an die Leiter HV A, Hauptabteilungen/selbstständige Abteilungen, Bezirksverwaltungen/Verwaltungen für Staatssicherheit v. 6.8.1976, S. 1–10; BStU, MfS, BdL/Dok. 003853.

[41] Ebenda, S. 22.

[42] Vgl. BStU, MfS, HA XX/AKG 143.

[43] Vgl. HA XX/AKG: Schwerpunkte der monatlichen Berichterstattungen Zeitraum Februar bis September 1976 und Zeitraum Januar bis Oktober 1977; BStU, MfS, HA XX/AKG 115, Bl. 1–237, und BStU, MfS, HA XX/AKG 116, Bl. 1–222.

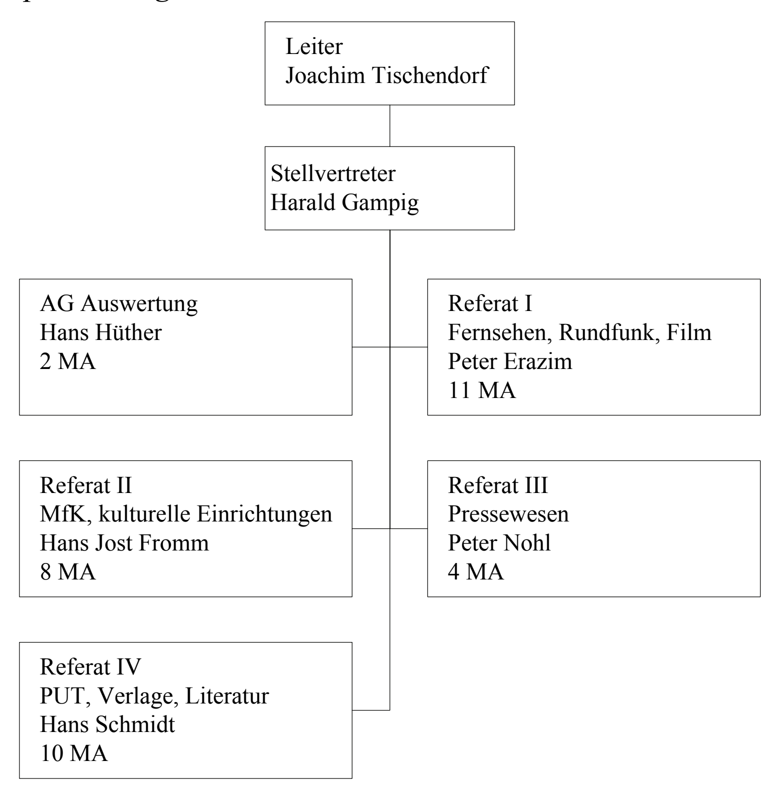
[44] HA XX/7: Veränderung der Struktur der Hauptabteilung XX/7 v. 17.7.1975; BStU, MfS, HA XX 1641, S. 145–151.

[45] Ebenda, S. 145.

[46] Vgl. Walther: Sicherungsbereich Literatur (Anm. 5), S. 168–182.

Verlagswesen, die jetzt wieder getrennt bearbeitet wurden. Für den Bereich Presse war nun erstmals seit 1955 ein eigenes Referat (Referat III) zuständig. Die Sachgebiete Rundfunk, Fernsehen und Film, einschließlich der Studiotechnik bei Fernsehen und Rundfunk, lagen weiterhin beim Referat I. Für die »Sicherung« in zentralen, anleitenden kulturellen Institutionen zeichnete unverändert das Referat II verantwortlich. Diese Struktur behielt die Hauptabteilung XX/7 bis Ende 1989 bei.

Struktur der Hauptabteilung XX/7 im Jahre 1989[47]



Die mit der Gründung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarnosc im Sommer 1980 in Polen einsetzende Entwicklung wirkte sich auch in der DDR aus.[48] Die Staatssicherheit verlagerte den Schwerpunkt ihrer operativen Arbeit auf der Linie XX/7 von der »Objektsicherung« auf die Überwachung einzelner Personen. So konzentrierte sich das Referat IV nunmehr auf die Bearbeitung von institutionell gebundenen Akteuren des Kunst- und Kulturbetriebes, die »politischer Untergrundtätigkeit« (PUT) verdächtigt wurden.[49] Mit der Dienstanweisung 2/85 »zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit«[50] versuchte das MfS, das allmählich anwachsende oppositionelle Potenzial gezielter »bearbeiten« zu können. Dazu wies die Dienstanweisung auch der Hauptabteilung XX/7 eine wichtige Funktion beim Vorgehen gegen »oppositio-

[47] HA XX/7: Telefonverzeichnis v. 9.10.1989; BStU, MfS, HA XX Bündel 36.

[48] Vgl. Tantzscher, Monika: »Was in Polen geschieht, ist für die DDR eine Lebensfrage!« – Das MfS und die polnische Krise 1980/81. In: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«. Hg. v. Deutschen Bundestag. Frankfurt/M. 1995, Bd. V/3, S. 2601–2766.

[49] Vgl. Bernd Eisenfeld: HA XX/9.

[50] DA 2/85 des Ministers v. 20.2.1985 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit. Dokumentiert in: Engelmann, Roger; Joestel, Frank (Bearb.): Grundsatzdokumente des MfS. Hg. BStU. Berlin 2004, S. 432–455.

nelle Bestrebungen und Bewegungen« in der DDR zu. Die Hauptabteilung XX/7 führte in diesem Zeitraum alleine auf der »Linie Schriftsteller« vier Operative Vorgänge und zwei operative Personenkontrollen.[51] Vor allem die Personenüberwachung wurde ausgeweitet und die Werbung von inoffiziellen Mitarbeitern, zum Beispiel unter den Nachwuchskünstlern, forciert. Das Referat IV, das innerhalb der Diensteinheit den Kampf gegen die PUT führte, rückte in der Hauptabteilung XX/7 zum neuen Schwerpunktreferat auf und wurde personell stark ausgebaut. Bis zum Oktober 1989 hatte es sich mit zehn operativen Mitarbeitern zu einem der personalstärksten Referate der Hauptabteilung XX/7 entwickelt. Nur noch vier Mitarbeiter wurden für den Bereich »Kultur« (Verlagswesen, Literatur) eingesetzt. Die anderen gingen gegen oppositionelle Künstler vor, die institutionell nicht gebunden waren. Die Bearbeitung der jungen, alternativen Künstler übernahm in der Regel die Hauptabteilung XX/9.[52]

Überbezirkliche Schwerpunkte wurden von der Hauptabteilung XX/7 gemeinsam mit den MfS-Bezirksverwaltungen, normalerweise mit den Abteilungen XX/7, bearbeitet. Regelmäßig erfolgten Absprachen auf »Stützpunktberatungen«, bei denen die Leiter der Hauptabteilung XX, der Hauptabteilung XX/7 und der jeweiligen Bezirksverwaltungen zugegen waren. Diese Beratungen dienten »der Abstimmung des Einsatzes der politisch-operativen Kräfte und Mittel bei der Bearbeitung der festgelegten personellen Schwerpunkte und dem Austausch der in der Bearbeitung gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen«.[53] In diesem Gremium wurden insbesondere die konkreten Einsatzvarianten und speziellen Aufgaben für die inoffiziellen Mitarbeiter aller beteiligten Diensteinheiten festgelegt. Des Weiteren verständigten sich die Gesprächspartner über ihren Bedarf an IM. Vor allem aber sollten solche Beratungen beim Hauptabteilungsleiter gewährleisten, »dass keine politisch-operativen Maßnahmen eingeleitet werden, die im Widerspruch zur politischen Linie der Partei stehen«.[54] Um die operative Arbeit auf der Linie XX/7 zu verbessern, wurden seit 1974 zusätzlich Beratungen zwischen den Referatsleitern der Bezirksverwaltungen und dem Leiter der Hauptabteilung XX/7 bzw. einem von ihm beauftragten Mitarbeiter im Abstand von zwei Monaten eingeführt. Sie fanden zunächst nur mit den Bezirksverwaltungen Berlin, Potsdam, Frankfurt/Oder, Neubrandenburg und Rostock statt,[55] wurden in den achtziger Jahren aber auf alle Bezirksverwaltungen ausgedehnt.[56]

Die »politisch-operativen Abwehraufgaben« der »Linie XX/7« schlossen eine nachrichtendienstliche Tätigkeit »im und nach dem Operationsgebiet« ein. So entstanden seit den späten sechziger Jahren auf der »Linie XX/7« einige Schwerpunkte der »Westarbeit«. Zu diesen gehörte vor allem der Literaturbereich, später wurden auch Bereiche der U- und E-Musik[57] sowie der bildenden Kunst einbezogen. In diesem Zusammenhang sollten zum einen »Kontakte zu Einrichtungen und Personenkreisen der Kultur und Massenkommunikationsmittel in Westdeutschland, Westberlin und dem nichtsozialistischen Ausland [...], besonders bestehende Kontakte zu Republikflüchtlingen, ehemaligen Angehörigen aus dem Be-

---

51 Vgl. HA XX: Einschätzung der OV- und OPK-Arbeit der HA XX/7 v. 30.6.1986; BStU, MfS, ZMA 4130, Bl. 97.

52 Vgl. Bernd Eisenfeld: HA XX/9.

53 HA XX: Plan zur schwerpunktmäßigen politisch-operativen Bearbeitung und Kontrolle von feindlichen und negativen Kulturschaffenden in Koordinierung mit den Abteilungen XX der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen des MfS v. 15.7.1974; BStU, MfS, HA XX 1515, Bl. 8.

54 Ebenda, Bl. 12

55 Ebenda, Bl. 13.

56 HA XX/AKG: Bericht über Konsultationen in den Abteilungen XX zur Vorbereitung einer Linienberatung der HA XX/7 v. 17.9.1987; BStU, MfS, HA XX/AKG 478, Bl. 2–18.

57 Gebräuchliche Abkürzungen für Unterhaltungsmusik und die sogenannte ernste Musik (zumeist klassische Musik).

reich der Kultur und Massenkommunikationsmittel« unter Kontrolle gehalten werden.[58] Zum anderen galt es, »durch den Einsatz des inoffiziellen Netzes und anderer operativer Maßnahmen das Auftreten von Kulturschaffenden [...] aus Westdeutschland, Westberlin und dem nichtsozialistischen Ausland in der DDR ständig zu überwachen und zu analysieren«.[59]

In den siebziger Jahren entstand vornehmlich durch die Einrichtung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ostberlin und deren kulturellen Aktivitäten ein zusätzliches »kulturoperatives« Aufgabengebiet. Es führte zwangsläufig zu einer Ausweitung der »Westarbeit« durch die »Linie XX/7«.

Zu den wichtigsten MfS-internen Kooperationspartnern der Hauptabteilung XX/7 gehörten die Hauptverwaltung Aufklärung (HV A), die Hauptabteilungen I (Nationale Volksarmee, Grenztruppen), VII (Ministerium des Innern), XVIII (Volkswirtschaft), XIX (Post-, Verkehrs- und Nachrichtenwesen) und IX (Untersuchungsorgan), ferner die Postzollfahndung und die Abteilung M (Post- und Telefonwesen), die Arbeitsgruppe Sicherung des Reiseverkehrs (ASR) und die Hauptabteilung Passkontrolle und Fahndung (HPF), die beide 1970 zur Hauptabteilung VI zusammengelegt wurden. Eine enge Zusammenarbeit bestand auch mit den anderen Abteilungen der Linie XX. Eine herausragende Rolle spielte dabei in den achtziger Jahren die Hauptabteilung XX/9. Zu erwähnen ist ebenfalls die Hauptabteilung XX/5,[60] die in den siebziger Jahren eigens 14 IM »für den Einsatz auf der Linie XX/7« abgestellt hatte.[61] Von Bedeutung war in diesem Zusammenhang ferner die Hauptabteilung XX/1, die jene Verlage kontrollierte, die den Blockparteien zugeordnet waren (Verlag der Nation, Buchverlag »Der Morgen«, Union-Verlag).[62]

Schließlich gab es ein enges Zusammenwirken mit den Sicherheitsorganen der »Bruderstaaten«,[63] speziell mit dem Komitee für Staatssicherheit der UdSSR (KGB).[64] Eine intensive Zusammenarbeit zwischen der Hauptabteilung XX und der V. Verwaltung des KGB setzte im Vorfeld der Ratifizierung der Helsinki-Schlussakte im Jahre 1975 ein.[65] Leitende Vertreter der V. Verwaltung des KfS trafen sich regelmäßig mit dem Leiter der Hauptabteilung XX und den Leitern der Hauptabteilung XX/7 sowie der Hauptabteilung XX/OG. Bei diesen Treffen wurden nicht nur operative Maßnahmen abgestimmt, sondern auch entsprechende Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen. In deren Folge überwachten Diensteinheiten des MfS und KfS gemeinsam internationale Veranstaltungen, Tagungen und Messen, wofür beide Seiten hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter bereitstellten.[66] Gemeinsam wurde gegen einzelne Schriftsteller, Redakteure und Übersetzer,

---

58 DA 3/69 (Anm. 33), S. 10.

59 Ebenda, S. 11.

60 Vgl. Thomas Auerbach: HA XX/5.

61 Schreiben des Leiter der HA XX/5: Vorhandene inoffizielle Mitarbeiter für den Einsatz auf der Linie XX/7 v. 10.10.1972; BStU, MfS, HA XX 261, Bl. 3.

62 Vgl. Matthias Braun und Bernd Eisenfeld: HA XX/1.

63 Dabei handelte es sich um die X. Verwaltung des Korps für Nationale Sicherheit des föderativen Ministeriums des Innern der ČSSR, die VI. Verwaltung des Ministeriums des Innern der VR Bulgarien, das II. und IV. Department des Ministeriums des Innern der VR Polen sowie die II. Verwaltung des Ministeriums des Innern der Ungarischen Volksrepublik.

64 Vgl. einschlägige Materialsammlung der AKG der HA XX; BStU, MfS, HA XX/AKG 777–781; HA XX: Traditionskabinett; BStU, MfS, HA XX/4 1424, Bl. 73.

65 Vgl. HA XX: Arbeitsberatung mit den Genossen der V. Verwaltung des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR vom 7. bis 12.4.1975 [Referat Paul Kienberg v. 31.3.1975]; BStU, MfS, HA XX/AKG 777, Bl. 219 f.

66 Vgl. HA XX zu einigen Problemen des feindlichen Wirkens unter Kulturschaffenden, der medizinischen Intelligenz u. a. Intellektuellen sowie zur Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit unter jugendlichen und studentischen Personenkreisen v. 8.4.1976; BStU, MfS, HA XX/AKG 779, Bl. 302 f.

aber auch gegen Verlage, Zeitschriften, kulturelle Organisationen und Einrichtungen wie das Internationale Theaterinstitut (ITI) oder den internationalen P.E.N. in London und verschiedene Exil-P.E.N.-Gruppen vorgegangen.[67]

7.2.2 Kaderentwicklung/IM-Bestand

Der Gründungsbefehl der HA XX/7 von 1969 sah 27 Stellen für die Abteilung vor,[68] 20 davon für operative Mitarbeiter. Alle Planstellen wurden sofort besetzt. Gut die Hälfte der Mitarbeiter entstammte den für »Kultur und Massenkommunikationsmittel« zuständigen Referaten der Hauptabteilung XX/1. Die anderen Mitarbeiter wurden von den unterschiedlichsten operativen Diensteinheiten zur Hauptabteilung XX/7 nach Berlin versetzt. Meistens hatten sie auf der Linie XX gedient. Von diesen neuen Mitarbeitern verfügte keiner über ausgeprägte operative Kenntnisse auf dem Gebiet der »Kultur und Massenkommunikationsmittel«.[69]

An die Spitze der neuen Abteilung wurde der damalige stellvertretende Leiter der Hauptabteilung XX/1 Heinz Müller (Jg. 1928) abkommandiert. Der gelernte Uhrmacher trat 1952 in das MfS ein, wurde 1955 Kreisdienststellenleiter in Jessen und wenig später Leiter der Abteilung V der Cottbuser Bezirksverwaltung. 1966 verließ er die Juristische Hochschule des MfS (JHS) als Diplomjurist. Die Hauptabteilung XX/7 leitete er bis Januar 1976.[70] Sein Stellvertreter wurde Karl Brosche (Jg. 1926), der dem Verantwortungsbereich »Kultur« seit 1955 vorstand. Der gelernte Mechaniker ging 1951 zur MfS-Verwaltung in Sachsen und kam 1953 zur Abteilung VI (Staatsapparat) nach Berlin. 1976 wurde Brosche Leiter der Hauptabteilung XX/7. Er schied 1987 wegen Invalidisierung aus dem MfS aus.[71] Letzter Leiter der Hauptabteilung XX/7 wurde Joachim Tischendorf (Jg. 1940), der im zivilen Leben ursprünglich Sport- und Geschichtslehrer war. Er kam 1965 zur MfS-Kreisdienststelle Sangerhausen und wurde 1969 zum Verantwortungsbereich »Kultur« (Referat II) der Hauptabteilung XX/7 versetzt. 1976 legte er sein Diplom an der Juristischen Hochschule ab. Bei Auflösung der Staatssicherheit war Tischendorf für die Funktion des stellvertretenden Leiters der Hauptabteilung XX vorgesehen.[72]

Die Leitung der Arbeitsgruppe Auswertung übernahm Harald Gampig (Jg. 1939), den 1978 Hans Hüther (Jg. 1932) ablöste. Die vier Referatsleiter brachten einschlägige operative Erfahrungen von der Hauptabteilung XX/1 mit. Günter Lohr[73] (Jg. 1930) war für die Vorgangsarbeit verantwortlich (Referat IV), Wolfgang Reuter[74] (Jg. 1936) für die Presse (Referat III), Peter Reinhardt (Jg. 1932) für die »Kultur« (Referat II) und Günter Pirschel (Jg. 1928) für Fernsehen, Rundfunk und Film (Referat I). Im Verlaufe von 20 Jahren wurden die einzelnen Referatsleiter, mit Ausnahme des Referates IV, relativ selten ausgewechselt. Ende 1989 waren die Referatsleiterposten wie folgt besetzt:

Das Referat I leitete der bereits 1976 in dieser Funktion eingesetzte Peter Erazim (Jg. 1936). Für das Referat II zeichnete Hans Jost Fromm (Jg. 1949) erst seit Oktober 1989 verantwortlich. Das Referat III kommandierte ab Februar 1985 Peter Nohl (Jg. 1948). Zum gleichen Zeitpunkt war Hans Schmidt (Jg. 1941) die Leitung von Referat IV übertra-

---

67 Vgl. HA XX: Operative Arbeitsvereinbarung zwischen KfS und MfS v. 31.7.1978; BStU, MfS, HA XX/AKG 781, Bl. 369–373.

68 Befehl 20/69 (Anm. 29), S. 2.

69 Vgl. HA XX: Vermerk zu Versetzungen der BV 1968/69, o. D.; BStU, MfS, HA XX 17686.

70 Kaderakte Heinz Müller; BStU, MfS, KS II 587/81, Bl. 3.

71 Kaderkarteikarte Karl Brosche; BStU, MfS.

72 Kaderakte Joachim Tischendorf; BStU, MfS, KS 4560/90, Bl. 3 f. u. 213.

73 Vgl. Bernd Eisenfeld: HA XX/9.

74 Ebenda.

gen worden. Dagegen stand Hans Hüther (Jg. 1932) bereits seit 1976 der Arbeitsgruppe Auswertung vor.

Legt man die 27 Planstellen zugrunde, welche der Befehl 20/69 für die Hauptabteilung XX/7 vorgesehen hatte, so blieb ihr Kaderbestand zwischen 1969 und 1980 nahezu konstant. Lediglich 1976 nahm, bedingt durch die Ausgliederung des Referates IV, der Personalbestand kurzfristig um sieben Mitarbeiter ab. Dieser Verlust wurde im darauffolgenden Jahr bereits wieder ausgeglichen.[75] Erst in den achtziger Jahren vergrößerte sich der Personalbestand erheblich. Diesem Zuwachs gingen generelle Personalforderungen der Hauptabteilung XX sowie der Abteilungen XX in den 15 Bezirksverwaltungen für den Kampf gegen die »politische Untergrundtätigkeit« (»PUT«) voraus.[76] Das Personal der Abteilung stieg von 27 Mitarbeiter im Jahre 1979[77] auf 37 im Jahre 1985 an. Im Juli 1986 richtete die Hauptabteilung XX/7 entsprechend der Dienstanweisung 2/85[78] zusätzlich die Stelle eines Offiziers für Koordinierungsaufgaben beim Kampf gegen die »PUT« ein, die Lothar Müller (Jg. 1948) bis zur Auflösung des MfS innehatte. Bis 1988 erhöhte sich der Kaderbestand der Hauptabteilung XX/7 auf insgesamt 43 Mitarbeiter. Damit nahm die Personalstärke dieser Diensteinheit in den achtziger Jahren um deutlich mehr als ein Drittel zu. Das bedeutete ein überproportionales Wachstum im Vergleich zur Hauptabteilung XX insgesamt, deren Personal zwischen 1981 und 1988 »lediglich« um gut 30 Prozent zunahm. Im Verlauf des Jahres 1989 ging der Kaderbestand der Hauptabteilung XX/7 um zwei Mitarbeiter auf 41 zurück.[79]

Auf den Leitungsebenen der Hauptabteilung XX/7 vollzog sich in den achtziger Jahren nur ein geringer Personalwechsel. Dagegen veränderte sich der Mitarbeiterbestand in den operativen Referaten seit 1985 ganz erheblich. Die Referate wurden im Kampf gegen die »PUT« nicht nur aufgestockt, sondern auch ihr personeller Stamm sukzessive ausgewechselt. Dieser Personalaustausch hatte zur Folge, dass es zur Ablösung langjährig beschäftigter Mitarbeiter von der Abteilung kam. 21 der 32 IM-führenden Mitarbeiter, die Ende 1989 bei der Hauptabteilung XX/7 Dienst taten, gehörten einer Generation an, die erst im Laufe der achtziger Jahre erstmals operativ eingesetzt wurde. Von der ersten Generation, die seit Mitte der fünfziger Jahre auf der »Linie Kultur« tätig war, blieben bis zum Herbst 1989 nur zwei Mitarbeiter übrig. Von den Mitarbeitern, die seit der Einrichtung der Hauptabteilung XX/7 Ende 1969 und ihrem Ausbau bis 1978 mit kulturellen Abwehr- und Sicherungsaufgaben betraut wurden, verblieben 1989 noch sechs.

1988/89 arbeiteten unter Einschluss der Hauptabteilung etwa 170 hauptamtliche Mitarbeiter auf der Linie XX/7. Zu den kleineren Referaten zählten Cottbus, Gera, Frankfurt/Oder, Neubrandenburg, Schwerin und Suhl.[80] Beim Cottbuser Referat 7 arbeiteten 1988 vier hauptamtliche Mitarbeiter. Das Referat 7 der Bezirksverwaltung Frankfurt/Oder hatte 1984 fünf Mitarbeiter. Für den Kampf gegen die »politische Untergrundtätigkeit« sollte es eine weitere Planstelle erhalten.[81] Mitte der achtziger Jahre war das Frankfurter

---

[75] HA XX/7: Einschätzung der Kaderarbeit im Jahre 1977 v. 21.11.1977; BStU, MfS, HA XX 17690, S. 88–96.

[76] Vgl. Matthias Braun: HA XX.

[77] Diese und alle folgenden Angaben mit Ausnahme des Jahres 1989 nach: Analyse der HA XX über Ausfalltage wegen Krankheit, Kur, Schulbesuche/Studientage, bezahlter und unbezahlter Freistellung vom Dienst und Haushaltstage (1980–1988); BStU, MfS, HA XX 275, Bl. 1–198.

[78] DA 2/85 (Anm. 50), S. 22–24.

[79] HA XX/7: Stand der Kadersituation am 12.12.1989; BStU, MfS, HA XX 1642, S. 56 f.

[80] Zu den folgenden Angaben vgl. BStU, MfS, HA KuSch, Plg 9, Bd. IV; BStU, MfS, HA KuSch, Plg 9, Bd. I–III.

[81] Vgl. Abt. XX der BV Frankfurt/O.: Grundstruktur der DE, o. D. (1985); BStU, MfS, BV Frankfurt/O., Bdl 000289, Bl. 13

Referat für die Bearbeitung des Kleist-Theaters, der Massenmedien, der Unterhaltungskunst und des künstlerischen Nachwuchses im Bezirk zuständig.[82]

Zu den Referaten mittlerer Stärke gehörten die in Dresden, Halle, Potsdam und Rostock. Das Dresdner Referat 7 verfügte 1989 über sieben Mitarbeiter.[83] Das größte Referat 7 existierte bei der Berliner Bezirksverwaltung, dem in den achtziger Jahren eine herausragende Rolle bei der Überwachung des Kulturbetriebes zukam. Ende 1989 arbeiteten hier 15 hauptamtliche Mitarbeiter. Im Verantwortungsbereich »Massenkommunikationsmittel« exponierte sich das Referat nicht. Alle 43 »Sicherungsobjekte«, die es Anfang 1989 führte, lagen im Verantwortungsbereich »Kultur«. Darunter befanden sich alle Ostberliner Theater, die meisten bedeutenden Belletristik-Verlage und freischaffenden Künstler und Schriftsteller, die in Ostberlin wohnten. Das Referat hielt offiziellen Kontakt zur Abteilung Kultur des Magistrates von Berlin und leistete unter anderem bei der »Sicherung« der 750-Jahr-Feier der Stadt einen wichtigen Beitrag.[84] Seit September 1983 leitete das Berliner Referat 7 Werner Muck (Jg. 1941). Ihn löste im Februar 1989 Jürgen Herold (Jg. 1953) ab, der diese Funktion bis zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit im Februar 1990 ausübte.

Im Oktober 1972 verzeichnete die Abteilung 271 Spitzel, die mehrheitlich im Medienbetrieb agierten.[85] Danach nahmen die Zahlen der IM nicht wie erwartet zu. Der Abteilungsleiter Heinz Müller wurde deshalb verschiedentlich zum Rapport zu Hauptabteilungsleiter Kienberg zitiert.[86] 1975 konnten zehn Mitarbeiter keine erfolgreiche Neuwerbung durchführen, weshalb die Abteilung erheblich unter dem Plansoll blieb.[87] Dessen ungeachtet registrierte die Hauptabteilung XX/7 am Jahresende mit 399 Inoffiziellen Mitarbeitern sämtlicher Kategorien[88] den mit Abstand größten IM-Bestand in der Hauptabteilung XX.[89] Im Januar 1976 musste die Abteilung etwa 70 IM an die neu gegründete Operativgruppe abgeben,[90] sodass nach Einschätzung der Abteilungsleitung in diesem Jahr der Verantwortungsbereich »Kultur« nicht ausreichend »gesichert« war.[91] Auch in den Folgejahren erreichte die Hauptabteilung XX/7 in erster Linie wegen veränderter Schwerpunktsetzungen innerhalb der Hauptabteilung XX den Spitzenwert an Personalstärke von 1975 nicht mehr. Ende 1984 führte die Hauptabteilung XX/7 circa 393 IM.[92]

Nach bisherigen Erkenntnissen verfügte die Hauptabteilung XX/7 ab Mitte der siebziger Jahre auch über sieben Offiziere im besonderen Einsatz (OibE), die sie vor allem zur

---

82 Ebenda, Bl. 5.

83 Abt. XX der BV Dresden: Stellenplan der Abteilung v. 15.2.1989; BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XX 1.

84 Kaderakte Manfred Wild; BStU, MfS, BV Berlin, KS II 135/91, Bl. 89.

85 HA XX: Bericht zur Überprüfung des Standes bei der Realisierung der Aufgabenstellung zur operativen Personenaufklärung (OPA) und zur operativen Personenkontrolle (OPK) im Rahmen des Klärungsprozesses »Wer ist wer?« in der HA XX/7, Anhang zur Anlage 2 v. 16.10.1972; BStU, MfS, HA XX 413, Bl. 5 f.

86 Vgl. HA XX/7: Berichterstattung des Leiters der HA XX/7 beim Leiter der HA XX über Leitungsprobleme zur Qualifizierung und Erweiterung des IM-Netzes v. 4.11.1975; BStU, MfS, HA XX 208; HA XX/7: Ergänzung zur Jahresanalyse über die Ergebnisse der politisch-operativen Arbeit im Jahr 1976 v. 28.2.1977, S. 5;ebenda.

87 Vgl. HA XX/AIG: Auszug aus dem statistischen Bericht zur Entwicklung der IM-Arbeit im Jahre 1975 v. 4.3.1976, S. 1–3, mit einer Anlage zur Situation bei der HA XX/7, S. 324–328; ebenda.

88 Ebenda.

89 Vgl. Braun: HA XX.

90 Vgl. Walther: Sicherungsbereich Literatur (Anm. 5), S. 187.

91 IM-Arbeit im Jahre 1975 (Anm. 87), S. 1 f.

92 Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistiken. Berlin 2008, S. 357–368.

»Objektsicherung« in den Bereichen ADN, Fernsehen und Rundfunk einsetzte. Außerdem arbeitete die Hauptabteilung XX/7 in den siebziger und achtziger Jahren mit sechs hauptamtlichen IM (HIM), die sie vorzugsweise für den Medienbetrieb warb. In der Praxis agierten diese HIM jedoch ressortübergreifend.[93]

7.3 Zusammenfassung

Die Hauptabteilung XX/7 wurde im Juni 1969 als Folge des »Prager Frühlings« gegründet. Sie war für die beiden Sicherungsbereiche »Massenkommunikationsmittel« und »Kultur« verantwortlich.

Bis Mitte der fünfziger Jahre hatte das MfS keine Veranlassung, strukturelle Voraussetzungen für eine »fachspezifische« Überwachung des »Kunst- und Kulturbereiches« zu schaffen. Formal existierten seit Herbst 1955 in der Hauptabteilung V/1 zwei Referate (II und IV) für die operative Bearbeitung des »Kultur- und Medienbereiches«. In der Praxis führten jedoch fehlendes Personal, operative und bildungsmäßige Defizite der zur Verfügung stehenden Mitarbeiter und eine starke Personalfluktuation in diesem Bereich zu einer eher oberflächlichen geheimpolizeilichen Tätigkeit. Erst 1957, als SED und Staatssicherheit auch in der DDR »ungarische Zustände« befürchteten, setzte eine gezielte Überwachung des Kulturbetriebes ein. Von Anfang an konzentrierte sich das MfS in beiden »Sicherungsbereichen« auf das Prinzip der »Objektsicherung«, also auf die Überwachung von Institutionen.

Die Umbenennung der Hauptabteilung V in Hauptabteilung XX (1964) hatte keine Auswirkungen auf die operative Arbeit in beiden Arbeitsbereichen. Gegen Ende der sechziger Jahre waren in der Hauptabteilung XX/1 die Referate II (»Kultur«) und III (»Massenkommunikationsmittel«) für insgesamt 45 »Sicherungsobjekte« verantwortlich. Zu den Schwerpunktaufgaben im »Kulturreferat« gehörte neben der Überwachung der freischaffenden Künstler und aller Sektionen des Kulturbundes auch die Kontrolle fast aller künstlerischen Berufsverbände.

Mit dem Befehl 20/69 wies Mielke am 18. Juni 1969 die Gründung der Linie XX/7 für die »Sicherung der Kultur und Massenkommunikationsmittel« an. Mit der Dienstanweisung 3/69 »zur Organisierung der politisch-operativen Arbeit in den Bereichen der Kultur und Massenkommunikationsmittel« wurden am selben Tag die Weichen für eine umfassende Überwachung, Unterwanderung und Beeinflussung von Kunst und Kultur in der DDR gestellt. Die Dienstanweisung 3/69 blieb bis zur Auflösung des MfS gültig.

Im Sommer 1969 nahm die Hauptabteilung XX/7 ihre Arbeit auf. Die nachgeordneten Dienststellen, die Referate 7 in den Abteilungen XX der 15 MfS-Bezirksverwaltungen, entstanden erst Ende 1969. »Objektsicherung« blieb lange Zeit die wichtigste Aufgabe. Die Ausrichtung auf die »Massenkommunikationsmittel« wirkte sich bei der Hauptabteilung XX/7 bis zuletzt in der Struktur, dem Personalaufgebot und der Arbeitsweise aus. Für diesen Bereich waren das Referat I (Fernsehen, Rundfunk und Film) und das Referat III (Pressewesen) zuständig. Der Bereich »Kultur« wurde im Wesentlichen durch das Referat II abgedeckt, welches für die Bearbeitung zentraler kultureller Einrichtungen und gesellschaftlicher Organisationen verantwortlich zeichnete. Das Referat IV konzentrierte sich auf die Vorgangsarbeit gegen Schriftsteller, Künstler und Kulturschaffende.

Im Zuge des Entspannungsprozesses und wegen dessen Auswirkung auf den DDR-Kulturbetrieb verlagerte sich die Arbeit der Hauptabteilung XX/7 mehr und mehr auf die Unterbindung angeblicher Versuche des »Gegners«, mithilfe der Ost-West-Kontakte die Massenmedien und die Kultur in der DDR gegen die Politik der SED zu instrumentalisie-

---

[93] Vgl. Walther: Sicherungsbereich Literatur (Anm. 5), S. 161 f., sowie HA XX/OG: Jahresanalyse 1977 v. 20.1.1977; BStU, MfS, HA XX/9 1487, Bl. 1–28.

ren. Die dadurch ausgelöste repressive Entwicklung verfestigte sich nach den Protesten zahlreicher Schriftsteller und Künstler gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns im November 1976. Die Zahl der Operativen Vorgänge gegen diesen Personenkreis erhöhte sich enorm. Das führte im Januar 1976 zur Ausgliederung des Referats IV aus der Abteilung und zu seiner Umwandlung in eine selbstständige Operativgruppe der Hauptabteilung XX. Von den drei verbliebenen Referaten in der Hauptabteilung XX/7 waren zwei für die »Massenkommunikationsmittel« und eines für die »Kultur« zuständig. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Dissidenz im Literaturbetrieb, dem starken Interesse an der DDR-Literatur im Westen und der Hochkonjunktur des DDR-Verlags- und Lizenzgeschäftes erfolgte 1978 abermals und zugleich letztmalig eine Umstrukturierung der Diensteinheit. Der Verantwortungsbereich »Kultur« wurde reorganisiert. Es entstand ein neues Referat IV, dass das Verlagswesen und den Literaturbetrieb zu überwachen hatte.

Während der Personalbestand der Hauptabteilung XX/7 zwischen 1969 und 1980 mit 27 hauptamtlichen Mitarbeitern weitestgehend konstant blieb, stieg er in den achtziger Jahren stark an. Mit 43 Tschekisten wurde 1988 der höchste Personalbestand registriert. Im Herbst 1989 arbeiteten circa 170 Mitarbeiter auf der gesamten Linie XX/7. Davon waren allein 55 hauptamtliche Mitarbeiter für den Ostberliner Raum zuständig.

Anzahl der Mitarbeiter bei der HA XX/7 und der HA XX von 1969 bis 1989

Jahr	MA in HA XX/7	MA in HA XX	HA XX/7 in %
1969	27	219	12,3
1975	26	258	10,5
1980	27	315	8,5
1985	37	415	8,9
1988	43	455	9,4
1989	41	461	8,6

Anfang der siebziger Jahre führte die Diensteinheit 271 inoffizielle Mitarbeiter. Mit knapp 400 registrierten IM erreichte sie im Jahre 1975 einen absoluten Spitzenwert innerhalb der Hauptabteilung XX. Durch die Ausgliederung von Schwerpunktvorgängen (u. a. zu Biermann und Bahro) reduzierte sich die Zahl der IM. Sie pegelte sich bis Ende 1989 auf das immer noch hohe Niveau von etwa 380 inoffiziellen Mitarbeitern ein.

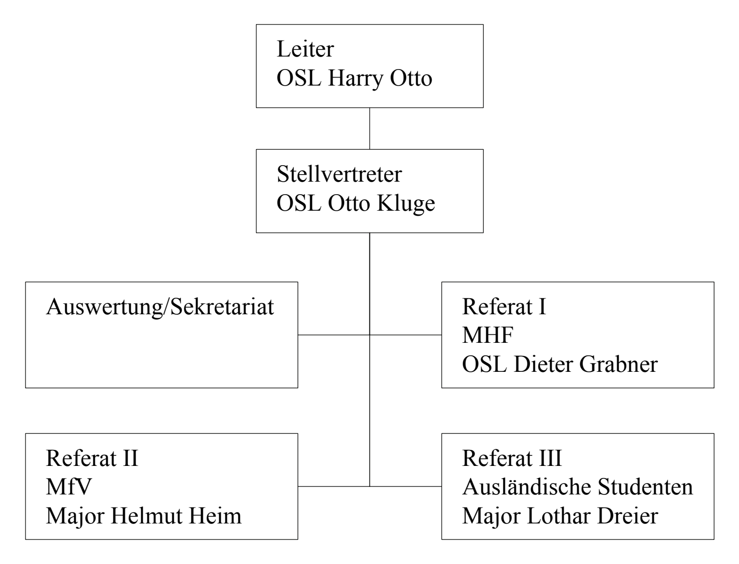
8 Abteilung 8: Volksbildung sowie Hoch- und Fachschulwesen

Von Matthias Braun

8.1 Aufgaben und Strukturentwicklung

Im Herbst 1981 wurde die strukturelle Trennung der Aufgabenbereiche Sport, Blockparteien und Hochschulwesen/Volksbildung durchgeführt. Die Sicherungsbereiche Hochschulwesen, Volksbildung und Ausländische Studenten wurden nun in der neu gegründeten Abteilung 8 der HA XX zusammengefasst. Zu deren Leiter wurde am 1. Oktober 1981 Harry Otto ernannt. Der gelernte Werkzeugmacher war seit 1953 im MfS tätig; 1968 hatte er an der Humboldt-Universität Berlin ein Jurastudium mit dem Diplom abgeschlossen. Danach wurde Otto innerhalb der Hauptabteilung XX in verschiedenen Arbeitsfeldern eingesetzt. In dem ihm jetzt anvertrauten Aufgabenbereich hatte er bereits als Leiter der Arbeitsgruppe Ausländer (AGA) erste Erfahrungen gesammelt.[1]

Struktur der HA XX/8 1981



Mit der Umstrukturierung war keine Veränderung der Hauptaufgabe in den Sicherungsbereichen Hochschul- und Bildungswesen verbunden. Die Strukturveränderung sollte vielmehr zu einer »stärkeren Konzentration der politisch-operativen Arbeit auf mögliche Feindangriffe bzw. Erscheinungsformen der Feindtätigkeit« beitragen.[2] In der Praxis bedeutete das, die Führungs- und Leitungstätigkeit der neuen operativen Abteilung effektiver als bisher auf die »IM- und Vorgangsarbeit« zu konzentrieren.[3] Für das Referat I der Hauptabteilung XX/8 wurden beispielsweise die Abteilungen »Mathematik/Naturwissenschaften«, »Technische Wissenschaften«, »Mathematisch-naturwissenschaftlich-technische Forschung« und der Bereich »Planung/Ökonomie« des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen als neue Bearbeitungsschwerpunkte definiert.[4]

Für den »Sicherungsbereich zentrale Einrichtungen der Volksbildung« (Referat II) ergab sich keine Neuausrichtung in der Zielsetzung. Dagegen gewann das Sachgebiet Ausländi-

1 Kaderkarteikarte Harry Otto; BStU, MfS.
2 HA XX/8: Jahresanalyse 1981 v. 29.9.1981; BStU, MfS, HA XX 4148, S. 39.
3 Ebenda, S. 22.
4 Ebenda, S. 8.

sche Studenten (Referat III) merklich an Bedeutung. Die Anzahl der in der DDR studierenden Ausländer war seit 1970 von 5 150 (aus 110 Ländern) auf 8 500 Personen im Jahre 1981 (aus 108 Ländern) gestiegen.[5] Der überwiegende Teil dieser Studenten stammte aus den Ostblockstaaten sowie aus Entwicklungsländern im sowjetischen Einflussbereich. Die Zahl der Studenten aus westlich orientierten Staaten blieb sehr gering. Hauptaufgabe für diesen Bereich war nach wie vor »die vorbeugende Aufklärung, Bekämpfung und Verhinderung des Missbrauchs dieser Personen für feindlich-negative Handlungen gegen die DDR«.[6] Neben den von Anfang an stark überwachten Studenten aus Entwicklungsländern, besonders aus dem arabischen Raum, wurden ab Anfang der achtziger Jahre infolge der Systemkrise in Polen (Gründung der Solidarnosc) sowohl die polnischen Studenten in der DDR[7] als auch die DDR-Studenten in Polen operativen Kontrollen unterzogen.[8]

Zu Beginn der achtziger Jahre war die Hauptabteilung XX/8 für 17 zentrale Institutionen bzw. Einrichtungen (Objekte) direkt zuständig.[9] Im Verantwortungsbereich des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen war das das Komitee für Angelegenheiten ausländischer Studierender in der DDR, das methodische Zentrum für wissenschaftliche Bibliotheken, die Zentralstelle für internationale Tagungen und Reiseorganisation, der Sektor Ausländerstudium und das Investitionsbüro. Hinzu kamen das Zentralinstitut für Hochschulbildung (ZHB), die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW), der zentrale Ausschuss für Jugendweihe, das zentrale methodische Kabinett für außerschulische Tätigkeit, die Zentralstelle für materiell-technische Versorgung und der Zentralvorstand der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung. Aus dem nachgeordneten Bereich des Ministeriums für Volksbildung gehörten dazu die Institute für Pädagogische Psychologie und Unterrichtsmittel, das Kombinat der Sonderheime für Psychodiagnostik und Pädagogisch-Psychologische Therapie, das Gästebüro und die Reisestelle. Für alle genannten Institutionen behielt die HA XX/8 bis Ende 1989 die Zuständigkeit.

Um den Geheimnisschutz im Bereich der Hochschulforschung zu verbessern, schlossen 1981 die Hauptabteilung XX/8 und die Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz (ZAGG) eine Vereinbarung ab, welche die Verantwortlichkeiten zwischen den beteiligten territorialen Diensteinheiten der Linie XX/8 und der ZAGG regelte.[10]

Im weiteren Verlauf der achtziger Jahre gewann die »allseitige Sicherung der wissenschaftlich-technischen Forschung« des Hochschulwesens an Bedeutung. Sie resultierte in erster Linie aus der wachsenden militärischen bzw. volkswirtschaftlichen Bedeutung dieser Forschung und den damit verbundenen Sicherheitsanforderungen. Die dafür als notwendig erachteten Sicherheitsstandards zu setzen, oblag im Wesentlichen der Linie XX/8 in Kooperation mit einigen anderen Diensteinheiten. So sollte die Hauptabteilung XX/8 die Kooperation mit den nachgeordneten Abteilungen auf Bezirksebene, also innerhalb der Linie, verstärken sowie mit den Diensteinheiten Geheimnisschutz der Linie XVIII (Volkswirtschaft) und der entsprechenden Diensteinheiten der Hauptverwaltung A (Aufklärung) bzw. den ihr nachgeordneten Abteilungen XV in den Bezirken intensiv zusammenarbeiten. Resultierend aus der mannigfaltigen Kooperation der Hochschulforschung mit Instituten der Akademie der Wissenschaften und den Forschungseinrichtungen der Industrie sollte sie ferner besonders verstärkt mit der Linie XVIII (XVIII/5 und XVIII/8)

---

5 Ebenda, S. 10.
6 Ebenda.
7 Einige polnische Studenten wurden daraufhin exmatrikuliert. Vgl. Jahresanalyse 1981 (Anm. 2), S. 11.
8 Ebenda, S. 10.
9 Vgl. HA XX/AKG: Verzeichnis aller durch die HA XX zu bearbeitenden Institutionen v. April 1982, Bl. 2–29; BStU, MfS, HA XX, AKG Bündel 883.
10 Jahresanalyse 1981 (Anm. 2), S. 18.

zusammenwirken. Außerdem sollten die Beauftragten für Sicherheit und Geheimnisschutz (BSG) in den entsprechenden Objekten jeweils zu ausgewählten Themen Materialstudien und operative Untersuchungen durchführen sowie schriftliche Analysen und Einschätzungen anfertigen.[11] Eine weitere Koordinierungsaufgabe der Hauptabteilung XX/8 ergab sich aus dem IREX-Wissenschaftlerprogramm der DDR und der USA.[12] In diesem Falle hatte die Hauptabteilung XX/8 die Aufklärung und Kontrolle der einreisenden »IREX-Wissenschaftler« in enger Koordinierung mit der Hauptabteilung II/3 (Spionageabwehr auf der amerikanischen Linie) und der Hauptabteilung XVIII/5 (Sicherung der Grundlagenforschung) übertragen bekommen.[13]

Die Kontrolle und Überwachung der zahlreichen bilateralen Forschungsprogramme mit Hochschuleinrichtungen der sozialistischen Länder, besonders mit der Sowjetunion, wurden durch langfristige Pläne zwischen der Hauptabteilung XX des MfS und der V. Verwaltung des KGB festgeschrieben.[14] Wie auch die anderen Diensteinheiten des MfS begann die Hauptabteilung XX/8 verstärkt damit, Reisekader nach Dienstreisen und Studienaufenthalten in kapitalistischen Ländern zur Gewinnung wissenschaftlich-technischer »Aufklärungsinformationen« (Spionage) heranzuziehen[15] bzw. einreisende Gastwissenschaftler im Rahmen der operativen Aufklärung und Kontrolle zur eigenen Informationsgewinnung (Abschöpfung) intensiver zu nutzen.[16] Gekoppelt wurden diese Maßnahmen häufig mit konkreten Einsatzkonzeptionen Inoffizieller Mitarbeiter »zur Aufklärung feindlicher Einrichtungen im Operationsgebiet« (Spionage).[17] Unter dem Deckmantel der Sicherung der inländischen Forschung forcierte das MfS so seine Spionagetätigkeit auch außerhalb der Hauptverwaltung Aufklärung.

Die Hauptabteilung XX/8 sah sich in der Mitte der achtziger Jahre noch weiteren Entwicklungen ausgesetzt, die neue Aufgaben mit sich brachten. Zum einen trug dazu die Einbindung der Hochschulforschung in hochrangige Staatsplanthemen bei,[18] die nicht nur an das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und die beteiligten Universitäten/Hochschulen der DDR, sondern auch an den Staatssicherheitsapparat höhere Anforderungen stellten. Die Hauptabteilung XX/8 wollte daraufhin ein spezielles Forschungsreferat einrichten und dafür fünf Mitarbeiter abstellen. Der 1983 beschlossene und seit 1986

---

[11] HA XX: Einschätzung über gegnerische Angriffe und bedeutsame Forschungsvorhaben in der Hochschulforschung und die sicherheitspolitischen Aufgaben zur weiteren Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit in diesem Sicherungsbereich v. 3.12.1985; BStU, MfS, HA XX 17698, S. 44–46.

[12] Gemeint ist eine Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und dem International Research and Exchanges Board aus den USA. Vgl. Vereinbarung zwischen dem MHF und dem IREX über den Austausch von Wissenschaftlern beider Staaten v. 8.6.1988, S. 1–6; BStU, BF-Dok. 30.

[13] Schreiben der ZAIG/2 v. 8.12.1986; ebenda.

[14] Vgl. Auszug aus dem Plan der Zusammenarbeit zwischen der HA XX des MfS und der V. Verwaltung des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR für den Zeitraum 1986–1990; BStU, MfS, HA XX Bündel 359.

[15] Vgl. u. a. Kluge, Gerhard; Meinel, Reinhard: MfS und FSU. Das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Hg. v. Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Erfurt 1997.

[16] Vgl. HA XX: Schreiben v. 26.5.1982; BStU, MfS, HA XX Bündel 401.

[17] HA XX/8: Terminplan für 1982, o. D.; BStU, MfS, HA XX 3437, S. 1.

[18] Gemeint sind hiermit die Entwicklung strategisch bedeutsamer Waffensysteme, die »Konzeption zur langfristigen Entwicklung der naturwissenschaftlichen, mathematischen und technischen Grundlagenforschung bis zum Jahre 2000, die Zusammenarbeit mit der UdSSR bei der Entwicklung fortschrittbestimmender elektronischer und werkstofftechnischer Schlüsseltechnologien und Maßnahmen zur beschleunigten Entwicklung der Biotechnologie.« Vgl. HA XX/8: Vorschlag zur Bildung eines neuen Referates v. 21.7.1986, S. 1–4; BStU, MfS, HA XX Bündel 359.

strenger gehandhabte Einstellungsstopp im MfS[19] mag jedoch ein Grund dafür gewesen sein, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen.[20]

Ausgelöst durch eine vermeintliche Zunahme von »gegnerischen Angriffen gegen die Wissenschafts- und Bildungspolitik der DDR« registrierte das MfS ferner einen Anstieg des »feindlich-negativen« bzw. »oppositionellen« Potenzials im Hochschulwesen der DDR. Zu den »Feindangriffen« zählten angeblich verstärkte Versuche westlicher Geheimdienste, vor allem international anerkannte DDR-Wissenschaftler zu bestechen, abzuschöpfen und auch an- bzw. abzuwerben.[21] Als Ursache für die vermehrten Unsicherheitsfaktoren führte der Staatssicherheitsdienst neben einer ganzen Reihe »politisch-ideologischer Unklarheiten« im Bereich der Erziehung und Weiterbildung »verschiedenartige ideologisch negativ wirkende Erscheinungen« an, wie etwa eine mangelhafte Leitungstätigkeit in den DDR-Betrieben, insbesondere einen oberflächlichen Umgang mit den Mitarbeitern im Hochschulwesen, aber auch die ständig zunehmenden Versorgungsprobleme der Bevölkerung und einen wachsenden Bürokratismus im DDR-Alltag.[22] Diese veränderte Ausgangslage zog eine Akzentverlagerung in der operativen Arbeit der Hauptabteilung XX/8 nach sich. Neben die reinen Sicherungsaufgaben trat hinfort eine verstärkte aktive »Bearbeitung« des Hochschulbereiches:

> »Es darf unter keinen Umständen dazu kommen, dass sich an unseren höchsten Bildungseinrichtungen Kräfte entwickeln und etablieren, die sich im Widerspruch zur sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung befinden und politisch-ideologische Auffassungen vertreten und teilweise verbreiten bzw. Aktivitäten entwickeln, die gegen unsere Staats- und Gesellschaftsordnung bzw. gegen Teilbereiche gerichtet sind.«[23]

Die hierfür von der SED-Grundorganisation der Hauptabteilung XX benannten neuen »tschekistischen Anforderungen« machen deutlich, in welcher zunehmend misslichen Lage sich die Hauptabteilung XX/8 seinerzeit befand. Zur »effektiveren Gestaltung der operativen Grundlagenarbeit« unterbreitete die Grundorganisation den Vorschlag, mehr Mitarbeiter statt mit »Schreibtischtätigkeit« zusätzlich mit der Führung von IM zu betrauen, sich Fachwissen über den jeweiligen Zuständigkeitsbereich anzueignen und Nachwuchs für die Diensteinheit zu rekrutieren.[24]

»Neue Anforderungen an die Qualität der politisch-operativen Sicherungsarbeit« der Hauptabteilung XX/8 stellte die weiter zunehmende Zahl der aus dem Westen einreisenden Personen, die zu Tagungen/Kongressen, Forschungszwecken, Sommerferienkursen und zu Serviceleistungen ausländischer Firmen, zum Beispiel zu Wartungsarbeiten an technischen Anlagen, an Hochschuleinrichtungen in die DDR kamen. 1986 waren das

---

[19] Vgl. Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Hg. BStU. Berlin 2000, S. 387–397.

[20] In der HA XX/7 und HA XX/9 wurde beispielsweise der Personalbestand auch noch zu diesem Zeitpunkt aufgestockt. Vgl. die entsprechenden Kapitel zur HA XX/7 und HA XX/9.

[21] Besonders im Rahmen des deutsch-deutschen Wissenschaftsverkehrs machte das MfS verstärkt »die Organisierung privater Übernachtungen, Übernahme von Hotelrechnungen, Dienstleistungskosten, Bestechung mit Geld und Sachgeschenken, den Austausch von Publikationen, Einladungen zu Tagungen, Gastvorlesungen, Messen, Ausstellungsbesuchen, großzügige finanzielle Angebote hinsichtlich Reise- und Aufenthaltskosten« aus. Vgl. SED-Grundorganisation der HA XX: Anlage zu Aufgaben in Verwirklichung der Wissenschafts- und Bildungspolitik unserer Partei nach dem XI. Parteitag und Herausarbeitung sich daraus ergebender tschekistischer Anforderungen v. 1.9.1986; BStU, MfS, HA XX Bündel 359, S. 3.

[22] Ebenda, S. 8.

[23] Ebenda, S. 13.

[24] Ebenda, S. 14.

7 500 Personen.[25] Diese Art von »operativer Sicherungsarbeit« führte jedoch nicht zu einem quantitativ messbaren Anstieg der Vorgangsarbeit. Die überlieferten Statistiken der Hauptabteilung XX/8 für die gesamte Vorgangsarbeit im Zeitraum 1985 bis 1988 weisen im Durchschnitt 14 Operative Personenkontrollen (OPK) und rund drei Operative Vorgänge (OV) aus.[26] Für das Jahr 1988 nennt die Statistik 13 OPK und vier OV. Auch die entsprechenden Monatsrapporte der Hauptabteilung XX/8 lassen keinen Anstieg der operativen Vorgangsarbeit erkennen.[27]

Entsprechend dem »Linienprinzip« leitete die Hauptabteilung XX/8 in den Bezirksverwaltungen die Referate 8 der Abteilungen XX an. Abweichungen von der Regel sind aus den Bezirksverwaltungen Rostock und Berlin bekannt. In Rostock zeichnete das Referat 10 für den Hochschulbereich verantwortlich[28] und in Berlin war bis zum Februar 1989 das Referat 3 vorwiegend für die Humboldt-Universität zuständig.[29] Die jeweiligen Referate waren in erster Linie für die regionalen Hoch- und Fachschuleinrichtungen sowie die nachgeordneten Einrichtungen des Ministeriums für Volksbildung verantwortlich.

Die Abteilung Volksbildung beim Magistrat von Groß-Berlin und die ihr direkt unterstellten Einrichtungen wurden im Referat 2 der Bezirksverwaltung Berlin, und damit gleichfalls von der Hauptabteilungsstruktur abweichend, bearbeitet.

Neben der Objektdienststelle Technische Universität Dresden gehörte das Referat 3 der Bezirksverwaltung Berlin zu den größten Diensteinheiten der Linie Hochschulwesen auf der Bezirksebene. Es war für die Überwachung der Berliner Humboldt-Universität einschließlich des Bereiches Medizin der Charité sowie der Deutschen Staatsbibliothek, des Museums für Geschichte und der Fachschule für Information und Dokumentation zuständig. Geleitet wurde das Referat 3 bis zur »Wende« von Rainer Mentschke (Jg. 1941), der 1986 über 15 operative Mitarbeiter, drei Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) und zwei hauptamtliche Führungs-IM (FIM) verfügte.[30] Ende 1989 bearbeitete das Berliner Referat 32 OPK und 10 OV[31] und verfügte zum gleichen Zeitpunkt über einen IM-Bestand von rund 200 Personen.[32]

---

[25] HA XX/8: Lageeinschätzung für die Jahresplanung 1988 v. 25.8.1987, S. 12; BStU, BF-Dok. 29.

[26] Vgl. 4.1.2 OPK/OV Bestand der HA XX/8.

[27] HA XX/8: Rapportberichterstattungen aus den Jahren 1987–1989; BStU, BF-Dok. 34.

[28] HA XX: Kaderanalyse der Abteilungen XX v. 9.4.1984; BStU, MfS, HA XX 17745, S. 129.

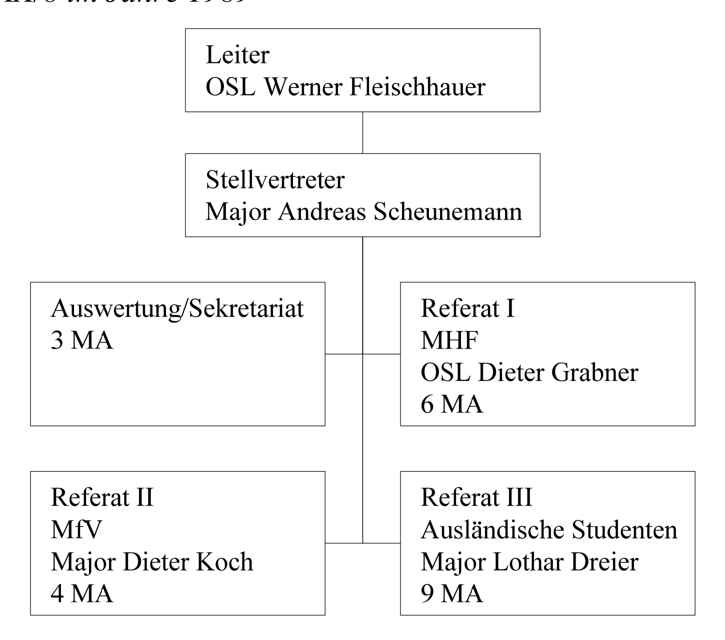
[29] Bis zum Herbst 1989 war dann das Referat 8 für die Humboldt-Universität, für den Bereich Medizin, d. h. die Charité, jedoch das Referat 6 verantwortlich. Die Sektion Theologie fiel schon immer in die Kompetenz des mit Kirchenfragen befassten Referates 4.

[30] Vgl. Beurteilung von Rainer Mentschke v. 23.12.1986; Kaderakte R. M.; BStU, MfS, BV Berlin, KS II 611/91, Bl. 97.

[31] Vgl. Labrenz-Weiss, Hanna: Die Beziehungen zwischen Staatssicherheit, SED und den akademischen Leitungsgremien an der Humboldt-Universität zu Berlin. In: German Studies Review. Sonderheft 1994. Totalitäre Herrschaft – totalitäres Erbe, S. 135–145, hier 136.

[32] Vgl. BV Berlin, Abt. XX/3: Vorgangshefte der hauptamtlichen Mitarbeiter; BStU, MfS, BV Berlin.

Struktur der HA XX/8 im Jahre 1989[33]



Der 1989 erstellte Jahresarbeitsplan der HA XX/8[34] weicht in seinem Einleitungsteil zur »Verwirklichung« der Wissenschafts- und Bildungspolitik der SED kaum von den Einschätzungen und Vorgaben der vorausgegangenen Pläne ab. Generell sollte das »politisch-operative Zusammenwirken« mit den staatlichen Leitungen und gesellschaftlichen Kräften sowohl »zur Durchsetzung der Interessen des MfS« als auch »zur Erhöhung der Eigenverantwortlichkeit der staatlichen Leitungen auf den Gebieten von Sicherheit und Ordnung, Geheimnisschutz und hoher Wachsamkeit« stärker zur Anwendung kommen.[35] Daraus wurden die Schwerpunktaufgaben und Maßnahmen der einzelnen Referate der Hauptabteilung XX/8 abgeleitet.

So sollte das Referat I »negative Aktivitäten und Erscheinungen unter studentischen Personenkreisen in engem Zusammenwirken mit den Bezirksverwaltungen« rechtzeitig aufklären und entsprechend bekämpfen. Durch eine »verstärkte Nutzung der eigenen Möglichkeiten (IM und OibE) in Schlüsselpositionen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen und des Zentralinstituts für Hochschulbildung sollte eine bessere Übersicht über die Lage im Hochschulwesen« erreicht und zugleich Einfluss auf »eine positive Lageentwicklung durch die staatlichen Leitungen«[36] genommen werden. Konkret war darunter hauptsächlich ein »Zurückdrängen« der Ausreiseanträge und eine weitestgehende »Neutralisierung oppositioneller Kräfte« im Hochschulbereich zu verstehen.[37]

Höchste Priorität hatte für das Referat »die politisch-operative Sicherung« der militärpolitisch wichtigen Auftragsforschung des MfS und des Ministeriums für Nationale Verteidigung (MfNV). Hinzu kamen Themen der Hochschulforschung im Bereich der Schlüsseltechnologien. Im Wesentlichen ging es dabei in Kooperation mit der Hauptabteilung

---

33 Vgl. HA XX: Planstellenbesetzungsnachweis 1989; BStU, MfS, HA KuSch/K 7 Bündel 44.

34 HA XX/8: Jahresarbeitsplan 1989 v. 16.12.1988, S. 1–37 (GVS MfS o011-838/88).

35 Ebenda, S. 3.

36 Ebenda, S. 4.

37 Vgl. Weisung des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen zur Zurückdrängung und Behandlung von Antragstellungen auf ständige Ausreise nach dem nichtsozialistischen Ausland v. 3.1.1989; BStU, MfS JHS 21511, Bl. 72–77.

XVIII/5 (Wissenschaft und Technik) und XVIII/8 (Elektrotechnik und Elektronik)[38] um die Absicherung der Politbürobeschlüsse des ZK der SED zur »Entwicklung von Basistechnologien der Mikrooptoelektronik« (Deckname »Präzision«) und der »Entwicklung fortschrittbestimmender elektronischer und werkstofftechnischer Schlüsseltechnologien«[39] (Deckname »Heide«)[40]. Hierunter fielen vor allem die Herstellung von Silicium und Germanium, die Mikrochipherstellung (besonders des in der Presse stets gerühmten »1-Megabit-Chip«) und die Entwicklung von Bauelementen und Geräten der Militär- und Weltraumtechnologie.[41]

Darüber hinaus galt es, die Hochschulbeziehungen in den Westen, insbesondere zur Bundesrepublik Deutschland, »abzusichern« und die »vorbeugende Spionageabwehr« auszubauen. Beide Aspekte wurden im Zuge des Regierungsabkommens über die Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit (WTZ) zwischen beiden deutschen Staaten und der Vereinbarung über den Wissenschaftleraustausch zwischen der DDR und den USA (IREX-Programm) als dringlich erachtet. So sollten im Rahmen der WTZ die DDR-Studenten in der Bundesrepublik »gesichert« und die bundesrepublikanischen Studenten in der DDR überwacht werden. Ebenso unterlagen die in dieses Abkommen involvierten Personen und Einrichtungen, wie das Institut für Gesellschaft und Wissenschaft in Erlangen (IGW) und der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) der geheimdienstlichen Bearbeitung durch das Referat I. Vertreter des Hochschulwesens der DDR, die Messen in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland besuchten, sollten offensiv genutzt werden.[42]

Das für die »Volksbildung« zuständige Referat II hatte Ende der achtziger Jahre mit einer Zunahme der Eingaben und Proteste der Bürger gegen die Bildungspolitik zu tun. Die Relegierung von Schülern der EOS »Carl von Ossietzky« in Berlin und die Proteste gegen das Verbot der Zeitschrift »Sputnik« hatten die Gesamtlage in diesem »Sicherungsbereich« verändert. Zur Stabilisierung der Lage im »Sicherungsbereich« Volksbildungsministerium und Akademie der Pädagogischen Wissenschaften sollten verstärkt inoffizielle Mitarbeiter und offizielle Kräfte zum Einsatz kommen.[43] Speziell in der Auseinandersetzung mit »Andersdenkenden« – früher war immer nur von »feindlich-negativen Kräften« die Rede gewesen – setzte die Hauptabteilung XX/8 nun auf die verstärkte Einbeziehung der »gesellschaftlichen Kräfte in den Objekten«. Gemeint waren damit Mitglieder der Gewerkschaft, der Elternbeiräte und Elternaktive in den Schulen. Einen besonderen operativen Schwerpunkt bildete der für Juni 1989 einberufene IX. Pädagogische Kongress. Hier sollten die Richtlinien der »sozialistischen Schulpolitik und Pädagogik« der SED für die kommenden Jahre verkündet werden. Bereits im Vorfeld des Kongresses hatten jedoch nach Ansicht des MfS »feindlich-negative Kräfte den Versuch unternommen, in einen politischen Dialog mit der Institution Volksbildung zu treten, um ideologische Positionen der Volksbildung aufzuweichen«.[44] Der hohe politische Stellenwert des Kongresses veranlasste das MfS, besonders strenge »Maßnahmen zur Sicherung der Vorbereitung und

---

38 Vgl. Maßnahmeplan zur Sicherung weiterer Vorhaben der HA XVIII entsprechend Befehl 11/84 des Ministers für Staatssicherheit v. 23.1.1986; BStU, MfS, 1994, Bl. 59–65.

39 Büro der Leitung der HA XX: Arbeitstagung der Hauptabteilung XX/8 mit Mitarbeitern von Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen v. 3.3.1989, S. 15; BStU, MfS, HA XX Bündel 359.

40 Vgl. Maßnahmeplan 1986 (Anm. 38), Bl. 60.

41 Vgl. Buthmann, Reinhard: Kadersicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena. Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms. Hg. BStU. Berlin 1997.

42 Jahresarbeitsplan 1989 (Anm. 34), S. 10.

43 Ebenda, S. 13–18.

44 HA XX/8: Lageeinschätzung für die Jahresplanung 1990 v. 29.8.1989; BStU, MfS, HA XX/AKG/II 177, Bl. 32.

Durchführung dieses Kongresses« einzuplanen. Als neuer Arbeitsschwerpunkt für das Jahr 1989 wurden die wachsenden internationalen Beziehungen des Volksbildungsministeriums, der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften und der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung ausgewiesen.[45]

Das Referat III hatte vor allem die Aufgabe die ausländischen Studenten zu überwachen. Zu diesem Zweck unterhielt es Verbindungen zu den entsprechenden Diensteinheiten in den Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit und zu den für das Ausländerstudium zuständigen Abteilungen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen. Bestehende Informationslücken sollten durch die Werbung von IM geschlossen werden.[46]

Für alle Referate der Hauptabteilung XX/8 galt es, einen eigenständigen Beitrag zur »Westarbeit« (in erster Linie der Wissenschaftsspionage)[47] der Hauptabteilung XX zu leisten. Ferner ging es darum, die »Verordnung über Privatreisen und die gleichzeitige Zurückdrängung von legalen Ausreiseanträgen« in die Bundesrepublik Deutschland im engen Zusammenwirken mit dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und dem Ministerium für Volksbildung durchzusetzen.[48] Im Laufe der achtziger Jahre hatte sich diese Aufgabe, wie auch in anderen operativen Diensteinheiten des MfS, immer stärker als die »eigentliche Schwerpunktaufgabe« der Staatssicherheit herauskristallisiert. Hinzu kam im Jahr 1989 eine ständige Zunahme von »ungesetzlichen Grenzübertritten«. So hatten beispielsweise im Juli 1989 62 Beschäftigte des Hochschulwesens und 16 Beschäftigte der Volksbildung illegal die DDR verlassen. Das Referat II der Hauptabteilung XX/8 hatte sich ferner mit 51 neuen Antragstellern auf ständige Ausreise aus der DDR zu befassen.[49]

8.2 Kaderentwicklung/IM-Bestand

Für die 1981 gegründete Hauptabteilung XX/8 standen 25 Planstellen zur Verfügung. Davon wurden zunächst jedoch nur die Stelle des Abteilungsleiters und 15 weitere Stellen, einschließlich der Position des stellvertretenden Abteilungsleiters und der drei vorgesehenen Referatsleiter, besetzt.[50] Aus dieser Personalknappheit, die zu einem Dauerproblem der Diensteinheit wurde, resultierte eine ständige Überlastung der operativen Mitarbeiter in den ohnehin nicht allzu groß ausgelegten drei operativen Referaten.

Bis 1983 wurde der Soll-Bestand der Abteilung an Mitarbeiterstellen auf 26 erhöht, an der tatsächlichen personellen Ausstattung der Diensteinheit mit 19 besetzten Stellen änderte sich zunächst jedoch wenig.[51] Erst drei Jahre später konnte die Hauptabteilung XX/8 vier neue Mitarbeiter gewinnen, doch blieben fünf Planstellen weiterhin unbesetzt.[52] Die »Berichterstattung über die Erfüllung der Aufgaben der Kaderarbeit« vom Herbst 1988 wies schließlich einen weiteren Personalzuwachs von sechs Mitarbeitern aus, wobei darunter erstmals vier Absolventen von Hochschulen waren. Gleichzeitig verließen zwei MfS-Angehörige die Diensteinheit.[53]

---

45 Jahresarbeitsplan 1989 (Anm. 34), S. 15.

46 Ebenda, S. 23–26.

47 Ebenda, S. 20.

48 HA XX: Arbeitsplan der HA für 1989 v. 23.1.1989, S. 11; BStU, MfS, HA XX Bündel 12.

49 HA XX/8: Rapportberichterstattung Juli 1989 v. 7.8.1989, S. 5 f.; BStU, BF-Dok. 34.

50 Vgl. HA XX: Zuversetzungen und Abgänge zur HA XX v. 25.9.1981; BStU, MfS, HA XX 17745, S. 15.

51 Vgl. HA XX: Schreiben zur Durchsetzung der Weisung 2/83 des Ministers v. 25.6.1983, S. 105–110; ebenda.

52 Vgl. HA XX/8: Kaderprogramm-Grundblatt, o. D. (1986); BStU, MfS, HA XX Bündel 359.

53 Vgl. HA XX/8: Berichterstattung zur Kaderarbeit v. 31.10.1988; BStU, MfS, HA XX 17696, S. 19.

Entwicklung des Personalbestandes der HA XX/8 (Ist-Werte ohne HIM und OibE)[54]

Jahr	hauptamtliche IM
1981	16
1982	16
1983	19
1984	21
1985	25
1986	25
1987	26
1988	25
1989	25

Sowohl an der Leitungsspitze als auch auf der Referatsleiterebene zeichnete sich die Hauptabteilung XX/8 durch eine große Personalkontinuität aus. So war die Stelle des Abteilungsleiters durchgehend bis 1988 mit Harry Otto (Jg. 1928) besetzt. Bis 1985 waren Otto Kluge (Jg. 1928) und dann Alfred Fuchs (Jg. 1940) seine Stellvertreter.[55]

Bei den Referatsleitern war die Fluktuation auch nicht größer. Dieter Grabner (Jg. 1934) im Referat I und Lothar Dreier (Jg. 1931)[56] im Referat III amtierten von 1981 bis zum Ende. Lediglich im Referat II wurde im November 1985 der bisherige Referatsleiter Helmut Heim (Jg. 1928) durch den neun Jahre jüngeren Dieter Koch (Jg. 1937)[57] ersetzt. Das Alter der Leitungskader in der HA XX/8 galt aber als insgesamt zu hoch.[58] Es kam hinzu, dass von den drei Referatsleitern lediglich einer über einen Hochschulabschluss verfügte.

Im Herbst 1989 unterstanden dem letzten Abteilungsleiter der Hauptabteilung XX/8, Werner Fleischhauer (Jg. 1936),[59] einschließlich seines Stellvertreters Andreas Scheunemann (Jg. 1951) 24 hauptamtliche Mitarbeiter.[60] Davon waren zu diesem Zeitpunkt sechs Mitarbeiter zu einer der vielfältigen Qualifizierungsmöglichkeiten (Juristische Hochschule, Zusatzstudium an einer zivilen Hoch- oder Fach- bzw. Parteischule) delegiert, zwei Mitarbeiterinnen waren im Sekretariatsbereich tätig.[61] Im laufenden Jahr sollten drei Mitarbeiter in die Abteilung versetzt werden.[62]

Der Personalaufbau vollzog sich in den einzelnen Referaten uneinheitlich. Den größten Zuwachs konnte das Referat II verbuchen. Offenbar wuchsen dort die Probleme im Laufe der achtziger Jahre am stärksten. Das zuständige Referat verfügte 1982 zunächst nur über zwei Mitarbeiter, vergrößerte sich aber bis 1988 auf sieben operative Mitarbeiter und erreichte damit die gleiche Personalstärke wie das bis dahin größte Referat I.[63] Berücksich-

---

54 HA XX/8: Operative Statistiken von 1981 bis 1988; BStU, MfS HA XX 3428–3434 u. 3436 sowie Planstellenbesetzungsnachweis 1989 (Anm. 33).

55 Kaderkarteikarte Alfred Fuchs; BStU, MfS.

56 Kaderkarteikarte Lothar Dreier; BStU, MfS.

57 Kaderkarteikarte Dieter Koch; BStU, MfS.

58 Berichterstattung 1988 (Anm. 53), S. 56.

59 Durch den Befehl K/721/89 wurde Werner Fleischhauer mit Wirkung v. 15.1.1989 zum Leiter der Abteilung 8 der HA XX ernannt. Er löste den kommissarisch die HA XX/8 leitenden Alfred Fuchs ab. Mit gleichem Befehl wurde auch Andreas Scheunemann zum Stellvertreter des Leiters der HA XX/8 ernannt. Vgl. Befehl K/721/89 des Stellvertreters des Ministers, Mittig, v. 13.1.1989; BStU, MfS, HA XX Bündel 1769.

60 HA XX/8: Planstellenbesetzungsnachweis 1989 (Anm. 33).

61 Ebenda.

62 Vgl. Jahresarbeitsplan 1989 (Anm. 34), S. 37.

63 HA XX/8: IM-Statistik v. 31.12.1988; BStU, MfS, HA XX 3436.

tigt man, dass der Abteilungsleiter, sein Stellvertreter und die drei Referatsleiter auch als Führungsoffiziere tätig waren, so erhöhte sich die Anzahl der IM-führenden Mitarbeiter der Hauptabteilung XX/8 von insgesamt 13 im Jahre 1982 auf 20 im Jahre 1988.[64] Der IM-Bestand der Hauptabteilung XX/8 belief sich Ende 1981 auf 170 Inoffizielle Mitarbeiter sämtlicher Kategorien.[65] Die Zahl erhöhte sich bis zum Jahre 1988 um rund 34 Prozent auf 227 IM. Trotz des ständig wachsenden IM-Bestandes der Hauptabteilung XX/8 registrierte die Abteilungsleitung in ihren jährlichen IM-Analysen eine ganze Reihe immer wieder auftauchender »Probleme«, wie sie zum Teil auch aus anderen Diensteinheiten bekannt sind. Aus Sicht der Abteilungsleitung war besonders kritisch, dass mit etwa jedem zehnten der IM nur einmal im Quartal ein Treffen und mit durchschnittlich 5 bis 8 Prozent des IM-Bestandes innerhalb eines Jahres überhaupt kein Treffen statt fand. Die Zahl der IM mit einem Lebensalter über 40 Jahren, die zwar als »zuverlässig«, jedoch häufig auch als »unbeweglich« und damit nur noch als »begrenzt einsetzbar« galten, erschien der Abteilungsleitung zu hoch. Dieser Umstand diente auch dazu, die regelmäßigen Schwierigkeiten »bei der komplexen Absicherung von Schwerpunktaufgaben« zu begründen. Ferner gelang es der Hauptabteilung XX/8 aus ihrer Sicht viel zu selten, ihre IM nachträglich in die bereits angelaufene Vorgangsarbeit im Rahmen von OPK und OV zu integrieren. Besonders unter den Auslands- und Reisekadern sowie zur Überwachung einreisender Wissenschaftler aus dem Westen und zur Kontrolle ausländischer Studenten in der DDR meinte das MfS, zu wenige »geeignete« IM zu besitzen.[66]

Entwicklung des IM-Bestandes (nach Kategorien)[67] *der HA XX/8*[68]

Jahr	IMS	IMB	IME	FIM	IMK	GMS	Summe
1981	79	15	9	1	49	17	170
1982	72	17	14	1	53	16	173
1983	81	15	14	1	53	17	181
1984	91	14	14	1	58	21	199
1985	107	11	15	1	58	17	209
1986	113	12	16	1	59	18	219
1987	124	13	14	1	58	15	225
1988	131	11	12	1	60	12	227

Die Verteilung des IM-Bestandes auf die einzelnen Referate gibt Auskunft über die innere Gewichtung der Hauptabteilung XX/8. Den weitaus größten Anteil am IM-Bestand der Abteilung vereinte das Referat I auf sich. Es verfügte 1982 über 82 IM und erhöhte diese Zahl bis Ende 1988 auf 131 IM. Auf erheblich weniger inoffizielle Kräfte konnte sich das Referat III stützen, welches 1982 45 IM und Ende 1988 46 IM registriert hatte. Das Referat II listete 1982 in seiner Statistik 35 und Ende 1988 44 IM auf. Der Abteilungsleiter und die Mitarbeiter der Auswertung führten zusätzlich zwischen drei (1985) bis 13 (1982) inoffizielle Kräfte. Im Unterschied zum allgemeinen Rückgang des IM-Bestandes im gesamten MfS-Apparat hatte sich der IM-Bestand der Hauptabteilung XX/8 insgesamt kon-

64 Vgl. Ebenda.

65 HA XX/8: IM-Statistik v. 31.12.1981; BStU, MfS, HA XX 3431.

66 Vgl. diverse Einschätzungen der IM-, OV- und OPK-Arbeit der HA XX/8 aus den 80er Jahren; BStU, MfS, HA XX 3428–3435.

67 Siehe Abkürzungsverzeichnis. Hg. BStU. Berlin 1996, S. 44–47.

68 Erfasst alle IM-führenden Mitarbeiter der Abteilung. Vgl. HA XX/8: IM-Statistiken von 1981 bis 1988; BStU, MfS, HA XX 3428–3434 u. 3436.

tinuierlich erhöht.[69] Die Ursachen dieser Entwicklung dürften vor allem in dem ständig wachsenden Reisekaderbestand, der steigenden Zahl ausländischer Studenten und den immer umfangreicher werdenden vorbeugenden Maßnahmen im Bereich der Studentenschaft und des Lehrkörpers gelegen haben.[70]

Aus den Werbungsplänen der achtziger Jahre lassen sich sowohl die allgemeinen als auch speziellen Schwerpunktaufgaben der Referate I bis III ablesen. Danach ging es generell darum, verstärkt Schlüsselpositionen in den Einrichtungen der beiden Ministerien für Hoch- und Fachschulwesen und für Volksbildung zu besetzen sowie inoffizielle Mitarbeiter auch zur »Aufklärung feindlicher Einrichtungen im Operationsgebiet, die gegen die DDR arbeiten«[71] einzusetzen. Außerdem sollten noch mehr Offiziere im besondern Einsatz (OibE) in beiden Ministerien platziert werden sowie eine hauptamtliche IME-Ermittlergruppe gegründet und schließlich bereits vorhandene »FIM-Gruppen«[72] durch neue Einsatzkonzeptionen gezielter »zur Lösung vorbeugender Sicherungsschwerpunkte« im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen eingesetzt werden.

IM-Bestand der Linie »Hochschulwesen« (Stand 1986)[73]

Universität/Hochschule	IM/GMS	
	Lehrkörper	Studenten
KMU Leipzig	116	34
WPU Rostock und WMAU Greifswald	142	157
MLU Halle	70	110
FSU Jena	62	30
TU Magdeburg	53	38
TH Ilmenau	62	34

Diese Statistik erfasst mit Ausnahme der Berliner Humboldt-Universität und der TU Dresden die größten Hochschuleinrichtungen der DDR, an denen etwa die Hälfte aller Studenten immatrikuliert waren. Sie macht deutlich, dass auf der Linie »Hochschulwesen« genug IM/GMS vorhanden waren, um die vom Ministerium vorgegebenen allgemeinen Sicherungsaufgaben sowie die operativen Schwerpunkte »Sicherung der Hochschulforschung« und »Sicherung der Auslands- und Reisekader« erfüllen zu können. Für eine intensive Durchdringung eines Verantwortungsbereiches mit mehr als hunderttausend Studenten und einigen zehntausend Hochschulmitarbeitern reichte dieser IM-Bestand jedoch nicht aus. Wegen eines vergleichsweise geringen Widerspruchspotenzials in der Studenten- und Hochschullehrerschaft und gut ausgebildeten Disziplinierungsstrukturen im Bereich der universitären Partei- und FDJ-Organisationen sowie der Hochschulleitungen bestand dazu allerdings auch wenig Anlass.

---

[69] Vgl. Müller-Enbergs, Helmut: IM-Statistik 1985–1989. Hg. BStU. Berlin 1993, S. 7–9.

[70] Vgl. Braun, Matthias: Vorbeugende Bearbeitung. Das MfS an den Hochschulen der DDR. In: DA 30(1997)6, S. 912–923.

[71] Vgl. HA XX/8: Terminplan 1982, o. D.; BStU, MfS, HA XX 3437, S. 1–7.

[72] Zu einer »FIM-Gruppe« gehören mehrere inoffizieller Mitarbeiter, die unter der Anleitung eines sogenannten Führungs-IM arbeiten.

[73] HA XX: Einschätzung der Lage an den Universitäten und ausgewählten Hochschulen der DDR v. 31.3.1986; BStU, MfS, HA XX 45453, S. 19 f.

8.3 Zusammenfassung zum Sicherungsbereich Volksbildung und Hochschulwesen 1950 bis 1989

Die 1981 gegründete Hauptabteilung XX/8 war für die geheimdienstliche Sicherung und Bearbeitung des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen (MHF) sowie für das Ministerium für Volksbildung (MfV) einschließlich der nachgeordneten Einrichtungen zuständig; auf der Bezirksebene zeichneten außer in Rostock und Berlin dafür die Referate XX/8 der jeweiligen Abteilungen XX in den Bezirksverwaltungen verantwortlich.

Beide Ministerien hatten die von der SED vorgegebenen Beschlüsse zur Bildungs-, Erziehungs-, Hochschul- und Forschungspolitik (Hochschulforschung) durchzusetzen. Dem Bildungs- und Erziehungswesen kam aus Sicht der Partei eine systemtragende Rolle bei der Entwicklung und Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft zu. Bei der Durchsetzung des von der SED bestimmten einheitlichen Bildungs- und Erziehungssystems traten in der Anfangs- wie in der Endphase der DDR Probleme auf. Insgesamt gehörte der Hochschul- und Volksbildungssektor aber eher zu den systemkonformen Gesellschaftsbereichen der DDR. Selbst für das »Wendejahr« 1989 wurde vom MfS die politische Lage an den Hochschuleinrichtungen als stabil eingeschätzt. Die Hauptabteilung XX/8 befasste sich überwiegend mit dem Hochschulwesen, während der Sektor Volksbildung eine untergeordnete Rolle spielte. Ein wesentlicher Grund dafür war die ohnehin sehr straffe politisch-ideologische Führung des DDR-Volksbildungswesens.

Die Objektsicherung der beiden Ministeriumseinrichtungen und die inoffizielle Überprüfung der im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und dem Ministerium für Volksbildung beschäftigten Personen wurden zwischen 1950 und 1953 zunächst in verschiedenen Sachgebieten der damaligen Abteilungen V und VI des MfS durchgeführt. Ab 1955 war sowohl für das Ministerium für Volksbildung als auch das inzwischen gegründete Staatssekretariat für Hochschulwesen die neu geschaffene Hauptabteilung V zuständig. Die Aufgaben des »Sicherungsbereiches« entwickelten sich über Jahrzehnte hinweg kontinuierlich, die strukturelle Anbindung wechselte dagegen mehrfach. Im Zuge der Umbenennung der Hauptabteilung V in Hauptabteilung XX im Jahre 1964 wurde der »Sicherungsbereich Hochschul- und Bildungswesen« von der Hauptabteilung V/6 in die Hauptabteilung XX/3 verlagert. Dort war bis Anfang der achtziger Jahre das Referat III sowohl für das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen als auch das Ministerium für Volksbildung gemeinsam verantwortlich.

Die von der SED besonders nach dem VIII. Parteitag 1971 herausgestellte wachsende Bedeutung der Bildungs- und Forschungspolitik fand innerhalb des MfS erst 1981 durch die Gründung der für die Überwachung dieses Bereiches zuständigen Hauptabteilung XX/8 ihre strukturelle Entsprechung. Der geringe Personalbestand dieser Abteilung (16 Planstellen) machte eine starke Konzentration auf Schwerpunktaufgaben notwendig. Die Mitarbeiterzahl der Abteilung stieg auch in den achtziger Jahren nur langsam an. Das insgesamt politisch angepasste Personal in den beiden Ministerien (MHF und MfV) rechtfertigte diese Entwicklung. Mit 25 hauptamtlichen Mitarbeitern (einschließlich Abteilungsleiter) gehörte die Hauptabteilung XX/8 1989 zu den eher kleineren Abteilungen in der Hauptabteilung XX, die im Durchschnitt über 35 Mitarbeiter verfügten. Der IM-Bestand dieser Diensteinheit jedoch wurde Ende 1988 mit 227 Personen[74] angegeben und lag damit weit über dem Abteilungsdurchschnitt der HA XX.

---

[74] Vgl. Tabelle Entwicklung des IM-Bestandes der HA XX/8, S. 147.

9 Abteilung 9: »Politische Untergrundtätigkeit«

Von Bernd Eisenfeld

9.1 Vorgeschichte

9.1.1 Zum Begriff der »Politischen Untergrundtätigkeit« (PUT)

Die SED-Führung ahnte wohl, dass sie in der Bevölkerung über keinen mehrheitlichen Konsens für ihre Politik verfügte,[1] und so übertrug sie dem MfS vor allem die Aufgabe, jeglichen politischen Widerstand im Keim zu ersticken und das Entstehen oppositioneller Bewegungen zu verhindern. Zur Rechtfertigung wurde die marxistisch-leninistische Ideologie bemüht. In sozialistischen Staaten, so hieß es, existiere »für eine Opposition keine objektive politische oder soziale Grundlage«, denn »die Arbeiterklasse – im Bündnis mit den anderen Werktätigen« – sei »die machtausübende Klasse und zugleich Hauptproduktivkraft der Gesellschaft«.[2] Und weil nicht sein konnte, was nicht sein durfte, wurden die tatsächlichen Erscheinungen widerständigen Verhaltens[3] in der DDR äußeren, nämlich westlichen Einflüssen und Mächten angelastet. Auf diese Weise der Legalität entzogen, konnten die Träger des Widerstandes ins gesellschaftliche Abseits gestellt – und begrifflich – dem Untergrund zugeordnet und kriminalisiert werden.

Solange die deutsch-deutsche Grenze noch offen war, sah das MfS vorwiegend eingeschleuste Agenten am Werk, die von westlichen Geheimdiensten oder anderen »Verbrecherorganisationen« gelenkt und – unter Ausnutzung noch verbliebener »Restbestände reaktionärer Gruppierungen« (insbesondere der SPD, bürgerlicher Parteien und kirchlicher Amtsträger) – beauftragt waren, in der DDR eine oppositionelle Basis zu schaffen. Nach dem Mauerbau musste zunehmend die »politisch-ideologische Diversion« (PID) als Erklärungsmuster herhalten. In der PID, gekennzeichnet als »subversiver Angriff auf ideologischem Gebiet«, sah das MfS mehr und mehr eine langfristig angelegte und mehrstufige Strategie des Westens gegen die sozialistischen Staaten.[4] Ihre angeblichen Ziele wurden wie folgt beschrieben:

> »Sie bestehen in der Zersetzung des sozialistischen Bewusstseins bzw. der Störung und Verhinderung seiner Herausbildung, in der Untergrabung des Vertrauens breiter Bevölkerungskreise zur Politik der kommunistischen Parteien und der sozialistischen Staaten, in der Inspirierung antisozialistischer Verhaltensweisen bis hin zur Begehung von Staatsverbrechen, in der Mobilisierung feindlich-negativer Kräfte in den sozialistischen Staaten, in der Entwicklung einer feindlichen, ideologischen, personellen Basis in den sozialistischen Staaten zur Inspirierung po-

---

[1] Vgl. Schabowski, Günter: Entmannung aus Furcht vor der Sünde: »Die, die Macht beanspruchten, hatten nie den Status einer Minderheit mit verschwörerischen Verkrampfungen überwunden«. In: Wochenpost v. 3.2.1993, S. 28 f.

[2] Kleines politisches Wörterbuch. Berlin 1978, S. 652.

[3] Vgl. hierzu Eisenfeld, Bernd: Widerständiges Verhalten im Spiegel von MfS-Statistiken. In: Henke Klaus-Dietmar; Engelmann, Roger (Hg.): Aktenlage. BStU. Berlin 1995, S. 157–176; Kowalczuk, Ilko-Sascha: Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft. In: Materialien der Enquete-Kommission. Hg. v. Deutschen Bundestag. Frankfurt/M. 1995, Bd. VII/2, S. 1203–1284.

[4] Vgl. Mampel, Siegfried: Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Ideologiepolizei. Zur Bedeutung einer Heilslehre als Mittel zum Griff auf das Bewusstsein für das Totalitarismusmodell. Berlin 1996, S. 36 ff.

litischer Untergrundtätigkeit sowie im Hervorrufen von Unzufriedenheit, Unruhe, Passivität und politischer Unsicherheit unter breiten Bevölkerungskreisen.«[5]

Bis Mitte der siebziger Jahre wurden vom MfS alle Erscheinungsformen im Sinne der »PID« unter den Termini »Untergrundbewegung« und »Untergrundtätigkeit« gefasst. Ursprung und Sinngebung des Begriffs »Untergrund« grenzte das MfS ausdrücklich von der marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie ab. Der Begriff »Untergrund« widerspräche dieser Theorie, da sie auf dem Prinzip der Einheit von »Illegalität und Verbindung zu den Massen« beruhe.[6] Der Terminus »Untergrund« entspringe vielmehr dem Sprachvokabular der Feinde des Sozialismus. Sowohl die marxistisch-leninistische Literatur als auch die Beschlüsse der SED verwendeten den Begriff »Untergrund« stets zur »Definierung der von den imperialistischen Kräften gegen die sozialistische Gesellschaft organisierten illegalen Gruppen, subversiver Anschläge und konterrevolutionärer Putschversuche«.[7] Im Einzelnen subsumierte das MfS darunter:

»– Untergrundgruppen mit staatsfeindlicher Konzeption;
– Verbreitung der politisch-ideologischen Diversion; Spionage- und Schädlingstätigkeit;
– Verrat an Forschungsergebnissen, die vertraulichen Charakter tragen;
– Organisierung einer umfangreichen feindlichen Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit;
– Grenzdelikte;
– Republikverrat und in dessen Folge die verbrecherische Ausnutzung der Rückverbindungen;
– Ausnutzung der Reisetätigkeit nach Westdeutschland und dem nichtsozialistischen Ausland zur Durchsetzung von Spionage;
– Propagierung feindlicher Argumente durch mündliche und schriftliche Formen der staatsgefährdenden Propaganda und Hetze.«[8]

Als Höhepunkte derartiger »konterrevolutionärer Angriffe« bewertete die SED-Führung die Volksaufstände im Juni 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn, die Streiks in Polen, die in der DDR und anderen sozialistischen Staaten 1956 und später vorwiegend von Intellektuellen ausgehenden Ansätze einer Revision des Marxismus-Leninismus sowie den im Januar 1968 in der ČSSR eingeleiteten Reformprozess. Ausgehend von den angeblich unveränderten konterrevolutionären Zielen des Westen gegenüber den sowjetkommunistischen Systemen, machten SED und MfS einen Strategiewandel aus: Mit der Waffe des Revisionismus sei der Westen von der Politik des »Roll back« zur »Politik des Brückenschlags« übergegangen. Die im Rahmen der Entspannungspolitik erfolgte weitere Verlagerung der Ost-West-Konfrontation auf die ideologische, systemvergleichende Auseinandersetzung spitzte die Lage weiter zu. Das sich bis dahin zum Westen besonders scharf abgegrenzte SED-Regime musste sich nun im zunehmenden Maße auf eine stärkere Konfrontation mit westlichen Lebensauffassungen einstellen. Forderungen des Westens nach Öffnung der östliche Systeme bewertete die SED als neue Spielart des Gegners, den Sozialismus »von innen heraus auszuhöhlen« und eine »Liberalisierung« und »Transformati-

5 Vgl. Suckut, Siegfried (Hg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur »politisch-operativen Arbeit«. BStU. Berlin 1996, S. 323 ff.

6 Erich Falz u. a.: Die Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit des MfS zur vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR gerichteten politischen Untergrundtätigkeit v. 25.4.1979; BStU, MfS, JHS 21886, Bd. 1–4, hier Bd. 1, Bl. 56 f.

7 Ebenda, Bl. 58 f.

8 Durchführungsanweisung 1 v. 10.1.1968 zur DA 4/66 des Ministers für Staatssicherheit zur politisch-operativen Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR v. 15.5.1966, S. 13; BStU, MfS, BdL/Dok. 001083 u. 001084.

on« zu erreichen.[9] Auch die Politik des »Wandels durch Annäherung« wurde von ihr als »modifizierte Strategie« mit gleicher Zielstellung definiert.[10]

»Politische Untergrundtätigkeit« (PUT) ist einer der genetisch ältesten operativen Schlüsselbegriffe der Staatssicherheit. Er bezeichnet seit Anfang der fünfziger Jahre aktive politische Gegnerschaft auf dem Territorium der DDR. Spätestens ab 1960 verfestigt sich das Begriffspaar »politisch-ideologische Diversion und Untergrundtätigkeit« im MfS-Sprachgebrauch zur Bezeichnung oppositioneller Betätigung.[11] In den siebziger Jahren sind allerdings Bemühungen erkennbar, ihn klarer zu definieren. Die PUT wurde als Ausdruck intensiver Anstrengungen des Westens klassifiziert, in den Ostblockstaaten eine »personelle Basis« zu schaffen[12] bzw. die »feindlichen Kräfte« im Innern zu suchen, zu sammeln und zusammenzuführen.[13]

Nicht von ungefähr entstand in dieser Zeit an der Juristischen Hochschule (JHS) des MfS eine Vielzahl theoretischer Arbeiten zur PUT. So wurden von 1977 bis 1979 Untersuchungsergebnisse vorgelegt,[14] die durch die Etablierung mehrerer »Teilforschungsgruppen« innerhalb eines Rahmenprogramms der MfS-Hochschule vorrangig weiter verfolgt werden sollten.[15] Einhellig spiegelten diese Arbeiten das Grundverständnis der PUT als eine »spezifische subversive Tätigkeit« wider, die »ursächlich von feindlichen Zentren, Einrichtungen und Kräften der imperialistischen Staaten« ausgehe bzw. von dort aus »inspiriert und organisiert« und von »feindlichen Kräften in den sozialistischen Staaten unterstützt« werde. Ihr Ziel sei es, »entweder die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung als Ganzes«[16] oder in »wesentlichen Teilen anzugreifen[17] und von innen heraus allmählich zu zersetzen und letztlich konterrevolutionär zu beseitigen«.[18] Typisches Merkmal der PUT sei ein »hoher Grad an Gesellschaftsgefährlichkeit«,[19] der sich am Zusammenspiel zwischen äußeren und inneren Kräften, an der Bildung und dem Ausbau beste-

---

9 Ebenda, S. 7.

10 Dissertationsschrift: Qualifizierung (Anm. 6), Bd. 1, Bl. 65.

11 Vgl. Stv. Minister Bruno Beater an die BV/V v. 21.11.1960: Verbesserung der Leitungstätigkeit zur Abwehr der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit, inkl. Anlagen (Einführung eines Kerblochkarteisystems auf der Linie V); BStU, MfS, BdL/Dok. 002626.

12 Dissertationsschrift: Qualifizierung (Anm. 6), Bd. 1, Bl. 67.

13 Ebenda.

14 Vgl. 1.: Udo Sievers: Das politisch-operative Zusammenwirken der Diensteinheiten des MfS mit anderen staatlichen Organen, Wirtschaftsorganen und gesellschaftlichen Organisationen bei der Vorbeugung, Aufdeckung und Bekämpfung von Versuchen des Gegners, in der DDR eine politische Untergrundtätigkeit zu inspirieren und zu organisieren v. 22.6.1977; BStU, MfS, JHS 21859. 2.: Liebewirth, Meyer, Grimmer: Möglichkeiten und Voraussetzungen der umfassenden und differenzierten Anwendung und offensiven Durchsetzung des sozialistischen Strafrechts sowie spezifische Aufgaben der Linie Untersuchung im Prozess der Vorbeugung und Bekämpfung von Versuchen des Gegners zur Inspirierung und Organisierung politischer Untergrundtätigkeit in der DDR v. November 1977; BStU, MfS, JHS 21869 Bd. 1–4. 3.: JHS: Entwurf der Forschungsergebnisse zum Thema: Das konterrevolutionäre Klassenwesen, die Erscheinungsformen sowie die Ursachen und begünstigenden Bedingungen politischer Untergrundtätigkeit v. 10.2.1978; BStU, MfS, JHS 21875. 4.: JHS, Sektion politisch-operative Spezialdisziplin: Entwurf: Die grundsätzlichen Ziele der weiteren wirkungsvollen vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung aller Anzeichen und Erscheinungsformen politischer Untergrundtätigkeit und die Hauptwege ihrer Realisierung aus dem Jahre 1978 (VVS 254 und 255, Teil I und II/1978); BStU, MfS, JHS 21876/21877 (ohne Angabe der Autorenschaft). 5.: Dissertationsschrift: Qualifizierung (Anm. 6); ebenda, Bd. 1–4.

15 Sievers: Das politisch operative Zusammenwirken (Anm. 14), Bl. 83 f.

16 Das konterrevolutionäre Klassenwesen (Anm. 14), Bl. 76.

17 Liebewirth u. a.: Möglichkeiten und Voraussetzungen Strafrecht 1977 (Anm. 14), Bd. 2, Bl. 62.

18 Das konterrevolutionäre Klassenwesen (Anm. 14).

19 Liebewirth u. a.: Möglichkeiten und Voraussetzungen Strafrecht 1977 (Anm. 14), Bd. 2, Bl. 59.

hender »feindlicher Gruppierungen«, an der Verwendung konspirativer Mittel und Methoden, am »Missbrauch legaler Möglichkeiten« und an der »Strafrechtswidrigkeit« festmachen ließe.[20]

Als »typische Erscheinungsformen« im strafrechtlichen Sinne galten die »staatsfeindliche Gruppenbildung« (§ 107 StGB), »auf Massenwirksamkeit berechnete Aktionen der staatsfeindlichen Hetze« (§ 106) sowie Spionage (§ 97), »Landesverräterische« Nachrichtenübermittlung und Agententätigkeit (§§ 98 und 100), die inhaltlich von »politisch-ideologisch zersetzenden Zielen bestimmt« würden.[21]

Im Einzelnen wurden darunter Handlungsweisen verstanden wie das Abfassen und Verbreiten systemkritischer Konzeptionen, Flugblätter u. Ä., Protestresolutionen, »Tendenzen zur Bildung bzw. Organisation von staatsfeindlichen Gruppen«, die Existenz von »feindlichen Langzeitgruppen«, Kontakte zu Personen bzw. Kräften im westlichen und östlichen Ausland, die im »feindlichen« Sinne gegen die DDR in Erscheinung traten[22] sowie andere »feindliche Handlungen, [...] in deren Folge es zu schwerwiegenden öffentlichkeitswirksamen schädigenden Auswirkungen für die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung kommen« könne.[23] Dazu zählten auch »rechtswidrige Antragsteller«,[24] die organisiert in Form »Weißer Kreise« oder anderweitig demonstrativ aufträten,[25] Verbindungen mit »feindlichen Zentren, Einrichtungen, Organisationen und Kräften« eingingen, und die nach ihrer Ausreise »von außen« mittels »Rückverbindungen«, das heißt, durch Kontakte auf gleich oder ähnlich gesinnte DDR-Bürger einwirkten.[26]

Im Kern war die Einstufung als »PUT-Erscheinung« an aktives Handeln gebunden, das entweder generell (politisch und weltanschaulich) oder punktuell und in einem bestimmten öffentlichen Rahmen das SED-Regime infrage stellte bzw. angriff. Nach der Diktion des MfS traf das zu, wenn »mit dem Umschlag zu einer feindlichen Position gleichlaufend feindliche Handlungen begangen werden«.[27]

Vor einer schematisierten Sichtweise auf die »PUT-Kräfte« wurde jedoch gewarnt. So stieß die Fixierung auf spezielle Personenkreise bzw. »soziale Kategorien« (künstlerische und wissenschaftliche Intelligenz, kirchliche Kreise und Jugendliche/Jungerwachsene) auf Vorbehalte. Es herrschte vielmehr die Meinung vor, dass sich die PUT in »allen gesellschaftlichen Bereichen« zeige und von einem Prozesscharakter ausgegangen werden müsse. Dazu gehöre auch ein »Vorfeld«, das sich im Wesentlichen in »negativen Erscheinungen« äußere und jederzeit in PUT umschlagen könne. In einer Forschungsarbeit, abgeschlossen an der JHS im Frühjahr 1979,[28] werden als solche Vorfelderscheinungen im Einzelnen genannt:

– »Diskussionen negativen und feindlichen Inhalts über längere Zeit in bestimmten Personenkreisen [...], bei denen prinzipienlos Mängel, Missstände sowie Entwicklungsprobleme des Sozialismus« angesprochen sowie weltanschauliche Kritik geübt wurde,

---

20 Ebenda.

21 HA XX: Stellungnahme zu Forschungsergebnissen v. 7.3.1978; BStU, MfS, JHS 162, Bl. 109.

22 Das betraf hauptsächlich die §§ 97–100 StGB.

23 Liebewirth u. a.: Möglichkeiten und Voraussetzungen Strafrecht 1977 (Anm. 14), Bd. 2, Bl. 63.

24 Vgl. Bernd Eisenfeld: Die Ausreisebewegung – eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens. In: Poppe, Ulrike u. a. (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin 1995, S. 192–223.

25 So versammelten sich 1983 Ausreisewillige auf dem »Platz der Kosmonauten« in Jena kreisförmig.

26 Dissertationsschrift: Qualifizierung (Anm. 6), Bd. 4, Bl. 184 ff.

27 Das konterrevolutionäre Klassenwesen (Anm. 14), Bl. 57.

28 Vgl. Dissertationsschrift: Qualifizierung (Anm. 6).

das Vermitteln der »ideologischen Diversion des Gegners« zum Beispiel im Rahmen des Kulturbundes, der Urania, bei Buchlesungen und »freien Diskussionsabenden«;

- die »Organisierung von Ausstellungen [...] im privaten Bereich und die Organisierung von Diskussionen, darüber [...] besonders dann, wenn es sich um negative oder feindlich eingestellte Personen handelt und wenn in diesem Zusammenhang Kontakte zu Einrichtungen oder Kräften des kapitalistischen Auslandes, besonders der BRD oder Westberlins, bestehen bzw. aufgenommen werden«;
- das »häufige Auftreten von rechtswidrigen Ersuchen auf Übersiedlung in die BRD und nach Westberlin [...] besonders dann, wenn diese Ersuchen überwiegend politisch motiviert werden, ihrem Inhalt nach provokatorisch und mit Drohungen verbunden sind, wenn immer wieder die gleichen feindlich-negativen Argumente auftreten und die Art und Weise der Begründungen darauf schließen lässt, dass die Antragsteller nicht selbst die Verfasser sein können, sondern von anderen Personen dazu inspiriert und Unterstützung erhielten«;
- »negative Gruppierungen Jugendlicher, die wiederholt durch Krawalle, Rowdytum, Vandalismus und andere Handlungen [...] in Erscheinung treten, vor allem dann, wenn Verbindungen zu feindlich eingestellten Personen bestehen bzw. wenn solche Personen zu diesen Gruppierungen hinzustoßen und dadurch die Gefahr besteht, dass die Handlungen solcher Gruppierungen in Aktivitäten im Sinne politischer Untergrundtätigkeit umfunktioniert werden können«.[29]

Eingereiht in die »Vorfelderscheinungen« wurden namentlich solche Zusammenschlüsse wie »Fan-Gruppen« (die durch ihr »allgemeines Verhalten negativ auffallen«), Tramper (die Krawalle und Widerstandshandlungen ausüben), Anhänger von Fußballclubs (die auf »westliche Vorbilder zurückgreifen«), Stammtischrunden (»in denen häufig Weltpolitik nach Alkoholgenuss« betrieben wird) und Personen »mit negativer Grundhaltung«, die sich zur Pflege eines gemeinsamen Hobbys zusammenfinden.[30]

Hinsichtlich der Abgrenzung zwischen PUT und »innerer Opposition« bestand Einigkeit darin, dass der »Gegner« die PUT als Plattform zur Ausdehnung seiner personellen Basis nutzen und unter Einbeziehung von »unzufriedenen« und »irregeleiteten Personen« eine »innere Opposition« schaffen oder auch vortäuschen wollen.[31]

Den sich abzeichnenden Verbindungen oppositioneller Kräfte innerhalb des Ostblocks – vom MfS als »Internationalisierung« der Problemstellung PUT bezeichnet – wurde bereits 1977 insofern Rechnung getragen, als in den »Mittelpunkt« der Zusammenarbeit der östlichen Geheimdienste das abgestimmte Verhalten gegen »bestimmte Zentren, Vorgänge und Personen« gerückt wurde.[32] Dazu sollte der »Aufbau und die aktive Nutzung des Systems der vereinigten Erfassung von Angaben über den Gegner (SOUD)«[33] ebenso die-

---

[29] Ebenda, Bd. 1, Bl. 52 ff.

[30] Ebenda, Bl. 175.

[31] Ebenda, Bl. 65. Vgl. auch Werner Grabsch, Uwe Silbermann, Rainer Wagner, Brigitte Wagner, Werner-Michael Stein und Siegmund Quitschau: Das aktuelle Erscheinungsbild politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und wesentliche Tendenzen seiner Entwicklung v. 28.3.1989; BStU, MfS, JHS 22171. Danach wurde die »innere Opposition« als die »Gesamtheit antisozialistischer Bewegungen, Zusammenschlüsse und Kräfte, die einen bestimmten Grad der Organisation und der Wechselbeziehungen untereinander aufweisen« charakterisiert, S. 112.

[32] Ausführungen zu Problemen der ideologischen Diversionstätigkeit des Imperialismus und ihrer Bekämpfung (Symposium in der Ungarischen Volksrepublik am 23.5. bis 29.5.1977 (o. Verf., o. D.); BStU, MfS, ZAIG 5106, Bl. 78.

[33] Vgl. Wegmann, Bodo; Tantzscher, Monika: SOUD. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems. Hg. BStU. Berlin 1996.

nen[34], wie das Durchsetzen allseitiger Ein- bzw. Ausreiseverbote, um Treffen oppositioneller Kräfte innerhalb des Ostblocks weitestgehend auszuschließen.[35]

Die ausgemachte Komplexität der PUT blieb nicht ohne Folgen für die Leitungsstrukturen des MfS. Sie verlangte einerseits die »Notwendigkeit einer zentralisierten und koordinierten Leitung«, andererseits aber auch die »gleichzeitige Erhöhung des Eigenanteils der einzelnen Linien und Diensteinheiten«.[36] Letzteres wurde vor allem damit begründet, dass es keine PUT an sich gebe, diese vielmehr »immer konkret mit gesellschaftlichen Prozessen der verschiedensten Sicherungsbereiche verbunden« sei[37] und »auf die Strukturen des MfS keine Rücksicht« nehme.[38] Um die PUT effektiver bekämpfen zu können, sollte die »Eigenverantwortung« der einzelnen Diensteinheiten mit dem »zentralisierten System der Leitung, Koordinierung und Organisation« gekoppelt werden«.[39]

Diese zentrale Leitfunktion lief in der Hauptabteilung XX zusammen, lange bevor ihr 1985 formell die entsprechende »Federführung« übertragen wurde.[40] Ausgehend von ihrer grundlegenden Aufgabe zur Bekämpfung der PUT hatte sie bereits in der Planungsphase »Grundtendenzen der gegnerischen Angriffe« in den »Linien und Territorien sichtbar« zu machen und die anderen Diensteinheiten entsprechend anzuleiten.[41]

9.1.2 Wendepunkt Mitte der siebziger Jahre

Im Gefolge der Entspannungspolitik wuchsen die Sorgen der Machthaber der DDR, dass sich oppositionelle Kräfte leichter formieren könnten. So orientierte beispielsweise die 13. Tagung des ZK der SED im Dezember 1974 darauf, systemkritischen Literaten keinerlei Möglichkeiten zu bieten, »eine Rolle im Sinne eines Solshenizyn der DDR zu spielen«.[42] Gefahren sah das MfS vor allem in der Rolle der westlichen Medien, die DDR-Oppositionelle derart »aufbauen« und ins Rampenlicht der Öffentlichkeit rücken könnten, dass ein Eingriff »erschwert« würde. Mielke erinnerte in diesem Zusammenhang »an solche Kräfte wie Solshenizyn und Sacharow, aber auch an Havemann und Biermann«.[43] Die beiden Letzteren wurden vom MfS im Jahre 1975 als »feindliche Stützpunkte« der »Politisch-ideologischen Diversion«[44] und 1976 als »die am offensten feindlich auftretenden Intellektuellen der DDR«[45] gesehen. Eine vom MfS gefertigte Charakterstudie stellt Wolf

---

[34] Ausführungen zu Problemen der ideologischen Diversionstätigkeit des Imperialismus und ihrer Bekämpfung (Symposium in der Ungarischen Volksrepublik am 23.5. bis 29.5.1977 (o. Verf., o. D.); BStU, MfS, ZAIG 5106, Bl. 79.

[35] Ebenda, Bl. 54.

[36] Dissertationsschrift: Qualifizierung (Anm. 6), Bd. 4, Bl. 170.

[37] Ebenda, Bl. 173.

[38] Ebenda.

[39] Ebenda, Bl. 174.

[40] Vgl. DA 2/85 v. 20.2.1985 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit. Dokumentiert in: Engelmann, Roger; Joestel, Frank (Bearb.): Grundsatzdokumente des MfS. Hg. BStU. Berlin 2004, S. 432–455.

[41] Dissertationsschrift: Qualifizierung (Anm. 6), Bd. 4, Bl. 200.

[42] Mielke: Manuskript eines Referats für Dienstkonferenz zur zentralen Planvorgabe 1975 v. 22.1.1975; BStU, MfS, 102227, Bl. 79.

[43] Referat Mielkes vor Mitarbeitern für Justizfragen der Bezirks- und Kreisleitungen der SED und den Parteisekretären der Bezirksstaatsanwaltschaften und Bezirksgerichte der DDR zum Thema: Probleme der Feindtätigkeit und ihrer Bekämpfung v. 18.10.1974; BStU, MfS, BdL/Dok. 005794, Bl. 8.

[44] HA XX/OG: Jahresanalyse 1976 v. 20.1.1977; BStU, MfS, HA XX/9 1487, Bl. 2.

[45] HA XX: Arbeitsmaterial zu einigen Problemen des feindlichen Wirkens unter Kulturschaffenden, der medizinischen Intelligenz u. a. Intellektuellen sowie zur Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit unter jugendlichen und studentischen Personenkreisen v. 8.4.1976; BStU, MfS, HA XX AKG 780, Bl. 533.

Biermann als »willkommene Figur« der westlichen Strategie zur Inspirierung und/oder Vortäuschung einer breiten Oppositionsbewegung in der DDR dar.[46] Vor diesem Hintergrund musste es geradezu zwingend erscheinen, dass sich das MfS intensiver denn je auf Spurensuche im Westen begab. Die Hauptabteilung XX/7 – bis 1976 für die »feindlichen Stützpunkte« des kulturellen Bereiches zuständig – sah Mitte der siebziger Jahre in der Westarbeit einen »neuen Schwerpunkt«.[47] Den Nachweis zu erbringen, dass oppositionelle Erscheinungen in der DDR auf westliche Urheber zurückgingen, galt dem MfS als die »Krone« operativer Arbeitsergebnisse.[48] Zielvorgabe war es, dem »Gegner« jedwede Chance zu nehmen, in der DDR »eine innere Opposition zu formieren«.[49] Demzufolge war es vorrangige Aufgabe des Staatssicherheitsdienstes, »feindlich-negative Gruppierungen unter Künstlern, Schriftstellern und anderen Kulturschaffenden im komplexen Zusammenwirken aller Diensteinheiten, die über entsprechende politisch-operative Möglichkeiten verfügen, zu erkennen und aufzuklären, noch qualifizierter unter Kontrolle zu bringen, zu beeinflussen, zu isolieren und zu zersetzen«.[50]

9.2 Die Entwicklungsgeschichte der Hauptabteilung XX/9

9.2.1 1976 bis 1980: Die Operativgruppe der Hauptabteilung XX

Der Vorläufer der HA XX/9 war die Operativgruppe zur Bekämpfung der PUT, deren Bildung im Januar 1976 erfolgte.[51] Sie ging auf einen Vorschlag des Leiters der Hauptabteilung XX/7, Heinz Müller, vom 17. Juli 1975 zurück.[52] Danach sollte die »Bearbeitung von Schwerpunktvorgängen« des Referates IV in eine »selbstständige Operativgruppe zur politisch-operativen Bearbeitung und Bekämpfung des politischen Untergrundes und der politisch-ideologischen Diversion« überführt werden. Die Operativgruppe sollte zwei Referate sowie einen Bereich Anleitung und Koordinierung umfassen und mit insgesamt 14 Mitarbeitern (inkl. Leiter und Sekretärin) besetzt werden. Ihre Konstituierung im Januar 1976 folgte im Kern dem Vorschlag vom Juli 1975, die Operativgruppe wurde allerdings auf drei Referate erweitert und die Mitarbeiterzahl auf insgesamt 22 erhöht.[53]

Das Referat 1 hatte seine Arbeit ganz auf die festgelegten »Schwerpunktvorgänge« auszurichten. Arbeitsgebiet I war für Wolf Biermann (ZOV »Lyriker«),[54] Arbeitsgebiet II für Robert Havemann (OV »Leitz«),[55] Arbeitsgebiet III für den Schriftsteller Stefan Heym

---

46 Mielke: Information zur Charakterisierung Wolf Biermanns und seines feindlichen Wirkens v. 25.11.1976, S. 1–15; BStU, MfS, BdL/Dok. 0060029.

47 Günter Lohr: Aufzeichnungen v. 31.5.1975 zur Auswertung der Dienstkonferenz; BStU, MfS, Arbeitsbuch Lohr v. 1.4.1972 bis 6.4.1976; BStU, MfS, HA XX/9 2128.

48 Ebenda.

49 Ebenda.

50 Arbeitsmaterial v. 8.4.1976 (Anm. 45), Bl. 80.

51 Ebenda, Bl. 9.

52 BV Berlin, Abt. XX/7: Schreiben zur Veränderung der Struktur der Hauptabteilung XX/7 v. 17.7.1975; BStU, MfS, HA XX 1641, S. 150.

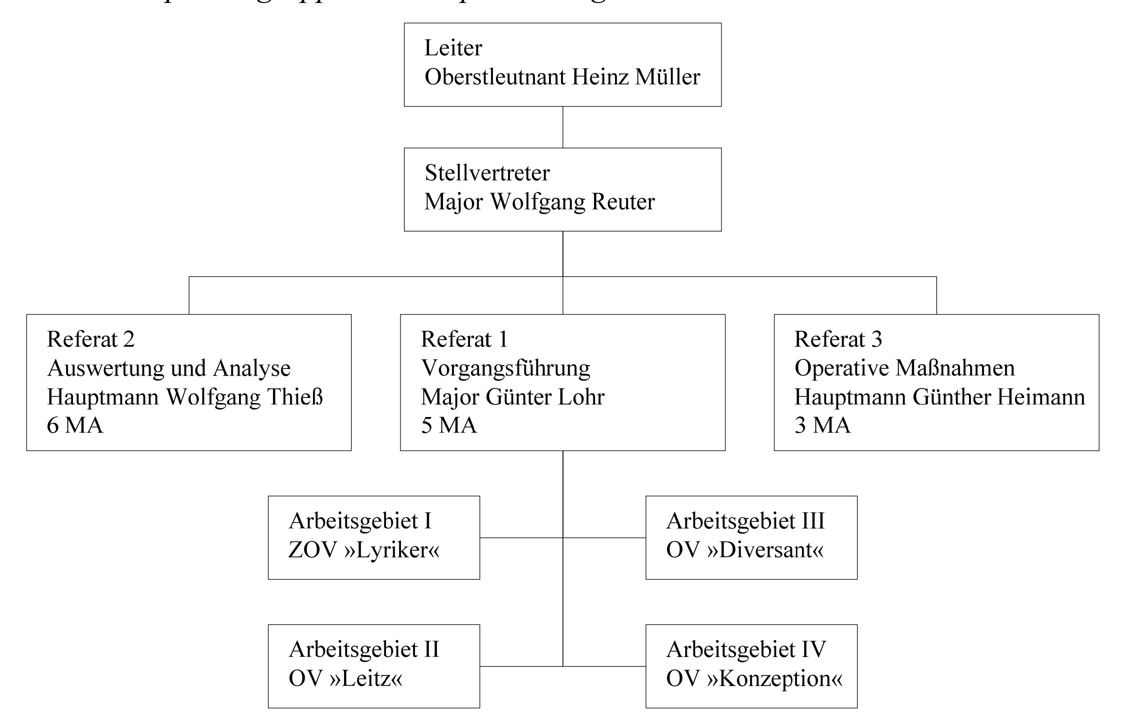
53 Vgl. Lohr: Aufzeichnung v. 9.1.1976 (Anm. 47).

54 Vgl. Biermann, Wolf: Aktenkundig. In: Schädlich, Hans Joachim (Hg.): Aktenkundig. Berlin 1992, S. 51–61.

55 Vgl. Hoffmann, Dieter (Hg.): Robert Havemann. Dokumente eines Lebens. Berlin 1991; Robert-Havemann-Gesellschaft (Hg.): Robert Havemann. Kurzbiographie, Dokumente, Auswahlbibliographie. Berlin 1994.

(OV »Diversant«)[56] und das Arbeitsgebiet IV für den »Renegaten« Rudolf Bahro (OV »Konzeption«)[57] zuständig.

Struktur der Operativgruppe der Hauptabteilung XX 1976



Das Referat 1 hatte seine Arbeit ganz auf die festgelegten »Schwerpunktvorgänge« auszurichten. Arbeitsgebiet I war für Wolf Biermann (ZOV »Lyriker«),[58] Arbeitsgebiet II für Robert Havemann (OV »Leitz«),[59] Arbeitsgebiet III für den Schriftsteller Stefan Heym (OV »Diversant«)[60] und das Arbeitsgebiet IV für den »Renegaten« Rudolf Bahro (OV »Konzeption«)[61] zuständig.

Das Referat 2 zeichnete für die Auswertungs- und Analysetätigkeit verantwortlich. Ihm wurde eine Instrukteursgruppe zugeordnet. Sie hatte die Aufgabe, die operative Arbeit zu den Verbindungspersonen von Biermann, Havemann, Heym und Bahro innerhalb und außerhalb der DDR anzuleiten, die aufgrund ihres Wohnortes in den Sicherungsbereich der jeweiligen BV fielen. Hinsichtlich der Westarbeit wurden in diesem Zusammenhang »konkrete Festlegungen« einer Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung XX/5,[62] der HV A (Hauptverwaltung Aufklärung) und der Hauptabteilung II (Spionageabwehr) angestrebt.[63]

---

56 Vgl. Heym, Stefan: Der Winter unseres Mißvergnügens. Aus den Aufzeichnungen des OV Diversant. München 1996.

57 Vgl. Bahro, Rudolf: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Frankfurt/M. 1977.

58 Vgl. Biermann, Wolf: Aktenkundig. In: Schädlich, Hans Joachim (Hg.): Aktenkundig. Berlin 1992, S. 51–61.

59 Vgl. Hoffmann, Dieter (Hg.): Robert Havemann. Dokumente eines Lebens. Berlin 1991; Robert- Havemann-Gesellschaft (Hg.): Robert Havemann. Kurzbiographie, Dokumente, Auswahlbibliographie. Berlin 1994.

60 Vgl. Heym, Stefan: Der Winter unseres Mißvergnügens. Aus den Aufzeichnungen des OV Diversant. München 1996.

61 Vgl. Bahro, Rudolf: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Frankfurt/M. 1977.

62 Vgl. Thomas Auerbach: HA XX/5.

63 HA XX/OG: Jahresanalyse 1976 v. 20.1.1977; BStU, MfS, HA XX/9 1487, Bl. 28.

Referat 3 übernahm die Zuarbeit zu den einzelnen Vorgängen, die in Referat 1 bearbeitet wurden. Seine Mitarbeiter hatten zu ermitteln, zu beobachten und sogenannte »operativ-technische Maßnahmen« vorzubereiten und durchzuführen.

Für die Operativgruppe wurden ausschließlich Mitarbeiter ausgewählt, die einschlägige Erfahrungen hatten. Das betraf vor allem das Referat IV in der Hauptabteilung XX/7, das bis 1975 speziell mit »Schwerpunktvorgängen« der Literaturszene befasst war.[64]

Als Leiter der Operativgruppe wurde Heinz Müller eingesetzt. Er schien für diese Funktion besonders geeignet, da er als früherer Leiter der Abteilung V bzw. XX der Bezirksverwaltung Cottbus und später als Leiter der Abteilungen 1 bzw. 5 der Hauptabteilung XX über einschlägige Leitungserfahrungen verfügte. Seit 1969 war er zudem als Leiter der Abteilung 7 der Hauptabteilung XX bereits mit dem »Arbeitsgegenstand« vertraut.[65] Heinz Müller (Jg. 1928) war seit 1948 Mitglied der SED, trat 1952 in die Dienste des MfS und schied 1981 wegen Invalidisierung aus.[66] Im Frühjahr 1980 wurde er von seinem Stellvertreter Wolfgang Reuter abgelöst. Reuter (Jg. 1936) konnte im Jahre 1976 schon auf eine langjährige Tätigkeit in der Hauptabteilung XX zurückblicken. Er kam 1954 zum MfS und war seit 1956 Mitarbeiter in der Hauptabteilung V der späteren Hauptabteilung XX. Seit 1969 in der Abteilung 7 der Hauptabteilung XX als Referatsleiter tätig,[67] stieg er im Sommer 1975 zum stellvertretenden Leiter dieser Abteilung auf.[68]

Der Leiter des Referates 1, Günter Lohr (Jg. 1930), begann seine MfS-Karriere im Jahre 1955. Seit 1964 war er als operativer Mitarbeiter in der Hauptabteilung XX/1 tätig. 1969 übernahm er die Funktion eines Referatsleiters in der Abteilung 7 der Hauptabteilung XX.[69] Lohr stand dort von Beginn an an der Spitze des Referats IV. Die Bekämpfung oppositioneller Kräfte lag diesem Tschekisten offensichtlich besonders »am Herzen«. Eine Beurteilung aus dem Jahre 1981 bescheinigte ihm, dass er »bei der Aufspürung feindlicher Elemente« einen »persönlich entscheidenden Anteil« leistete.[70]

Die Leitung des Referates 2 übernahm im Januar 1976 Wolfgang Thies.[71] Thies (Jg. 1956) war 1963 zum MfS gekommen. 1971 aufgestiegen zum Referatsleiter in der Abteilung XX der Bezirksverwaltung Suhl,[72] wechselte er 1976 zur Operativgruppe der Hauptabteilung XX.[73] Dort wurde er 1979 zum Leiter des Referats 4 ernannt.[74]

Ein Strukturschema der Hauptabteilung XX/9 von 1976 weist Günther Heimann[75] als Leiter des Referates 3 aus. Seiner Kaderakte ist jedoch zu entnehmen,[76] dass er zwischen 1976 bis 1979 lediglich als Hauptsachbearbeiter tätig war. Erst 1979 avancierte er zum Leiter des Referates 2[77] und löste dabei Wolfgang Thies ab, der an die Spitze des Refera-

---

64 Vgl. Gesine von Prittwitz und Matthias Braun: HA XX//7.

65 Kaderakte Heinz Müller; BStU, MfS, KS 587/81, Bl. 102.

66 Kaderakte Heinz Müller; BStU, MfS, K 2507/81, Bl. 320.

67 Kaderakte Wolfgang Reuter; BStU, MfS, KS 4620/90, Bl. 99; vgl. auch Gesine von Prittwitz und Matthias Braun: HA XX/7.

68 Kaderakte Wolfgang Reuter; BStU, MfS, KS 4620/90, Bl. 122.

69 Kaderakte Günter Lohr; BStU, MfS, KS 4668/90, Bl. 86; vgl. auch Gesine von Prittwitz und Matthias Braun: HA XX/7.

70 Vgl. Kaderakte Günter Lohr; BStU, MfS, KS 4668/90 Bl. 112.

71 Kaderakte Wolfgang Thies; BStU, MfS, KS 4562/90, Bl. 141.

72 Ebenda, Bl. 133.

73 Ebenda, Bl. 141.

74 Ebenda, Bl. 157.

75 Vgl. Lohr: Aufzeichnungen v. 9.1.1976 (Anm. 47).

76 Vgl. Kaderakte Günter Heimann; BStU, MfS, KS 4768/90, Bl. 6 u. 108 ff.

77 Ebenda, Bl. 115.

tes 4 trat. Heimann (Jg. 1938) kam 1964 zum MfS. 1969 wechselte er zur Hauptabteilung XX/7, auch er kam im Jahre 1976 zur Operativgruppe.[78]

Die im Gründungsjahr vorgesehene Mitarbeiterzahl von 22 konnte zunächst nicht erreicht werden. Es wurden lediglich 17 von 22 Planstellen besetzt.[79] 1978 erreichte die Operativgruppe mit 26 Mitarbeitern ihren höchsten Personalbestand. Bis Ende 1980 sank die Zahl auf 21.[80] Der Rückgang gegenüber 1978 erklärt sich aus der Übertragung von Vorgängen der Westarbeit an die Abteilung 5 der Hauptabteilung XX.[81]

Im Falle Biermann trat die Operativgruppe erstmals im Zusammenhang mit dessen Reise in die Bundesrepublik Deutschland im November 1976 in Erscheinung. Sie hatte vor allem koordinierende Aufgaben wahrzunehmen. So sollten die Auftritte Biermanns und ihre Auswirkungen sowohl im Westen als auch in der DDR durch den Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern in Tages- und Sofortinformationen dokumentiert, ausgewertet und in Vorschläge für operative Maßnahmen umgesetzt werden. Dabei waren alle Verbindungen Biermanns zu erfassen, Gegenmaßnahmen gegen unwillkommene journalistische Aktivitäten zu entwickeln und in Abstimmung mit der Abteilung 2 des Untersuchungsorgans (HA IX/2), die für Ermittlungsverfahren gegen »PUT-Kräfte« zuständig war, eine ständige Prüfung strafrechtlicher Belange zu veranlassen. Damit sollten offensichtlich juristische Argumente für die Ausbürgerung Biermanns aus der DDR gesammelt werden.[82]

Im Jahre 1977 übernahm die Operativgruppe der HA XX die direkte »Bearbeitung« des Operativen Vorganges »Keller«. Hierbei handelte es sich um eine Gruppierung, der vornehmlich Intellektuelle und Studenten angehörten, die sich mit den Theorien Havemanns, Biermanns und Bahros befassten und systemkritische Diskussionen auf philosophischer Grundlage führten.[83]

Zu einer Aufgabeneinschränkung kam es bereits im Jahre 1978, da die eigenständige operative Arbeit in bzw. nach der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin eingestellt wurde. Die Überwachung der neben Biermann inzwischen aus der DDR-Staatsbürgerschaft »entlassenen« und in den Westen freigekauften Oppositionellen wie Jürgen Fuchs[84] und Siegmar Faust[85] sowie der westlichen Verbindungskreise von Havemann, Heym und Bahro wurde der Abteilung 5 der Hauptabteilung XX übertragen.[86]

Die Operativgruppe konzentrierte ihre Arbeit fortan auf die in ihrem Verantwortungsbereich verbliebenen bzw. neu hinzugekommenen »PUT-Kräfte« und auf die daraus entstandenen Westverbindungen. Gleichzeitig intensivierte sie ihre Kooperation mit der Abteilung 5 der Hauptabteilung XX bei der geheimdienstlichen Bearbeitung solcher Personen, die ausgebürgert worden waren und Verbindungen zu Personen unterhielten, die die Operativgruppe im Visier hatte. Zudem führte sie regelmäßige Beratungen mit solchen Diensteinheiten der Hauptabteilung XX durch, die spezielle Aufgaben zur Bekämpfung der PUT wahrnahmen. Dazu gehörten neben der Hauptabteilung XX/5 auch die Hauptabteilungen XX/2, 4 und 7.[87]

---

[78] Ebenda, Bl. 100.

[79] Vgl. Lohr: Aufzeichnungen v. 9.1.1976 (Anm. 47).

[80] Vgl. Anhang.

[81] Vgl. Thomas Auerbach: HA XX/5.

[82] BV Berlin: ZOV »Lyriker«; BStU, MfS, BV Berlin 11806/85 B, Bd. 55, Bl. 30 ff. Zum Kontext vgl. Vollnhals, Clemens: Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz. Hg. BStU. Berlin 1988, S. 32–41.

[83] HA XX/OG: Jahresanalyse 1978 v. 31.1.1979; BStU, MfS, HA XX/9 149, Bl. 27.

[84] Vgl. Barth, Bernd-Rainer u. a. (Hg.): Wer war wer in der DDR. Frankfurt/M. 1996, S. 203.

[85] Ebenda, S. 176 f.

[86] HA XX/OG: Jahresanalyse 1978 (Anm. 83), Bl. 9 u. 34.

[87] Ebenda, Bl. 42. Vgl. Beiträge: Auerbach (Abt. 2 und 5), Braun (Abt. 7) und Vollnhals (Abt. 4).

Neben der weiteren »Bearbeitung« von Havemann und Heym standen bis Ende 1980 hauptsächlich die zum Umfeld von Rudolf Bahro – einschließlich der zum OV »Keller« – gehörenden Personen im Mittelpunkt der Arbeit der Operativgruppe. Noch kurz vor Bahros Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1979 registrierte die Operativgruppe insgesamt 91 Personen, die unter »operative Kontrolle« des MfS zu nehmen seien, darunter 21 direkt von der Hauptabteilung XX/OG.[88] Die Ausweitung des Kreises der Zielpersonen dürfte entscheidend dafür gewesen sein, dass die Operativgruppe im Jahre 1979 ein viertes Referat erhielt,[89] das koordinierende Aufgaben gegenüber all jenen Bezirksverwaltungen zu erfüllen hatte, die entsprechende Verbindungspersonen im Visier hatten oder aufspürten. Bis Anfang der achtziger Jahre betraf das die Bezirksverwaltungen Berlin, Potsdam, Frankfurt/O., Halle, Leipzig, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Dresden und Gera.[90]

Direkt und indirekt befasste sich die Operativgruppe in dieser Zeit mit Personen, die vorwiegend dem intellektuellen, kulturellen, wissenschaftlichen und studentischen Milieus angehörten.[91] In einer ersten Bilanz ihrer Tätigkeit stellte sich die Operativgruppe für das Jahr 1976 selbst das Prädikat »bewährt« aus.[92] Zu allen vier Schwerpunktvorgängen seien westliche Kontaktpartner »aufgeklärt« und zu den Vorgängen »Lyriker« und »Leitz« insgesamt »neue OPK zu 6 Personen« entwickelt bzw. bearbeitet worden.[93]

9.2.2 Die Hauptabteilung XX/9 in den Jahren 1981 bis 1989

Mit Beginn der achtziger Jahre sah sich die politische Führung der DDR einer völlig neuen Situation gegenüber: Unter dem Symbol »Schwerter zu Pflugscharen« trat ihr eine pazifistisch-antimilitaristische Bewegung mit öffentlich wirksamen Aktionen entgegen.[94] In diesem Zusammenhang registrierte die Operativgruppe »erstmalig konzentrierte Kontakte operativ bekannter Personen aus kirchlichen Kreisen« mit ihrer bisherigen »Klientel«.[95] Für den Verantwortungsbereich der Operativgruppe bestätigten sich hier gleichsam die »Forschungsergebnisse« der Juristischen Hochschule zum »komplexen Charakter« der PUT. Die PUT – so wurde festgestellt – lasse sich nicht mehr »auf einzelne Schwerpunkte reduzieren«, sie erfasse vielmehr die ganze Breite der »Sicherungsbereiche« der Linie XX (Kultur, Massenmedien, Jugend, Bildungswesen und Kirchen bzw. kirchliche Einrichtungen).[96] In den Veranstaltungen und Zusammenkünften, die von systemkritischen Künstlern und Intellektuellen initiiert wurden, sah das MfS »die Gefahr einer sich früher oder später organisierenden Untergrundbewegung in der DDR«[97] und damit die Notwendigkeit, die Bekämpfung der PUT wirkungsvoller zu gestalten und zu koordinieren. Diese Aus-

---

[88] HA XX/OG: Zusammenstellung zu DDR-Personen, die im Zusammenhang mit Bahro unter operative Kontrolle zu stellen sind v. 4.10.1979; BStU, MfS, OV »Konzeption« 17596/81, Bd. 10, Bl. 80–88.

[89] Vgl. Kaderkarteikarte Wolfgang Thies; BStU, MfS.

[90] HA XX/OG und XX/9: Jahresanalysen aus den Jahren 1978–1981.

[91] HA XX/OG: Jahresanalyse v. 22.11.1979; BStU, MfS, HA XX/9 1603, Bl. 154.

[92] Ebenda, Bl. 17.

[93] Ebenda, Bl. 22.

[94] Vgl. Ehring, Klaus; Dallwitz, Martin: Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Reinbek, 1982; Wensierski, Peter; Büscher, Wolfgang: Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978–1982. Hattingen 1982.

[95] Vgl. HA XX/9: Jahresanalyse v. 30.9.1981; BStU, MfS, HA XX/9 1016, Bl. 79. Namentlich wird vor allem Pfarrer Rainer Eppelmann genannt. Vgl. Eppelmann, Rainer: Fremd im eigenen Haus. Mein Leben im anderen Deutschland. Köln 1993.

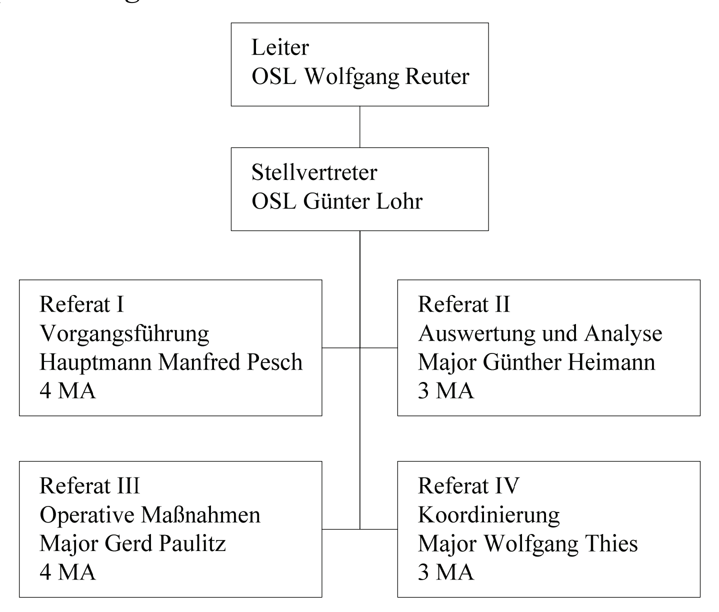
[96] Ebenda, Bl. 104.

[97] Ebenda, Bl. 109.

gangslage, die sich noch dazu angesichts der Streiks im Nachbarland Polen zuspitzte,[98] dürfte für das MfS der entscheidende Anlass dafür gewesen sein, die Operativgruppe im Februar 1981 zu einer eigenständigen Abteilung aufzuwerten.[99]

Auf den Personalbestand wirkte sich das zunächst jedoch nicht aus. Im Gegenteil, er sank bis 1982 auf einen Tiefpunkt von 19 Mitarbeitern ab. Erst 1983 wurde mit 25 Mitarbeitern wieder der Personalbestand des Jahres 1978 erreicht.[100] Diese Entwicklung widersprach allerdings den Planungen, die bereits für 1982 insgesamt 26 Mitarbeiter vorgesehen hatten.[101] Damit blieben zunächst sechs Planstellen für operative Mitarbeiter unbesetzt.[102]

Struktur der Hauptabteilung XX/9 im Jahr 1982[103]



An der Spitze der Abteilung stand seit 1980 Wolfgang Reuter. Der ursprüngliche Leiter des Referates I, Günter Lohr, übernahm zum gleichen Zeitpunkt kommissarisch die Funktion des stellvertretenden Abteilungsleiters.[104]

Auf der Referatsebene traten zwei neue Leiter in Erscheinung. Das Referat I übernahm 1981 Manfred Pesch,[105] der 1985 in die Kaderreserve als stellvertretender Abteilungsleiter aufgenommen wurde.[106] Pesch, geboren 1940, konnte auf Leitungserfahrungen in der Abteilung XX/7 der Bezirksverwaltung Dresden zurückgreifen.[107] Dort war er als stellvertreten-

---

98 Im Sommer 1980 setzte in Danzig die polnische Streikbewegung ein, aus der sich die unabhängige und im Oktober 1980 legalisierte Gewerkschaft »Solidarnosc« entwickelte.

99 HA XX/9: Arbeitsplan v. 11.2.1981; BStU, MfS, HA XX/9 1439, Bl. 45.

100 Vgl. Anhang.

101 HA XX/9: Arbeitsplan v. 11.2.1981; BStU, MfS, HA XX/9 1439; Aufgliederung Kfz-Bestand; BStU, MfS, HA XX/9 1291, Bl. 143.

102 Ebenda, Bl. 144.

103 Ebenda, Bl. 143 f.

104 Vgl. Kaderakte Lohr: Beurteilung v. 20.3.1981, Bl. 119. Seine Ernennung zum stellvertretenden Abteilungsleiter erfolgte zum 1.3.1983; ebenda, Bl. 129.

105 Vgl. Kaderakte Manfred Pesch, Vorschlag zur Höhereinstufung v. 5.11.1981; BStU, MfS, KS 4502/90, Bl. 97.

106 Ebenda, Bl. 122.

107 Ebenda, Bl. 69.

der Referatsleiter für das Presse- und Verlagswesen des Bezirkes Dresden verantwortlich[108] gewesen, bevor er 1976 zur Operativgruppe der Hauptabteilung XX kam.[109]

Der Leiter des Referates III, Gerd Paulitz (Jg. 1943), begann beim MfS 1961 seine Karriere als Soldat des Wachregimentes.[110] Er wurde 1969 als operativer Mitarbeiter zur Hauptabteilung XX/7[111] versetzt und 1976 in die Operativgruppe übernommen.[112] 1981 rückte er zum Leiter des Referates III auf.[113]

Obwohl das MfS die Herausforderung, die das Auftreten der unabhängigen Friedensbewegung bedeutete, erkannt hatte, blieb die Vorgangsbearbeitung der Hauptabteilung XX/9 zunächst auf den bis dahin verfolgten Personenkreis und sein Umfeld begrenzt. Lediglich im Falle von Robert Havemann wurden die neu entstandenen Verbindungen zum Jugendpfarrer Rainer Eppelmann und somit das unter dem Dach der Kirche entstehende kritisch-basisdemokratische Potenzial in die Beobachtung mit einbezogen.

Die Hauptzielgruppe der HA XX/9 bildeten nach wie vor die in der DDR verbliebenen Anhänger von Biermann und Bahro. Zu den Hauptakteuren dieser Gruppen zählte die Hauptabteilung XX/9 vor allem Eckehard Maaß[114] und Guntolf Herzberg.[115] Zu Beginn ihrer Aktivitäten erfasste sie die HA XX/9 noch zusammen im Operativen Vorgang »Keller«. Später wurden Maaß und Herzberg als »Inspiratoren und Initiatoren« der PUT von der Hauptabteilung XX/9 in getrennten Vorgängen »bearbeitet«. In Eckehard Maaß (weiterhin OV »Keller«) sah man eine Schlüsselfigur bei der Organisation von Privattreffen junger Schriftsteller mit »feindlich-negativer Zielstellung«. Dem Kern dieser Gruppe von jungen »feindlich-negativen« Schriftstellern gehörten nach Einschätzung der HA XX/9 insgesamt 19 Personen an, die dem »politischen Untergrund« zugerechnet wurden.[116]

Guntolf Herzberg, der seit September 1981 im Operativen Vorgang »Korrektor« erfasst war, stand ebenfalls unter dem Verdacht, mit der Bildung verschiedener Gesprächskreise (Hegel- und Lutherkreis sowie Kreis »Wissenschaftsethik« im Rahmen des Kirchlichen Forschungsheimes Wittenberg) eine oppositionelle Gruppierung schaffen zu wollen.[117] Im Februar 1981 listete die Hauptabteilung XX/9 insgesamt 95 Verbindungspersonen zu Herzberg auf.

Das von der Hauptabteilung XX/9 ausgemachte PUT-Potenzial fand 1981 in sieben Operativen Vorgängen und 25 Operativen Personenkontrollen seinen Niederschlag.

Nach dem Tod von Robert Havemann im Frühjahr 1982 blieb seine Frau, Katja Havemann,[118] und der weiterbestehende Verbindungskreis unter dem OV »Leitz II« im Visier der Hauptabteilung XX/9.

1983 kam als »operativer Schwerpunktvorgang« der OV »Kreis« hinzu, dem Naumburger Theologiestudenten und Mitglieder des Friedenskreises der Evangelischen Studentengemeinde angehörten. Sie setzten sich mit »revisionistischen Theorien« und im Rah-

---

[108] Ebenda, Bl. 87.

[109] Ebenda, Bl. 89.

[110] Kaderakte Gerd Paulitz, Beurteilung v. 22.12.1965; BStU, MfS, KS 4503/90, Bl. 50.

[111] Ebenda, Bl. 75.

[112] Ebenda, Bl. 100.

[113] Ebenda, Bl. 120 u. 126.

[114] Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Berlin 1997, S. 350.

[115] Vgl. Herzberg, Guntolf: Einen eigenen Weg gehen oder weggehen. In: Groh, Ferdinand (Hg.): »Freiheit ist immer Freiheit...« Die Andersdenkenden in der DDR. Frankfurt/M., Berlin 1988, S. 59–87.

[116] Vgl. HA XX/9: Analyse über Schwerpunkte der PUT im Verantwortungsbereich der HA XX v. 17.5.1982; BStU, MfS, HA XX/9 1016, Bl. 64.

[117] Vgl. HA XX/9: Analyse v. 12.6.1981; BStU, MfS, HA XX/9 1601, Bl. 127.

[118] Vgl. Rüddenklau, Wolfgang: Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989 mit Texten aus den Umweltblättern. Berlin 1992, S. 374.

men eines »Aktionskreises Solidarische Kirche« kritisch mit dem politischen Kurs des Bundes der Evangelischen Kirchen auseinander.[119]

Der sich aus der Verbindung zwischen Havemann und Eppelmann ergebende Zusammenhang zur unabhängigen Friedensbewegung blieb für die Arbeit der Hauptabteilung XX/9 weiterhin nur marginal. Abteilungsübergreifend wurde allerdings inzwischen eingeräumt, dass die unter dem Dach der Kirchen entstandenen systemkritischen Gruppierungen eine »neue Qualität« bedeuteten. Unter dem Vorwurf, den kirchlichen Status zu missbrauchen, wurden die vielen Friedens- und Öko-Gruppen als Entwicklung gewertet, die durch »Mobilisierung und Organisierung feindlich-negativer Kräfte an der Basis«, Versuchen gleichkämen, »oppositionelle Bewegungen zu entfalten«.[120] Gleichzeitig erkannte man, dass Aktivitäten von Personen, die als »PUT-Kräfte« eingestuft wurden, »zunehmend überbezirklichen Charakter« annahmen und mit »Verbindungen ins Operationsgebiet« einhergingen.[121] Federführend für die Abwehr dieser Entwicklung war auf der zentralen Ebene nicht die Hauptabteilung XX/9, sondern die Hauptabteilung XX. Es handelte sich dabei um eine Aufgabe, die faktisch von deren Stabsorgan, der Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) wahrgenommen wurde.[122] Die Federführung der Hauptabteilung XX basierte auf der Dienstanweisung 2/85 des MfS »zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit«,[123] die gewissermaßen als Resultat der in den späten siebziger Jahren eingeleiteten Forschungsarbeit zur PUT angesehen werden kann. Unverändert schlug sich in dieser Dienstanweisung die Prämisse nieder, dass die PUT immer als Folge einer Einwirkung von außen angesehen und als solche bekämpft werden müsse. Sie hielt auch am Grundsatz fest, dass der Kampf gegen die PUT Aufgabe aller operativen Diensteinheiten[124] und ein »rechtzeitiges einheitliches [...] politisch-operatives Handeln« sowie die »ständige Sicherung einer hohen Wirksamkeit« zu gewährleisten sei.[125] Dazu wurde der Hauptabteilung XX »für das MfS insgesamt« und den Abteilungen XX für die jeweiligen Bezirksverwaltungen die »Federführung« zur Bekämpfung der PUT übertragen.[126] Neu war, dass der PUT nunmehr auch ausdrücklich Einzelpersonen (»Exponenten der PUT«) zugeordnet wurden.[127]

Der Vorschlag der Hauptabteilung XX,[128] unter der »Federführung des Leiters der HA XX bzw. seiner Stellvertreter auf Linie« sogenannte »operative Komplexe« zu bilden, wurden allerdings nicht realisiert. Diese Planungen sind jedoch insofern aufschlussreich, als sie die erkannten Schwerpunkte oppositioneller Aktivitäten belegen. Im Einzelnen waren das die »Initiative Frieden und Menschenrechte«, die »Arbeitsgruppe Menschenrecht«

---

[119] Ebenda, S. 620 f.

[120] HA XX: Gutachterliche Stellungnahme zum Promotionsverfahren: Zu Grundorientierungen [...] Missbrauch Kirchen für die Inspirierung und Organisation PUT und die Schaffung einer antisozialistischen inneren Opposition am 6.5.1983 v. 13.5.1983; BStU, MfS, JHS 189, Bl. 252 ff.

[121] HA XX/9: Zuarbeit für die Beratung mit den Leitern der Abteilung XX der Bezirksverwaltungen v. 12.10.1983; BStU, MfS, HA XX/9 1629, Bl. 555.

[122] HA XX: Gutachterliche Stellungnahme v. 13.5.1983 (Anm. 120), Bl. 24.

[123] DA 2/85 des Ministers v. 20.2.1985 zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit. Dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 40), S. 432–455.

[124] Ebenda, S. 434.

[125] Ebenda.

[126] Ebenda. Vgl. Matthias Braun: HA XX.

[127] Vgl. DA 2/85 (Anm. 123), S. 436.

[128] Vgl. HA XX: Vorschlag zur weiteren Qualifizierung der einheitlichen, abgestimmten offensiven politisch-operativen Bearbeitung von zentral bedeutsamen Inspiratoren und Organisatoren politischer Untergrundtätigkeit, o. D.; BStU, MfS, HA XX 773.

Berlin Friedrichsfelde, oppositionelle Kräfte, die unter dem Dach der Kirche arbeiteten und im Verantwortungsbereich der Linie XX/4 lagen, die alternative Kultur- und Kunstszene, die Gruppierungen »Ärzte für den Frieden« sowie auf westdeutscher Seite die »Feindpersonen« Jürgen Fuchs und Roland Jahn,[129] das »Netzwerk für den Ost-West-Dialog«, die »Berliner Initiative 100 000 Partnerschaften West-Ost« sowie das »Sozialistische Osteuropakomitee«, insbesondere dessen Westberliner Gliederung.[130]

Die Forderungen der Dienstanweisung 2/85 schlugen sich für die Hauptabteilung XX/9 als »linienspezifische Federführung« vor allem in folgenden Schwerpunktaufgaben nieder:

»– Koordinierung, Zusammenführung und einheitliche Gestaltung von politisch-operativen Maßnahmen aller beteiligten Diensteinheiten [...], insbesondere beim überörtlichen Einsatz von IM;
– Erarbeitung von Informationen und Ausgangshinweisen zu sogenannten alternativen Bewegungen [und]neuen Erscheinungsformen« der PUT (Umwelt- und Ökobewegung außerhalb kirchlicher Einrichtungen, alternative Lebensformen, alternative Kunst und politischer Missbrauch der Homosexualität);
– Erarbeitung und Klärung von Hinweisen auf Nutzung des Freizeitbereiches zur Organisierung politischer Untergrundtätigkeit« (Feste, Treffen mit veranstaltungsähnlichem Charakter inkl. private Galerien, Ausstellungen, Lesungen, Videovorführungen sowie die Herstellung von Schmalfilmen und überbezirkliche Treffen von Fan-Clubs westlicher Ausrichtung) und die
– einheitliche Bearbeitung des operativen Komplexes Politischer Missbrauch Homosexueller.«[131]

In diesem Kontext ist auch das im Sommer 1985 in der Hauptabteilung XX/9 gebildete Referat V für »Auswertung und Information« zu sehen. Es sollte Beweise dafür liefern, dass die inneren oppositionellen Kräfte letztlich von westlichen Geheimdiensten bzw. anderen »feindlichen Zentren, Organisationen oder Kräften inspiriert und organisiert« würden.[132] Gleichzeitig sollten neue Mittel und Methoden der PUT sichtbar gemacht und »wirkungsvoller« die »Federführung bei der vorbeugenden Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit« durchgesetzt werden.[133]

Die Leitung dieses Referates übernahm im Juli 1985 Ortwin Scholz,[134] der ebenfalls Anfang 1976 von der Hauptabteilung XX/7 zur Operativgruppe gewechselt war.[135] Nachdem er 1982 in der Hauptabteilung XX/9 kommissarisch die Funktion des stellvertretenden Referatsleiters des Referates I übernommen hatte,[136] wurde er 1984 »mit dem Aufbau eines Referates für Auswertung und Analyse zur Erhöhung der Effektivität bei der Bekämpfung von Erscheinungsformen der PUT beauftragt«.[137]

---

[129] Vgl. Barth u. a.: Wer war wer (Anm. 84), S. 334; Jahn, Walter: »Du bist Gift« – Erinnerungen eines Vaters. Hg. v. Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Erfurt 1996.

[130] HA XX: Vorschlag zur weiteren Qualifizierung (Anm. 128), Bl. 2 ff.

[131] Vorschläge für die Planorientierung 1987 der HA XX/9 v. 29.8.1986; BStU, MfS, HA XX/9 1629, Bl. 296 f.

[132] Arbeitsplan der HA XX/9, Referat V v. 14.1.1986; BStU, MfS, HA XX/9, Bl. 110.

[133] Ebenda, Bl. 110 f.

[134] Ebenda, Bl. 100.

[135] Ebenda, Bl. 68.

[136] Ebenda, Bl. 89.

[137] Ebenda, Bl. 96.

Im gleichen Jahr übernahm Lutz Edel die Leitung des Referates IV.[138] Edel war über lange Jahre in den Abteilungen 6 und 7 der Hauptabteilung XX als operativer Mitarbeiter tätig.[139] Er löste Wolfgang Thies ab, der ein Referat der AKG der Hauptabteilung XX übernahm.[140]

Neben der Weiterführung der Vorgänge »Leitz II«, »Kreis«, »Diversant« und »Keller«[141] rückten 1984/85 weitere oppositionelle Führungsfiguren in den Mittelpunkt der Arbeit der Hauptabteilung XX/9. Im einzelnen betraf das die Gruppierung »Frauen für den Frieden«,[142] die im Zentralen Operativen Vorgang »Wespen« bearbeitet wurde und neben Bärbel Bohley unter anderem Irena Kukutz,[143] Ulrike Poppe[144] und Jutta Seidel[145] erfasste; des Weiteren Werner Fischer[146] (OV »Schieber«), Wolfram Tschiche[147] (OV »Philosoph«) sowie die überwiegend in der alternativen Kulturszene[148] agierenden Lutz Rathenow[149] (OV »Assistent«) und Uwe Kolbe[150] (OV »Poet«).[151] Auf der gesamten Linie XX/9 (Zentrale und Bezirksverwaltungen) wurden im Jahre 1985 47 Operative Vorgänge bearbeitet.[152] Die Zahl der von der Hauptabteilung XX/9 in eigenen Operativen Vorgängen überwachten Oppositionellen lag zu diesem Zeitpunkt bei insgesamt 10.[153]

Im Sommer 1988 wurden der Hauptabteilung XX/9 weitere Personen mit dem Ziel zugeordnet, die Überwachung möglichst aller Ostberliner Oppositioneller in der Hauptabteilung XX/9 zusammenzufassen.[154] Das betraf die in die DDR zurückgekehrte Bärbel Bohley,[155] Ulrike und Gerd Poppe[156] (OV »Zirkel«), Thomas Klein[157] (OV »Korn) und Reinhard Weißhuhn[158] (OV »Ableger«). Um die von Lutz Rathenow gemeinsam mit dem Ostberliner Fotografen Harald Hauswald[159] entwickelten Projekte (Publikationen und Ausstellungen) effektiver überwachen und unterbinden zu können, übernahm die Hauptabteilung XX/9 auch den bis dahin von der Hauptabteilung XX/7 »bearbeiteten« Fotografen

---

[138] Vgl. Kaderakte Lutz Edel; BStU, MfS, KS 4685/90, Bl. 111.

[139] Ebenda, Bl. 115.

[140] Vgl. Kaderakte Wolfgang Thies; BStU, MfS, KS 4562/90, Bl. 169 u. 173.

[141] Der Vorgang »Korrektor« konnte durch die Ausbürgerung von Guntolf Herzberg im Frühjahr 1985 abgeschlossen werden.

[142] Vgl. Kukutz, Irena: Die Bewegung »Frauen für den Frieden« als Teil der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR. In: Materialien der Enquete-Kommission. Hg. v. Deutscher Bundestag. Frankfurt/M. 1995, Bd. V/2, S. 1285–1408; Neubert: Geschichte der Opposition (Anm. 114), S. 459 ff.

[143] Ebenda.

[144] Vgl. Barth u. a.: Wer war wer (Anm. 84), S. 576 f.

[145] Vgl. Neubert: Geschichte der Opposition (Anm. 114), S. 459.

[146]Vgl. Barth u. a.: Wer war wer (Anm. 84), S. 187 f.

[147] Vgl. Neubert: Geschichte der Opposition (Anm. 114), S. 492 u. 638.

[148] Vgl. Forschungsstelle Osteuropa (Hg.): Eigenart und Eigensinn. Alternative Kulturszenen in der DDR (1980–1989). Bremen 1993.

[149] Vgl. Barth u. a.: Wer war wer (Anm. 84), S. 588.

[150] Ebenda, S. 397 f.

[151] Vgl. HA XX/9: Arbeitsplan v. 21.1.1985 und Einschätzung der politisch-operativen Lage für die Jahresplanung 1986 v. 13.9.1985; BStU, MfS, HA XX/9 1629, S. 519 ff. u. 405 ff.

[152] HA XX/9: Einschätzung der politisch-operativen Lage für die Jahresplanung 1986 v. 13.9.1985; BStU, MfS, HA XX/9 1629, Bl. 414.

[153] Ebenda, Bl. 415 ff.

[154] Ebenda, Bl. 166.

[155] HA XX: Maßnahmeplan der HA XX im Zusammenhang mit der Wiedereinreise von Bärbel Bohley und Werner Fischer v. 15.7.1988; BStU, MfS, HA XX/9 1629, Bl. 160 ff.

[156] Vgl. Barth u. a.: Wer war wer (Anm. 84), S. 576.

[157] Ebenda, S. 378.

[158] Ebenda, S. 781.

[159] Vgl. Neubert: Geschichte der Opposition (Anm. 114), S. 651.

Hauswald (OV »Radfahrer«). In die Zuständigkeit der Hauptabteilung XX/9 fiel schließlich auch die am 9. September 1989 in Grünheide (bei Berlin) ins Leben gerufene Initiative »Neues Forum«.[160]

Damit »bearbeitete« die Hauptabteilung XX/9 in den Jahren 1988/89 – abgesehen von oppositionellen Führungskräften wie Rainer Eppelmann, Ludwig Mehlhorn,[161] Stephan Bickhardt,[162] Wolfgang Rüddenklau,[163] Reinhard Schult[164] und Mitgliedern der im Herbst 1989 gegründeten Sozialdemokratischen Partei (SDP),[165] die im Verantwortungsbereich der Hauptabteilung XX/4[166] bzw. der Abteilung XX/4 der Bezirksverwaltung Berlin blieben – im Wesentlichen den harten Kern der Ostberliner Oppositionsszene.[167] Passend hierzu hatte die Hauptabteilung XX/9 auch Informanten wie Manfred (Ibrahim) Böhme,[168] alias »Maximilian«, Sascha Anderson,[169] alias »David Menzer« und Rainer Schedlinski,[170] alias »Gerhard«, unter ihren Fittichen.

Die Westarbeit der Hauptabteilung XX/9 erfolgte »vorgangs- und personenbezogen« in enger Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung XX/5.[171] Bezüglich der Kooperation mit den sogenannten Bruderorganen hatte der Leiter der Hauptabteilung XX/9, »sofern nicht linienspezifische Belange anderer Abteilungen der Hauptabteilung XX« berührt wurden, »die Federführungs- und Koordinierungsaufgaben zur Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit« wahrzunehmen.[172] Im Einzelnen oblag es dabei der Abteilung 9, der Hauptabteilung XX und den Abteilungen XX in den Bezirksverwaltungen, Entscheidungsvorschläge für einen abgestimmten Einsatz von IM zu unterbreiten, Beratungen und Arbeitstreffen mit den »jeweiligen Partnern der Bruderorgane im Zusammenhang mit der gemeinsamen Bearbeitung operativer Vorgänge« durchzuführen und für ein erhöhtes »Informationsaufkommen« sowie für eine bessere Qualität des entsprechenden »Informationsaustausches« zu sorgen.[173]

Der mithilfe eines Spitzelnetzes geschaffene Zugang zur Ostberliner Oppositions- und alternativen Kulturszene dürfte den Hintergrund für eine abermalige Umstrukturierung der Hauptabteilung XX/9 im Jahre 1987 gebildet haben. Das ehemalige Referat V war unter der Leitung von Günther Heimann fortan speziell auf die Bearbeitung der alternativen Kulturszene ausgerichtet. Seine Mitarbeiter sollten vor allem die Etablierung einer »zweiten Kultur« (außerhalb der staatlichen Kontrolle) und von alternativen »Kleinzeitschrif-

---

[160] Ebenda, S. 835 ff.

[161] Vgl. Barth u. a.: Wer war wer (Anm. 84), S. 490.

[162] Ebenda, S. 68 f.

[163] Vgl. Rüddenklau: Störenfried (Anm. 118), Klappentext.

[164] Vgl. Barth u. a.: Wer war wer (Anm. 84), S. 670.

[165] Vgl. Meckel, Markus; Gutzeit, Martin: Opposition in der DDR. Köln 1994, S. 349 ff.

[166] Vgl. Clemens Vollnhals: HA XX/4; HA XX: Information des Leiters an die BV Halle über die weitere Formierung DDR-weiter oppositioneller Sammlungsbewegungen v. 19.10.1989; BStU, MfS, BV Halle, Sachakten Abt. IX, Nr. 344, Bl. 24.

[167] Vgl. HA XX/9: Übersicht Vorschläge für die Planorientierung 1990 v. August 1989, BStU, MfS, HA XX/AKG/II, Bl. 51 ff.

[168] Vgl. Barth u. a.: Wer war wer (Anm. 84), S. 83 f.; Kunze, Reiner: Deckname »Lyrik«. Frankfurt/M. 1990.

[169] Vgl. Barth u. a.: Wer war wer (Anm. 84), S. 23.

[170] Ebenda, S. 630 f.

[171] HA XX: Arbeitsplan über die von der Abteilung XX zu lösenden Aufgaben im Jahre 1989 v. 5.12.1988; BStU, MfS, HA XX/9 1629, Bl. 6.

[172] Ebenda, Bl. 24.

[173] Ebenda.

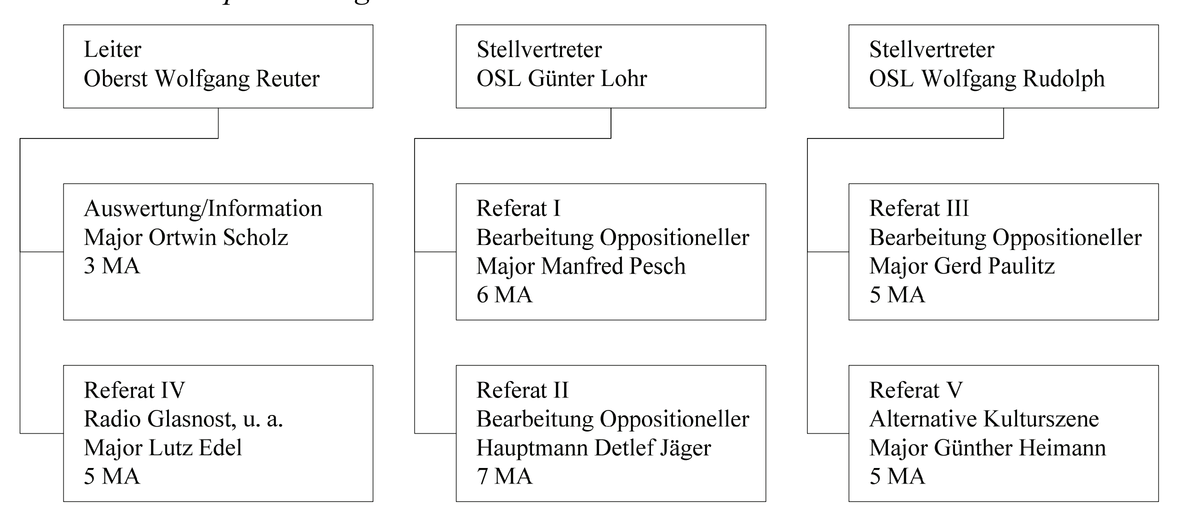
ten« verhindern bzw. einschränken helfen. Dazu gehörte auch die »Aufklärung« von sogenannten Verbindungspersonen in Westberlin und in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Auswertungs- und Informationstätigkeit der Hauptabteilung XX/9 blieb in den Händen von Ortwin Scholz. Dass der Bereich »Auswertung« nicht mehr ausdrücklich als Referat ausgewiesen wurde, bedeutete keine Abwertung. Eher traf das Gegenteil zu: Die 1987 bis 1989 erfolgte Aufstockung der Mitarbeiter der Hauptabteilung XX/9 von 26 auf 37[174] wurde unter anderem auch mit der Zunahme der Auswertungs- und Informationstätigkeit begründet.[175] Zu erwähnen ist hier etwa die Einführung zehntägiger Rapporte, in dem die »Pläne, Absichten, Aktivitäten und Handlungen feindlich-negativer Kräfte« minutiös aufgezeichnet wurden.[176]

Die personelle Verstärkung erfolgte vor allem durch die Übernahme von Mitarbeitern der Hauptabteilung XX/2.[177] Zu ihnen gehörte Detlef Jäger, der – bereits 1987 in das Referat II der Abteilung 9 integriert[178] – zunächst mit Teilaufgaben eines stellvertretenden Referatsleiters beauftragt wurde.[179] 1988 gelangte er an die Spitze des bis dahin von Günther Heimann geleiteten Referates.

Die gewachsene Bedeutung der Hauptabteilung XX/9 lässt sich aber besonders daran ablesen, dass die Funktion eines zweiten Stellvertreters des Leiters eingeführt wurde, die von Wolfgang Rudolph, einem langjährigen Mitarbeiter der Hauptabteilung XX, übernommen wurde.[180] Rudolph war seit 1980 Referatsleiter in der Hauptabteilung XX/2 und nahm dort unmittelbar vor dem Wechsel die Aufgaben des stellvertretenden Abteilungsleiters wahr.[181]

Struktur der Hauptabteilung XX/9 1988/89[182]



174 Vgl. Anhang.
175 Vgl. Kaderakte Ortwin Scholz; BStU, MfS, KS 4547/90, Bl. 111.
176 HA XX/9: Berichte in der Zeit vom 17.1.1989 bis 7.9.1989; BStU, MfS, HA XX/AKG 810, Bl. 16–244.
177 Allein 1988 wurden acht Mitarbeiter übernommen. Vgl. HA XX/9: Bericht über die Erfüllung der Aufgaben der Kaderarbeit v. 31.10.1988; BStU, MfS, HA XX/9 1629, Bl. 57.
178 Ebenda, Bl. 65.
179 Ebenda, Bl. 96.
180 Vgl. Kaderakte Wolfgang Rudolph; BStU, MfS, KS 4680/90, Bl. 296 f.
181 Vgl. Thomas Auerbach: HA XX/2.
182 Vgl. HA XX/9: Dienst-, Urlaubs- und Bereitschaftspläne der Mitarbeiter; BStU, MfS, HA XX/9 1426, Bl. 23 ff., sowie HA XX/9: Telefonverzeichnis v. 19.6.1989, S. 28 ff.; BStU, MfS, HA XX Bündel 37.

Das Referat I befasste sich schwerpunktmäßig mit Bärbel Bohley, Werner Fischer und Stefan Heym, Referat II mit Ulrike und Gerd Poppe, Reinhard Weißhuhn, Thomas Klein und der Ostberliner Frauengruppe. Sie unterstanden der Anleitung und Kontrolle von Günter Lohr. Referat III konzentrierte seine Arbeit auf Katja Havemann und Wolfram Tschiche, Referat V auf die alternative Ostberliner Kulturszene (u. a. Lutz Rathenow, Harald Hauswald, Uwe Kolbe) sowie auf die koordinierte Bekämpfung künstlerisch-literarischer Untergrundzeitschriften und gleichartigem Filmmaterial.[183] Für sie war Wolfgang Rudolph zuständig. Referat IV war verantwortlich für die Bearbeitung der Komplexe »Radio Glasnost« (Alternativradio in Westberlin) und »politischer Missbrauch homosexueller Zusammenschlüsse« und gehörte – wie das Referat Auswertung – zum direkten Verantwortungsbereich des Abteilungsleiters.

9.2.3 Die Arbeit der Inoffiziellen Mitarbeiter (IM)

Für die Jahre 1977 bis 1983 liegen differenzierte Zahlen zu den von der Hauptabteilung XX/9 eingesetzten Spitzeln vor.[184]

IM-Kategorie	1977	1978	1980	1981	1982	1983	Anteilig in % IM-Kategorie
IMV/IMB[185]	11	15	10	10	11	10	10,9
IMS	34	31	59	66	73	73	54,5
IME	8	11	8	8	7	6	7,8
Zwischensumme	53	57	77	84	91	89	
IMK	13	17	24	24	22	26	20,5
GMS	6	6	7	7	6	7	6,3
Gesamtsumme	72	80	108	115	119	122	100,0

Im Vergleich zur allgemeinen IM-Statistik[186] weist die Hauptabteilung XX/9 einige Besonderheiten auf, die ihre spezifische Aufgabenstellung widerspiegeln. Die direkte Bekämpfung Oppositioneller verlangte nach einem vergleichsweise hohen Anteil von IMB, der mit über 10 Prozent im Vergleich zur Hauptabteilung XX und zum Gesamtbestand aller IM des MfS in etwa den dreifachen Wert erreichte. Hingegen hatten die Gesellschaftlichen Mitarbeiter Sicherheit (GMS) eine vergleichsweise geringe Bedeutung. Der Bestand an IMS und FIM entsprach in etwa den MfS-Durchschnittswerten.

Der Anteil der inoffiziellen Mitarbeiter, die eine höhere Bildung (Fach- und Hochschulabschluss) besaßen bzw. promoviert hatten, lag in den Jahren 1978 und 1981 zwischen rund 54 und 65 Prozent.[187]

Die Ausweitung der Überwachung von Oppositionellen in den späteren achtziger Jahren führte zu einem weiteren Anwachsen des Bestandes inoffizieller Mitarbeiter in der Hauptabteilung XX/9. Obwohl keine Gesamtzahlen vorliegen, geben Statistiken, die die Zahl der Treffs mit den Spitzeln und dadurch entstandene Kosten belegen, indirekte Hinweise auf die Erweiterung des Spitzelnetzes:

---

[183] Vgl. HA XX: Arbeitsplan über die von der Abteilung 9 der Hauptabteilung XX zu lösenden Aufgaben im Jahre 1989 v. 5.12.1988; BStU, MfS, HA XX/1629, Bl. 8 ff.

[184] Vgl. HA XX/OG: Aufstellung über die in der Abteilung XII registrierten Operativ- und IM-Vorgänge – Stand 27.1.1977 v. 16.2.1977; BStU, MfS, HA XX/9 1009, Bl. 11; HA XX/OG: IM-Statistiken 1978–1983; BStU, MfS, HA XX/9 1009–1012, Bl. 8 u. 13, sowie HA XX/9 1020, Bl. 23 u. 31.

[185] Bis 1978 wurde der IMB als IMV geführt.

[186] Vgl. Müller-Enbergs, Helmut: IM-Statistik 1985–1989. Hg. BStU. Berlin 1993.

[187] Vgl. HA XX/OG: Aufstellung v. 16.2.1977 (Anm. 184), Bl. 8 u. 13.

Jahr	Zahl der Treffs	Kosten in TM
1985[188]	143	40,5
1987[189]	199	45,0
1988[190]	275	102,7

Der gewachsene »Bedarf« an IM lässt sich aus der Planvorgabe für das Jahr 1989 ableiten, wonach sich die Abteilung das Ziel stellte, 25 neue IM zu »realisieren« und 20 »IM-Vorlaufmaterialien zu schaffen«.[191]

Wurde noch Anfang der achtziger Jahre der Stand der Arbeit mit den IM in der Abteilung als »unbefriedigend« eingestuft,[192] so zeichneten sich aus der Perspektive des MfS Mitte der achtziger Jahre Verbesserungen ab. Zwar musste die Hauptabteilung XX/9 auch 1985 weiterhin »Lücken« im IM-Netz einräumen; sie konnte aber einen »solchen Stand« an Spitzeln konstatieren, der es gewährleistete, »dass an den Schwerpunktvorgängen der Abteilung sowie an den wichtigsten OPK und operativen Materialien ein oder mehrere IM unmittelbar eingesetzt sind«.[193] Dennoch verzeichnete man ein »Hauptproblem«: Personen, die keine eigenen oppositionellen Aktivitäten unternahmen, aber über intensive Verbindungen zu Oppositionellen verfügten, lehnten, wie es hieß, »eine Zusammenarbeit mit dem MfS entweder offen« ab oder »dekonspirierten sich bewusst«.[194] Spätestens seit Sommer 1989 beeinträchtigte der allgemeine gesellschaftliche Erosionsprozess die »IM-Arbeit«. Der Einsatz von IM gegen oppositionelle Kräfte sei, so hieß es, »komplizierter« geworden. Bei den IM würden »verstärkt ideologische Probleme und Schwankungen« sowie »Dekonspirationen« bzw. die »Ablehnung einer weiteren Zusammenarbeit mit dem MfS« auftreten.[195] Damit aber seien sie »kaum zur Zersetzung und positiven Beeinflussung der Personenzusammenschlüsse und Gruppierungen geeignet«.[196]

Als Ausweg aus diesem Dilemma sollten »neue Partner für die Zersetzung bzw. Beeinflussung gesucht und eingesetzt werden, die mit den Untergrundkräften öffentlich und offensiv sowohl innerhalb als auch außerhalb der Kirche diskutieren und den feindlichen Argumenten entgegentreten können«.[197] Das dürfte zu diesem Zeitpunkt lediglich noch verzweifeltes Wunschdenken gewesen sein.

9.2.4 Die Linienarbeit der Hauptabteilung XX/9

Die Hauptabteilung XX/9 war federführend in der »Bekämpfung der PUT« auch auf der Ebene der Bezirksverwaltungen. Mit der Bildung entsprechender Struktureinheiten tat man sich jedoch schwer. Erst 1983 stellte die Hauptabteilung XX/9 zu allen Leitern der Abteilungen XX in den Bezirksverwaltungen Arbeitskontakte her, in deren Rahmen struk-

---

[188] Vgl. HA XX/9: Einschätzung zur IM-Arbeit der HA XX/9 v. 6.1.1986; BStU, MfS, HA XX/9 1629, Bl. 332.
[189] Vgl. HA XX: Statistiken; BStU, MfS, HA XX 15165.
[190] Vgl. HA XX: Statistiken; BStU, MfS, HA XX Bündel 167.
[191] HA XX: Arbeitsplan der HA XX v. 5.12.1988, Bl. 20 f.
[192] Vgl. Lohr: Aufzeichnung v. 23.2.1982 (Anm. 47), Bl. 216.
[193] HA XX/9: Einschätzung zur IM-Arbeit v. 6.1.1986; BStU, MfS, HA XX/9, Bl. 342.
[194] Ebenda, Bl. 343.
[195] HA XX/9: Lageeinschätzung für die Jahresplanung 1990 v. 30.8.1989; BStU, MfS, HA XX/9 1629, Bl. 44.
[196] Ebenda, Bl. 45.
[197] Ebenda.

turelle Vorstellungen entwickelt bzw. umgesetzt wurden.[198] Für das Jahr 1984 lassen sich eigenständige Referate XX/9 in den Bezirksverwaltungen Cottbus, Rostock, Gera, Leipzig und Potsdam ausmachen.[199] Alle anderen Bezirksverwaltungen ordneten die »Bekämpfung der PUT« und ihrer »Vorfelderscheinungen« entweder unterschiedlichen Referaten der Abteilung XX oder gesonderten Struktureinheiten zu: Die Bezirksverwaltungen Halle und Magdeburg übertrugen diese Aufgaben dem Referat 2 der Abteilung XX (Magdeburg allerdings ohne das Bezugsfeld Kirche und Ökologie), die Bezirksverwaltungen Erfurt und Neubrandenburg dem Referat 5 und die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt einer Instrukteursgruppe der Auswertungs- und Informationsgruppe der Abteilung XX. Die Bezirksverwaltungen Frankfurt/O., Suhl und Dresden machten für die Bekämpfung der PUT gleich mehrere Referate verantwortlich und in der Bezirksverwaltung Schwerin entstand eine »nichtstrukturelle Führungsgruppe« beim Stellvertreter Operativ. Dieser Gruppe gehörten der Leiter der Abteilung XX, die Leiter der Kreisdienststellen mit »Schwerpunkten der PUT« sowie die Leiter der Abteilungen IX (Untersuchungsorgan), II (Spionageabwehr) und XV (»Aufklärung«) an.

Welche Schwierigkeiten sich im Einzelnen bei der Organisation der Arbeit auf der Linie XX/9 ergaben, lässt sich am Beispiel der Leipziger Bezirksverwaltung belegen. Im Sommer 1983 auf zehn Mitarbeiter angelegt,[200] im Oktober des gleichen Jahres laut Befehl des Leiters der Bezirksverwaltung auf vier Planstellen reduziert, bildete Ende 1983 wegen Personalmangels lediglich ein amtierender Leiter das Referat XX/9. Seine Hauptaufgabe bestand darin, eine »Funktionspräzisierung für das Referat XX/9« zu erarbeiten.[201] Später sah ein Plan acht Mitarbeiter vor, von denen dann aber nur vier tatsächlich zum Einsatz kamen.[202]

Seit 1984 wurde die »Herstellung ständiger Arbeitsbeziehungen« der Hauptabteilung XX/9 zu den Leitern der Abteilung XX der Bezirksverwaltungen mit dem Ziel verknüpft, »schrittweise« die »Federführung der Linie XX für die vorbeugende Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung PUT« und eine »einheitliche Bearbeitung operativer Schwerpunkte« durchzusetzen.[203] Dies sollte vor allem durch eine »bessere Qualität« in der Zusammenarbeit mit dem Bereich Kontrolle und Koordinierung der Hauptabteilung XX/AKG erreicht werden.[204] Dort, wo in den Bezirksverwaltungen ein Referat 9 gebildet wurde, deckte es in der Regel folgende Aufgaben ab: Bearbeiten bzw. Koordinieren einzelner überregionaler »Schwerpunktvorgänge« (beispielsweise »Frauen für den Frieden«), Klärung von Hinweisen, die auf erste Ansätze der PUT schließen lassen könnten sowie eine entsprechende Analyse- und Auswertungstätigkeit. Dazu gehörte auch der koordinierte Einsatz überörtlich einsetzbarer Spitzel.

Bei den Abteilungen XX der Bezirksverwaltungen, die ohne ein linienspezifisches Referat zur Bekämpfung der PUT auskommen mussten, hatte deren Leiter die Prinzipien der »Linie XX/9« durchzusetzen.[205] Er war auf der Bezirksebene für die »Gewährleistung einer einheitlichen Bekämpfung« oppositioneller Bewegungen mithilfe eines Koordinie-

---

[198] Vgl. HA XX/9: Zuarbeit v. 12.10.1983 (Anm. 121), Bl. 554.

[199] Vgl. HA XX: Kaderanalyse der Abteilungen XX v. 9.4.1984; BStU, MfS, HA XX 1772, S. 1–5.

[200] Vgl. HA XX/9: Bericht über Dienstreise Hptm. Keller der HA XX/9 am 26.5.1983 zur BV Leipzig v. 22.6.1983; BStU, MfS, HA XX/9 561, Bl. 3.

[201] HA XX/9: Bericht über Dienstreise am 12./13.12.1983 zur BV Leipzig v. 27.1.1984; ebenda, Bl. 17 f.

[202] Ebenda.

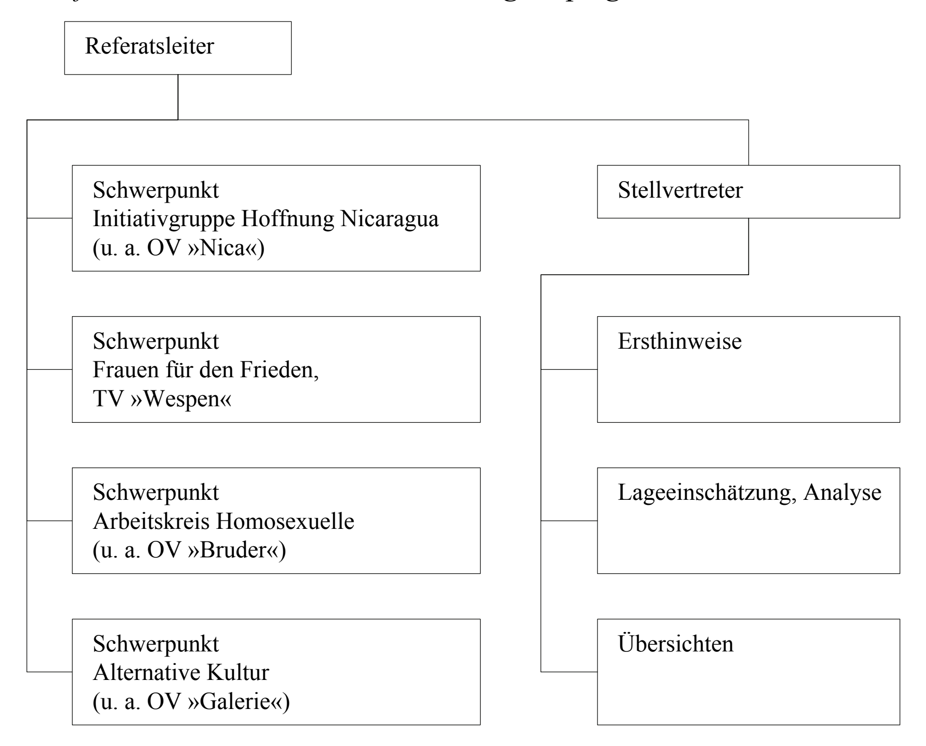
[203] Vgl. HA XX/9: Einschätzung zur Jahresplanung 1984 v. 4.10.1984; BStU, MfS, HA XX/9 1629, Bl. 424.

[204] Vgl. HA XX/9: Einschätzung der HA XX/9 zur Jahresplanung 1986 v. 13.9.1985; ebenda, Bl. 422.

[205] Vgl. HA XX/9: Vorschläge der HA XX/9 für die Planorientierung 1990: Aufgaben für Bezirksverwaltungen v. 18.8.1989; BStU, MfS, HA XX/AKG/II 177, Bl. 15–20.

rungsoffiziers bzw. entsprechender Arbeitsgruppen verantwortlich.[206] Als Fallbeispiel für eine eher orthodoxe Linienstruktur soll das Referates 9 der Abteilung XX der Bezirksverwaltung Leipzig stehen:[207]

Struktur des Referats XX/9 der Bezirksverwaltung Leipzig



9.3 Zusammenfassung

Mit der Anfang der siebziger Jahre einsetzenden Entspannungspolitik und einer damit einhergehenden Ausweitung der Ost-West-Kontakte sahen SED und MfS wachsende Gefahren politischer Beeinflussung aus dem Westen. In dieser Zeit erhielt der alte Begriff der »Untergrundtätigkeit« eine neue Bedeutung. Versehen mit dem Adjektiv »politisch« bezeichnete er eine angeblich vom Westen »ferngesteuerte« Tätigkeit von politisch und ideologisch sehr unterschiedlich geprägten DDR-Bürgern, die sich außerhalb des politischen Normenkorsetts des Parteistaates bewegten. Ihnen unterstellten die Machthaber, sie wollten die DDR »von innen heraus aushöhlen« sowie den Aufbau einer Opposition und schließlich die »Transformation« in ein westlich geprägtes System mit sowohl konspirativen als auch legalen Mitteln bewerkstelligen.

In diesem Sinne bildete die Hauptabteilung XX/9 eine auf »Exponenten der politischen Untergrundtätigkeit« ausgerichtete spezialisierte Fachabteilung innerhalb der Hauptabteilung XX, die hauptsächlich personenbezogen arbeitete. Sie bildete allerdings – anders als es die Charakterisierung als Diensteinheit »zur Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit« vermuten lassen könnte – zunächst im MfS keine Leitzentrale, die alle »PUT-Vorgänge« koordinierte oder gar an sich zog. Eine solche federführende Funktion bekam auch die übergeordnete Hauptabteilung XX erst 1985 mit Mielkes Dienstanweisung 2/85 und diese wurde im Wesentlichen von der Auswertungs- und Informationsgruppe wahrge-

[206] Vgl. Leiter der Abt. XX der BV Suhl: Festlegungen zur Durchsetzung der DA 2/85 v. 1.7.1985; BStU, MfS, BV Suhl, VS-Stelle Abt. XX PS.

[207] BV Leipzig: Struktur Referat XX/9; Archiv Bürgerbewegung e.V. Leipzig (ohne Signatur und Datum)

nommen. Die Federführung der Abteilung XX/9 bezog sich im Wesentlichen auf sogenannte »Schwerpunktvorgänge« der PUT in den Bezirksverwaltungen sowie auf die Zusammenarbeit mit den Partnergeheimdiensten der anderen Ostblockländer. Seit Mitte der achtziger Jahre gerieten zwar mehr und mehr Oppositionelle – vor allem aus Ostberlin – in die direkte Schusslinie der Hauptabteilung XX/9, die »Federführung« der Hauptabteilung XX erschöpfte sich jedoch weitgehend in der seit 1985 erfolgenden übergreifenden Rapportberichterstattung zur PUT, die von der Auswertungs- und Informationsgruppe der Diensteinheit gewährleistet wurde. Diese Rapporte enthalten detaillierte Angaben über Pläne, Absichten und Aktionen systemkritischer Gruppierungen und einzelner herausragender oppositioneller Akteure. Eine systematische und qualifizierte Analyse der Entwicklung oppositioneller Kräfte in der DDR blieb jedoch aus. Komplexität und Dynamik der Vorgänge wurden weder von der federführenden Hauptabteilung XX noch von einer anderen zentralen Diensteinheit adäquat wahrgenommen.

10 Anhänge

10.1 Tabellen und Übersichten

Leitung der Hauptabteilung V/XX von 1950 bis 1989[1]

	Abteilungsleiter	Stellvertretender Abteilungsleiter (seit 1987 1. Stellv.)	Stellvertretender Abteilungsleiter (seit 1965)
1950	Bruno Beater		
1951–1953	Bruno Beater	Otto Knye	
1954	Bruno Beater	Hugo Treßelt	
1955	Bruno Beater ab Nov. Fritz Schröder	Hugo Treßelt	
1956–1958	Fritz Schröder	Hugo Treßelt ab Februar Erich Jamin	
1959–1963	Fritz Schröder	Paul Kienberg	
1964	Paul Kienberg	Heinz Volpert	
1965–1968	Paul Kienberg	Heinz Volpert	Rudolf Stange
1969–1978	Paul Kienberg	Rudolf Stange	Hans Ludwig
1979–1981	Paul Kienberg	Hans Ludwig	Benno Paroch
1982	Paul Kienberg	Benno Paroch	Horst Gerlach
1983–1989	Paul Kienberg	Benno Paroch	Horst Gerlach

[1] Vgl. Kaderkarteikarten und Kaderakten der entsprechenden hauptamtlichen Mitarbeiter im Bestand des MfS der BStU.

Leiter der Hauptabteilungen XX/1 bis XX/10 von 1964 bis 1989[2]

	Abteilung 1	Abteilung2	Abteilung 3	Abteilung 4	Abteilung 5
1964	Rudolf Stange		Paul Voigt		Arthur Willmann
1965	Benno Paroch	Richard Schröder		Hans Ludwig	
1966					
1967					
1968					
1969				Franz Sgraja	
1970		Helmut Zörner	Horst Gerlach		
1971					
1972	Kurt Nagel				
1973					
1974					
1975	Eberhard Jaekel	Hans Buhl			
1976					
1977					
1978					
1979				Joachim Wiegand	
1980		Horst Kuschel			
1981					
1982			Gerhard Radeke		
1983					
1984					
1985					
1986					Hans Buhl
1987					
1988			Jürgen Notroff		
1989	Eberhard Jaekel	Horst Kuschel		Joachim Wiegand	Hans Buhl

2 Vgl. Kaderkarteikarten und Kaderakten der entsprechenden hauptamtlichen Mitarbeiter im Bestand des MfS der BStU.

Leiter der Hauptabteilungen XX/1 bis XX/10 von 1964 bis 1989[3] (Fortsetzung)

	Abteilung 6	Abteilung 7	Abteilung 8	Abteilung 9	Abteilung 10
1964					
1965	Voigt/Müller				
1966					
1967					
1968	Werner Müller				
1969		Heinz Müller			
1970					
1971					
1972					
1973					
1974					
1975					
1976		Karl Brosche			
1977					
1978					
1979					
1980					
1981			Harry Otto	Wolfgang Reuter	Wilhelm Nistler
1982					
1983					
1984					
1985	Werner Müller				
1986	Zur HA XIX verlagert				
1987		Joachim Tischendorf			
1988			Alfred Fuchs		
1989			Werner Feischhauer	Wolfgang Reuter	Fritz Busch

3 Vgl. Kaderkarteikarten und Kaderakten der entsprechenden hauptamtlichen Mitarbeiter im Bestand des MfS der BStU.

Leiter/Stellvertreter der Abt. XX der Bezirksverwaltungen (1989)[4]

Bezirksverwaltung	Abteilungsleiter	Stellvertreter	Stellvertreter
Rostock	OSL Jürgen Klawuhn	OSL Klaus Lübke	Major Rainer Wiesener
Schwerin	OSL Willy Röbke	OSL Heinz Hungerland	Major Claus Wulf
Neubrandenburg	Oberst Jochen Suffa	Major Wolfgang Dust	Major Werner Müller
Potsdam	OSL Rolf Kleine	OSL Peter Gericke	OSL Peter Dietrich
Frankfurt/O.	Major Uwe Blankenburg	OSL Winfried Ober	OSL Reinhard Heinig
Cottbus	OSL Heiner Wunderlich	Major Hans-Peter Arlt	Major Kristian Schmidt
Magdeburg	OSL Wolfgang Groch	OSL Lothar Schenke	OSL Walter Kersten
Halle	Oberst Joachim Gröger	Major Matthias Steffens	Major Ernst-Eckhard Schulze
Erfurt	OSL Günter Stark	OSL Roland Moser	Hptm. Peter Mörstedt
Gera	OSL Heinz Hohberger	Major Ralf Ehmer	Major Uwe Zelt
Suhl	OSL Klaus Stirzel	Major Hans-Joachim Müller	Major Wolfgang Heß
Dresden	Oberst Ernst Tzscheutschler	OSL Tilo Appelt	Major Siegmar Gnauck
Leipzig	Oberst Rolf Wallner	OSL Rolf Böttcher	OSL Jürgen Tinneberg
K.-M.-Stadt	OSL Peter Eichler	OSL Hans-Jürgen Raupach	Hptm. Stephan Höhne
Berlin	OSL Herbert Heß	OSL Manfred Bronder	OSL Peter Seyfahrt/ OSL Manfred Wild (3. Stellv.)

[4] BStU, MfS, HA XX, AKG 788, Bl. 27 f.

10.2 Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
AdK	Akademie der Künste
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AG	Arbeitsgruppe – kleinste Struktureinheit des MfS
AGA	Arbeitsgruppe Ausländer bzw. ausländischer Studierender
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
AL	Alternative Liste (Westberlin) Abteilungsleiter
AOP	archivierter Operativer Vorgang
APW	Akademie der Pädagogischen Wissenschaften
AS	Allgemeine Sachablage
ASR	Arbeitsgruppe Sicherung des Reisverkehrs (bis 1970)
BBC	British Broadcasting Corporation (Londoner Rundfunk)
BKG	Bezirkskoordinierungsgruppe
Bl.	Blatt
BSG	Beauftragter für Sicherheit und Geheimnisschutz
BStU	Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DA	Dienstanweisung
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DAW	Deutsche Akademie der Wissenschaften
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DE	Diensteinheit
DFA	Reise in dringenden Familienangelegenheiten (in nichtsozialistische Staaten und nach Berlin [West])
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DS	Deutscher Sportausschuss
DSF	Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DT 64	DDR-Jugendsender, benannt nach dem Deutschlandtreffen der Jugend 1964
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EOS	Erweiterte Oberschule
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FIM	Führungs-IM
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GHI	Geheimer Hauptinformator, Vorläufer des 1968 eingeführten FIM
GI	Geheimer Informant
GM	Geheimer Mitarbeiter
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
HA	Hauptabteilung
HIM	hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter
HPF	Hauptabteilung Passkontrolle und Fahndung (bis 1970)
Hptm.	Hauptmann

HV A	Hauptverwaltung A (Aufklärung)
IdFF	Internationale Demokratische Frauenföderation
IGW	Institut für Gesellschaft und Wissenschaft in Erlangen
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindverbindung
IME	Inoffizieller Mitarbeiter im bzw. für einen besonderen Einsatz
IMF	Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindverbindung (ab 1979 IMB)
IMK	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter, der mit der Sicherung eines gesellschaftlichen Bereichs oder Objekts beauftragt ist
IMV	Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindverbindung (ab 1979 IMB)
IREX	International Research and Exchanges Board
JHS	Juristische Hochschule (des MfS) Potsdam-Eiche
K I	Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei
KD	Kreisdienststelle
KfS	Komitee für Staatssicherheit, siehe KGB
KGB	Komitet Gossudarstwennoi Besopasnosti (russ.) – Komitee für Staatssicherheit
KGD	Konzert- und Gastspieldirektion
KgU	Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
KP	Kontaktperson
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KS	Archivmaterial der Hauptabteilung Kader und Schulung
KuSch	Kader und Schulung
KZ	Konzentrationslager
LDP(D)	Liberal Demokratische Partei (Deutschlands)
LPG	landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MA	Mitarbeiter
MdI	Ministerium des Innern
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MfGe	Ministerium für Gesundheit
MdJ	Ministerium der Justiz
MfK	Ministerium für Kultur
MfNV	Ministerium für Nationale Verteidigung
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MfV	Ministerium für Volksbildung
MHF	Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen
NATO	North Atlantic Treaty Organization – Nordatlantikpakt
NDPD	National Demokratische Partei Deutschlands
NSA	nichtsozialistisches Ausland
OD	Objektdienststelle
ODS	Ostpolitischer Deutscher Studentenverband
OG	Operativgruppe Operationsgebiet
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
Oltn.	Oberleutnant
OPA	Operative Personenaufklärung
OPK	Operative Personenkontrolle

OSL	Oberstleutnant
OV	Operativer Vorgang
P.E.N.	Poets, Essayists, Novelists
PID	Politisch-ideologische Diversion
PUT	Politische Untergrundtätigkeit
RAB	Rechtsanwaltsbüro
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
RL	Referatsleiter
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SD	Sicherheitsdienst
SdM	Sekretariat des Ministers
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFB	Sender Freies Berlin
SfH	Staatssekretariat für Hochschulwesen, ab 1958 für Hoch- und Fachschulwesen
SfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StGB	Strafgesetzbuch
SV	Sportvereinigung
UfJ	Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VEH	Volkseigener Handel
VOB	Vereinigung Organisationseigener Betriebe
VOS	Vereinigung der Opfer des Stalinismus
VVN	Verband der Verfolgten des Naziregimes
WTZ	Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit
ZA	Zentralarchiv
ZAGG	Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZHB	Zentralinstitut für Hochschulbildung
ZK	Zentralkomitee der SED
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe
ZMA	Zentrale Materialablage
ZPDB	Zentrale Personendatenbank
ZOV	Zentraler Operativer Vorgang